

Herkunft (er)zählt. Politische Sozialisation und Orientierungen postsowjetischer Migranten in Deutschland

Inauguraldissertation

zur

Erlangung des Doktorgrades

der

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der

Universität zu Köln

2025

vorgelegt

von

Kseniya Dziatlouskaya

aus

Mozyr

Referent: Prof. Dr. Thomas Jäger

Korreferent: Prof. Dr. Klemens H. Fischer

Tag der Promotion: 10.04.2026

Danksagung

Mein herzlicher Dank gilt Prof. Dr. Thomas Jäger und Prof. Dr. Klemens H. Fischer für die Betreuung und Begutachtung dieser Arbeit. Ebenso danke ich meinen Interviewpartnern für ihre Offenheit und Bereitschaft, ihre persönlichen Erfahrungen und Geschichten mit mir zu teilen. Ohne ihre Mitwirkung wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen.

Diese Dissertation ist nicht im Alleingang entstanden. Mein Dank gilt meiner Familie und meinen Freunden, die mich über all die Jahre hinweg mit Zuversicht, Geduld und Unterstützung getragen haben. Besonders danke ich Ulrich Kremer, der mich zu diesem Projekt ermutigt und es von Beginn an mit Vertrauen und großem Engagement durch alle Höhen und Tiefen begleitet hat.

Abstract

Diese Dissertation untersucht, wie politische Sozialisation in den Herkunftsländern die Orientierungen postsowjetischer Migranten in Deutschland beeinflusst. Im Mittelpunkt steht die Identifikation kollektiv geteilter politischer Orientierungsmuster sowie die Analyse, inwiefern diese auf Prägungen im Herkunftsland zurückzuführen sind und nach der Migration fortwirken. Theoretisch stützt sich die Arbeit auf Konzepte politischer Kultur und (Re-)Sozialisation sowie auf das Konzept des Homo (post-)sovieticus. Diese gehen davon aus, dass prä-migratorische Erfahrungen in der (post-)sowjetischen Kultur die Ausbildung spezifischer, nachhaltiger Orientierungsmuster begünstigt haben. Anhand von Daten aus zwei quantitativen Umfragen und 31 qualitativen Interviews mit postsowjetischen Migranten, die ihre formative Sozialisation im Herkunftsland erfahren haben, wurden Orientierungen gegenüber den politischen Systemen der Herkunftsländer und Deutschlands, zur Demokratie, zur Rolle des Staates, zum politischen Selbst, zu Parteien sowie zu Asyl und Migration analysiert. Die Ergebnisse zeigen sechs wiederkehrende Orientierungen: eine skeptisch-distanzierte, eine staatlich-paternalistische, eine sicherheitszentrierte, eine freiheitsorientierte, eine migrantenkritische sowie eine auf starke politische Führung ausgerichtete Orientierung. Diese verweisen auf tiefgreifende Prägungen im Herkunftskontext, weisen zugleich aber auch auf Anzeichen von Re-Sozialisierung im deutschen Kontext hin.

Schlagwörter: postsowjetische Migranten, politische Kultur, politische (Re-)Sozialisation, politische Einstellungen und Orientierungen, Homo (post-)sovieticus

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	8
Tabellenverzeichnis	10
Abkürzungsverzeichnis	11
1. Einleitung	12
1.1 Motivation zur Arbeit und Ausgangssituation	12
1.2 Politikwissenschaftlicher Erkenntnisstand und Relevanz der Arbeit	13
1.3 Theoretischer Hintergrund	19
1.4 Forschungsfragen und Abgrenzung des Forschungsgegenstandes	20
1.5 Forschungsdesign und angewandte Methoden	21
1.6 Aufbau der Arbeit	22
2. Zielgruppe: postsowjetische Migranten in Deutschland	24
2.1 (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion	24
2.1.1 Begriffserklärung: Aussiedler, Spätaussiedler, Russlanddeutsche	24
2.1.2 Deutsche Aussiedlerpolitik und Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern	26
2.1.3 Sozialstruktur, Integration und Identifikation von (Spät-)Aussiedlern	28
2.2 Russischsprachige Juden aus der ehemaligen Sowjetunion.....	32
2.2.1 Geschichte der Einwanderung von russischsprachigen Juden	32
2.2.2 Rechtsgrundlagen der Einwanderung von russischsprachigen Juden	33
2.2.3 Sozialstruktur, Integration und Identifikation von russischsprachigen Juden ...	34
3. Theoretische Grundlagen: politische Kultur, politische (Re-)Sozialisation und das Konzept des Homo (post-)sovieticus	37
3.1 Politische Kultur und politische Sozialisation	37
3.1.1 Politische Kultur	37
3.1.2 Politische Sozialisation	41
3.1.3 Politische Re-Sozialisation von Migranten	42
3.2 Homo (post-)sovieticus als analytisches Konzept politischer Sozialisation	45
3.2.1 Homo (post-)sovieticus: Begriff und zentrale Merkmale	45
3.2.2 Kritische Reflexion des Konzepts des Homo (post-)sovieticus	52
4. Forschungsdesign und Methodik	55
4.1 Operationalisierung politischer Orientierung.....	55
4.1.1 Begriffsspezifizierung „politische Orientierung“ und Abgrenzung	55
4.1.2 Der Zugang zu politischen Orientierungen: politische Orientierungsobjekte ...	57

4.2	Begründung und Beschreibung des Forschungsdesigns	62
4.3	Datenerhebung, Fallauswahl, Stichproben- und Datenbeschreibung	63
4.3.1	Quantitativer Teil: standardisierte Online-Umfrage	63
4.3.2	Qualitativer Teil: problemzentrierte Interviews	67
4.4	Auswertung und Analyse	72
4.4.1	Zusammenführung von quantitativem und qualitativem Teil	72
4.4.2	Transkription und Übersetzung qualitativer Interviews	72
4.4.3	Dokumentarische Methode	73
5.	Empirische Analyse und Auswertung der Ergebnisse	77
5.1	Orientierungen gegenüber politischen Systemen des Herkunftslandes und Deutschlands	77
5.1.1	Orientierungen gegenüber dem politischen System des Herkunftslandes	77
5.1.2	Orientierungen gegenüber dem politischen System Deutschlands	93
5.2	Orientierungen gegenüber Demokratie	99
5.3	Orientierungen gegenüber der Rolle des Staates	116
5.4	Orientierungen gegenüber dem politischen „Selbst“: politisches Interesse und politische Partizipation	124
5.5	Orientierungen gegenüber politischen Parteien sowie Parteipräferenzen	135
5.6	Orientierungen gegenüber Asyl und Migration	151
6.	Ergebnisdiskussion	167
6.1	Orientierungen gegenüber politischen Systemen des Herkunftslandes und Deutschlands: Nachwirkungen einer ambivalenten Vergangenheit	167
6.2	Orientierungen gegenüber Demokratie: negative Freiheit und der Traum von einer „besseren“ Demokratie	171
6.3	Orientierungen gegenüber der Rolle des Staates: Der Staat als Garant, Manager und Dienstleister	176
6.4	Orientierungen gegenüber dem politischen „Selbst“: politisches Interesse und politische Partizipation – Politik auf Distanz	178
6.5	Orientierungen gegenüber politischen Parteien sowie Parteipräferenzen: politische Heimatlosigkeit und das Idealbild des „guten Politikers“	181
6.6	Orientierungen gegenüber Asyl und Migration: egalitäre Hierarchie, ethnischer Neid und kulturelle Überlegenheit	185
6.7	Politische Orientierungen von postsowjetischen Migranten in Deutschland: eine rekonstruktive Analyse	189
6.8	Einschränkungen der Arbeit und Empfehlungen für zukünftige Forschung	197
6.9	Implikationen für politische und zivilgesellschaftliche Praxis zur Förderung politischer Integration von postsowjetischen Migranten in Deutschland	199

7. Fazit und Ausblick.....	202
Literaturverzeichnis.....	205
Anhang	224
Anhangsverzeichnis.....	224

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	„Nennen Sie bitte die Eigenschaften, die Sie in erster Linie mit der sowjetischen Ära verbinden. Bitte nennen Sie höchstens 5 Punkte.“ (Umfrage 1, Frage 30).....	79
Abbildung 2:	„Wie sehr bedauern Sie den Zusammenbruch der UdSSR?“ (Umfrage 1, Frage 32).....	80
Abbildung 3:	„Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu: ‚Die UdSSR war ein demokratischer Staat.‘?“ (Umfrage 1, Frage 31).....	80
Abbildung 4:	„Was bedauern Sie hauptsächlich in Bezug auf den Zusammenbruch der UdSSR?“ (Umfrage 1, Frage 33).....	90
Abbildung 5:	„Woran denken Sie zuerst, wenn Sie das Wort ‚Demokratie‘ hören?“ (Umfrage 1, Frage 18).....	100
Abbildung 6:	„Hier sind die wichtigsten Rechte und Freiheiten der Menschen aufgeführt. Welche davon sind für Sie persönlich am wichtigsten? Bitte nennen Sie höchstens drei Punkte.“ (Umfrage 1, Frage 25).....	101
Abbildung 7:	„Denken Sie, es gibt in Deutschland heute zu viel, zu wenig oder insgesamt so viel Demokratie wie nötig?“ (Umfrage 1, Frage 19).....	102
Abbildung 8:	„Warum denken Sie, dass es in Deutschland heute zu viel Demokratie gibt? Worin zeigt sich das? Es können mehrere Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden.“ (Umfrage 1, Frage 20).....	103
Abbildung 9:	„Warum denken Sie, dass es in Deutschland heute zu wenig Demokratie gibt? Worin zeigt sich das? Es können mehrere Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden.“ (Umfrage 1, Frage 21).....	104
Abbildung 10:	Frage zur Ausschließlichkeit von Demokratie als Regierungsform: „Mit welcher Aussage stimmen Sie am meisten überein?“ (Umfrage 1, Frage 23).....	105
Abbildung 11:	„Wie bewerten Sie den Zustand der Demokratie in Deutschland insgesamt? / Wie bewerten Sie den Zustand der Demokratie in Russland insgesamt?“ (Umfrage 1, Frage 22).....	105
Abbildung 12:	„Mit welcher Ansicht zur sozialen Absicherung der Bevölkerung stimmen Sie am meisten überein?“ (Umfrage 1, Frage 27).....	120
Abbildung 13:	Frage zur Regulierung verschiedener Lebensbereiche durch den Staat: „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“ (Umfrage 1, Frage 29).....	121
Abbildung 14:	„Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu: ‚Eine Wirtschaft, die auf staatlicher Planung und Verteilung beruht, ist richtiger als eine Marktwirtschaft‘?“ (Umfrage 1, Frage 28).....	123

Abbildung 15:	„Wie interessiert sind Sie an der Politik des Landes, aus dem Sie (oder Ihre Eltern) gekommen sind, und in Deutschland?“ (Umfrage 1, Fragen 8 und 9)	124
Abbildung 16:	Frage zur Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit deutscher Medien im Vergleich zu russischen Medien: „Mit welcher Aussage stimmen Sie am meisten überein?“ (Umfrage 1, Frage 13).....	128
Abbildung 17:	„Die Teilnahme an Wahlen bedeutet für Sie in erster Linie ...“ (Umfrage 1, Frage 26)	129
Abbildung 18:	„In der Politik wird oft von ‚links‘ und ‚rechts‘ in Bezug auf politische Einstellungen gesprochen. Wie würden Sie Ihre politischen Ansichten auf einer Skala von ‚links‘ (1) bis ‚rechts‘ (11) bewerten?“ (Umfrage 1, Frage 14)	136
Abbildung 19:	„Wie sehr stimmen Sie der Aussage zu: ‚Ohne ein Mehrparteiensystem ist keine demokratische Gesellschaft möglich.‘?“ (Umfrage 1, Frage 24) 137	
Abbildung 20:	„Sympathisieren Sie mit einer bestimmten Partei in Deutschland, und wenn ja, mit welcher?“ (Umfrage 1, Frage 15)	137
Abbildung 21:	„Für welche Parteien haben Sie bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 gestimmt? / Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, für welche Partei würden Sie stimmen?“ (Umfrage 1, Fragen 16 und 17)	139
Abbildung 22:	„Welche Partei entspricht Ihren Einstellungen beim Thema Asyl und Migration am besten?“ (Umfrage 2, Frage 41)	149
Abbildung 23:	„Viele Menschen aus anderen Ländern kommen nach Deutschland, um hier zu leben und zu arbeiten. Für wie gut oder schlecht für Deutschland halten Sie das?“ (Umfrage 2, Frage 35).....	152
Abbildung 24:	„Menschen unterschiedlicher Herkunft kommen nach Deutschland, um hier zu leben und zu arbeiten. Welchen und wie vielen soll es Ihrer Meinung nach erlaubt werden?“ (Umfrage 2, Frage 36)	153
Abbildung 25:	„Was soll Deutschland hinsichtlich der Flüchtlinge tun, die in Deutschland Asyl suchen?“ (Umfrage 2, Frage 40)	154
Abbildung 26:	„Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen, ist in den letzten Jahren angestiegen. Sagen Sie mir bitte, inwiefern Ihnen dies Sorgen macht. ‚Mir macht/machen ...‘“ (Umfrage 2, Frage 38).....	156
Abbildung 27:	Frage zur Gleichbehandlung von Migranten und Einheimischen: „Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“ (Umfrage 2, Frage 44)	157
Abbildung 28:	Frage zur Vereinbarkeit verschiedener Kulturen und Religionen: „Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“ (Umfrage 2, Frage 34)	161
Abbildung 29:	„Wenn Sie zur Regierung gehören würden: Welche Kriterien wären für Sie wie wichtig, um jemandem die Einwanderung zu erlauben?“ (Umfrage 2, Frage 37).....	166

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Operationalisierung politischer Orientierungen.....	60
Tabelle 2:	Stichprobenbeschreibung (quantitative Umfrage 1)	65
Tabelle 3:	Stichprobenbeschreibung (qualitative Interviews)	70

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVFG	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz)
BSW	Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
FRG	Fremdrentengesetz
HumHAG	Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LmDR	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
transl.	transliteriert
übers.	übersetzt
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UdVF	Die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge

1. Einleitung

1.1 Motivation zur Arbeit und Ausgangssituation

„Der Kommunismus hatte einen aberwitzigen Plan – den ‚alten‘ Menschen umzumodeln, den alten Adam. Und das ist gelungen... es ist vielleicht das Einzige, das gelungen ist. In den etwas über siebenzig Jahren ist im Laboratorium des Marxismus-Leninismus ein neuer Menschentyp entstanden: der Homo sovieticus. (...) Heute leben wir in verschiedenen Staaten, sprechen verschiedene Sprachen, aber wir sind unverwechselbar. Man erkennt uns auf Anhieb! Wir alle, die Menschen aus dem Sozialismus, ähneln einander und sind anders als andere Menschen – wir haben unsere eigenen Begriffe, unsere eigenen Vorstellungen von Gut und Böse, von Helden und Märtyrern. Wir haben ein besonderes Verhältnis zum Tod.“ (Aleksievič, 2013, S. 9)

Swetlana Aleksievič, belarussische Literaturnobelpreisträgerin, beschreibt in ihrem Werk „Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus“ (Aleksievič, 2013) einen postsowjetischen Menschentyp, der jahrzehntelang der Prägung durch die kommunistisch-sozialistische Herrschaft ausgesetzt war, jedoch nicht mit dieser verschwunden ist: den Homo sovieticus. Dieser Menschentyp, so Aleksievič, hat eine ihm eigene Wahrnehmung; er empfindet, denkt und handelt auf eine besondere Art und Weise. Er besitzt unverkennbare Eigenschaften, die auch dann beständig sind, wenn er räumlich und zeitlich vom Sozialismus entfernt ist. Aber die Frage, ob es diesen Menschentyp tatsächlich gibt, wodurch er sich auszeichnet und warum eine politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihm sinnvoll erscheint, bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit am Beispiel postsowjetischer Migranten in Deutschland.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung postsowjetischer Migranten¹ ist erheblich. In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 4,6 Millionen Zuwanderer aus der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten (Statistisches Bundesamt, 2024). Diese Gruppe setzt sich hauptsächlich aus etwa 2,7 Millionen Menschen mit (Spät-)Aussiedlerstatus (Statistisches Bundesamt, 2024) und ca. 220.000 jüdischen Kontingentflüchtlingen (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2024) zusammen. Dazu kommen in geringerem Ausmaß Bildungs- und Arbeitsmigranten sowie Ehegattennachzug. Somit sind postsowjetische Migranten die größte Einwanderergruppe hierzulande. Die meisten besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit und sind somit mit allen politischen Rechten ausgestattet. Trotz Eingliederungsschwierigkeiten in den 1990er Jahren galten sie lange als Paradebeispiel für gelungene Integration und als in vielerlei Hinsicht gesellschaftlich und politisch unauffällig (Klingenberg, 2019; Panagiotidis, 2019a) oder gar

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Dennoch sind damit ausdrücklich alle Geschlechter gleichermaßen gemeint. Nach Notwendigkeit wird die geschlechtsbezogene Differenzierung ausdrücklich sprachlich bezeichnet.

entpolitisiert (Golova, 2006, S. 242–243). Auch im politikwissenschaftlichen Diskurs sind sie bis vor Kurzem kaum in Erscheinung getreten.

In jüngerer Zeit zog die Zielgruppe jedoch starke öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Im Januar 2016 überraschte sie mit deutschlandweiten Demonstrationen gegen „Ausländergewalt“ und die Flüchtlingspolitik der Merkel-Regierung als Reaktion auf den „Fall Lisa“. Das russische Staatsfernsehen löste einen Skandal aus mit Berichten über ein russlanddeutsches Mädchen aus Berlin-Marzahn, das von arabischen Flüchtlingen verschleppt und über Stunden vergewaltigt worden sei (Schaubert, 2018; T. Schmalz, 2019). Die Polizei, so der Sender, habe versucht, dieses Verbrechen aus politischen Gründen zu vertuschen. Es entwickelte sich ein diplomatischer Konflikt zwischen Deutschland und Russland. Der Außenminister Russlands Lawrow (2016) sprach von "unserer Lisa", und suggerierte so ihre Zugehörigkeit zum russischen Staat und die Schutzbedürftigkeit der russischsprachigen Menschen in Deutschland. In den russischsprachigen sozialen Netzwerken entwickelte sich daraufhin eine Mobilisierungskampagne, die u. a. aus Russland gesteuert wurde (Golova, 2017). Die Demonstrationen wurden von rechten Strömungen angefeuert, u. a. von der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Deutsche Medien zeichneten unmittelbar vor der Bundestagswahl 2017 das Bild, postsowjetische Migranten seien mehrheitlich integrationsunfähige Anhänger der AfD, instrumentalisierbar, von uneindeutiger Loyalität und gar Putins „fünfte Kolonne“ (Banse & Ginsburg, 2016, 31. Januar; Girg & Brogitter, 2016, 25. Januar; Kaleta et al., 2017, 14. Juni; Klimeniouk, 2017, 6. Juni; Klöckner, 2016, 22. April; Reitschuster, 2017, 26. Juli). Diese Darstellung trug zur öffentlichen Wahrnehmung eines „Verdacht[s] der kollektiven Rechtslastigkeit“ bei (Panagiotidis, 2019b, S. 44).

Die behaupteten Vorfälle im „Fall Lisa“ haben sich nie ereignet, die Aufregung legte sich im Laufe der Jahre. Dennoch wurde die Geschichte von Lisa für postsowjetische Migranten in Deutschland zur Altlast, die man inzwischen gerne vergessen hätte. Tatsächlich wurde der Vorfall jedoch zur Zäsur im gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Diskurs: Die vermeintlich gelungene Integration wurde infrage gestellt, die Bedeutung der von der Politik vernachlässigten Zielgruppe offenbar, und nicht zuletzt erwiesen sich die politikwissenschaftlichen Erkenntnisse über eine zahlenmäßig und gesellschaftspolitisch durchaus bedeutsame Gruppe von postsowjetischen Migranten als weitgehend unzureichend.

1.2 Politikwissenschaftlicher Erkenntnisstand und Relevanz der Arbeit

Zwischen den 1990er und den frühen 2010er Jahren waren postsowjetische Migranten vor allem im Fokus der Migrations- und Integrationsforschung. Das sozialwissenschaftliche

Engagement konzentrierte sich vorwiegend auf die sozialen (Dietz, 1996, 1999; Mammey, 1999), strukturell-wirtschaftlichen (Greif et al., 1999; Gruber & Rübler, 2002; Harris, 1999; Schoeps et al., 1996, S. 81–113; Thränhardt, 1999) und sprachlichen (Biehl, 1996; Gladilina & Brovkin, 2005) Aspekte ihrer Integration. Darüber hinaus lagen die ethnisch-kulturellen Identitätsprozesse, Selbstbehauptungsstrategien (Baerwolf, 2006; Ilyin, 2006; Savoskul, 2006; Schoeps et al., 1996, S. 113–149) sowie Lebenswelten hinsichtlich Familie, Erziehung und Sozialisation im transnationalen Kontext (Darieva, 2006; Tchernina & Tchernin, 2005; Westphal, 1999) im Forschungsinteresse.

Die wenigen politikwissenschaftlichen Untersuchungen dieser Zeit zeigen ein generell passives politisches und bürgerschaftliches Engagement, ein geringes Interesse an der Politik (Theisselmann & Mittendorf, 2007; Worbs et al., 2013) sowie unzureichende Kenntnisse des deutschen politischen Systems, der Parteien und Politiker bei dieser Zielgruppe auf (A. Wüst, 2000; A. M. Wüst, 2003). In Bezug auf ideologische (Selbst-)Einordnung im politischen Spektrum belegt A. M. Wüst (2003), dass diese eher rechts der Mitte stattfindet. Der Autor schränkt zugleich ein, dass dies kein zuverlässiger Indikator für eine ideologische Positionierung sei, da die meisten Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion mit dem Konzept nicht vertraut sind oder die Begriffe „rechts“ und „links“ in ihren Herkunftsländern nicht deckungsgleich verwendet werden.

Bezüglich normativer Grundhaltungen finden sich in der qualitativen Untersuchung von Geiling et al. (2011) unter (Spät-)Aussiedlern überdurchschnittlich viele Personen mit skeptisch-konservativen oder meritokratischen Orientierungen. Die skeptisch-konservative Haltung ist geprägt von politischer Entfremdung, Misstrauen gegenüber dem politischen System sowie einem hierarchisch-strukturierten Politikverständnis. Von Politikern wird Entscheidungsstärke, pragmatische Lösungsorientierung und Seriosität erwartet. Gleichzeitig bleibt das Vertrauen in demokratische Prozesse begrenzt, und politische Teilhabe beschränkt sich meist auf Wahlbeteiligung. Diese Gruppe zeigt sich zudem anfällig für populistische Narrative sowie ablehnend gegenüber Zuwanderung. Die meritokratische Orientierung hingegen betont individuelle Leistungsbereitschaft als zentrale Voraussetzung für sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe. Politik wird nicht als Ausdruck kollektiver Selbstbestimmung verstanden, sondern primär als Dienstleistung, die verlässliche, gerechte und leistungsbezogene Rahmenbedingungen sicherstellen soll. In dieser Sichtweise steht der Staat in einer funktionalen Bringschuld gegenüber dem „leistenden Bürger“.

In Bezug auf parteipolitische Einstellungen zeigten die früheren politikwissenschaftlichen Studien überwiegend eine traditionelle Parteibindung von (Spät-)Aussiedlern an die Unionsparteien (Golova, 2006; Kroh & Tucci, 2010; A. Wüst, 2000, 2004; A. M. Wüst, 2003). Dies wird

oft mit einem Dankgefühl gegenüber der aussiedlerfreundlichen Politik der CDU / CSU (Christlich Demokratische Union Deutschlands / Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.), die sich, insbesondere unter der Kohl-Regierung, als Protektor von (Spät-)Aussiedlern positioniert hat, erklärt. Außerdem wird angenommen, dass die Verbindung vor allem zur CDU mit der zentralen Stellung sozialistischer Parteien in den Herkunftsländern zusammenhängt (A. M. Wüst, 2003, S. 124–125).

Die Ereignisse um den „Fall Lisa“ und die Bundestagswahlen 2017 haben das politikwissenschaftliche Interesse an der Zielgruppe wiederbelebt. Golova (2018, 2020) untersucht im Kontext des wachsenden Rechtspopulismus, der Nutzung russischer Medien und der Sorge vor russischem Einfluss auf die politische Meinungsbildung in Deutschland die Bildung russisch-deutscher transnationaler Netzwerke. Sie zeigt, dass russischsprachige Plattformen in sozialen Medien eine zentrale Rolle dabei spielen, grenzüberschreitende Kommunikationsräume zu schaffen, in denen autoritäre Staaten wie Russland gezielt ihre sogenannte Soft Power einsetzen. In diesen Räumen finden sich häufig anti-liberale, anti-westliche und fremdenfeindliche Haltungen sowie Positionen zum Russland-Ukraine-Konflikt, die oft mit offiziellen Narrativen der russischen Regierung übereinstimmen. Auch Spahn (2018) beschäftigt sich mit diesem Phänomen und zeigt, wie russische Medien die AfD im Wahlkampf gezielt unterstützt haben. Der Autorin zufolge werden die AfD und die parteinahen Russlanddeutschen zu einem Teil der hybriden Kriegsführung und der destruktiven Informationspolitik der russischen Regierung, die auf die Erschütterung des Vertrauens der deutschen Bevölkerung in die Regierung, die NATO (North Atlantic Treaty Organization), die EU (Europäische Union) und die Medien zielt. Die migrationskritische und prorussische Agenda der AfD während der Wahlkampagne deckte sich in weiten Teilen ebenfalls mit den Erzählungen russischer Staatsmedien, die sich an ein deutschsprachiges Publikum richteten.

Die jüngsten politikwissenschaftlichen Untersuchungen (Goerres et al., 2018; Golova, 2017; Mayer et al., 2021; Panagiotidis, 2021; Spies et al., 2023; SVR, 2016, 2018) liefern Erkenntnisse über die Wahlbeteiligung und parteipolitischen Präferenzen postsowjetischer Migranten in Deutschland. Die „Immigrant German Election Study (IMGES)“ (Goerres et al., 2018; Mayer et al., 2021) bestätigt eine auffällig niedrige Wahlbeteiligung der Wähler mit postsowjetischem Hintergrund (58 % vs. 76,2 % im deutschlandweiten Vergleich) bei der Bundestagswahl 2017 trotz großer Mobilisierungsversuche. Bei Russlanddeutschen ist die CDU/CSU mit 27 % stärkste gewählte Partei. Dennoch ist die Affinität inzwischen deutlich geringer, als in den späten 1990er Jahren geschätzt wurde (A. Wüst, 2004) und geht kontinuierlich zurück (Friedrichs & Graf, 2022; Kroh & Tucci, 2010; SVR, 2016, 2018). Zweitstärkste Partei ist die Linke (21 %), gefolgt von der AfD (15 %). Die Ergebnisse zeigen, dass der Zuspruch zu AfD und Die

Linke im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hoch ist. Die Zustimmung für die SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und FDP (Freie Demokratische Partei) liegt bei 12 % und für Bündnis 90/Die Grünen bei 8 %. Die Analysen von Panagiotidis (2021) anhand der Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) bestätigen, dass die Zustimmungswerte für Die Linke und die AfD zwischen 10 % und 20 % liegen und ebenfalls im Vergleich zur Gesamtbevölkerung höher ausfallen. Damit zeigen die Daten ein differenziertes Bild: die Wahlpräferenzen von postsowjetischen Migranten liegen zwar immer noch primär rechts der Mitte, allerdings gibt es eine merkliche Verteilung in Richtung von Parteien links der Mitte.

Einige Autoren (Golova, 2017; Panagiotidis, 2021; Spies et al., 2023) beschäftigen sich mit dem Verhältnis postsowjetischer Migranten zur AfD. In der Studie von Panagiotidis (2021) gaben bis zu 17 % der Befragten an, die AfD wählen zu wollen. In einigen Wahlkreisen mit besonders hohem Anteil an postsowjetischen Migranten erreichte die Partei sogar bis zu 30 % Zustimmung. Diese Tendenz wird teilweise mit der Sozialisation in autoritär geprägten politischen Kulturen sowie mit nostalgischen Gefühlen gegenüber früheren Ordnungssystemen erklärt. Golova (2017) verweist im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2017 außerdem auf das Thema politische Repräsentation: Während der Bundestagswahl 2017 waren die einzigen beiden Kandidaten mit russlanddeutschem Hintergrund Mitglieder der AfD. Zwar unternahmen andere Parteien Bemühungen, diese Zielgruppe zu mobilisieren, am deutlichsten hat sich jedoch die AfD positioniert, und zwar nicht mit spezifischen russlanddeutschen Themen, sondern mit der Asyl- und Migrationspolitik sowie der Politik gegenüber Russland (vgl. Applebaum et al., 2017). Auch Spies et al. (2023) weisen in ihrer Studie eine signifikante Unterstützung der AfD unter Russlanddeutschen bei der Bundestagswahl 2017 nach. Die Autoren betonen, dass der Grad der Integration in die deutsche Gesellschaft dabei eine wichtige Rolle spielt: Wer sich wirtschaftlich und sozial weniger integriert fühlt und eine starke ethnische Identität als Russlanddeutscher hat, neigt eher dazu, die AfD zu wählen. Die Partei spricht diese Gruppe gezielt an, etwa mit russischsprachigem Material oder Kandidaten mit russlanddeutschem Hintergrund. Die AfD knüpft gezielt an das Zugehörigkeitsgefühl und -bedürfnis vieler Russlanddeutscher an, die sich selbst nicht als Migranten, sondern aufgrund ihrer historischen deutschen Volkszugehörigkeit als Teil der deutschen Mehrheitsgesellschaft wahrnehmen. Ihre Unterstützung für die Partei beruht vor allem auf einer Skepsis gegenüber weiterer Einwanderung, wie es auch in weiten Teilen der einheimischen Wählerschaft der Fall ist. Andere Beweggründe, etwa eine generelle Unzufriedenheit mit der Demokratie oder bestimmte wirtschaftspolitische Vorstellungen, treten demgegenüber deutlich in den Hintergrund.

Auch Friedrichs und Graf (2022, S. 84–88) bestätigen, dass viele (Spät-)Aussiedler eine kritischere Haltung gegenüber Geflüchteten haben als die Mehrheitsbevölkerung oder andere Migrantengruppen. Über die Hälfte der postsowjetischen (Spät-)Aussiedler sehen Flüchtlinge als Bedrohung für den Wohlstand in Deutschland. Deutlich stärker ausgeprägt sind jedoch die Vorbehalte hinsichtlich der Gefährdung der Sicherheit durch die Flüchtlinge. Kulturelle Anpassung der Flüchtlinge hingegen wird in geringerem Maße gefordert. Auf die Haltung von (Spät-)Aussiedlern zu Flüchtlingen wirken sich das höhere Bildungsniveau und der sozioökonomische Status positiv aus. Die Autoren vermuten hinter der negativen Haltung gegenüber Flüchtlingen eine „Kompensationsstrategie“ zur Bewältigung der wahrgenommenen eigenen Schlechterstellung bei ihrer Einwanderung nach Deutschland (Friedrichs & Graf, 2022, S. 87).

Die Studie von Friedrichs und Graf (2022) liefert auch weitere relevante Erkenntnisse zum Stand der politischen Integration von postsowjetischen (Spät-)Aussiedlern. Im Einklang mit anderen Studien zeigen die Ergebnisse ein stark ausgeprägtes politisches Desinteresse und eine generell niedrige Wahlbeteiligung (Friedrichs & Graf, 2022, S. 76–77). Hinsichtlich der Mediennutzung und des Medienvertrauens (Friedrichs & Graf, 2022, S. 65–70) spielen herkunftsbezogene Medienangebote keine dominante Rolle bei postsowjetischen (Spät-)Aussiedlern. Sie stehen den herkunftsbezogenen Medien eher distanziert gegenüber und bringen ihnen vergleichsweise wenig Vertrauen entgegen, welches außerdem mit der Aufenthaltsdauer weiter sinkt. Das Vertrauen in deutsche Medien im Vergleich zu den Herkunftsmedien ist relativ hoch. Über die Hälfte der postsowjetischen (Spät-)Aussiedler äußern Zweifel, dass Medien in Deutschland unabhängig sind und meinen, dass Medien und Politik zusammenarbeiten, um die Bevölkerung zu manipulieren. Dennoch stimmen sie der überwiegenden Mehrheit zu, dass wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von Medien wichtig für das Funktionieren einer Demokratie ist. Die Ergebnisse der Untersuchungen stellen in Frage, dass die postsowjetischen (Spät-)Aussiedler durch russische staatliche Propaganda massenhaft und blind instrumentalisierbar sind (Friedrichs & Graf, 2022, S. 68). Über 70 % postsowjetischer (Spät-)Aussiedler äußern Vertrauen gegenüber politischen Institutionen wie Bundestag und Bundesregierung. Dabei steigt das Ausmaß des Vertrauens, je jünger die Personen bei der Einwanderung waren. Das Vertrauen in die Politik allgemein fällt mit ca. 59 % geringer aus. Noch weniger Vertrauen (44 %) äußern (Spät-)Aussiedler gegenüber politischen Parteien. Bei postsowjetischen (Spät-)Aussiedlern beträgt die Zustimmung zur Demokratie als Konzept 86 %, während die Zustimmung zur realen Demokratie deutlich niedriger liegt. Die Studie zeigt, dass mit zunehmender Aufenthaltsdauer die Demokratie in Deutschland von dieser Gruppe immer positiver gesehen wird. Insgesamt sind postsowjetische (Spät-)Aussiedler mit den politischen

Verhältnissen in Deutschland zufrieden, auch wenn eine signifikante Anzahl ebenfalls mit den Verhältnissen in ihren Herkunftsländern zufrieden ist (Friedrichs & Graf, 2022, S. 114).

Die frühere Untersuchung von Goerres et al. (2018, S. 11–12) zeigt ähnlich, dass sich Russlanddeutsche generell stärker mit ihren Herkunftsländern als mit Deutschland identifizieren. Der russische Präsident Putin erhält von Russlanddeutschen, insbesondere aus Russland, im Durchschnitt eine leicht positivere Bewertung als die von Angela Merkel. Die Ergebnisse der Studie deuten außerdem auf positive Einstellungen zu Putins Außenpolitik hin, insbesondere zur Krim-Politik Russlands: dem Vorgehen Russlands stimmen insgesamt 60 % der Russlanddeutschen zu. Dabei bestehen allerdings Unterschiede zwischen den Herkunftsländern: Befragte aus der Ukraine haben niedrigere Zustimmungswerte als jene aus Russland (30 % vs. 71 %). Hinsichtlich der Einstellungen zu Eliten und Politik teilen 30 % der Russlanddeutschen die Ansicht, dass Deutschland einen starken Führer brauche, selbst auf Kosten der Verfassungsmäßigkeit. Darüber hinaus bejahen etwa 39 % der Russlanddeutschen, dass Politiker sich nur um die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Machteliten kümmern, was dem Niveau der Deutschen ohne Migrationshintergrund entspricht.

Bei der Erklärung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen verweisen frühere Studien auf spezifische Herkunfts-, Sozialisations- und Gruppeneffekte (Geiling et al., 2011, S. 15; A. Wüst, 2000, S. 567; A. Wüst & Faas, 2018, S. 17). Solche Effekte beziehen sich auf geteilte Erfahrungen, etwa die Sozialisation im (post-)sowjetischen System oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Migrantengruppe. Dennoch werden diese herkunfts- und sozialisationsbedingten Faktoren nicht näher erläutert, und es fehlen dafür empirische Grundlagen. Ziel dieser Arbeit ist es, diese bislang eher abstrakt diskutierten Effekte konkret zu untersuchen und ihre Erklärungskraft zu überprüfen. Es lässt sich vermuten, dass postsowjetische Migranten durch die jahrelange Prägung politischer Sozialisation in der (post-)sowjetischen Kultur spezifische politische Orientierungen entwickelt haben, die ihr Verständnis darüber prägen, wie Politik und Gesellschaft funktionieren sollten, und auf denen ihre politischen Einstellungen und Verhaltensweisen beruhen. Politische Orientierung wird hier als Ausdruck eines tieferliegenden, durch soziale und politische Erfahrung geprägten Deutungsmusters verstanden. Aktuelle politische Einstellungen, Wahlverhalten oder Parteipräferenzen sind deshalb eingebettet in langfristige Sozialisationsprozesse, die es analytisch zu rekonstruieren gilt.

Die Untersuchung politischer Orientierungen postsowjetischer Migranten ist auch gesellschaftlich von hoher Relevanz. Als eine der zahlenmäßig größten und dauerhaftesten Einwanderungsgruppen in Deutschland verfügt sie in weiten Teilen über politische Mitspracherechte. Ihre Einstellungen und politischen Präferenzen haben damit direkten Einfluss auf demokratische Prozesse und gesellschaftliche Entwicklungen. Die Arbeit leistet somit einen Beitrag zur

Sichtbarmachung einer gesellschaftspolitisch bedeutsamen Gruppe und schafft eine Grundlage für gezielte politische Bildungs- und Integrationsstrategien sowie weitere Forschung. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine rücken postsowjetische Migranten in Deutschland wieder verstärkt in den gesellschaftlichen und medialen Fokus (Grimpe, 2022, 4. März; Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, o. J.; Soldt & Wenzel-Warkentin, 2022, 6. März). Dabei treten kulturelle, politische und identitätsbezogene inter- und intragruppale Spaltungslinien zutage, die eine differenzierte und evidenzbasierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den politischen Orientierungsmustern dieser heterogenen Gruppe umso dringlicher erscheinen lassen.

1.3 Theoretischer Hintergrund

Um die erwähnten Herkunfts-, Sozialisations- und Gruppeneffekte zu untersuchen, stützt diese Arbeit sich auf die politische (Re-)Sozialisationsforschung, die politische Kulturforschung und das analytische Konzept „Homo (post-)sovieticus“. Die politische Sozialisationsforschung (Claußen & Geißler, 1996; S. Greiffenhagen, 2002; Heitmeyer & Hurrelmann, 1992; Hurrelmann et al., 2008) geht davon aus, dass in der frühen Kindheit ein Lernprozess beginnt, in dem durch verschiedene Agenten grundlegende Kenntnisse, Vor- und Einstellungen, Werte und Handlungsorientierungen in Bezug auf alle Formen des gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens erlernt und von Generation zu Generation vermittelt werden. Ihr Ziel ist die Stabilität eines politischen Systems und die Eingliederung der Individuen in eine politische Gemeinschaft.

Politische Kultur umfasst die Verteilung psychischer Orientierungen der Bürger einer Gesellschaft in Bezug auf politische Objekte (Almond & Verba, 1965). Sie beschreibt, wie Menschen politische Institutionen, Prozesse und Akteure sowohl individuell als auch kollektiv wahrnehmen und bewerten. Politische Kultur zeigt sich auch in den typischen Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb eines politischen Systems. Jede Gesellschaft entwickelt im Laufe ihrer Geschichte eine eigene politische Kultur, die stark von ihren sozialen, wirtschaftlichen und historischen Erfahrungen geprägt ist. Nach dem kulturhermeneutischen Ansatz politischer Kulturforschung sind die Kollektive Träger politischer Kultur (Rohe, 1978, 1996, 2003). Sie teilen in Bezug auf die politische Welt grundlegende Vorstellungen, die sie in der politischen Kultur, in der sie sozialisiert wurden, erworben haben. Diese fundamentalen Orientierungen sind jedoch nicht mit den konkreten expliziten Einstellungen zu politischen Objekten gleichzusetzen. Politische Orientierungen gehen auf eine Analyseebene zurück und bezeichnen die Grundlagen oder Prinzipien, auf deren Basis die Bildung politischer Einstellungen oder Handlungen überhaupt erst erfolgt.

Das analytische Konzept des Homo (post-)sovieticus beschreibt einen soziokulturellen Typus, der als Ergebnis der politischen Sozialisation in der (post-)sowjetischen politischen Kultur verstanden wird. Es geht dabei um bestimmte Denk- und Verhaltensmuster, Werthaltungen und gesellschaftliche Orientierungen, die sich unter den spezifischen Bedingungen des (post-)sowjetischen Regimes herausgebildet haben, und die teils auch nach dem Zerfall der Sowjetunion über Generationen und nationale Grenzen hinweg fortwirken (Levada & Golovko, 1993). Das Konzept stellt somit eine Verbindung zwischen spezifischen Sozialisationserfahrungen und gegenwärtigen politischen Orientierungen her. Politische Einstellungen gegenüber verschiedenen Objektklassen oder politisches Verhalten erscheinen in dieser Perspektive nicht isoliert, sondern als Ausdruck langfristig gewachsener Deutungsmuster, die tief in kollektiven Erfahrungen verwurzelt sind.

Politische Re-Sozialisationsforschung schlägt eine Brücke zwischen Sozialisation in einem Herkunftsland und Integration in einem Aufnahmestaat. Sie betont die besondere Bedeutung prämigrationärer Sozialisation in der alten Heimat. Das Leben im Aufnahmestaat beginnt somit nicht von Grund auf neu: Migranten bringen „politisches Gepäck“ mit, auf dessen Basis sie sich in der neuen politischen Umgebung zurechtfinden (vgl. Jimeno et al., 2023; Wals, 2011). Diese Prägungen wirken tief in das politische Bewusstsein hinein und beeinflussen langfristig politische Wahrnehmungen und Entscheidungen (Bilodeau, 2008). Zugleich sind sie jedoch nicht statisch, sondern können sich im Migrationskontext im Wechselspiel mit neuen Erfahrungen, sozial-politischen Kontexten und Lernprozessen weiterentwickeln und transformieren.

1.4 Forschungsfragen und Abgrenzung des Forschungsgegenstandes

Aus dem theoretischen Rahmen ergibt sich die leitende These, dass postsowjetische Migranten durch ihre Sozialisation in der (post-)sowjetischen politischen Kultur bestimmte grundlegende, kollektiv geteilte Orientierungsmuster entwickelt haben. Diese bestehen auch nach der Migration fort und prägen auch über längere Zeit hinweg die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen. Die Arbeit geht dabei folgenden zentralen Forschungsfragen nach:

1. Welche grundlegenden kollektiven politischen Orientierungen lassen sich unter postsowjetischen Migranten in Deutschland erkennen?
2. Inwiefern lassen sich diese politischen Orientierungen auf die politische Sozialisation in der (post-)sowjetischen politischen Kultur zurückführen?
3. Inwiefern wirken diese politischen Orientierungen in Deutschland fort?

In der Analyse stehen fünf Dimensionen politischer Orientierungen im Mittelpunkt. Erstens werden allgemeine politische Orientierungen zum politischen System der Herkunftsländer und

Deutschlands sowie gegenüber der Demokratie erfasst. Zweitens richtet sich der Blick auf den politischen Output und konkret auf die Orientierungen zur Rolle des Staates. Drittens wird das politische Selbst betrachtet, also die Wahrnehmung der eigenen politischen Rolle und der politischen Partizipation. Viertens liegt der Schwerpunkt auf dem politischen Input und Orientierungen gegenüber Parteien und politischen Entscheidungsprozessen. Schließlich werden fünftens Einstellungen zu Asyl und Migration untersucht. Anschließend sollen dimensions- und themenübergreifend politische Orientierungen hergeleitet werden, die auf spezifische (re-)sozialisationsbedingte Gemeinsamkeiten unter postsowjetischen Migranten hinweisen.

Obwohl postsowjetische Migranten eine heterogene Zielgruppe darstellen, verzichtet diese Arbeit bewusst auf eine Differenzierung nach Herkunftsländern, rechtlichem Status, historisch bedingten Kollektivbiografien oder soziodemografischen Merkmalen. Im Mittelpunkt steht eine zentrale gemeinsame Prägung: die Herkunft und Sozialisation in einem (post-)sowjetischen politischen Kulturraum. Der Fokus der qualitativ-explorativen Studie mit begrenzter Fallzahl liegt dabei weder auf der statistischen Verteilung individueller politischer Einstellungen noch auf der Erklärung konkreten politischen Verhaltens, sondern auf der Rekonstruktion kollektiv geteilter Orientierungsmuster sowie ihrer Entwicklung im Spannungsfeld von Herkunftsozialisation und Migrationserfahrung.

1.5 Forschungsdesign und angewandte Methoden

Diese Arbeit verwendet ein Mixed-Methods-Design, das quantitative und qualitative Ansätze miteinander kombiniert. Im ersten Schritt wurde eine teilstandardisierte, anonyme Online-Umfrage mit 262 Teilnehmenden durchgeführt. Diese Umfrage diente der Erhebung soziodemografischer und migrationsspezifischer Daten sowie der Identifikation erster relevanter Merkmale und Tendenzen unter postsowjetischen Migranten in Deutschland in Bezug auf ihre politischen Orientierungen. Hinzu kommen die Daten aus einer früheren eigenen Erhebung durch eine Online-Umfrage unter 225 postsowjetischen (Spät-)Aussiedlern, die sich ausschließlich auf die Einstellungen zu Asyl und Migration beziehen. Im zweiten Teil wurden insgesamt 31 leitfadengestützte und problemzentrierte Interviews mit postsowjetischen Migranten geführt, die nach der Vollendung ihrer formativen Jahre (ab 15 Jahren) aus der ehemaligen Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten nach Deutschland eingewandert sind. Die Daten werden im Sinne des rekonstruktiven Verfahrens mithilfe der dokumentarischen Methode (Bohnsack, 2014; Bohnsack et al., 2018) ausgewertet. Diese Methode zielt darauf ab, die impliziten grundlegenden Orientierungen und Deutungsmuster der Befragten, welche im Rahmen ihrer Sozialisation in der (post-)sowjetischen politischen Kultur erworben wurden, zu rekonstruieren.

1.6 Aufbau der Arbeit

In diesem Unterkapitel wird der Aufbau der Arbeit beschrieben. Das erste Kapitel dient der Einführung in das Thema und der Darstellung der Ausgangsmotivation. Es beinhaltet die Relevanz der Arbeit, den aktuellen politikwissenschaftlichen Erkenntnisstand zu postsowjetischen Migranten in Deutschland und identifiziert Forschungslücken sowie die daraus abgeleiteten Forschungsfragen. Das zweite Kapitel widmet sich der Zielgruppe dieser Studie, den postsowjetischen Migranten in Deutschland. Darin wird ein kurzer Überblick über die Migrations- und Integrationsgeschichte der größten Untergruppen von postsowjetischen Migranten in Deutschland gegeben, und zwar (Spät-)Aussiedlern und jüdischen Kontingentflüchtlingen. Im dritten Kapitel werden das Konzept der politischen Kultur, politische Sozialisation und Re-Sozialisation von Migranten sowie das theoretisch-analytische Konzept des „Homo (post-)sovieticus“ dargestellt, auf die sich die Arbeit stützt. Letzteres wird dabei einer kritischen Reflexion unterzogen. Das vierte Kapitel behandelt den methodischen Zugang zur Erfassung politischer Orientierungen, indem der Begriff der politischen Orientierung spezifiziert, operationalisiert sowie das Vorgehen bei der Analyse dargestellt wird. Auch werden das Forschungsdesign und die in der Studie angewandten Methoden im Detail beschrieben. Es werden die Datenerhebung durch quantitative Umfragen und qualitative problemzentrierte Interviews unter postsowjetischen Migranten sowie die Auswertung der Interviews nach der dokumentarischen Methode beschrieben. Im fünften Kapitel werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung aus den quantitativen Umfragen und den Interviews präsentiert. Dieses Kapitel ist sechsfach untergliedert. Erstens werden die Ergebnisse zu politischen Orientierungen gegenüber politischen Systemen und Regimen (Kapitel 5.1), unterteilt in politische Orientierungen gegenüber dem politischen System des Herkunftslandes und Deutschlands (Kapitel 5.1.1 und 5.1.2) dargestellt. Zweitens werden im Kapitel 5.2 Orientierungen gegenüber Demokratie unter postsowjetischen Migranten behandelt. Drittens werden im Kapitel 5.3 politische Orientierungen zur Rolle des Staates untersucht, und viertens im Kapitel 5.4 Orientierungen gegenüber dem politischen „Selbst“, welche politisches Interesse und politische Partizipation im Herkunftsland und in Deutschland umfassen, analysiert. Fünftens stehen politische Orientierungen gegenüber politischen Parteien und Parteipräferenzen im Fokus des Kapitels 5.5. Schließlich thematisiert Kapitel 5.6 politische Orientierungen von postsowjetischen Migranten zum Thema Asyl und Migration. Kapitel 6 widmet sich der Diskussion und Einordnung der zentralen Ergebnisse entlang der untersuchten Themenbereiche. Es wird geprüft, inwieweit sich die theoretischen Annahmen zur politischen Sozialisation im Herkunftskontext bestätigen lassen und welche neuen Einsichten sich aus der Analyse ergeben. Im Unterkapitel 6.7 werden die kollektiven politischen Orientierungen postsowjetischer Migranten über verschiedene Dimensionen hinweg zusammengeführt.

Unterkapitel 6.8 benennt die Einschränkungen der Arbeit und gibt Empfehlungen für die zukünftige Forschung. In Unterkapitel 6.9 wird erörtert, welche praktischen Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen sich für die politische Integration von postsowjetischen Migranten in Deutschland ableiten lassen. Abschließend bietet Kapitel 7 eine Zusammenfassung der wichtigsten Befunde und einen Ausblick.

2. Zielgruppe: postsowjetische Migranten in Deutschland

In den 1990er Jahren setzte mit Gorbatschows Politik der Perestroika, dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zerfall der Sowjetunion eine beachtliche Auswanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Europa und insbesondere nach Deutschland ein (Gulina, 2010). Den größten Teil dieser Zuwanderung machten die russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler und jüdischen Kontingentflüchtlinge aus. Hinzu kommen Menschen, die aufgrund von Heirats-, Bildungs- oder Berufsmigration nach Deutschland zugewandert sind. In der vorliegenden Arbeit werden sie gemeinsam mit anderen Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten unter dem Sammelbegriff „postsowjetische Migranten“ unabhängig von rechtlichem Status, Herkunftsland und Migrationsmotiven gefasst. Der Begriff verweist primär auf das (post-)sowjetische politische System, aus dem diese Menschen stammen, sowie auf die politische Kultur, in der sie sozialisiert wurden. Mit dem Oberbegriff „postsowjetische Migranten“ werden keineswegs die Unterschiede zwischen diesen Gruppen ignoriert oder die Heterogenität der historisch bedingten Kollektivbiografien vernachlässigt. Vielmehr dient er dazu, eine zentrale gemeinsame Erfahrung hervorzuheben: die Herkunft und Sozialisation in einer (post-)sowjetischen politischen Kultur.

Im Folgenden wird kurz auf die Geschichte, die politischen Rahmenbedingungen sowie die rechtlichen Grundlagen der postsowjetischen Migration der (Spät-)Aussiedler und jüdischen Kontingentflüchtlinge eingegangen, die den größten Teil dieser Zuwanderungsgruppe ausmachen. Es werden zentrale strukturelle, sozioökonomische und kulturelle Aspekte ihrer Integration skizziert.

2.1 (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion

2.1.1 Begriffserklärung: Aussiedler, Spätaussiedler, Russlanddeutsche

Der Begriff „Aussiedler“ beschreibt einen Status, den Deutschstämmige, die aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks² ausgewandert und in die Bundesrepublik immigriert sind, mit Erhalt des Aufnahme- und Anerkennungsbescheides der Bundesrepublik erreichen können. Aussiedler sind Vertriebene und damit Deutsche im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG. Die Rechtskategorie „Aussiedler“ wird in § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG - Bundesvertriebenengesetz) von 1953 als Unterkategorie des „Vertriebenen“ (§ 1 Abs. 1 BVFG) definiert. Als „Aussiedler“ galten zunächst die Nachzügler

² Aussiedler sind geografisch eine heterogene Gruppe: In § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG sind auch folgende Regionen als Herkunftsländer von Aussiedlern benannt: „[...] die ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und China [...]“.

der massenhaften Flucht und der Nachkriegsvertreibung der Deutschstämmigen aus den Gebieten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas. Seit den 1950er Jahren durften diese im Rahmen humanitärer Familienzusammenführung in die Bundesrepublik umsiedeln. Aussiedler werden aufgrund ihres Vertreibungsschicksals, das sie in ihren Siedlungsgebieten infolge des Zweiten Weltkrieges wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit³ erlitten hatten, als deutsche Staatsangehörige aufgenommen.

Ab den 1970er Jahren wanderten vermehrt Personen ein, die den Zweiten Weltkrieg nur als Kinder oder gar nicht mehr erlebt hatten. In diesem Zusammenhang erschwerte sich die Herstellung der Verbindung zwischen dem Entschluss für die Aussiedlung und den Folgen des Zweiten Weltkrieges. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat seine Rechtsprechung dem dadurch angepasst, dass es von einer Nachwirkung der gegen die deutsche Bevölkerung gerichteten allgemeinen Verfolgungs- und Vertreibungsmaßnahmen auf anschließend geborene Generationen ausging. Es bestehe ein Vertreibungsdruck dadurch, dass die Menschen Nachteile als Deutsche erlitten oder ein „Gefühl der Vereinsamung“ hatten (BVerwG VIII C 125.67 vom 12.06.1969).

Das BVFG und der Begriff „Aussiedler“ entstanden im Kontext des Kalten Krieges, der die Migrationsbedingungen maßgeblich prägte und erschwerte. Mit dem Ende des Systemstreits Ende der 1980er Jahre haben sich die Aus- und Einreisebedingungen grundsätzlich geändert. Der Gesetzgeber hat auf die neuen Bedingungen reagiert: Das BVFG wurde durch das am 01.01.1993 in Kraft getretene Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgen (Kriegsfolgenbereinigungsgesetz – KfbG) vom 21.12.1992 modifiziert. Die neue Klassifizierung „Spätaussiedler“ wurde eingeführt. Nach § 4 Abs. 1 BVFG sind Spätaussiedler deutsche Volkszugehörige, die nach dem 31.12.1992 im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingereist sind und dort ihren ständigen Aufenthalt genommen haben. Hauptsächlich handelt es sich bei Spätaussiedlern um Deutschstämmige aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Bei diesen wird noch ein kollektives Kriegsfolgenschicksal wegen ihres besonderen Vertreibungsschicksals vermutet. Im Unterschied zu den Deutschstämmigen aus anderen ost- und südosteuropäischen Staaten müssen die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion nicht individuell glaubhaft machen, dass sie nach dem 31.12.1992 „Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen auf Grund deutscher Volkszugehörigkeit“ ausgesetzt waren (§ 4 Abs. 2 BVFG)⁴. Die Rechtsstellung sowie die

³ Nach § 6 Abs. 1 BVFG ist deutscher Volkszugehöriger, „wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung oder Kultur bestätigt wird“. Für nach 1923 Geborene gilt § 6 Absatz 2 des BVFG.

⁴ Mit der Gesetzesänderung wurde auch für diejenigen, welche nach dem 31.12.1923 geboren wurden, die Definition der „deutschen Volkszugehörigkeit“ angepasst. Dies betraf vor allem die deutschen Sprachkenntnisse,

wirtschaftliche und soziale Eingliederung von (Spät-)Aussiedlern⁵ werden durch das Bundesvertriebenengesetz (BVFG), das Fremdrentengesetz (FRG) und das Lastenausgleichsgesetz (LAG) geregelt.

Der Begriff „Russlanddeutsche“ wird oft als Synonym für Spätaussiedler und im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs am häufigsten verwendet. Im Unterschied zu „Aussiedler“ und „Spätaussiedler“ ist die Bezeichnung „Russlanddeutscher“ jedoch kein Rechtsbegriff. Er bezeichnet lediglich diejenigen Menschen, deren Vorfahren einst aus Deutschland nach Russland ausgewandert sind. Er umfasst sowohl die noch in Russland bzw. den Nachfolgestaaten der Sowjetunion lebenden als auch die bereits wieder nach Deutschland migrierten Menschen. In den 1930er Jahren wurde der Begriff „Russlanddeutsche“ unter dem stalinistischen Regime durch „Sowjetdeutsche“ ersetzt, der bis zum Zerfall der Sowjetunion in Gebrauch war. Dies hatte zum politisch-ideologischen Ziel, verschiedene als homogen gesehene deutsche Minderheiten an den Sowjetstaat einzubinden. Mit dem Ende der Sowjetunion und hauptsächlich während der Perestroika wurde der Begriff als obsolet betrachtet und wieder durch „Russlanddeutsche“ ersetzt (E. Schmalz, 2018, S. 43–45). Der Begriff wird auch oft auf Deutsche aus anderen Republiken und Siedlungsorten der ehemaligen Sowjetunion angewandt, wenngleich diese auch weniger üblich als Wolgadeutsche, Schwarzmeerdeutsche, Sibiriendeutsche, Kasachstendeutsche, Ukrainedeutsche oder Kirgisiendeutsche bezeichnet werden.

2.1.2 Deutsche Aussiedlerpolitik und Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern

Deutsche Aussiedlerpolitik und -gesetzgebung standen eng mit den politischen und sozialen Umwälzungsprozessen in den Herkunftsländern sowie mit den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Herkunftsländern in Verbindung. Die deutsche Aussiedlerpolitik der Nachkriegszeit richtete sich hauptsächlich auf den Ausgleich des Kriegsfolgeschicksals, das Menschen aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg erlitten haben. Mit dem Bundesvertriebenengesetz von 1953 bot ihnen die Bundesregierung unter Konrad Adenauer an, gemeinsam mit ihren Familien nach Deutschland einzuwandern und die vollen Bürgerrechte nach dem Grundgesetz zu genießen. Während des Besuchs von Konrad Adenauer in Moskau 1955 setzte er sich für die Familienzusammenführung der in der Sowjetunion lebenden Deutschen mit ihren Verwandten in Deutschland ein (Deutscher Bundestag, 2016; Schwarz, 2005; Wettig, 2005, 2007).

die während der Prägephase innerfamiliär erworben worden sein mussten (§ 6 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. Satz 3 BVFG; Urteil vom 03.05.2007 BVerwG 5 C 23.06).

⁵ Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Folgenden einheitlich der Begriff (Spät-)Aussiedler verwendet, um alle Personen mit diesem Migrationsstatus unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Einreise zu bezeichnen. Eine Differenzierung erfolgt nur, wenn sie für das Verständnis des jeweiligen Zusammenhangs erforderlich ist.

Die Reiseerlaubnis für Aussiedler, sowohl im In- als auch im Ausland, stand in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in direkter Abhängigkeit von den Entscheidungen der sowjetischen Regierung bezüglich ihrer Rehabilitation. Durch den Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28.08.1941 „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons leben“,⁶ wurden die Deutschen pauschal der Kollaboration mit Nazi-Deutschland beschuldigt und unter Zwang in Kolonien umgesiedelt und unterdrückt. Nach Kriegsende wurde erwartet, dass die Deutschen die materiellen Schäden, die von der deutschen Armee im Zweiten Weltkrieg angerichtet wurden, kompensieren, weswegen die Ausreise der Aussiedlungswilligen in den 1950er Jahren durch die kommunistische Regierung der UdSSR⁷ erschwert wurde. Erst mit dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 29.08.1964⁸ wurde der Vorwurf des Verrats als unbegründet aufgehoben.

Gorbatschows Wahl zum Generalsekretär der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) und Ministerpräsidenten der UdSSR brachte den Aussiedlern positive Veränderungen. Durch die von ihm 1985 eingeleitete Politik von Perestroika und Glasnost konnten nun zuvor tabuisierte Themen aus der Geschichte der Aussiedler wie Deportation, Arbeitslager und Autonomiebewegung öffentlich diskutiert werden. Durch ein neues Gesetz zur Regelung der Ausreise und Einreise für Bürger der UdSSR von 1986, welches die Ausreisebestimmungen für Aussiedler liberalisierte, wurde die Übersiedlung vieler (Spät-)Aussiedler in die Bundesrepublik erst möglich (Brendel, 1992). Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre stieg die Zahl der zugewanderten (Spät-)Aussiedler stark an und erreichte mit rund 3 Mio. nahezu das Doppelte der Zuwanderung der vier Jahrzehnte zuvor (Haug & Sauer, 2007, S. 20).

Die Bundesregierung unter Kohl legte darauf 1988 ein Sonderprogramm zur Eingliederung auf (CDU-Dokumentation, 1988). Die Aufnahme deutschstämmiger Aussiedler aus der Sowjetunion wurde gar als „nationale Aufgabe“ bezeichnet (Puskeppeleit, 1999, S. 99). Im selben Jahr wurde das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen etabliert, welches

⁶ Im Original: Указ Президиума Верховного Совета СССР от 28 августа 1941 года „О переселении немцев, проживающих в районах Поволжья“ [transl.: Ukaz Prezidiuma Verkhovnogo Soveta SSSR ot 28 avgusta 1941 goda „O pereselenii nemtsev, prozhivayushchikh v raionakh Povolzh'ya“; übers.: Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 über die Umsiedlung der in der Wolgaregion lebenden Deutschen]. Quelle: Bibliothek der normativ-rechtlichen Akten der UdSSR: http://www.libussr.ru/doc_ussr/ussr_4332.htm, Stand 20.07.2024.

⁷ „UdSSR“ (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) und „Sowjetunion“ werden in der Arbeit synonym verwendet.

⁸ Im Original: Указ Президиума Верховного Совета СССР от 29 августа 1964 года О Внесении изменений в указ Президиума Верховного Совета СССР от 28 августа 1941 года „О переселении немцев, проживающих в районах Поволжья“ [transl.: Ukaz Prezidiuma Verkhovnogo Soveta SSSR ot 29 avgusta 1964 goda O vnesenii izmenenij v Ukaz Prezidiuma Verkhovnogo Soveta SSSR ot 28 avgusta 1941 goda „O pereselenii nemtsev, prozhivayushchikh v raionakh Povolzh'ya“; übers.: Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 29. August 1964 Über Änderungen am Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 „Über die Umsiedlung der in der Wolgaregion lebenden Deutschen“]. Quelle: Bibliothek der normativ-rechtlichen Akten der UdSSR: http://www.libussr.ru/doc_ussr/ussr_6126.htm, Stand 20.07.2024.

die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Eingliederung der Aussiedler koordinieren sollte. Die damalige Regierung stellte Aussiedler als einen „große[n] Gewinn“ für Deutschland dar und bemühte sich um ein positives Bild in der einheimischen Bevölkerung: Aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit hätten sie in Deutschland ein „Heimatrecht“ und brächten das „Gefühl der Zugehörigkeit zur deutschen Nation“ mit, wodurch keine Überfremdungsfahrer bestehe und die Eingliederungsschwierigkeiten nur von kurzer Dauer sein würden (CDU-Dokumentation, 1988).

Während in den 1950er Jahren die Ausreisebedingungen durch die KPdSU erschwert wurden, schränkte Deutschland in den 1990er Jahren die Rückkehrbedingungen für (Spät-)Aussiedler ein. Mit der Wiedervereinigung haben sich in Deutschland die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen spürbar verschlechtert. Angesichts der angespannten Haushaltslage und der problematischen Situation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt wurde die zunehmende Anzahl der (Spät-)Aussiedler zum Thema. Aufnahme und Eingliederung von (Spät-)Aussiedlern wurden oft von mangelnder Akzeptanz bis zur offenen Ablehnung seitens der Aufnahmegesellschaft begleitet, die (Spät-)Aussiedler als Wirtschaftsflüchtlinge wahrgenommen und deren Sozialverträglichkeit infrage gestellt hat (Puskeppeleit, 1999). Einreisen durften nur noch diejenigen, die ein besonderes Kriegsfolgenschicksal nachweisen konnten. Um den (Spät-)Aussiedlerzufluss einzudämmen, wurden einschränkende Maßnahmen eingeführt wie z. B. jährliche Einreisequoten und Einreisebedingungen deutsche Sprachkenntnisse betreffend. Um die Belastung für Länder und Kommunen auszugleichen, wurde 1996 das Wohnortzuweisungsgesetz beschlossen, nach dem diejenigen (Spät-)Aussiedler, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten möchten, in dem ihnen zugewiesenen Bundesland leben müssen. Zu der „Aussiedler-Problematik“ kamen auch Integrationsprobleme seitens der (Spät-)Aussiedler hinzu.

2.1.3 Sozialstruktur, Integration und Identifikation von (Spät-)Aussiedlern

Die meisten (Spät-)Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion kamen aus Russland, Kasachstan und der Ukraine. Den historischen Höhepunkt erreichte die (Spät-)Aussiedlerzuwanderung von 1992 bis 1995 (Worbs et al., 2013). Bis in die 1990er Jahre galten (Spät-)Aussiedler als "eine Art Musterbild des Deutschen" und waren mit ihrer vorbildlichen "Eingliederungsqualität" durch Fleiß, Integrationsfähigkeit und wertvolle mitgebrachte Qualifikationen begehrt und willkommen (Thränhardt, 1999, S. 232). Subjektiv empfanden sich (Spät-)Aussiedler hinsichtlich ihrer strukturellen, sozialen und kulturellen Integration auch als gut integriert, wobei diese Integrationsbereiche objektiv als eher mangelhaft einzuschätzen

waren. In diesem Kontext spricht Mammey (1999, S. 125) von einem „Zufriedenheitsparadox“ bei (Spät-)Aussiedlern.

Die sofortige Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit samt politischer und sozialer Rechte sowie umfangreiche staatliche Fördermaßnahmen begünstigten die schnelle Integration von (Spät-)Aussiedlern im Unterschied zu anderen Migrantengruppen. Außerdem bekamen sie eine Arbeitserlaubnis und hatten Anspruch auf weitgehende sozialstaatliche Eingliederungsleistungen, was sie den Einheimischen weitgehend gleichstellte (Thränhardt, 1999, S. 243).

(Spät-)Aussiedler wiesen insgesamt eine günstige Bildungsstruktur auf, die der von Menschen ohne Migrationshintergrund ähnelte, weil sie stark in den unteren und mittleren Bildungskategorien und Berufsabschlüssen vertreten waren (Worbs et al., 2013, S. 46–47). Der Anteil an Akademikern war hingegen gering. Viele (Spät-)Aussiedler waren jedoch erwerbsorientiert und hatten bereits in ihren Herkunftsländern eine Berufsausbildung absolviert. Diese Qualifikationen konnten in Deutschland allerdings nicht immer direkt auf dem deutschen Arbeitsmarkt genutzt werden. Besonders schwer wirkte sich die Anerkennungsproblematik auf die ältere Generation aus, denn deren Bildungsabschlüsse konnten in Deutschland nicht adäquat genutzt werden. Auch den (Spät-)Aussiedlern mit höherem Qualifikationsniveau wie Ärzten oder Pädagogen gelang Aufstieg deutlich seltener als Deutschen (Brück-Klingberg et al., 2007, S. 2–4; Greif et al., 1999). Der berufliche Abstieg, der durch die sozialstaatliche Unterstützung finanziell abgemildert wurde, ging oft mit beruflicher Dequalifizierung und Statusminderung einher (Bade & Oltmer, 1999, S. 35; Gruber & Rübler, 2002).

Die hohe Zahl von (Spät-)Aussiedlern Ende der 1980er Jahre und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit ließen (Spät-)Aussiedler für Kommunen und Sozialhilfeträger zur Belastung werden, was zu ihrer Stigmatisierung in öffentlichen Diskussionen beitrug (Thränhardt, 1999, S. 243). In den 1990er Jahren gerieten (Spät-)Aussiedler außerdem nicht nur durch die zunehmende Arbeitslosigkeit in die öffentliche Aufmerksamkeit. Neben Integrationsschwierigkeiten trugen Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie Kriminalität und Gewalt insbesondere von Jugendlichen zu negativen Schlagzeilen bei (Dietz, 1999; Panagiotidis & Petersen, 2024, S. 156–157; Strobl, 2006; Zinn-Thomas, 2006). Hinzu kamen Sprachprobleme und mangelnde schulische Kenntnisse, die den Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt sowie die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft negativ beeinflusst haben (Dietz, 1999, S. 169).

Integrationshürden ergaben sich im Alltag vor allem durch Kommunikationsbarrieren. In den meisten Familien wurde überwiegend Russisch gesprochen. Die Deutschkenntnisse bei der Einreise waren oft gering oder gar nicht vorhanden, was teilweise die Folge des Assimilationsdrucks der sowjetischen Regierung war (Bade, 1994, S. 155; Biehl, 1996). Zusätzlich zu den

Sprachschwierigkeiten erschwerten unterschiedliche Verhaltensmuster, ethisch-moralische Wertevorstellungen, Familienbilder, Alltags- und Sozialformen die Kontaktaufnahme mit den Einheimischen (Hilkes, 1996). Aus den genannten Gründen ließ sich Ende der 1990er Jahre ein zunehmendes Konfliktpotenzial zwischen den einheimischen Deutschen und (Spät-)Aussiedlern feststellen (Dietz, 1999, S. 173). Bei der Aufnahmegesellschaft führte das zu wachsender Ablehnung, negativer Stereotypisierung, niedriger Aufnahmebereitschaft (Thränhardt, 1999, S. 229) sowie Sozialneid und Konkurrenzängsten hinsichtlich finanzieller Unterstützung durch den Staat (Bade, 1994, S. 171; Puskeppeleit, 1999). Nicht zuletzt entstanden Integrations-schwierigkeiten durch die ursprüngliche Unterbringung von (Spät-)Aussiedlern in Übergangs-wohnheimen, was nicht nur eine räumliche Ghettoisierung, sondern auch eine soziale Abgrenzung zur Folge hatte (Bade & Oltmer, 1999, S. 35–36; Panagiotidis & Petersen, 2024, S. 191–193). Bis heute erscheinen in den Medien regelmäßig die Bezeichnungen wie „Klein-Kasachstan“ oder „Klein-Moskau“ und werfen Fragen nach Parallelgesellschaften auf (Panagiotidis, 2021, S. 82).

Nach Kiel (2009) gehört die ethnische Komponente bei russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern generationsübergreifend zur dominanten kollektiven Identitätsstrategie. Es herrscht bei vielen die Überzeugung, zur ethnisch-kulturellen Minderheit der russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler in Deutschland zu gehören. Die Herausbildung einer solchen Einstellung ist durch die unterschiedlichen Wahrnehmungen und ein unterschiedliches Verständnis vom Deutschsein in den Herkunftsländern und in Deutschland bedingt. Die Erwartungen russlanddeutscher (Spät-)Aussiedler an die deutsche Kulturgemeinschaft und umgekehrt wurden nicht erfüllt und lösten Verunsicherung und Abgrenzung gegenüber den Deutschen aus. Identitätsstiftend ist für russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler auch die Opferrolle, die hauptsächlich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurde, die aber in der Gruppe unterschiedlich ausgeprägt ist.

(Spät-)Aussiedler zeigen eine „gemischte“ ethnische Identität, die Elemente (post-)sowjetischer und deutscher Kultur verbindet. Eine solche hybride Identität von (Spät-)Aussiedlern ermöglicht es ihnen, sich sowohl im russischsprachigen als auch im deutschen Kulturraum zu orientieren (Köppen, 2015). Savoskul (2006, S. 211–217) differenziert (Spät-)Aussiedler in drei Gruppen: „echte (oder germanische) Deutsche“, „Russlanddeutsche“ und „Russaki“. „Echte Deutsche“ fühlen sich gut integriert in Deutschland, sie pflegen soziale Kontakte zu Einheimischen, sprechen fließend Deutsch und geben die russische Sprache oft nicht mehr an ihre Kinder weiter. „Russlanddeutsche“ leben zwischen zwei Kulturen, sprechen sowohl Deutsch als auch Russisch, pflegen Kontakte zu ihren Herkunftsländern und anderen Russlanddeutschen, und nutzen überwiegend russlanddeutsche Binnenstrukturen. „Russaki“ ist der häufigste Typus. „Russaki“ fühlen sich von Deutschen nicht vollständig anerkannt, was oft zu sozialer Isolation

führt. Diese Gruppe umfasst zum einen die „mitgenommene“ Generation von Jugendlichen, die vor allem innerhalb der eigenen Community Anschluss finden und sich in Lebensweise und Wertvorstellungen deutlich von Gleichaltrigen unterscheiden. Zum anderen gehören dazu Erwachsene im Alter zwischen 30 und 50 Jahren, die Schwierigkeiten im Berufsleben hatten und einen sozialen Statusverlust erlebten, sowie ältere Menschen, die in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft ihrer Kinder nach Deutschland kamen, für sich selbst jedoch keinen Platz in der neuen Gesellschaft fanden. Diese Gruppe hält an postsowjetisch geprägten Werten und Verhaltensweisen fest, bewegt sich überwiegend in russischsprachigen Netzwerken und greift nur begrenzt auf soziale Dienstleistungen zurück.

Die Typologie von (Kiel, 2009, S. 155–159) klassifiziert die Selbstidentifikation ganzer Familien mit mehreren Generationen russlanddeutscher (Spät-)Aussiedler und unterscheidet fünf Typen. Zum ersten Typus: „Nicht richtige Deutsche“, gehört vor allem die Großelterngeneration, die sich in der Sowjetunion stark als Deutsche identifizierte und ihr Deutschsein pflegte. Traumatische Deportationserfahrungen und Opferstatus prägten ihr kollektives Bewusstsein. Die Rückkehr nach Deutschland offenbarte die Andersartigkeit ihrer Kultur und verstärkte eine negative Eigendefinition und den Rückzug in die eigene Gruppe. Der zweite Typus: „Deutsche mit Makel“, empfand in den Herkunftsländern ebenfalls eine starke Zugehörigkeit zur deutschen Kultur, erfuhr jedoch nach der Migration nach Deutschland eine Diskrepanz zu anderen Deutschen und erkannte eine als nachteilig betrachtete russische „Zusatzkomponente“. Der dritte Typus sind Deutsche mit „russischem Glanz“: Es ist eine akademisch geprägte Gruppe, die Bikulturalität als Bereicherung sieht und eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft zeigt. Zum vierten Typus „Wahre Deutsche“ gehören vor allem strenggläubige christliche (Spät-)Aussiedler mit ausgeprägtem Patriotismus, die sich stärker mit der deutschen Kultur verbunden fühlen als Einheimische, aber hauptsächlich in ihrem religiösen Kreis bleiben. Der fünfte Typus sind die „Sowjetischen Leute“. Viele aus dieser Gruppe empfinden eine enge Verbindung zur sowjetischen Kultur, übernehmen verschiedene kulturelle Elemente und sind offen für Integration, ohne jedoch eine identifikatorische Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft anzustreben.

In ihrer Untersuchung unter (Spät-)Aussiedlern der zweiten Generation kommen Hoops und Panagiotidis (2021) zu ähnlichen Ergebnissen: Während bei der ersten Generation von (Spät-)Aussiedlern die Erfahrungen mit dualer Exklusion – als „Deutsche“ in den Herkunftsländern und als „Russen“ in Deutschland – eine nachhaltige Wirkung auf die Identitätsbildung haben, macht die zweite Generation diese Erfahrung nicht. Sowohl die Fremd- als auch die Eigenwahrnehmung als Deutsche decken sich und gehen gleichzeitig mit einer positiv

konnotierten Selbstidentifikation als „Russen“ einher. Die Kategorie „russlanddeutsch“ übt nur eine nachrangige identitätsbildende Wirkung aus.

2.2 Russischsprachige Juden aus der ehemaligen Sowjetunion

Im Jahr 1990 begann die Einwanderung der Juden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Diese Praxis wurde noch von der letzten demokratisch gewählten Regierung der DDR unter Lothar de Maizière initiiert und nach der Wiedervereinigung von der Bundesrepublik Deutschland weitergeführt. Im Folgenden werden die Migration russischsprachiger Juden ab den 1990er Jahren nach Ost- und Westdeutschland, deren historischer und politischer Kontext, die gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie für diese Studie relevante soziostrukturelle und integrationsbezogene Aspekte thematisiert. In der Arbeit wird der Begriff „russischsprachige Juden“ als Sammelbezeichnung für alle jüdischen Zuwanderer aus den ehemaligen Staaten der Sowjetunion verwendet.

2.2.1 Geschichte der Einwanderung von russischsprachigen Juden

Anfang der 1990er Jahre begann die DDR die überfällige politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Folgen.⁹ Auf Initiative der letzten Regierungen der DDR unter den Ministerpräsidenten Hans Modrow und Lothar de Maizière wurden die Jahre der Nichtbeziehung mit Israel langsam überwunden.¹⁰ Im Jahr 1990 wurden erste fragile diplomatische Verhandlungen initiiert, wie z. B. über Entschädigungsfragen (Enquete-Kommission, 1995, S. 1591), sowie die ersten Annäherungsversuche zu jüdischen Gemeinden unternommen, um das unrechtmäßig angeeignete Eigentum zurückzugeben (Radvan, 2004, S. 42).

In der Sowjetunion begannen Perestroika und Glasnost in den 1980er Jahren mit der Hoffnung auf eine umfassende Modernisierung des wirtschaftlichen und politischen Systems, führten jedoch zur Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage und steigender Kriminalität von Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre in der sich auflösenden Sowjetunion. Der jüdischen

⁹ So sagte Lothar de Maizière (Ministerpräsident der DDR vom 12.04. bis 02.10.1990): „Aber unsere Geschichte, das sind nicht nur die letzten fünf Jahre. Als freie Regierung und freies Parlament verneigen wir uns vor den Opfern des Faschismus. Wir denken an die Opfer der Konzentrationslager und des Krieges“ (Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vor der Volkskammer der DDR am 19.04.1990).

¹⁰ Eine staatliche antizionistische Propaganda der SED-Regierung hat nach dem Zweiten Weltkrieg das Feindbild Israels fest verankert. Der Staat Israel wurde als Aggressor für das Leiden des palästinensischen Volkes im Nahostkonflikt und dem Suez-Krieg 1956 verantwortlich gemacht (Münnich, 2018). Staatliche antizionistische Kampagnen und Verfolgung der Juden sowie die Ablehnung der Existenz des Staats Israel korrespondierten stark mit den antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung. Auch die Frage nach Entschädigungszahlungen für jüdische Opfer hat die Situation in der DDR lange Zeit verschärft. Die DDR hat individuelle Auszahlungen nach dem Luxemburger Abkommen strikt mit der Begründung abgelehnt, dass die endgültige Überwindung des Faschismus als Wiedergutmachung genüge (Radvan, 2004, S. 42; Wolffsohn, 1988).

Bevölkerung wurde die Schuld an der Mangelwirtschaft gegeben, was den Wunsch vieler Juden nach Emigration verstärkte. In dieser Zeit verbreitete sich unter der jüdischen Bevölkerung das Gerücht „Deutschland nimmt“¹¹ (Runge, 1995, S. 73). Begünstigend kam die Liberalisierung der Ausreisebedingungen durch Gorbatschow in der ehemaligen Sowjetunion hinzu. Im Zusammenhang mit dem stets vorhandenen und zunehmenden Antisemitismus, der wirtschaftlichen Notlage und den nationalistischen Tendenzen in manchen Sowjetrepubliken reisten Ende der 1980er Jahre viele Juden in die DDR ein und baten die jüdischen Gemeinden hauptsächlich in Ostberlin um Hilfe in der Hoffnung, dort eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen (Gorelik, 2008; Kessler, 2003; Runge, 1995; Weiss & Gorelik, 2012). Wegen der stetig steigenden Anzahl von Einwanderern musste die DDR-Regierung die Immigration zügig gesetzlich regeln.

Im Februar 1990 forderte der Zentrale Runde Tisch in Ostberlin, der sich u. a. aus Vertretern der jüdischen Kulturvereine zusammensetzte, die damalige DDR-Regierung unter Modrow auf, die Einreise von Juden zu ermöglichen.¹² Am 12.04.1990 verabschiedete die neugewählte Volkskammer der DDR eine Erklärung, in der sich die DDR zur historischen und moralischen Mitverantwortung für Verfolgung und Leid jüdischer Menschen in der Zeit des nationalsozialistischen Faschismus bekennt, die Schoah verurteilt sowie sich zur „Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945“ bekennt und erklärt, „verfolgten Juden in der DDR Asyl zu gewähren“ (Gemeinsame Erklärung der Volkskammer von 12.04.1990). Im Juli 1990 beschloss der Ministerrat der DDR parteiübergreifend trotz eines angespannten und fragilen Verhältnisses zu Israel die unbürokratische Gewährung der Einreise und ein dauerhaftes Bleiberecht aus humanitären Gründen für Juden aus der ehemaligen Sowjetunion. Dieses Bekenntnis und die daraus resultierenden Maßnahmen stellten eine Art Wiedergutmachung und Versöhnung durch Ermöglichung der Migration dar (Becker, 2001; Runge, 1995).

2.2.2 Rechtsgrundlagen der Einwanderung von russischsprachigen Juden

Als Grundlage für die Aufnahme in Gesamtdeutschland galt zuerst das auf der Innenministerkonferenz am 12.04.1990 beschlossene Kontingentflüchtlingengesetz vom 09.01.1991 und das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen in den Krisenregionen aufgenommene Flüchtlinge (HumHAG) vom 09.01.1991. Eines der zentralen Motive war Erhalt und Stärkung der jüdischen Gemeinden in Deutschland (Bundesministerium des Innern, 2004, S. 31). In der rechtlichen Begründung wurde bewusst auf eine politische oder religiöse

¹¹ Russisch: „Германия принимает“ („Germanija prinimajet“).

¹² Vertreter des Runden Tisches vom 06.02.1990: „Wir ersuchen die Regierung der DDR, unabhängig von den geltenden Bestimmungen den Aufenthalt für jene zu ermöglichen, die sich in der Sowjetunion als Juden diskriminiert und verfolgt sehen. Wenn ein Menschenleben in Gefahr ist, müssen die Gesetze gebrochen werden“ (zit. nach Berger, o. D.).

Rechtfertigung der Regelung verzichtet, um im ersten Fall die Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu gefährden und im zweiten Fall einer möglichen Zunahme antisemitischer Stimmung vorzubeugen (Gorelik, 2008; Runge, 1995, S. 84). Auch eine Quotenregelung und eine damit verbundene notwendige Auswahl der Einreisenden war aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit unzumutbar (Harris, 1999, S. 252).

Am 09.07.2004 verabschiedete der Bundesrat das Zuwanderungsgesetz¹³, das von der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geführten Bundesregierung in Absprache mit dem Zentralrat der Juden beschlossen wurde. Im Jahr 2005 wurde das HumHAG somit außer Kraft gesetzt. Juden aus den Nicht-EU-Staaten der ehemaligen Sowjetrepubliken werden nun nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) aufgenommen. Nach der neuen Gesetzeslage unterliegt die Aufnahme der Juden strengeren Voraussetzungen. Sie müssen ihre jüdische Nationalität oder Abstammung sowie die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse und eine Bestätigung der Zentralwohlfahrtstelle der Juden über die mögliche Aufnahme in eine jüdische Gemeinde nachweisen. Auf der Grundlage dieses Gesetzes dürfen Juden aus der ehemaligen Sowjetunion einwandern und werden nach dem „Königsteiner Verteilungsschlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Die Gesetzeslage folgte bei der Bezeichnung „jüdisch“ allerdings nicht der religiösen, in der „Halacha“, also dem gesetzlichen Teil des Talmuds, vorgeschriebenen Definition, wonach jüdisch nur ist, wer von einer jüdischen Mutter abstammt. Das Gesetz umfasste die Menschen, die eine jüdische Nationalität nachweisen konnten oder mindestens einen jüdischen Elternteil haben, sowie ihre Ehepartner und Kinder unter 18 Jahren. Außerdem galt als Nachweis jüdischer Nationalität „Punkt 5“ des sowjetischen Passes, der die Nationalität bezeichnete: In der Sowjetunion durften Kinder ab 16 Jahren ihre Nationalität selbst bestimmen, sollten ihre Eltern unterschiedliche Nationalitäten haben. Die jüdische Nationalität wurde in sowjetischen Pässen in der Regel auf Grundlage der Abstammung von mindestens einem jüdischen Elternteil vermerkt. Die Regelungen zur Aufnahme jüdischer Zuwanderer bezogen sich somit nicht nur auf die mütterliche Linie, sondern schlossen auch Personen ein, deren jüdische Herkunft über den Vater verlief (Mertens, 1993, S. 35). Die in Deutschland aufgenommenen russischsprachigen Juden erhalten eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis.

2.2.3 Sozialstruktur, Integration und Identifikation von russischsprachigen Juden

Als zentrale Motive der Auswanderung in den 1990er Jahren werden vonseiten der Herkunftsländer vor allem ökonomische Unzufriedenheit mit den dortigen Lebensbedingungen, religiöse Diskriminierung sowie Angst vor Antisemitismus, politischer Instabilität, Unsicherheit und

¹³ Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) vom 30.07.2004 (BGBl. I S. 1950).

Verfolgung genannt (Gorelik, 2008; Haug & Schimany, 2005; Kessler, 1998, 2003; Schoeps et al., 1996). Zwischen Mitte der 1990er-Jahre und den frühen 2000er-Jahren bewegte sich die Zahl jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion auf einem stabilen Niveau. In den darauffolgenden Jahren ging die Zuwanderung deutlich zurück, unter anderem aufgrund gesteigerter Bindungen an das Herkunftsland, verbesserter Lebensbedingungen vor Ort sowie verschärfter Einreiseregulungen in Deutschland ab 2005. Zu den wichtigsten Herkunftsländern zählen die Ukraine und die Russische Föderation. Seit 2018 ist insbesondere die Zahl der Zuwanderer aus der Ukraine spürbar angestiegen (Bundesministerium des Innern, 2018; 2019).

Ein großer Teil der in Deutschland lebenden russischsprachigen Juden verfügt über eine akademische Ausbildung (Becker, 2001; Kessler, 2003; Körber, 2005; Schoeps et al., 1996). In ihrer Berufsstruktur unterscheiden sie sich deutlich sowohl von anderen Migrantengruppen, etwa (Spät-)Aussiedlern, als auch von der einheimischen deutschen Bevölkerung: Sie weisen ein überdurchschnittlich hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau auf. Ein erheblicher Anteil der Erwerbsfähigen war bereits im Herkunftsland in akademischen Berufen tätig (Haug, 2007). So lag der Anteil an Hochschulabsolventen unter den russischsprachigen Juden laut der Erhebung von Spülbeck (1997, S. 132) bei rund 73 %.

Die russischsprachigen Juden haben uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Trotz begünstigter Rechtsposition sind sie überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen und viele sind im erwerbsfähigen Alter auf Sozialleistungen angewiesen (Ben-Rafael et al., 2010, S. 50; Gruber & Rübler, 2002, S. 40). Die hohe Arbeitslosigkeit ist u. a. auf die „Kopflastigkeit“ ihrer beruflichen Qualifikationen zurückzuführen (Haug, 2007, S. 34; Schoeps et al., 1996, S. 89–90). Zu den weiteren Gründen zählen typischerweise hohes Durchschnittsalter, Sprachbarrieren und ungünstige Berufsstruktur (Schoeps et al., 1996), unvollständige Anerkennung von ausländischen Abschlüssen (Haug & Schimany, 2005) sowie Defizite bei der Koordination von Integrationsmaßnahmen (Gruber & Rübler, 2002, S. 49). Nach der Einwanderung erlitten die Berufsbiografien russischsprachiger Juden einen erheblichen Bruch (Ben-Rafael et al., 2010, S. 50).

Eine besondere Bedeutung wird außerdem den sozialisationsbezogenen Faktoren zugeschrieben. Geringe Erfahrungen mit marktwirtschaftlichen Mechanismen und einem freien Arbeitsmarkt sowie mangelnde Kenntnisse von Gesetzen, Verhaltensmustern und Bürokratievorgängen brachten für aus einer autoritären Planwirtschaft stammende Zuwanderer einen besonderen Druck und Komplikationen mit sich. Die mangelhafte berufliche Verwirklichung im Aufnahmestaat führte zusätzlich zum Verlust des Selbstwertgefühls und zu Verunsicherung (Schoeps et al., 1996, S. 94–96).

Weitere Aspekte kultureller und struktureller Integration der jüdischen Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion sind unzureichende Deutschkenntnisse (Schoeps et al., 1996, S. 92–93) sowie generell geringe Kontakte zu Deutschen (Ben-Rafael et al., 2010). Schoeps et al. (1996, S. 21) sprechen von einer doppelten Isolation, welche die russischsprachigen Juden in Deutschland erleben: „zum einen in Wohnheimen, wo man unter sich lebt und in der Regel Russisch spricht, zum anderen in schwachen jüdischen Gemeinschaften, die nicht automatisch integrativ sind“. Sprachliche und soziale Isolation führten zur Entstehung von russischsprachigen Kulturklaven sowohl in den Gemeinden als auch außerhalb (Jasper, 2005; Schoeps, 2005, S. 127–128). Die jüdischen Gemeinden agieren oft eher als russische Kulturvereine und stellen die russische Kultur und Sprache mehr in den Vordergrund als die jüdische Religion (Müller, 2007, S. 179–180). Die Entstehung solcher Migrantennetzwerke lässt sich unter anderem als Reaktion auf mangelnde gesellschaftliche Integration und den Verlust oder Wandel kollektiver kultureller Identität sowie als Versuch, sich im öffentlichen Raum sichtbar zu machen, verstehen (Jasper, 2005).

Ben-Rafael et al. (2010) beschreiben generell eine geringere Verankerung in der deutschen Gesellschaft. In Verbindung mit defizitären Sprachkenntnissen hat ein großer Teil der Befragten eher gering positive Erfahrungen im Kontakt mit der Mehrheitsbevölkerung gemacht, was sich negativ auf soziale Kontaktaufnahme und Selbstbewusstsein ausgewirkt und zur Passivität und zu einem Gefühl des Ausschlusses geführt hat. Hinzu kommen Konflikte zwischen Selbst- und Fremdbildern (Dietz, 2005, S. 268; Jasper, 2005, S. 141-142, 145-146). Dennoch schätzt etwa die Hälfte der russischsprachigen Juden in Deutschland ihre Verankerung als befriedigend oder sehr befriedigend ein und betrachtet das Leben in Deutschland als unproblematisch. Anschaulich ist auch, dass fast die Hälfte der Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, die nach dem achten Lebensjahr nach Deutschland kamen, sagt, dass sie sich in Deutschland mehr zu Hause fühlt als in ihrem Herkunftsland (Ben-Rafael et al., 2010).

3. Theoretische Grundlagen: politische Kultur, politische (Re-)Sozialisation und das Konzept des Homo (post-)sovieticus

Im Folgenden werden die zentralen theoretischen Konzepte der politischen Kultur- und (Re-)Sozialisationsforschung dargelegt, die für diese Arbeit von Bedeutung sind. Zunächst wird die Arbeit im Rahmen der politischen Kulturforschung verortet, wobei der Begriff der „politischen Kultur“ eingeführt und sowohl aus der Perspektive des klassischen, einstellungsorientierten Ansatzes (Almond & Verba, 1965) als auch der kulturhermeneutisch-historischen Sichtweise von Karl Rohe (1978, 1990, 1996) beleuchtet wird. Im Anschluss daran wird die Arbeit in den Kontext der politischen Sozialisations- und Re-Sozialisationsforschung eingeordnet. Dabei wird der Begriff der „politischen Sozialisation“ erörtert, einschließlich seiner Bedeutung, der Ziele intentionaler Sozialisation und der Frage nach der Beständigkeit dieser Bedeutung. Darauf aufbauend werden die Re-Sozialisation von Migranten, die zentralen Modelle der Migrationsforschung sowie Erkenntnisse über den Einfluss der Sozialisation im Herkunftsland auf die Anpassung im Aufnahmeland thematisiert. Das theoretisch-analytische Konzept des „Homo (post-)sovieticus“ dient hierbei als Verbindung zwischen (post-)sowjetischer politischer Kultur und den politischen Orientierungen von (post-)sowjetischen Migranten in Deutschland.

3.1 Politische Kultur und politische Sozialisation

3.1.1 Politische Kultur

Das moderne Konzept der „politischen Kultur“ geht maßgeblich auf den US-amerikanischen Strukturfunktionalismus der 1950er und 1960er Jahre sowie die Forschung von Almond und Verba zurück. In ihrer Studie „The Civic Culture. Political Orientations and Attitudes in Five Nations“ (Almond & Verba, 1965) befassen sich die Autoren mit der Verbreitung subjektiver politischer Einstellungen in einer Gesellschaft, die in ein politisches System über einen bestimmten Zeitraum integriert ist. Um politische Kultur als kollektives Merkmal zu beschreiben, wird auf die Ebene individueller Einstellungen zurückgegriffen. Almond und Verba argumentieren, dass die Überlebensfähigkeit und Stabilität eines politischen Systems von seiner politischen Kultur abhängen, die mit ihm kompatibel ist. Politische Kultur wird als das spezifische Muster der subjektiven politischen Orientierungen der Bürger zu einem politischen System, seinen Institutionen und der eigenen Rolle in diesem System, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Gesellschaft vorherrschen, definiert (Almond & Verba, 1965, S. 13–14). Diese Einstellungen der Einzelnen fließen in eine gesamtgesellschaftliche Denkweise ein und bilden zusammen Orientierungsmuster innerhalb einer Gesellschaft oder ihrer territorialen bzw. nicht territorialen Teilgruppen. Politische Kultur fungiert als Bindeglied zwischen Individuum und

politischem System (Almond & Powell, 1988; Almond & Verba, 1965, S. 33). Die Aggregation der Daten in Form individueller politischer Einstellungen erlaubt Rückschlüsse auf die Eigenschaften des gesamten politischen Systems. Die Kongruenz zwischen politischem System und politischer Kultur ist eine Voraussetzung für dessen Beständigkeit, da politische Kultur eine stabilisierende oder destabilisierende Wirkung auf das System haben kann. Sowohl demokratische als auch autokratische politische Systeme sind gleichermaßen auf eine systemerhaltende politische Kultur angewiesen (Pickel & Pickel, 2006, S. 54).

In Anlehnung an Parsons und Shils (1976) unterscheiden Almond und Verba (1965, S. 14) drei Dimensionen der individuellen politischen Orientierung im politischen System: kognitive, affektive und evaluative. Die kognitive Dimension umfasst das Wissen über das politische System einschließlich seiner Strukturen, Akteure und Prozesse, die affektive Dimension bezieht sich auf die diffusen Emotionen der Menschen gegenüber dem politischen System sowie Reaktionen auf politische Ereignisse, und die evaluative Dimension beinhaltet die Bewertung des politischen Systems, seiner Qualität und Funktionsweise sowie die Leistung seiner Akteure. Diese Bewertungen erfolgen durch den Vergleich des aktuellen Zustands mit dem gewünschten Zielzustand auf der Grundlage kognitiver und affektiver Orientierungen. Je nach Ausprägung dieser Dimensionen werden drei Idealtypen politischer Kultur unterschieden: parochiale Kultur, Untertanenkultur und partizipative Kultur sowie deren Mischformen (Almond & Verba, 1965, S. 16–26). In einer *parochialen* politischen Kultur sind die Bürger wenig oder gar nicht über politische Prozesse informiert und zeigen wenig Interesse daran. Ihr Fokus liegt auf lokalen oder persönlichen Belangen, der Kontakt zu nationalen Institutionen ist gering. Dazu zählen zum Beispiel traditionelle, ländliche Gemeinschaften, in denen das Leben stark durch lokale Strukturen und gewachsene Traditionen bestimmt wird. In einer *Untertanenkultur* erkennen die Bürger zwar staatliche Institutionen an, verstehen sich jedoch vor allem als deren Untergeordnete oder Subjekte. Politische Entscheidungen werden hingenommen, ohne dass ein aktives Mitwirken stattfindet. Solche Kulturformen finden sich typischerweise in autoritären Systemen mit begrenzten Partizipationsmöglichkeiten. In einer *partizipativen* politischen Kultur hingegen interessieren sich die Bürger für Politik, sind gut informiert und beteiligen sich aktiv am politischen Geschehen. Sie begreifen sich als Mitgestaltende des politischen Prozesses. Diese Kulturform ist charakteristisch für demokratische Gesellschaften mit einem hohen Maß an Bürgerbeteiligung. Almond und Verba weisen darauf hin, dass diese Typen in der Realität selten in reiner Form vorkommen. So stellt die „*civic culture*“ (bürgerliche Kultur), die sie als besonders förderlich für stabile Demokratien ansehen, eine Mischung aus Subjektkultur und Teilnahmekultur dar.

Almond und Verba (1965, S. 13–14) gruppieren vier Objektklassen, auf welche sich politische Einstellungen beziehen. Erstens richten sich politische Einstellungen auf *das System als Ganzes*, also auf das politische Regime und die politische Gemeinschaft. Zweitens geht es um *das politische Selbst*, also die Wahrnehmung der eigenen Rolle, Einflussmöglichkeiten und Kompetenzen im politischen System. Drittens umfasst *der politische Input* Erwartungen an und Einstellungen zu politischen Beteiligungsformen wie Wahlen, Parteien oder Interessenvertretungen. Viertens betrifft *der politische Output* die Bewertung politischer Entscheidungen, Maßnahmen und Leistungen, etwa hinsichtlich Effektivität und Gerechtigkeit (Easton, 1965, S. 85–100, 1975, S. 436–438).

Zur empirischen Erfassung politischer Kultur stützt sich die politische Kulturforschung hauptsächlich auf Methoden der Umfrage- und Einstellungsforschung. Dadurch werden Individualdaten erhoben und anschließend aggregiert, um repräsentative Abbildungen von Einstellungsmustern in einer Gesellschaft zu erzielen. In Deutschland wurde das Konzept politischer Kultur in der Tradition von Almond und Verba, insbesondere durch Rohe (1990, 1996), für seinen verkürzten Kulturbegriff kritisiert. Rohe kommentiert, dass die Reduktion der politischen Kultur auf abstrakte Variablen, die hauptsächlich durch Umfragen erfasst werden, die Komplexität der tatsächlichen kulturpolitischen Phänomene und individuellen Lebensrealitäten vernachlässigt. Er betont, dass dadurch wichtige Dimensionen der politischen Kultur, die tief in der Geschichte einer Gesellschaft verwurzelt sind, verloren gehen. Außerdem wird bei dieser Herangehensweise vorausgesetzt, dass die abgefragten Überzeugungen den Befragten bewusst sind. In diesem Zusammenhang weist Rohe darauf hin, dass der „harte Kern politischer Kultur“ (Rohe, 1996, S. 4) oft aus kulturellen Selbstverständlichkeiten besteht, die von den Menschen nicht immer reflektiert werden. Diese Selbstverständlichkeiten werden erst dann bewusst, wenn sie infrage gestellt werden, etwa in neuen oder fremden Kontexten, wenn sie in einer fremden Umgebung nicht „anwendbar“ sind oder mit anderen Orientierungen konkurrieren müssen (Flehsig, 2000).

Für Rohe muss politische Kultur als ein tief verwurzelttes gesellschaftliches Phänomen verstanden werden, dessen implizite Muster „zwischen den Zeilen“ liegen. Dementsprechend spielt die historische Dimension eine zentrale Rolle: Die Entwicklung und Ausgestaltung der geltenden Ordnungskonzepte in einer Gesellschaft werden nicht nur von der aktuellen Generation geprägt, sondern sind Ergebnis politischer Erfahrungen und Traditionen vergangener Generationen. Diese historische Prägung sollte durch gezielte Analysen von Verhalten, Sprache und Symbolen ergänzt werden, da sie zeigen, welche politischen „Antworten“ sich in der Vergangenheit als tragfähig bewährt haben. Geschichtlichkeit und Pfadabhängigkeit sind somit wesentliche Bestandteile des Konzepts politischer Kultur (Rohe, 1996, S. 3–4).

Anstatt sich auf oberflächliche politische Einstellungen zu konzentrieren, plädiert Rohe für eine Analyse der grundlegenden Prinzipien, die diesen Einstellungen zugrunde liegen. Politische Kultur in einem Kollektiv besteht aus der Gesamtheit von „Grundannahmen über die politische Welt“, die wie Maßstäbe die Wahrnehmung, Interpretation und Beurteilung der politischen Welt beeinflussen (Rohe, 1996, S. 1) sowie aus einem System von politischen Symbolen, die diese politische Kultur zum Ausdruck bringen. Es geht also nicht um bestimmte Einstellungen, sondern um die Prinzipien, nach denen diese Beurteilung erfolgt: „Um an den Kern von politischer Kultur heranzukommen, müßte man [...] wissen, welche Tabus in einem sozialen Verband existieren, wie die Beweislastregeln funktionieren, also was ‚man‘ eigens begründen und rechtfertigen muß und welche Argumente und Handlungen wie selbstverständlich ohne Begründung durchgehen“ (Rohe, 1996, S. 4). Politische Kultur versteht er „als ein[en] mit Sinnbezügen gefüllten Rahmen“, einen „politische(n) Code“, eine „Programmsprache“ (Rohe, 2003, S. 333). Diese abstrakten Grundannahmen gehen mit „operativen Ideen“ einher, die einen instrumentellen und praxisorientierten Charakter haben und habituell verankerte Handlungsmuster der Akteure und gesellschaftspolitische Ordnungsentwürfe bezeichnen. Rohe spricht von „politischen Weltbildern“ einer Gesellschaft, die er als „Auffassungen, Überzeugungen, Gefühle und Orientierungen, die in den Köpfen und Herzen der Menschen existieren“ versteht (Rohe, 1978, S. 54, 1996).

Für Rohe (1996, S. 1) liegt der Schwerpunkt nicht auf den individuellen Einstellungen zu politischen Objekten, sondern auf „für ein gesellschaftliches Kollektiv maßgebenden Vorstellungen darüber, was Politik eigentlich ist, sein kann und sein soll.“ Diese Vorstellungen sind nicht bloß die Summe von Einstellungen, sondern Grundlage für deren Konsistenz. Politische Kultur wird definiert als „historisch gewachsenes, kollektiv geteiltes, den Individuen zumeist selbstverständliches und deshalb zumeist unbewußtes ‚design for political living‘..., das das Wahrnehmen, Denken, Fühlen und indirekt auch Handeln der politischen Akteure steuert“ (Rohe & Dörner, 1990, zit. nach Gabriel, 1994, S. 28). Politische Kultur ist demnach ein überindividuelles, kollektives und soziales Phänomen.

Rohe argumentiert, dass politische Kultur einen subjektiven und objektiven Doppelcharakter besitzt: „Denn (politische) Kultur ist stets innerlich *und* äußerlich, ist objektiv *und* subjektiv“ (Rohe, 2003, S. 337). Um politische Kultur zu erfassen, müssen Zeichen- und Symbolsysteme sowie andere Identifikationsmuster, wie die Beobachtung politischer Handlungen, die Analyse politischer Sprache und Symbole, Mythen und die Alltagskultur, als konstitutive Elemente politischer Kultur berücksichtigt werden. Diese Methoden erfassen politische Kultur zwar nur mittelbar, liegen aber näher „am lebenden Objekt“ und erhöhen so die Wahrscheinlichkeit, dem

„gesellschaftlichen Charakter von politischer Kultur“ (Rohe, 1996, S. 3–4) gerecht zu werden und ihn zu verstehen.

Rohe unterscheidet zwischen Soziokultur und Deutungskultur (Rohe, 1996, 2003). Während die Soziokultur die alltägliche, reale Politik beschreibt, bezieht sich die Deutungskultur auf die symbolische Ebene der Politik, also auf die Sinninhalte, Deutungsangebote und Symbole, die in einer Gesellschaft produziert und verwendet werden, um politische Ordnungen zu legitimieren und zu vermitteln. Nach Rohe ist die Existenz symbolischer Politik in einer politischen Gesellschaft essentiell für die Bewahrung ihrer politisch-kulturellen Muster. Politische Kultur kommt zur Veräußerlichung z. B. durch Symbole, Rituale, Mythen und Sprache. Bei der Konzeptualisierung politischer Kultur geht es somit gleichzeitig um ihre Inhalte und Form.

3.1.2 Politische Sozialisation

Der Begriff politische Sozialisation beschreibt einen fortlaufenden Lernprozess, bei dem Individuen seit ihrer frühen Kindheit durch verschiedene Agenten Einstellungen, Überzeugungen, Normen, Werte und Verhaltensmuster in Bezug auf das politische System und ihre Rolle darin erwerben (E. Greenberg, 2009, S. 3; Hyman, 1959, S. 25; Sigel, 2009, S. 20). Ziel politischer Sozialisation ist die Erziehung mündiger und handlungsfähiger Mitglieder der Gesellschaft. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung politischen Wissens, sondern auch um die Akzeptanz, Verinnerlichung und emotionale Bindung an das politische System (Hyman, 1959, S. 18; Sigel, 2009, S. 19–23). Im Laufe der politischen Sozialisation wird ein bestimmtes Wertesystem von Generation zu Generation weitergegeben, was für die Stabilität und Beständigkeit des politischen Systems auch in Krisenzeiten entscheidend ist (Dawson et al., 1969, S. 13–17; Dennis, 1968; Easton, 1968; Easton & Dennis, 1969; Hyman, 1959; Owen, 2008). Durch politische Sozialisation entwickeln Individuen ein Gefühl der Zugehörigkeit und Identifikation mit der Gesellschaft sowie ein Verständnis ihrer eigenen Rolle und Orientierungen, die ihnen dabei helfen, ihre politische Umgebung wahrzunehmen, zu verstehen und zu bewerten.

Almond (1960, S. 27–28) unterscheidet zwischen direkter und indirekter politischer Sozialisation. Direkte Sozialisation meint die bewusste und gezielte Vermittlung politischer Informationen, Werte und Normen etwa durch Schule, Medien oder politische Institutionen. Indirekte Sozialisation hingegen erfolgt eher beiläufig und unbewusst, etwa durch Alltagserfahrungen oder familiäre Prägungen, die zwar nicht explizit politisch sind, aber dennoch Einstellungen und Haltungen beeinflussen können.

Die Definition von Almond (1960, S. 27–28; Almond & Powell, 1966; Almond & Verba, 1980) stellt eine Verbindung zwischen politischer Sozialisation, politischem System und politischer

Kultur her: „[p]olitical socialisation is the process of induction into political culture“. Nach Almond ist es das Bestreben jedes politischen Systems, seine politische Kultur zu bewahren. Dafür müssen Ethos und Funktionsweise des Systems von Generation zu Generation vermittelt werden. Das Ergebnis politischer Sozialisation ist für die politische Kultur ein typisches Set an Werten, Normen, Einstellungen und Prinzipien in Bezug auf alle Formen des gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens (Almond & Verba, 1980, S. 9).

In der Sozialisationsforschung herrscht weitgehender Konsens darüber, dass frühkindliche Erfahrungen einen bedeutenden Einfluss auf die Formung politischer Einstellungen, Werte und Identitäten, auf politische Partizipation sowie politische Verhaltensmuster haben. Uneinigkeit besteht jedoch darüber, wie beständig diese Prägung ist. Sears (1981) schlägt dazu vier Perspektiven vor: Resistenz-Perspektive, Perspektive der lebenslangen Offenheit, Perspektive der „*impressionable years*“ und Life-Cycle-Perspektive. Nach der *Resistenz-Perspektive* sind politische Orientierungen, die in den frühen Jugendjahren erlernt wurden, immun gegen Veränderungen und prägen als Filter spätere Erfahrungen und Handlungen (Searing et al., 1976, S. 83; Sears & Funk, 1999; Somit & Peterson, 1987). Die *Perspektive der lebenslangen Offenheit* negiert den Altersfaktor und hebt das lebenslange Lernen hervor. Danach können frühkindlich erworbene politische Orientierungen im Laufe des Lebens durch neue Rollen und Erfahrungen herausgefordert und korrigiert werden (Alwin & Krosnick, 1991; Claußen, 1996; Mishler & Rose, 2001; Verba & Nie, 1972). Die *Perspektive der „impressionable years“* unterstreicht die Bedeutung der formativen¹⁴ Jahre als stärkste Prägekraft auf die politische Entwicklung des Menschen in den späten Jugend- und frühen Erwachsenenjahren (Inglehart, 1977, S. 22–23, 1979; Pawelka, 1977). Die Mitglieder einer Altersgruppe oder Kohorte bilden eine „politische Generation“ (Fogt, 1982), indem sie in einem bestimmten historisch-sozialen Raum aufgewachsen sind und gemeinsame Erfahrungen und Erlebnisse teilen, wodurch ein gemeinsames Weltbild entsteht. Laut *Life-Cycle-Perspektive* sind Menschen in bestimmten Lebenszyklen mehr oder weniger für Veränderungen empfänglich, weil sich einige politische Dispositionen entwickeln und mit neuen Prioritäten und Interessen in bestimmten Lebensetappen verändern.

3.1.3 Politische Re-Sozialisation von Migranten

In der Migrationsforschung beschreibt der Begriff Re-Sozialisation das Spannungsverhältnis zwischen vorbestehenden, sozialisierten Wertorientierungen und den Anforderungen der neuen

¹⁴ Traditionell wird das Alter zwischen 17 und 25 Jahren als das prägendste genannt (Jennings & Niemi, 1981). Ghitza und Gelman (2014) schätzen den Zeitraum der größten Formbarkeit ähnlich auf zwischen 14 und 24 Jahren. Dabei zeichnen sich zwei Höhepunkte ab: das Alter von 15 bis 16 und das von 21 bis 22 Jahren. Nach manchen Autoren beginnen Kinder schon im Grundschulalter damit, sich für politische Inhalte zu interessieren und können eine schlüssige politische Orientierung zeigen (Bartels & Jackman, 2014; van Deth et al., 2011).

politischen Umgebung (Hoskin, 1989, S. 341–346). Der Begriff „politische Re-Sozialisation“ beschreibt diejenigen Sozialisationsprozesse, welche tiefgreifende Transformationen oder Adaptionen der bestehenden Werte und Einstellungen bewirken. Für Migranten stellt sich die Frage, wie sie sich in der neuen Umgebung orientieren sowie ihre Werte und ihr Verhalten adaptieren. Wie zuvor beschrieben, nehmen Ansätze politischer Sozialisation in Bezug auf ihre Integration in das System des Aufnahmestaates oft eine pessimistische Perspektive ein. Tendenziell gehen diese Ansätze davon aus, dass der frühere politische Lernprozess den späteren Lernprozess einschränkt und somit die Anpassung an die neue politische Umgebung erschwert (White et al., 2008, S. 268).

Theorien politischer Re-Sozialisation dagegen lassen Raum für Veränderungen oder Neubesetzung politischer Orientierungen unter den neuen Umständen: „... the prefix ‚re-‘ implies that some sort of competitive replacement process operates“ (Finifter & Finifter, 1989, S. 600). White et al. (2008) beschreiben grundsätzlich drei Modelle politischer Re-Sozialisation, die sich in dem Grad der Flexibilität dieser Transformation unterscheiden: Exponiertheits-Modell (*exposure*), Übertragbarkeits-Modell (*transferability*) und Resistenz-Modell (*resistance*). Nach dem *Exponiertheits-Modell* passen sich Migranten dem neuen System umso mehr an, je länger sie diesem ausgesetzt sind. Mit der Aufenthaltsdauer mindert sich der Effekt der frühkindlichen Sozialisation und prämigrationischer Erfahrungen, während die Einbindung in das neue System steigt (de Rooij, 2012; White et al., 2008, S. 269). Politische Einstellungen und Verhaltensmuster können sich durch den Einfluss einer neuen Umgebung bewusst oder unbewusst verändern und erneuern (Finifter & Finifter, 1989). Laut dem *Übertragbarkeits-Modell* bringen Migranten ihre erworbenen Erfahrungen, Einstellungen und Verhaltensmuster aus den Herkunftsländern mit, „übersetzen“ sie im Einklang mit der neuen Umgebung und wenden sie an (vgl. Bueker, 2005, S. 105; Finifter & Finifter, 1989; White et al., 2008). Das *Resistenz-Modell* geht mit den Sozialisationstheorien einher und beinhaltet, dass Werte und Einstellungen, die in den formativen Jahren erworben werden, die späteren Einstellungen prädisponieren. Diese Werte und Einstellungen sind stabil und resistent gegen Veränderungen, was die politische Re-Sozialisation in der neuen Umgebung erschwert bzw. unwahrscheinlich macht. Das Resistenz-Modell geht davon aus, dass in früher Kindheit erworbene Werte und Einstellungen sowie prämigrationische Erfahrungen im Herkunftsland einen langfristigen und nachhaltigen Einfluss auf die Anpassung in der neuen Umgebung haben. Neue Erfahrungen werden danach sortiert und bewertet (White et al., 2008, S. 269). Migranten kumulieren bestimmte Werte, Wissen und Einstellungen in ihren Herkunftsländern und wenden diese als Filter an, wenn sie mit den neuen Phänomenen in den Aufnahmestaaten konfrontiert sind (Mishler & Rose, 2002). Ähnlich zeigt das Expansions-Modell von Finifter und Finifter (1989), dass durch Migration politische Bezugsrahmen zwar

erweitert und neue Einstellungen übernommen, die präimmigratorischen Einstellungen und Verhaltensmuster gleichzeitig beibehalten werden.

Einige Studien der Migrations- und Sozialisationsforschung stellen eine Verbindung zwischen im Herkunftsland erworbenen präimmigratorischen Erfahrungen und politischen Einstellungen und Handlungen im Aufnahmestaat her. Sie weisen auf die Prägekraft der frühen politischen Sozialisation unter Migranten hinsichtlich Parteiidentifikation und ideologischer Überzeugung (Finifter & Finifter, 1989) sowie des Grades politischen Interesses (Black, 1987) bzw. politischer Partizipation (Black, 1987; Ramakrishnan, 2005) hin.

Einige Studien fokussieren Besonderheiten der Adaption von Migranten, die aus autoritären in demokratische Staaten einwandern. Sie bestätigen den negativen Einfluss einer autoritären politischen Kultur der Herkunftsländer und zeigen, dass dieser Effekt dauerhaft und transportabel ist, z. B. hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung und der Partizipation an politischen Diskursen (Bilodeau, 2008; Bilodeau et al., 2010a; Bueker, 2005; Harles, 1997; Ramakrishnan, 2005, S. 88–91), des Gefühls politischer Wirksamkeit und der Stellung autoritärer Werte (McAllister & Makkai, 1992), bürgerschaftlicher Einstellungen wie Vertrauen, Solidarität, politische Gleichheit (Rice & Feldman, 1997) oder Einstellungen zu Demokratie (Bilodeau et al., 2010a).

In Bezug auf Migranten aus nicht demokratischen Staaten bestätigt sich das Modell des kumulativen lebenslangen Lernens (Bilodeau et al., 2010a; Black, 1987; Mishler & Rose, 2002). Danach kumulieren sich die früheren Erfahrungen und bilden eine „Schicht“. Die neu erworbenen Erfahrungen werden durch die alten bewertet, gefiltert, aussortiert und in das Gesamtorientierungssystem integriert, sodass sie eine neue Schicht darstellen (Eckstein, 1988). Typischerweise tendieren Menschen oft dazu, die neuen Erfahrungen so zu filtern, dass sie mit den alten konform sind. Beide Schichten funktionieren gleichzeitig. Die Ansichten der Menschen in der neuen Umgebung sind somit die Reflexion von neuen und alten Erfahrungen. Bilodeau et al. (2010a; 2010b) zeigen beispielsweise, dass Migranten aus autoritären Regimen zwar Demokratie als die wünschenswerteste Regierungsform ansehen, diese Unterstützung jedoch nicht exklusiv ist: Demokratie wird nicht als die einzig akzeptable Regierungsform betrachtet. Sie zeigen auch eine stärkere Unterstützung für alternative autoritäre Regierungsformen. Somit stellen die Zustimmung zur Demokratie und zur politischen Partizipation eine neue Schicht dar, während die gleichzeitige Zustimmung zu autoritären Regimen eine alte Schicht repräsentiert.

Im Sinne des lebenslangen Lernens beinhalten manche Studien jedoch auch Hinweise darauf, dass politisches Lernen mit der Migration nicht unbedingt endet. Auf den Grad und die Geschwindigkeit der Adaption an die neue politische Umgebung haben mehrere Faktoren

Einfluss, wie z. B. das Maß der Exponiertheit gegenüber autoritären Praktiken im Herkunftsland (Bilodeau et al., 2010a; Bilodeau et al., 2010b), die Aufenthaltsdauer im Aufnahmestaat (White et al., 2008) und die Ähnlichkeiten politischer Kulturen (Bueker, 2005).

3.2 Homo (post-)sovieticus als analytisches Konzept politischer Sozialisation

3.2.1 Homo (post-)sovieticus: Begriff und zentrale Merkmale

Der Begriff „Homo sovieticus“ – „Sowjetmensch“¹⁵ – wurde zuerst durch Publikationen des sowjetischen Dissidenten Alexander Sinowjew (1984, 1987) populär. In seinem gleichnamigen Buch „Homo sovieticus“ kritisiert er das sowjetische Regime und beschreibt zentrale Merkmale eines Sowjetmenschen. Dazu zählen Kollektivismus, Unterwürfigkeit, willensloser Opportunismus, ausgeprägte Anpassungsfähigkeit, mangelnder Respekt vor rechtsstaatlichen Prinzipien und eine monistische Weltansicht. Bereits früher versuchte Klaus Mehnert in seinem Buch „Der Sowjetmensch“ (1960) die Existenz des Sowjetmenschen empirisch nachzuweisen, indem er die sowjetische Alltagskultur nach dem Ende der stalinistischen Herrschaft unter der leitenden Frage beschrieb, inwiefern die bolschewistische Herrschaft die Sowjetmenschen geprägt hat. Die viel beschworene Kollektivgemeinschaft sei laut Mehnert ein ideologisches Konstrukt. Sie diene nicht der freiwilligen sozialen Integration, sondern erfülle eine staatlich gesteuerte Erziehungs- und Kontrollfunktion, die durch Zwang und sozialen Druck durchgesetzt wurde. Der Sowjetmensch ist durch Obrigkeitsdenken und Demut, Gehorsam und fromme Unterordnung gegenüber dem Regime gekennzeichnet, die von Kindheit an systematisch anerzogen werden. Er ist nicht besonders kritisch, Befehle „von oben“ akzeptiert er bereitwillig. Er braucht einfache Antworten und erkennt die vom Staat verkündeten „Wahrheiten“ an, die er durch Propaganda und Erziehung aufoktroziert bekommt und denen er folgt (Mehnert, 1960, S. 276-278, 280). Der bolschewistische Staat nutzte Patriotismus gezielt, um seine Macht zu festigen. Der Sieg im Zweiten Weltkrieg wurde dabei zur wichtigsten Quelle politischer Legitimation. Wer patriotisch war, galt als loyal zum Regime. Diese Haltung wurde durch ein imperiales Selbstbild, Expansionsstreben und Machtansprüche zusätzlich gestützt. Zwar klagen die Menschen über Missstände und Unterdrückung, aber nach außen wird das Regime verteidigt (Mehnert, 1960, S. 288–296). Durch das Ignorieren und den jahrelangen konsequenten Ausschluss der Bürger von der Beteiligung an den politischen Entscheidungen zwingt der Staat sie zur Abkehr von der Politik und Desinteresse. Missstände, Rechtsverletzung, Zwang und Unterdrückung verursachten Misstrauen in die Polizei sowie andere Institutionen (Mehnert, 1960, S. 312). Die Skepsis der Sowjetmenschen richtet sich jedoch nicht gegen den Staat an sich, sondern konkret

¹⁵ Russisch: Советский простой человек (transl.: Sovetskij prostoj čelovek)

gegen den autoritären Sowjetstaat, dem sie überdrüssig geworden sind. Obwohl ein Wunsch nach Sicherheit, Wohlstand und Freiheit besteht, fehlt jedoch eine klare Vorstellung davon, wie ein alternativer Staat aussehen könnte. Eine Demokratie nach westlichem Modell wird jedenfalls nicht angestrebt: eher eine gemäßigte, die Bedürfnisse des Volkes berücksichtigende Autokratie (Mehnert, 1960, S. 366-367, 380-381, 384).

Das sozialwissenschaftliche Konzept „Homo sovieticus“ wurde in den 1980er Jahren maßgeblich durch Jurij Levada und seine Studie „Die Sowjetmenschen 1989–1991. Soziogramm eines Zerfalls“ (Levada & Golovko, 1993) geprägt. Der Homo sovieticus bei Levada ist ein analytisches Konzept, das er pioniermäßig empirisch und methodisch fundiert belegt und nicht ideologisch belastet. Er zeichnet einen besonderen historischen soziokulturell-anthropologischen Menschentyp, der von dem sowjetischen Staat geschaffen wurde. Das Konzept stellt die Verbindung her zwischen einem totalitären bzw. posttotalitären institutionellen System und dem ihm entsprechenden Persönlichkeitstyp, auf den sich dieses System stützt. Der Homo sovieticus ist somit zugleich das Erzeugnis, die tragende Konstruktion des totalitären sowjetischen Regimes sowie die Gewähr für dessen Beständigkeit und Stabilität. Der Homo sovieticus als Konzept lässt sich allerdings nicht auf bestimmte Nationen reduzieren, er stellt ein gesellschaftliches Phänomen dar und ist in vielen Gesellschaften zu finden, die sich nicht nach westlichem Demokratisierungsmodell entwickelt haben oder den Niedergang eines totalitären Regimes durchlaufen.

Als in den 1980er Jahren das kommunistische Regime ins Schwanken geriet, prognostizierte Levada, dass im Laufe der De-Ideologisierung der Gesellschaft, der Liberalisierung der 1990er Jahre und durch den Generationswechsel auch der Homo sovieticus verschwinden werde. Die nachfolgende Generation würde die sowjetischen Ideale und Einstellungen nicht mehr teilen, und dieser Typ sei mit demokratischen Normen nicht kompatibel. Der Zerfall des sowjetischen Staates und die kurze Liberalisierungsphase der 1990er Jahre brachten allerdings nicht zwangsläufig das Schwinden des Homo sovieticus mit sich. Levada stellte die These auf, dass dieser Menschentyp sich selbst reproduziert und sich an das neue Regime anpasst und so demokratische Prozesse behindert (Gudkov, 2016, 2017).

Die Autoren, die sich mit dem Homo sovieticus und dem Erbe (post-)sowjetischer Sozialisation beschäftigen (Gestwa, 2013; Gudkov, 2017; Institute of World Policy, 2012; Kasper et al., 2017; Levada, 2003; Levada & Golovko, 1993; Perina, 2007; Pop-Eleches & Tucker, 2017; Sztompka, 1993; White, 1984), schreiben ihm einige grundlegende Eigenschaften und Muster zu, die im Folgenden dargestellt werden. Diese Charakteristika sind Ergebnis langwieriger systematischer staatlich gesteuerter Sozialisation, begleitet durch ständige Propaganda, Blockade freier Information und soziale Kontrolle (Levada & Golovko, 1993, S. 7).

Das Verhältnis zwischen Staat und Mensch ist generell durch ständige Anpassung, erzwungenen Kompromiss und Widerstand sowie hohe Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Der Homo sovieticus ist zutiefst abhängig vom Staat in seiner Funktion als Schützer und Fürsorger, was zum „sozialen Infantilismus“ (Gudkov, 2017, S. 97) führt. Die Legitimation des Staates ist dadurch gewährleistet, dass er die Existenz der Bürger sichert und für soziale Ordnung sorgt. Die starke staatlich-paternalistische Orientierung äußert sich in hoher Unterstützung der kollektiven und wohlfahrtsorientierten Staatspolitik. Generell herrscht die Akzeptanz der autokratischen Führung, die als „*central knot*“ agiert (White, 1984, S. 353) und den Staat vor gefürchteter Anarchie und Regellosigkeit schützt. Im Gegenzug nimmt der Homo sovieticus staatliche Willkür sowie den Druck durch administrativ-bürokratische Strukturen nicht nur passiv hin, sondern begegnet ihnen mitunter sogar unterwürfig. Gleichzeitig ist er beständig frustriert und enttäuscht, denn seine inneren Bedürfnisse werden nicht befriedigt und Versprechen nicht eingehalten (Levada & Golovko, 1993, S. 15–18).

Pop-Eleches und Tucker (2017) kommen außerdem zur Schlussfolgerung, dass die Besonderheit der Indoktrination und gezielter Sozialisation des autoritären Staates darin besteht, dass der Staat den Menschen ab der Kindheit anerzieht, immer Recht zu haben und die Wahrheit zu kennen. Dies gewährleistet dem Staat immer Spielraum und Unterstützung, auch wenn das Programm sich ändert:

If the state is always correct, then the state can change its message in the future without contradicting the core tenet of regime ideology (i.e., the state is correct) (Pop-Eleches & Tucker, 2017, S. 299).

Die Abhängigkeit vom Staat, ständiger Druck sowie die Angst vor der Macht und das Gefühl der Unfähigkeit, die Politik zu beeinflussen, begünstigen den Konformismus und zwingen den Homo sovieticus, sich mit ihm zu arrangieren. Dies führt zu einer Art Janusköpfigkeit: Nach außen demonstriert Homo sovieticus Loyalität und Unterstützung der Macht, nach innen jedoch hegt er Ablehnung und Verachtung. Er identifiziert sich formal mit dem System, distanziert sich jedoch von jeglicher aktiven politischen Teilhabe und Verantwortung für das Handeln des Staates.

Der Homo sovieticus ist sich bewusst, dass alle ökonomischen, sozialen und materiellen Güter nur innerhalb des sozialen Status, der Schicht und Machtstellung verteilt werden und keineswegs durch eigene Leistungen verdient werden. Für das Kollektive interessiert er sich nicht. Vielmehr kümmert er sich um eigene persönliche Fragen wie Familie und Selbstsicherung. Der Homo sovieticus wird im Rahmen seiner Sozialisation darauf ausgerichtet, sich in kollektive Strukturen einzuordnen und sich an vorgegebenen sozialen Normen zu orientieren. Das Mittelmaß fungiert dabei als Maßstab für Normalität und gesellschaftliche Ordnung. Abweichungen

von dieser Norm, insbesondere solche, die sich nicht in offiziellen Hierarchien widerspiegeln, werden häufig mit Skepsis oder Ablehnung betrachtet. Levada bezeichnet dieses Phänomen als „hierarchischen Egalitarismus“ oder „egalitäre Hierarchie“ (Levada & Golovko, 1993, S. 18–19).

Die Sozialisation im abgeschotteten Staat führt dazu, dass der Homo sovieticus nur jene gesellschaftlichen Modelle und Lebensweisen kennt, die ihm vom System vermittelt wurden. Dies begünstigt eine Skepsis gegenüber Neuerungen und Reformen. Die propagierte Idealvorstellung einer Gesellschaft ist stark auf Homogenität ausgerichtet, Außenseiter finden darin keinen Platz. Gerade dadurch wird das Modell als gerecht und stabil angepriesen (Gudkov, 2017, S. 98–100; Levada & Golovko, 1993, S. 24–26). Homo sovieticus trifft klare Abgrenzungen zwischen „Wir“ und „Fremden“. Gegenüber den Anderen und Fremden zeigt er oft Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit (Batalov, 1995, S. 64; Sztompka, 1993, S. 89). Der Kampf gegen die „Anderen“ ruft den Wunsch nach einer starken Hand und charismatischer Führung hervor (Sztompka, 1993, S. 89). Gleichzeitig sieht er seinen eigenen Lebensstil allerdings als bevorzugt gegenüber anderen. Minderwertigkeitsgefühle und Frustration kompensiert der Homo sovieticus durch eine autosuggestive Wahrnehmung eigener Überlegenheit und Einzigartigkeit. Wesentlich für ihn ist zudem ein ausgeprägt imperialer Habitus: Die Zugehörigkeit zu einer als groß, mächtig und einzigartig empfundenen Gemeinschaft – etwa einem Imperium, einer Weltmacht oder Nation – verleiht ihm Bedeutung und Selbstachtung. Vor diesem Hintergrund gilt er als besonders empfänglich für Verschwörungsnarrative, die Bedrohungen durch äußere wie innere Feinde ins Zentrum stellen (Levada & Golovko, 1993, S. 13–15). In komplexen Situationen bevorzugt er häufig einfache Erklärungsmuster und neigt dazu, Ursachen für Probleme außerhalb des eigenen Einflussbereichs zu verorten (Gudkov, 2017, S. 102–103).

Totalitäre staatliche Kontrolle hat Opportunismus, blinde Zustimmung, Unterdrückung eigener Entscheidungen und der Übernahme von Verantwortung begünstigt. Gleichzeitig zeigt Homo sovieticus ein defensives Muster gegen Indoktrination und Kontrolle. Dieses drückt sich dadurch aus, dass er keinen Respekt vor Rechtsstaatlichkeit und stattdessen Misstrauen gegenüber der Politik hegt (Sztompka, 1993, S. 89). Der Homo sovieticus bringt den staatlichen Institutionen wenig Vertrauen entgegen, da er sie eher mit Willkür und Repression als mit Schutz oder Unterstützung verbindet. Diese Erfahrung geht häufig mit einer idealisierten Rückschau auf die Vergangenheit einher, in der frühere gesellschaftliche Zustände als gerechter oder stabiler erinnert und in Form von Wunschvorstellungen über eine „bessere“ Gesellschaft weitergetragen werden.

Nach Sztompka (1993) ist es dem kommunistischen System gelungen, einen gemeinsamen kulturellen Rahmen über mehrere Nationalstaaten hinweg zu schaffen, was er als *bloc culture*

bezeichnet. Der Autor wendet sich auch dem Konzept des Homo sovieticus als kulturelles Syndrom zu, das unter dem realen Sozialismus entstanden ist. Die Schwierigkeiten der demokratischen Transformation in den postkommunistischen Ländern erklärt er mit dem Vorhandensein von kulturellen Barrieren – „*wall in our culture*“ (Sztompka, 1993, S. 87). Verhaltensweisen und Einstellungen in postsowjetischen Gesellschaften lassen sich lediglich als Symptome oder Reflexionen der Erfahrung des gelebten realen Sozialismus verstehen. Diese sind persistent und verschwinden auch nicht mit institutionellen Veränderungen. Eine essenzielle Bedingung für eine demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklung wären neben Ressourcen das Vorhandensein einer *civilizational competence*, die Sztompka als Errungenschaft der Moderne definiert.¹⁶ Das Leben unter dem realen Sozialismus hat nicht nur die Entwicklung zivilisatorischer Kompetenzen behindert, sondern es trug auch zur Entwicklung zivilisatorischer Inkompetenzen bei (Sztompka, 1993, S. 89).

Sztompka (1993) analysiert den Effekt durch das Leben unter realem Sozialismus anhand von fünf dichotomischen Parametern:

- *Das Private (Individuelle) vs. das Öffentliche (Staatliche)*: Das Private wird als Domäne des „Guten“, das Staatliche und Öffentliche als solche des „Bösen“ wahrgenommen. Es werden dichotomische Linien zwischen Staat vs. Volk, Gesellschaft vs. Machthaber und Wir vs. Sie gezogen. Der Staat erscheint als distanzierte und feindliche Instanz, der mit grundsätzlichem Misstrauen begegnet wird. Gleichzeitig wird ihm die Verantwortung für Sicherheit und Wohlstand zugeschrieben. Er wird bei Ineffizienz beschuldigt und für persönliche Missstände verantwortlich gemacht.
- *Vergangenheit vs. Gegenwart*: Die Zeiten unter dem realen Sozialismus werden idealisiert und gelobt. In den Umbruchjahren neigten die Menschen dazu, zu alten Strukturen und Institutionen zurückzukehren, anstatt neue Formen für die Zukunft zu entwickeln, da es an innovativen Ideen fehlte und keine andere Orientierung vorhanden war. Da das Erhoffte mit der Realität nicht übereinstimmt, halten sich die Menschen an die heroische Vergangenheit und neigen zu Nostalgie.
- *Schicksal vs. Eigenverantwortung*: Das Leben der Menschen wird von Schicksal, Zufall oder unpersönlichen politischen Mächten determiniert. Das eigene Schicksal wird hingenommen. Der Glaube, dass die Geschichte und das eigene Schicksal vorbestimmt sind und

¹⁶ Nach Sztompka (1993) ist *civilizational competence* das Set der vier Sub-Bereiche: *unternehmerische Kultur* ist notwendig für ökonomische Teilhabe und setzt z. B. Innovations- und Leistungsfähigkeit und den Wettbewerbsgedanken voraus, *bürgerschaftliche Kultur* ist entscheidend für die Teilnahme an demokratischen Prozessen und erfordert u. a. politisches Interesse, politische Teilhabe, Haltung zur Mehrheit, Respekt für Opposition, *diskursive Kultur* ermutigt zur Teilnahme an intellektuellen Aktivitäten wie Weltoffenheit, Skeptizismus und Pluralismus, und *Alltagskultur* ist Bestandteil einer fortgeschrittenen, urbanen, technologisch entwickelten konsumorientierten Gesellschaft.

dass es keine Möglichkeit gibt, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und auf das eigene Wohl Einfluss zu nehmen, führt zu Fatalismus, politischer Apathie und Desinteresse.

- *Negative Freiheit vs. positive Freiheit:* Die Menschen streben nach Freiheit und Selbstbestimmung, obwohl sie damit keine Erfahrung haben und glauben, dass diese zu Anarchie und Regelbruch führen. Die Mehrheit konzentriert sich auf die Befreiung von der realen oder wahrgenommenen Verletzung der Freiheit und tendiert zu Opposition und Kampf statt zu Freiheit, um etwas zu gestalten, zu beeinflussen oder zu kontrollieren.
- *Mythen und Realitäten:* Die Menschen tendieren dazu, mythische, religiöse oder ideologische Überlegungen über rationale und realistische zu stellen. Die Schwere der Realität wird oft durch Träume, Idealisierung von Tradition, Utopien, Verschwörungen verdrängt und von Übermächtigen wird Schutz oder Hilfe erwartet (Sztompka, 1993, S. 90–91).

Der Homo postsovieticus wird als analytischer Typ verwendet, der Personen bezeichnet, die nach dem Zerfall der Sowjetunion sozialisiert wurden, jedoch weiterhin unter autoritären oder strukturell sowjetisch geprägten Rahmenbedingungen leben. Er bildet keine abgeschlossene Figur, sondern spiegelt ein dynamisches Geflecht aus unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Werten, Identitäten und Gewohnheiten wider (Ganev, 2017; Gogin, 2012; Pronina, 2016).

Levada (2001, 2003) beschreibt den Homo postsovieticus als desillusionierten Akteur, der politische Rhetorik grundsätzlich als Täuschung betrachtet. In seinen Analysen untersucht er, wie sich diese Haltung in den zehn Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion entwickelt hat. Dabei hebt er drei zentrale Merkmale hervor:

- *Anpassungsfähigkeit:* Der Homo postsovieticus hat sich schichtübergreifend daran gewöhnt, sich an die Veränderungen seines sozialen Umfelds stetig anzupassen. Die erzwungene Adaption bedeutet allerdings nicht die vollständige Assimilation an das System, sondern eine Form von „Deal“ mit dem Staat. Die Anpassung an die Veränderungen fällt generationsübergreifend vielen schwer, allerdings stößt sie nicht auf Protest. Sie drückt sich in allgemeiner Nostalgie über die Zeiten vor 1985 aus, die in negativer Bewertung der Perestroika von Gorbatschow und der Regierung von Boris Jelzin wurzelt. Die ungewünschten Veränderungen, die von außen aufgezwungen wurden, werden weiterhin als gegeben wahrgenommen.
- *Unzufriedenheit:* Die Geduld des Homo postsovieticus überwiegt die Bereitschaft zum Protest, und passive Unzufriedenheit übertrifft die Kampfbereitschaft. Im sowjetischen System gab es keine legitimen Möglichkeiten, um Unzufriedenheit mit den Gegebenheiten zu artikulieren, was zwangsläufig zu scheinbarer Einigkeit führte. Die Unzufriedenheit des Homo postsovieticus ist diffus: Sie richtet sich auf alles und stellt einen allgemeinen

Hintergrund und Zustand der öffentlichen Meinung dar. Ein zentraler Bereich der Unzufriedenheit, der die Menschen insbesondere in Staaten mit imperialem Charakter mobilisiert, ist die Frage des Nationalstaatlichen. Diese Mobilisierung speist sich aus komplexen nationalen Identifikationen, die durch interne und externe Faktoren sowie durch Angst bedingt sind.

- *Arglist*: Da es unmöglich ist, den Anforderungen des Staates gerecht zu werden und die Unzufriedenheit zu äußern und abzubauen, wird der Homo postsovieticus arglistig. Er passt sich an seine soziale Umwelt an und sucht Regeln, die er für seine Interessen nutzen kann, und gleichzeitig Wege, um sie zu brechen.

Die Reformen der 1990er Jahre führten nicht zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand, sondern zum Zusammenbruch der Wirtschaft und des politischen Systems in den GUS-Staaten, sodass Demokratie für die Menschen mit einer tiefen Enttäuschung verbunden war (Yakovlev, 2015, S. 86–87). Je länger die Menschen in postkommunistischen Staaten unter dem Kommunismus gelebt haben, umso weniger unterstützen sie das westliche Modell der Demokratie mit einem Mehrparteiensystem und Marktwirtschaft und umso mehr den Wohlfahrtsstaat (Pop-Eleches & Tucker, 2017, S. 286). Mit Blick auf das Demokratieverständnis stellen die Menschen ökonomische Aspekte, wie z. B. Sozialhilfe oder höhere Besteuerung der Reichen, mehr in den Vordergrund als in den nicht (post-)kommunistischen Staaten. Der Homo postsovieticus zeigt mehr Vertrauen in die zentral gesteuerte staatliche Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen als in die Marktwirtschaft. Er unterstützt den Wohlfahrtsstaat und neigt zur Verlagerung der Verantwortung für den Wohlstand auf den Staat.

Der Homo postsovieticus bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen sowjetischen Restprägungen und einer neuen neoliberalen Realität. Seine Lebensweise ist stark konsumorientiert, jedoch kaum mit gesellschaftlicher Verantwortung verknüpft: Der Wunsch nach Wohlstand und Sicherheit geht selten mit aktiver Teilhabe an politischen oder sozialen Prozessen einher (Gogin, 2012; Synowiec, 2019). Politisches Engagement folgt häufig einem instrumentellen Kalkül und ist selten ideell motiviert. Darüber hinaus zeigt sich eine ambivalente Haltung gegenüber Freiheit: Sie wird einerseits angestrebt, andererseits als Unsicherheitsfaktor wahrgenommen, da persönliche Freiheit mit Kontrollverlust und sozialem Zerfall assoziiert wird (Ganev, 2017; Mudrakov et al., 2020).

Die Koexistenz (post-)sowjetischer und westlich-liberaler Wertorientierungen führt zu normativen Inkonsistenzen. Diese widersprüchlichen Bezugssysteme überlagern und widersprechen sich teils fundamental. Das Ergebnis ist eine fortdauernde Identitätskrise, geprägt von Orientierungslosigkeit, institutionellem Misstrauen und moralischer Ambiguität. Ein zentrales Moment dieser Identitätsfigur ist der ständige Vergleich zwischen „damals“ (unter dem

Kommunismus) und „heute“ (unter Demokratie und Marktwirtschaft), wobei das frühere Leben – trotz ideologischer Repression – häufig als sicherer, gerechter oder stabiler empfunden wird. Dieser Rückblick ist meist idealisiert und selektiv. Gogin (2012) stellt fest, dass zahlreiche Eigenschaften des Homo sovieticus durch familiäre Sozialisation, nostalgisch geprägte Medien-narrative und politische Symbolpolitik auf junge Generationen übertragen wurden.

Die politischen Orientierungen in der postsowjetischen Gesellschaft sind durch die überwiegende Entfremdung von und Gleichgültigkeit gegenüber Politik, Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen, geringe Teilnahme, bürgerschaftliche Passivität sowie das Gefühl einer schwachen politischen Wirksamkeit gekennzeichnet (Kaspe et al., 2017; Perina, 2007, S. 90). Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten sind die postsowjetischen Bevölkerungen stärker von dem Bedürfnis nach Sicherheit, von Vorsicht oder gar Angst, Machtstreben und dem Streben nach Reichtum, die sich im Leistungsstreben und dem nach sozialer Anerkennung sowie dem Verlangen nach Schutz durch den starken Staat äußern, geprägt (Magun & Rudnev, 2013). Die Menschen tendieren in Richtung Erhalt, Tradition, Konservatismus und weniger Offenheit für Veränderung. Die Werteorientierungen Überleben, Ordnung, Sicherheit und Wohlstand, die unter wirtschaftlichen, sozialen und politischen Turbulenzen entstanden sind, sind stärker ausgeprägt als die Motivation zur Freiheit, Selbstständigkeit, Gesetzestreue, Selbstverwirklichung (Yakovlev, 2015).

3.2.2 Kritische Reflexion des Konzepts des Homo (post-)sovieticus

Die Verwendung des Begriffs Homo (post-)sovieticus wird in der Forschung häufig kritisch betrachtet, vor allem, wenn er pauschalierend, abwertend und normativ gebraucht wird. Ihm wird ein essentialistischer und deterministischer Charakter zugeschrieben (Blackburn & Khlevniuk, 2024; Gestwa, 2018; Sharafutdinova, 2019, 2023, 2025; Tavadze, 2021; Tyszka, 2009). Sharafutdinova (2019) bemängelt insbesondere Levadas Darstellung des Homo (post-)sovieticus als defizitäre Figur: passiv, autoritätshörig, unfähig zu Selbstverantwortung und Demokratie. Sie warnt zudem vor der Tendenz, sowjetisch sozialisierte Menschen auf die Rolle von bloßen Opfern autoritärer Systeme zu reduzieren (Sharafutdinova, 2019, S. 188). Dieses Bild orientiere sich stark an westlich-liberalen Normen und sei weniger empirisch fundiert als ideologisch motiviert. Die Figur erscheint bei Levada als historisch fixiert und kaum entwicklungsfähig. Problematisch sei die Vorstellung, der Homo (post-)sovieticus sei nicht nur ein Produkt (post-)sowjetischer Sozialisation, sondern stelle eine dauerhaft prägende Struktur der (post-)sowjetischen Gesellschaft als Ganzes dar. Sharafutdinova plädiert für einen historisch und theoretisch sensiblen Umgang mit dem Erbe des „sowjetischen Menschen“. Sie betont, dass individuelle Erfahrungen, Ambivalenzen und Handlungsspielräume stärker

berücksichtigt werden sollten. Aus ihrer Sicht bergen feste Typologien die Gefahr, gesellschaftliche Vielfalt und Wandel zu übersehen und Menschen auf defizitäre Merkmale zu reduzieren. Stattdessen spricht sie sich für offenere Begriffe wie Identität, soziale Normen oder gemeinsame mentale Modelle aus, die Handlungsspielräume (Agency), historische Einbettung und gesellschaftliche Dynamiken mitdenken (Sharafutdinova, 2019, S. 195, 2023, S. 119).

Ähnlich hinterfragt Gestwa (2018) die weitverbreitete Annahme eines einheitlichen sowjetischen Persönlichkeitstyps. Die Konstruktion eines kollektiven anthropologischen Typus blendet dabei die Vielfalt und historische Wandelbarkeit aus. Notwendig ist laut Gestwa eine stärker historisierende und differenzierende Perspektive, die insbesondere die normative Ost-West-Dichotomie kritisch reflektiert. Dieser Gegensatz spiegelt sich häufig auch in der Figur des Homo (post-)sovieticus wider und stellt den vermeintlich modernen, rationalen und demokratischen Westen einem rückständigen, autoritären und kollektivistischen Osten gegenüber. Um stereotype und vereinfachende Narrative um den „Kollektivsingular“ zu vermeiden, sollen insbesondere Historiker die Widersprüche, die bereits durch Levadas Forschung akzentuiert wurden, sowie die Diversität sowjetischer Lebenswelten und Identitäten in den Vordergrund der Analyse rücken.

Gegenüber einer unreflektierten Verallgemeinerung des Konzepts äußert auch Tyszka (2009) methodologische Bedenken. Statt von einem „reinen“ Typus zu sprechen, plädiert er dafür, lediglich von einzelnen Elementen eines Homo-sovieticus-Syndroms zu sprechen, die unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen auftreten können. Die Idee eines vollständig vom Kommunismus geschaffenen „neuen Menschen“ sei eine Fiktion. Die zugeschriebenen Merkmale wie institutionelles Misstrauen, Konformismus oder fehlende Eigeninitiative seien keineswegs exklusiv für postkommunistische Gesellschaften, sondern unter bestimmten Bedingungen auch in anderen Kontexten anzutreffen. Die Verwendung des Begriffs birgt die Gefahr, die komplexen Ursachen sozialer Haltungen zu übersehen und Transformationserfahrungen auf ein vereinfachendes Erklärungsmuster zu reduzieren.

Tavadze verwirft den theoretischen und analytischen Nutzen des Begriffs Homo sovieticus nicht grundsätzlich, kritisiert jedoch den reduktionistischen Blick auf Homo sovieticus als eine uniforme und statische Figur (Tavadze, 2021, S. 19). Statt den Begriff als anthropologische Konstante zu behandeln, schlägt er ein ideologiekritisches Verständnis vor: Der Homo sovieticus sei das Resultat ideologischer Subjektformierung durch staatliche Apparate und Ausdruck hegemonialer Praktiken, die jedoch durch individuelle Handlungsspielräume, Widerstand und Gegenkulturen durchbrochen werden können. Eine ähnliche emanzipatorische Perspektive vertritt Klingenberg (2019). Am konkreten Beispiel russischsprachiger Migranten in Deutschland kritisiert sie die reduktive, kulturalisierende und fremdbestimmte Zuschreibung einer

sowjetischen Prägung als monokausale Erklärung für deren Verhalten. Insbesondere stellt sie die verbreitete Annahme infrage, dass autoritäre Orientierungen, z. B. im Zusammenhang mit der Affinität russlanddeutscher Migranten zur AfD, auch Jahrzehnte nach der Migration vorrangig auf die sozialistische Vergangenheit zurückzuführen sind. Eine solche Deutung weist sie als pauschalisierend zurück. Stattdessen plädiert sie für eine biografisch fundierte und kontextsensible Analyse individueller Migrationsgeschichten, die auch migrantische Selbstdeutungen ernst nimmt. Dabei macht sie sichtbar, wie sich viele Migranten sowohl von der sowjetischen Vergangenheit als auch von westlichen Stereotypisierungen bewusst abgrenzen, etwa durch narrative Rekonstruktionen, in denen die Migration als „*Verwirklichung* einer langen inneren Opposition, als *Befreiung* von grauen sowjetischen oder schmutzigen postsowjetischen Verhältnissen“ [Hervorhebungen im Original] erscheint (Klingenberg, 2019, S. 256).

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Annahme, dass politische Sozialisation in bestimmten kulturellen, sozialen und politischen Kontexten bestimmte politische Orientierungen begünstigen kann. Diese sind jedoch weder zwangsläufig noch grundsätzlich unveränderlich. In dieser Arbeit wird Kultur nicht essentialistisch oder prädestinistisch verstanden, sondern als sozial konstruierter, historisch bedingter Deutungsrahmen. Der Begriff „Homo (post-)sovieticus“ dient in dieser Arbeit als heuristischer Ausgangspunkt und analytischer Rahmen, um gemeinsame kulturelle Referenzmuster zu identifizieren und langfristige Wirkungen politischer Sozialisation im postsowjetischen Raum nachvollziehbar zu machen. Er soll helfen, durch Sozialisation entstandene Orientierungsmuster sichtbar zu machen, ohne sie zu verabsolutieren. Dabei geht es nicht darum, Individuen zu typologisieren oder kulturell zu „etikettieren“, sondern um die Analyse historischer und gesellschaftlicher Prägungen sowie geteilter diskursiver Bezugspunkte, die im Kontext (post-)sowjetischer Sozialisation entstanden sind und möglicherweise im Migrationskontext fortwirken, jedoch offen für Wandel, Kontext und individuelle Handlungsfreiheit sind.

Es ist auch die Problematik der Reifizierung anzuerkennen: Wird „Homo (post-)sovieticus“ unreflektiert verwendet, kann sich in Forschung und öffentlichem Diskurs leicht die Vorstellung verfestigen, dass es sich um eine real existierende, unveränderliche Menschengruppe handelt. So entstehen stereotype Bilder, die die Forschung selbst unbeabsichtigt reproduzieren kann. Dies birgt die Gefahr, antislawische oder antiosteuropäische Narrative zu verstärken, die ohnehin weit verbreitet sind (vgl. Panagiotidis & Petersen, 2024). Um dies zu vermeiden, setzt diese Arbeit auf eine empirisch gestützte Perspektive und betrachtet die kulturellen Prägungen als veränderbare Orientierungsrahmen und nicht als schicksalhafte Dispositionen.

4. Forschungsdesign und Methodik

In diesem Kapitel werden das Forschungsdesign und die Methodik der Studie detailliert erläutert und begründet. Zunächst wird der Begriff „politische Orientierungen“ definiert und von anderen gängigen Begriffen der politischen Kulturforschung abgegrenzt. Daraufhin erfolgt eine Darstellung, wie politische Orientierungen operationalisiert werden. Im Anschluss werden die Methoden der Datenerhebung für den quantitativen und qualitativen Teil, die Sampling-Strategien sowie die Zusammensetzung der Stichproben beschrieben. Ferner werden der Ablauf der Umfrage und der Interviews sowie das erhobene Datenmaterial ausführlich dargestellt. Abschließend wird die Datenauswertung und -analyse unter Anwendung der dokumentarischen Methode erläutert.

4.1 Operationalisierung politischer Orientierung

4.1.1 Begriffsspezifizierung „politische Orientierung“ und Abgrenzung

In der Forschung zur politischen Kultur werden verschiedene, teils synonym verwendete Begriffe genutzt, die je nach theoretischem Kontext unterschiedlich definiert sind. Insbesondere geht es um die Begriffe wie „politische (kulturelle) Orientierung“, „politische Vorstellung“, „Werte und Werteorientierung“, „Überzeugung“ und „Einstellung“. Für die vorliegende Untersuchung müssen diese Begriffe spezifiziert und voneinander abgegrenzt werden.

Orientierung bedeutet im Allgemeinen die Fähigkeit, sich in einer Umgebung oder Situation zurechtzufinden. Menschen orientieren sich dabei an verschiedenen Bezugssystemen und verwenden verschiedene Instrumente. Im übertragenen Sinne wird der Begriff „kulturelle Orientierung“ verwendet, um eben jene Bezugssysteme zu bezeichnen, die in einem bestimmten Kulturraum vorherrschen und den Individuen als Rahmen zur Interpretation von Wirklichkeit und zur Steuerung ihres Handelns dienen (Flechsig, 2000). Politische Orientierungen sind kulturspezifische Leitlinien, die innerhalb einer politischen Kultur entstehen. Sie dienen als Bezugspunkt und Hilfe für den Umgang mit der politischen Realität, um sich im Bereich des Politischen zurechtzufinden. Nach der klassischen Definition politischer Kultur entspricht der Begriff „politische Orientierung“ in etwa dem Begriff „politische Kultur“, die für Mitglieder einer Gesellschaft ein Orientierungsmuster gegenüber politischen Objekten darstellt. Orientierungen als Muster lassen sich als zusammenhängendes System begreifen, in dem einzelne Elemente miteinander verknüpft sind und über eine gewisse Beständigkeit im Zeitverlauf verfügen (Gabriel, 1994, S. 25). Rohe (1996) verwendet den eher selten gebrauchten Begriff „politische Vorstellungen“ als Bestandteil einer Deutungskultur. Darunter versteht er kollektive Maßstäbe und Leitlinien, anhand derer Mitglieder einer Gesellschaft die politische Wirklichkeit wahrnehmen,

interpretieren und handhaben. Diese Vorstellungen strukturieren das politische Weltbild eines Kollektivs und prägen als kulturelles Interpretationssystem politisches Denken und Handeln.

Ähnliche handlungsleitende Funktionen und stabile Eigenschaften besitzen Werte und Werteorientierungen. Parsons und Shils (1976, S. 59–60) bezeichnen Werteorientierungen als jene Aspekte der Orientierung eines Individuums, die sein Verhalten in Entscheidungssituationen dadurch prägen, dass bestimmte Normen, Standards oder Kriterien eingehalten werden. Sie drücken sich in nicht-zufälligen, geordneten Handlungsmustern aus und spiegeln eine normative Verbindlichkeit gegenüber kulturell verankerten Regeln wider. Als Bestandteil der kulturellen Ordnung ermöglichen sie konsistente Handlungsentscheidungen und leiten individuelles wie kollektives Verhalten. Werteorientierungen äußern sich in drei Modi: einem kognitiven Modus (Beurteilung von Relevanz und Gültigkeit von Informationen), einem evaluativ-emotionalen Modus (Wertungen wie „gut“ oder „wünschenswert“) und einem normativen (Verpflichtung gegenüber bestimmten Standards und die Bewertung der Folgen bestimmter Handlungsweisen). Werteorientierungen stellen übergeordnete, abstrakte und grundlegende stabile Vorstellungen dessen dar, was für eine Gruppe wünschenswert ist. Im Gegensatz zu Werteorientierungen, die sich auf die dominanten Wertemuster innerhalb einer Gesellschaft oder Gruppe beziehen, betreffen Werte Individuen (Schwartz, 2007). Nach Schwartz repräsentieren Werte motivationale Ziele, die mit Gefühlen verbunden sind. Sie sind ein kulturelles Produkt und stellen Standards oder Kriterien dar, wie man sich verhalten soll und wie das Verhalten anderer Akteure zu bewerten ist (Oskamp, 1977, S. 13; Schwartz, 2007, S. 170–171). Ihnen liegen tiefgreifende moralische, ästhetische oder kognitive Vorstellungen von deren Richtigkeit und Berechtigung zugrunde (Kluckhohn, 1976, S. 394–396). Als normative Wertungen sind sie entscheidungs- und handlungsrelevant und dienen als Orientierungssysteme, die das Zusammenleben der Menschen organisieren (Rokeach, 1973, S. 5–7).

Alle Begriffe beschreiben grundlegende, kultur- und gesellschaftsbedingte, generalisierte Konstrukte, die ein übergreifendes Bild von Erfahrungen sowie latenten oder expliziten Vorstellungen darstellen, die von einer Gemeinschaft geteilt werden. In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff „politische Orientierungen“ verwendet. *Politische Orientierungen* werden in dieser Arbeit als grundlegende, internalisierte, historisch bedingte und kollektiv geteilte Deutungsmuster in Bezug auf die Politik definiert. Sie entstehen im Rahmen politischer Kultur, werden im Sozialisationsprozess vermittelt und prägen Einstellungen, Werte und Handlungen. Mit anderen Worten bilden politische Orientierungen ein kulturspezifisches Koordinatensystem, innerhalb dessen sich Individuen als politische Subjekte bewegen.

Politische Orientierungen setzen sich neben Werten aus Einstellungen und Meinungen zusammen, die im politischen Bewusstsein verschiedene Gewichtungen haben (M. Greiffenhagen et

al., 2002, S. 387). Politische Orientierungen sind nicht mit den Einstellungen gleichzusetzen. Einstellungen stellen eine dauerhafte Disposition oder Zusammensetzung mehrerer Überzeugungen dar, die sich auf konkrete Objekte oder Situationen richten und eine Person dazu veranlassen, in einer bestimmten Weise darauf zu reagieren oder zu bewerten (Oskamp, 1977, S. 7–11; Rokeach, 1968, S. 550; Triandis, 1975, S. 2–5). Im Gegensatz zu Werten sind sie keine Standards. Einstellungen sind zwar relativ stabil, jedoch sind sie veränderlicher als Werte. Das Drei-Komponenten-Modell der Einstellung unterscheidet eine kognitive, affektive und verhaltensbezogene Dimension. Die kognitive Komponente umfasst Wissen und Überzeugungen über ein Objekt, die affektive emotionale Reaktionen wie Sympathie oder Ablehnung, und die verhaltensbezogene beschreibt die Handlungsbereitschaft gegenüber dem Objekt. Obwohl analytisch trennbar, wirken die Komponenten im Einstellungsprozess meist zusammen.

Im Unterschied zu Einstellungen, die typischerweise eine affektive Komponente aufweisen, etwa in Form von Zuneigung oder Ablehnung, sind Meinungen primär kognitiv geprägt. Ihnen liegen eher Ideen und Gedanken als Emotionen zugrunde. Ihre inhaltliche Reichweite ist in der Regel begrenzter, und sie unterliegen einer höheren Änderungsdynamik als stabilere Einstellungsdispositionen. Meinungen können als kognitive Urteile über die Wahrscheinlichkeit bestimmter Ereignisse oder Merkmale verstanden werden. Sie sind häufig stärker faktenorientiert und weniger emotional gebunden als Einstellungen. Oskamp (1977, S. 12–13) setzt Meinungen mit kognitiven Überzeugungen gleich, die die subjektive Wahrscheinlichkeit ausdrücken, dass Objekte bestimmte Eigenschaften besitzen oder in spezifischer Weise miteinander in Beziehung stehen. Sie geben damit wieder, was eine Person für zutreffend oder wahr hält.

4.1.2 Der Zugang zu politischen Orientierungen: politische Orientierungsobjekte

Das Konzept „Homo (post-)sovieticus“ stellt eine Verbindung zwischen kollektiven Orientierungen und Sozialisationserfahrungen in einer (post-)sowjetischen politischen Kultur her. Dabei geht es um verschiedene Aspekte des Verhältnisses zwischen Individuen einer historisch-kulturell geprägten Gemeinschaft und dem Staat bzw. der Politik. Politische Orientierungen sind keine direkt beobachtbaren oder isoliert messbaren Phänomene, sondern stellen latente, kulturell eingebettete Deutungsmuster dar. Sie äußern sich nicht unmittelbar, sondern indirekt, etwa in sprachlichen Artikulationen, Symbolen, Bewertungen, Handlungsdispositionen oder in der Art und Weise, wie politische Ereignisse wahrgenommen und interpretiert werden. Als durch Sozialisation geprägte Tiefenstrukturen entziehen sie sich einer rein deskriptiven Erfassung. Empirisch zugänglich werden politische Orientierungen über explizite Aussagen, geäußerte Einstellungen und berichtete Handlungen, die als Indikatoren zugrunde liegender Orientierungsmuster interpretiert werden. Wie im Methodenkapitel näher ausgeführt wird, basiert der

empirische Zugang dieser Arbeit auf einer Kombination quantitativer Umfragedaten und qualitativer Interviews (s. Kapitel 4.2–4.4). Während der quantitative Teil objektbezogene politische Einstellungen erhebt, zielt die qualitative Analyse darauf, die dahinterliegenden politischen Deutungsmuster zu vertiefen und zu rekonstruieren. Die manifesten Einstellungen und Äußerungen gelten dabei nicht als identisch mit politischen Orientierungen, sondern als indikative Verdichtungen tieferliegender Sinnstrukturen.

Wie in Kapitel 3.1.1 dargestellt, richten sich politische Orientierungen auf unterschiedliche Objektklassen. Durch die Kombination von Aussagen zu politischen Objekten mit deren Ausdrucksformen wird versucht, Rückschlüsse auf die zugrunde liegenden, oft unbewussten Orientierungsmuster zu ziehen. In Anlehnung an die Orientierungsobjektklassen nach Almond und Verba (1965) werden in dieser Arbeit folgende Orientierungsdimensionen zur Analyse herangezogen, die das Verhältnis zwischen Bürger und Staat strukturieren: das politische System bzw. Regime, das politische Selbst, politischer Input, politischer Output sowie Orientierungen zu Asyl und Migration.

Die Dimension *politisches System und politisches Regime* erfasst politische Orientierungen gegenüber dem sowjetischen bzw. postsowjetischen politischen System des Herkunftslandes und dem politischen System Deutschlands. Sie umfasst Wahrnehmungen, Bewertungen und Vergleiche beider Systeme. Zugleich fließen das allgemeine Demokratieverständnis, die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform sowie die Bewertung demokratischer Zustände in Herkunfts- und Aufnahmeland mit ein.

Die Dimension *politisches Selbst* beschreibt das individuelle politische Bewusstsein, also das Verständnis politischer Themen und Prozesse sowie die eigene Rolle im politischen System. Dazu gehören das generelle Interesse an Politik, die Themensalienz und die Einschätzung der eigenen Informiertheit sowohl im Herkunftsland (rückblickend) als auch im aktuellen Lebensumfeld in Deutschland. Ferner umfasst die Dimension das Gefühl politischer Wirksamkeit sowie konkrete Erfahrungen mit politischer Partizipation in beiden Kontexten. Ein weiterer Aspekt ist das staatsbürgerliche Selbstverständnis im Hinblick auf Wahlteilnahme: sowohl als empfundene Pflicht zur Sicherung demokratischer Strukturen als auch als Ausdruck persönlicher Überzeugung, mit der Stimme einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten.

Politischer Output bezieht sich auf die Leistungen eines politischen Systems, die durch die Umsetzung politischer Entscheidungen und Maßnahmen entstehen. In diesem Zusammenhang werden Orientierungen zur Rolle des Staates erfasst, die sich auf subjektive Vorstellungen und Erwartungen über die zentralen Funktionen und Verantwortlichkeiten des Staates gegenüber

den Bürgern in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens beziehen sowie auf die Bewertung seiner Effektivität und Leistung.

Die Dimension *politischer Input* bezieht sich auf die Forderungen, Bedürfnisse, Interessen und Unterstützung, die von Bürgern und verschiedenen Akteuren an das politische System herangetragen werden. In diesem Kontext werden Orientierungen gegenüber den politischen Parteien in Deutschland erfasst, die Interessen artikulieren sowie politische Programme formulieren. Im Fokus stehen sowohl die grundlegenden Einstellungen der (post-)sowjetischen Migranten gegenüber politischen Parteien als auch Parteipräferenzen, die Aufschluss über politische Identität und Zugehörigkeit geben und das Vertrauen in die politischen Akteure sowie die Wahrnehmung ihrer Kompetenz und Fähigkeit widerspiegeln.

Als zusätzliche Dimension erfassen *Orientierungen zu Asyl und Migration* Haltungen, Meinungen und Emotionen, die postsowjetische Migranten gegenüber anderen Migrantengruppen äußern. Sie geben Aufschluss darüber, wie das Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft wahrgenommen wird und welche Vorstellungen von gesellschaftlichem Miteinander und kollektiver Identität bestehen.

Tabelle 1 fasst die genannten Orientierungsdimensionen zusammen und stellt deren theoretische Definition sowie die komprimierte Operationalisierung im quantitativen und qualitativen Studienteil dar.

Tabelle 1: Operationalisierung politischer Orientierungen

Analysekategorien	Definition	Quantitativer Teil (Beispielitems)	Qualitativer Teil (Leitfragen)
<i>Dimension 1: Politisches System und politisches Regime</i>			
Einstellungen zum politischen System des Herkunftslandes und Deutschlands	Wahrnehmung, Bewertung und Vergleich der politischen Systeme im Herkunftsland und in Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenschaften der sowjetischen Ära • Einschätzung der UdSSR als demokratisch • Bewertung des Zusammenbruchs der UdSSR • Bewertung der Transformation nach 1991 	Wie beschreiben Sie die politischen Systeme des Herkunftslandes und Deutschlands? Wie würden Sie diese vergleichen?
Demokratieverständnis und -bewertung	Subjektive Vorstellungen von Demokratie sowie deren Bewertung in Deutschland und im Herkunftsland sowie Präferenz gegenüber Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> • Assoziationen mit Demokratie • Bewertung des Demokratiegrades in Deutschland und Herkunftsland • Gründe für als zu hoch oder zu niedrig empfundene Demokratie in Deutschland • Grundhaltung zu Demokratie • Offenheit für alternative Regierungsformen • Priorisierung individueller Rechte und Freiheiten 	Was bedeutet Demokratie für Sie persönlich? Wie bewerten Sie den Zustand der Demokratie in Deutschland und in Ihrem Herkunftsland?
<i>Dimension 2: Politisches „Selbst“</i>			
Politisches Interesse und politische Partizipation	Ausmaß politischen Interesses und Erfahrungen mit politischer Beteiligung im Herkunftsland und in Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Interesse an Politik in Deutschland und des Herkunftslandes • Informationsquellen (Sprache und Kanal) • Vertrauen in Medienquellen • Einschätzung der Zuverlässigkeit russischer und deutscher Medien 	Wie groß ist Ihr Interesse an Politik? Wie und über welche Medien informieren Sie sich?
Politische Themensalienz (Subkategorie)	Wahrgenommene Relevanz politischer Themen	<ul style="list-style-type: none"> • Auswahl vorrangiger gesellschaftspolitischer Themen 	Welche Themen sind für Sie derzeit besonders wichtig?

Analysekategorien	Definition	Quantitativer Teil (Beispielitems)	Qualitativer Teil (Leitfragen)
Einstellungen zu Wahlen als Bürgerpflicht (Subkategorie)	Subjektive Bedeutung von Wahlen und Wahlbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> Einstellung zur Wahlbeteiligung (Pflicht, Recht, Skepsis) 	Was bedeutet Wählen für Sie?
Gefühl externer politischer Wirksamkeit (Subkategorie)	Subjektive Einschätzung des Einflusses eigener politischer Handlungen	(nicht erhoben im quantitativen Teil)	Wie schätzen Sie Ihren Einfluss auf Politik ein?
<i>Dimension 3: Politischer Output</i>			
Einstellungen zur Rolle des Staates	Subjektive Erwartungen an und Bewertung staatlicher Aufgaben und Eingriffe	<ul style="list-style-type: none"> Grundsatzposition zur sozialen Absicherung Einstellung zu Plan- und Marktwirtschaft Bewertung staatlicher Aufgaben und Eingriffe (Versammlungsfreiheit, Marktregulierung, Sozialstaat, Zensur) 	Welche Aufgaben sollte der Staat Ihrer Meinung nach übernehmen? Und wie gut erfüllt er diese in Deutschland bzw. in Ihrem Herkunftsland?
<i>Dimension 4: Politischer Input</i>			
Einstellungen zu politischen Parteien und Parteiidentifikation	Parteiidentifikation, Wahlverhalten und Bewertung der Parteienlandschaft in Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> Politische Selbstverortung Links-Rechts Parteisympathie Rückblick Wahlverhalten 2013 & 2017 Wahlabsicht (Sonntagsfrage) Haltung zum Mehrparteiensystem 	Mit welcher Partei fühlen Sie sich am meisten verbunden, und warum?
<i>Dimension 5: Einstellungen zu Asyl und Migration</i>			
Orientierungen zu Asyl und Migration	Haltungen zu Migration, Asylpolitik und parteipolitischen Positionen zu diesen Themen	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeine Haltung zu Migration Präferenzen für bestimmte Migrantengruppen Bewertung von Einwanderungskriterien Sorgen über Flüchtlingszuzug Haltung zur Aufnahmebereitschaft und zur Restriktivität der Asylpolitik Parteipräferenz beim Thema Migration 	Wie bewerten Sie die derzeitige Migrations- und Asylpolitik in Deutschland? Welche Partei vertritt hier am ehesten Ihre Sichtweise?

Quelle: eigene Darstellung

4.2 Begründung und Beschreibung des Forschungsdesigns

In der Studie wurde ein multimethodisches Verfahren, angelehnt an das Mixed-Methods-Forschungsdesign angewandt (Creswell, 2014; Creswell et al., 2003; Kuckartz, 2014; Onwuegbuzie & Collins, 2007; Schoonenboom & Johnson, 2017; Teddlie & Tashakkori, 2006). Die Kombination quantitativer und qualitativer Methoden erfolgte in zwei Phasen nach einem sequenziellen erklärenden Vertiefungsmodell (Kuckartz, 2014, S. 77–81): Auf eine abgeschlossene quantitative Teilstudie (Online-Umfrage) folgte eine qualitative Teilstudie (Einzelinterviews). Dem qualitativen Teil wurde Priorität im Sinne des „*qualitatively-driven sequential design*“ eingeräumt (Schoonenboom & Johnson, 2017).

Die Wahl dieses Forschungsdesigns begründete sich durch den explorativen und interpretativen Charakter der Fragestellung sowie durch methodische Überlegungen. Die zuerst durchgeführte quantitative Online-Umfrage erleichterte den Zugang zum Untersuchungsfeld und diente der Erhebung erster soziodemografischer, migrationsspezifischer und gesellschaftspolitischer Merkmale. Vor dem Hintergrund bestehender Forschungslücken zu politischen Orientierungen postsowjetischer Migranten in Deutschland (s. Kapitel 1) war es notwendig, ein entsprechendes Vorwissen über die Zielgruppe zu gewinnen und erstes empirisches Arbeitsmaterial zu erheben. Die gewonnenen Daten lieferten erste Hinweise auf relevante Tendenzen und dienten zugleich der Entwicklung des Interviewleitfadens sowie der Rekrutierung von Interviewpartnern.

Im Sinne der Methodentriangulation sollten sowohl individualistische als auch ökologische Fehlschlüsse vermieden werden. Da auf Grundlage individueller Daten Aussagen über kollektive politische Orientierungsmuster getroffen werden, besteht das Risiko, individuelle Sichtweisen unzulässig auf das Gesamtkollektiv zu übertragen. Umgekehrt können aggregierte Umfrageergebnisse irreführen, wenn sie ohne Rücksicht auf subjektive Deutungsmuster und Kontexte interpretiert werden. Durch die Kombination von standardisierten und rekonstruktiven Verfahren konnten mögliche Schwächen beider Methoden gegenseitig ausgeglichen werden. So war es möglich, differenzierte und empirisch fundierte Aussagen über kollektive Deutungsmuster zu treffen, ohne dabei die Vielfalt individueller Erfahrungen zu vereinfachen oder zu übersehen.

Qualitative Interviews erwiesen sich dabei als besonders geeignet, um subjektive Orientierungsmuster zu erfassen, die mit standardisierten Methoden nur schwer zugänglich sind. Sie orientieren sich an zentralen Prinzipien qualitativer Forschung wie Verstehen, Subjektbezug, Offenheit, Kommunikation, Flexibilität und einem prozessorientierten Vorgehen (Misoch, 2015, S. 25–36). Im Mittelpunkt standen politische Orientierungen postsowjetischer Migranten, die stark von der (post-)sowjetischen politischen Kultur geprägt sind. Diese Orientierungen

gehören zu ihrer gelebten Wirklichkeit und werden häufig intuitiv wahrgenommen, aber nicht immer bewusst reflektiert. Politische Orientierungen wurden hier nicht als stabile Eigenschaften verstanden, sondern als kontextabhängige Deutungsmuster, die erst im Gespräch erkennbar und rekonstruierbar sind. Die Offenheit qualitativer Interviews ermöglichte es, eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre zu schaffen, in der die Befragten als Experten ihres eigenen Alltags auch über sensible oder persönliche Themen sprechen konnten. Trotz eines strukturierten Leitfadens blieb ausreichend Raum für einen freien Gesprächsverlauf. Die Interviewten konnten selbst Schwerpunkte setzen, Themen einbringen und ihre Sichtweisen anhand konkreter Beispiele verdeutlichen. So ließen sich auch emotionale Gesprächsdynamiken, nonverbale Reaktionen sowie sprachlich-kulturelle Feinheiten wie symbolische Begriffe oder alltagssprachliche Formulierungen erfassen.

4.3 Datenerhebung, Fallauswahl, Stichproben- und Datenbeschreibung

4.3.1 Quantitativer Teil: standardisierte Online-Umfrage

Die Daten des quantitativen Teils wurden durch eine teilstandardisierte und anonyme Online-Umfrage (Anhang 1) erhoben. Die Datenerhebung erstreckte sich von April bis Juni 2020 und erfolgte online über die Unipark-Umfragesoftware. Die Teilnahme an der Umfrage war auf Personen beschränkt, die aus der Sowjetunion oder einem ihrer Nachfolgestaaten stammen und bei ihrer Einwanderung ein Alter von mindestens 15 Jahren hatten, um sicherzustellen, dass sie ihre formative Phase in ihrem Herkunftsland verbracht haben. Die Umfrage wurde in deutscher Sprache durchgeführt. An der Umfrage nahmen insgesamt 262 Personen teil¹⁷. Einzelne Auswertungen basieren jedoch auf höheren Fallzahlen, sofern Itemantworten vorlagen.

Die Teilnehmer wurden hauptsächlich aus vier Quellen rekrutiert, um die Teilnehmerzahl zu maximieren: Gruppen und Diskussionsforen von (post-)sowjetischen Migranten in den sozialen Online-Netzwerken¹⁸, Organisationen, die mit (post-)sowjetischen Migranten arbeiten (Anhang 2), Kontakte, die von den befragten Personen empfohlen wurden, sowie persönliches Umfeld.

Um eine inhaltliche Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten, wurden Mitglieder von Netzwerken mit verschiedenen parteipolitischen Orientierungen angesprochen (Anhang 2). Vor allem sind russischsprachige Gruppen, die der AfD und CDU nahestehen, in großem

¹⁷ Je nach Frage liegt die Zahl der gültigen Antworten höher oder niedriger, da nicht alle Teilnehmenden jeden Item beantwortet haben.

¹⁸ Dazu zählen hauptsächlich die russischsprachigen sozialen Online-Medien wie Odnoklassniki (www.ok.ru), Vkontakte (www.vk.com) und russischsprachige Facebook-Seiten (www.facebook.com), die von postsowjetischen Migranten als Plattform für politische Kommunikation genutzt werden.

Umfang miteinander vernetzt. Auf Facebook wurde lediglich eine öffentliche SPD-nahe Gruppe „Russisch sprechende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Berlin“ gefunden. Zur Zeit der Datenerhebung konnten keine russischsprachigen Gruppen identifiziert werden, die eine Ausrichtung auf Parteien wie Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP aufwiesen.

Zwar wurde bei der Rekrutierung der Teilnehmer für die Umfrage auf die Heterogenität der Zielgruppe geachtet, doch handelt es sich nicht um Zufallsstichproben. Daher gelten die quantitativen Daten als statistisch nicht repräsentativ. Ein methodischer Nachteil dieser Online-Datenerhebung liegt außerdem in der geringen Kontrollierbarkeit der Identität der Befragten, insbesondere derjenigen, welche nicht über offizielle Institutionen rekrutiert wurden. Es besteht daher keine Möglichkeit, verbindlich zu überprüfen, ob die Teilnehmer die Auswahlkriterien tatsächlich erfüllen.

In Tabelle 2 sind die zentralen soziodemografischen und migrationsspezifischen Merkmale der Umfragestichprobe dargestellt. Alle Teilnehmer wurden in der (ehemaligen) Sowjetunion geboren, wobei Russland, die Ukraine und Kasachstan die häufigsten Geburtsländer waren. Die meisten Befragten sind als (Spät-)Aussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge oder deren Familienmitglieder nach Deutschland eingewandert. Ein Viertel der Befragten (65 Personen) ist zum Studieren oder zur Erwerbstätigkeit gekommen. Knapp die Hälfte der Befragten besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Vergleich zu Frauen sind Männer in der Stichprobe unterrepräsentiert. Im Sample sind alle relevanten Altersgruppen vertreten. Das Alter der Befragten liegt zwischen 24 und 83 Jahren. Die Altersgruppe zwischen 30 und 60 Jahren ist am stärksten vertreten. Die Mehrheit der Befragten lebt seit mehr als 15 Jahren in Deutschland, und die meisten sind mit 15 Jahren oder älter nach Deutschland eingewandert.

Tabelle 2: Stichprobenbeschreibung (quantitative Umfrage 1)

Merkmale		Anzahl P. (%)
Status oder Zweck der Einwanderung	(Spät-)Aussiedler	55 (21 %)
	jüdische Kontingentflüchtlinge	73 (28 %)
	Ehepartner einer Person mit deutscher Staatsangehörigkeit oder unbefristeter Aufenthaltserlaubnis	43 (16 %)
	zum Studium oder zur Berufsausübung	65 (25 %)
	Sonstiges	24 (9 %)
	fehlende Werte	2 (1 %)
Geschlecht	Männer	96 (37 %)
	Frauen	164 (63 %)
	fehlende Werte	2 (1 %)
Deutsche Staatsangehörigkeit	Ja	128 (49 %)
	Nein	134 (51 %)
Aufenthaltsdauer	weniger als 3 Jahre	24 (9 %)
	3-5 Jahre	39 (15 %)
	6-10 Jahre	33 (13 %)
	11-15 Jahre	27 (10 %)
	16-20 Jahre	35 (13 %)
	21-30 Jahre	90 (34 %)
	über 31 Jahre	11 (4 %)
	fehlende Werte	3 (1 %)
Herkunftsland	Aserbaidschan	2 (1 %)
	Belarus	22 (8 %)
	Estland	4 (2 %)
	Georgien	1 (<1 %)
	Kasachstan	29 (11 %)
	Kirgisien	2 (1 %)
	Lettland	4 (2 %)
	Litauen	3 (1 %)
	Moldawien	3 (1 %)
	Russland	113 (43 %)

Merkmal		Anzahl P. (%)
	Turkmenistan	1 (<1 %)
	Usbekistan	13 (5 %)
	Ukraine	61 (23 %)
	fehlende Werte	4 (2 %)
Alter	70 und älter (geboren 1950 oder früher)	6 (2 %)
	69-60 (1951-1960)	30 (11 %)
	59-50 (1961-1970)	43 (16 %)
	49-40 (1971-1980)	80 (31 %)
	39-30 (1981-1990)	67 (26 %)
	29-20 (1991-1996)	11 (4 %)
	fehlende Werte	25 (10 %)
Alter bei Einwanderung	unter 17 Jahre	12 (5 %)
	17-25 Jahre	95 (36 %)
	26-30 Jahre	41 (16 %)
	31-35 Jahre	38 (15 %)
	36-40 Jahre	33 (13 %)
	41-45 Jahre	18 (7 %)
	46-50 Jahre	12 (5 %)
	51-60 Jahre	4 (2 %)
	61 Jahre und mehr	3 (1 %)
	fehlende Werte	6 (2 %)

Quelle: eigene Darstellung

Anmerkung: n = 262. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Im Rahmen der Themensuche für die vorliegende Dissertation wurde im Jahr 2017 eine weitere Umfrage (Anhang 3) ausschließlich unter (Spät-)Aussiedlern in Deutschland zu deren politischen Einstellungen und Identität durchgeführt. An der Umfrage nahmen 225 Respondenten¹⁹ teil. In der Umfrage wurden u. a. Fragen zu den Einstellungen von (Spät-)Aussiedlern zur Migrations- und Flüchtlingspolitik in Deutschland gestellt. Die Ergebnisse der zweiten Umfrage

¹⁹ Einzelne Auswertungen basieren jedoch auf höheren Fallzahlen, sofern Itemantworten vorlagen.

(Umfrage 2) nur zu diesen Fragen werden im Themenbereich „Orientierungen gegenüber Asyl und Migration“ verwendet.

Durch die quantitative Umfrage wurden folgende Datengruppen erhoben: *Allgemeine personenbezogene Daten* wie Geschlecht, Geburtsjahr, Bereitschaft, an einem Interview teilzunehmen, ggf. Kontaktdaten, *migrationspezifische Daten* wie Herkunft bzw. Herkunft der Vorfahren, deutsche Staatsangehörigkeit, rechtlicher Status bzw. Zweck der Einwanderung, Alter bei der Einwanderung, Dauer des Aufenthalts, Grund der Auswanderung, *Daten zu allgemeinen politischen Einstellungen*: Interesse an Politik in Deutschland und im Herkunftsland, Nutzung von Informationsquellen, Vertrauen gegenüber den deutschen Medien bzw. denen im Herkunftsland, wichtige gesellschaftspolitische Themen, Links-Rechts-Selbsteinordnung, *Einstellungen zu Demokratie*: Verständnis von Demokratie, Einschätzung des Demokratiezustandes in Deutschland und Russland, Ausschließlichkeit von Demokratie als Regierungsform; *wichtigste Rechte und Freiheiten*, *Parteiwahl*: Parteiidentifikation, Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017, „Sonntagsfrage“, Wahlteilnahme als Bürgerpflicht; *Einstellung zum Mehrparteiensystem*; *Rolle des Staates*: Einstellungen zur Wohlfahrtsstaatspolitik, Einstellung zur staatlichen Planwirtschaft und Marktwirtschaft, Einstellungen zu anderen staatlichen Regulierungen; *Einstellungen zum sowjetischen politischen System*: Beschreibung des sowjetischen Systems, Einstellungen zum Zusammenbruch der Sowjetunion (s. Tabelle 1).

4.3.2 Qualitativer Teil: problemzentrierte Interviews

Im qualitativen Teil der Studie wurden die Daten mithilfe leitfadengestützter problemzentrierter Interviews erhoben (Witzel, 1985). Das Merkmal Problemzentrierung bezog sich auf die Fokussierung auf relevante politikbezogene Themen sowie Herstellung von Verbindung zu den Sozialisationserfahrungen von postsowjetischen Migranten in Deutschland in der politischen Kultur der Herkunftsländer.

Insgesamt wurden 31 Interviews geführt. Als Strategie zur Auswahl der Interviewpartner wurde eine Kombination aus gezieltem (selektivem) und zufälligem Sampling angewandt. Die Stichprobe bestand aus den Personen, die erst nach der Vollendung ihrer formativen Jahre (ab 15 Jahren) nach Deutschland migriert sind und somit markante Teile ihrer politischen Primärsozialisation im Herkunftskontext erfahren haben. Die Interviewteilnehmer stammen aus dem Pool der Befragten, die sich am Ende der quantitativen Umfrage unter Angabe von Namen und E-Mail-Adressen bereit erklärt haben, am persönlichen Interview teilzunehmen. Weitere Befragte sind durch das Schneeballverfahren hinzugekommen, haben auf die Einladung in den sozialen

Online-Netzwerken reagiert oder wurden über bekannte russischsprachige Migrantenorganisationen angeworben (Anhang 2).

Die finale Zusammensetzung der Stichprobe findet sich in Tabelle 3. An den Interviews nahmen 14 weibliche und 17 männliche Personen teil. Die Mehrheit der Befragten ist als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland migriert (17 Personen). Hinzu kommen elf jüdische Kontingentflüchtlinge sowie drei Personen, die arbeits- oder studienbedingt eingewandert sind. Unter den Befragten kamen 16 Personen aus Russland, sieben aus Kasachstan, vier aus der Ukraine, zwei aus Litauen und jeweils eine aus Moldawien und Tadschikistan. Die Altersspanne der Interviewpartner lag zwischen 34 und 84 Jahren zum Zeitpunkt der Interviews. Die Teilnehmer kamen im Alter von 17 bis 59 Jahren nach Deutschland. Die Aufenthaltsdauer in Deutschland erstreckt sich über zwei bis 30 Jahre. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt etwa 20 Jahre.

Die Interviews wurden mit Einwilligung der Befragten audiodigital aufgezeichnet. Durchschnittlich haben die Interviews 60 Minuten gedauert. Sie wurden in den Zeiträumen Mai bis Oktober 2019, Januar bis Februar 2020 und Januar bis Februar 2022 persönlich oder per Zoom geführt. Die Befragten durften selbst entscheiden, ob das Interview auf Russisch oder Deutsch geführt werden sollte. Jedoch wollte kein Interviewteilnehmer das Interview auf Deutsch führen.

Der Interviewleitfaden (Anhang 4) diente der Strukturierung und Fokussierung der Interviewgespräche sowie der Vergleichbarkeit der Ergebnisse bei der Analyse und Auswertung. Allerdings wurden die Fragen oft flexibel gestellt, um eine ungezwungene Atmosphäre zu schaffen und den natürlichen Gesprächsverlauf nicht zu unterbrechen. Im Laufe mehrerer Interviews hatten manche Interviewteilnehmer anfangs Schwierigkeiten bei der Beantwortung der Fragen, insbesondere zur Beschreibung des politischen Systems der Sowjetunion. Für eine Narration wurden gesprächsgenerierende Kommunikationsstrategien eingesetzt, Nach- und Sondierfragen gestellt, Stichpunkte als Anregung oder Hilfe eingestreut, sodass die von den Befragten verwendeten Begriffe, erwähnten Erfahrungen und Situationen sowie formulierten Zusammenhänge aufgegriffen und spezifiziert wurden. Dies diente u. a. dazu, das subjektive Selbstverständnis bestimmter relevanter Aspekte zu erfassen und neue relevante Aspekte zu entdecken (Misoch, 2015, S. 73–75).

Jedes Interview begann mit der Informationsphase zu Thema und Zweck der Arbeit sowie Ablauf des Interviews und Datenschutz- und Einwilligungserklärung²⁰ zu den personenbezogenen

²⁰ Die Datenschutz- und Einwilligungserklärung wurden in Anlehnung an die Vorlagen von Liebig et al. (2014), herausgegeben vom Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), formuliert und an das Projekt angepasst.

Daten (Anhang 5 und 6). In den Interviews wurden folgende Themengruppen²¹ bearbeitet: *Allgemeine Einstiegsfragen bezüglich der Einwanderungsbiografie der Befragten*: Herkunft, Status, Alter bei der Einwanderung, Aufenthaltsdauer, zentrale Motivation der Einwanderung, *Beschreibung und Vergleich der politischen Systeme des Herkunftslandes und Deutschlands*; *Verständnis von und Einstellungen zu Demokratie, Rolle des Staates, Politisches Interesse und politische Partizipation*: Interesse an Politik, Teilnahme an Wahlen, politische Partizipation im Herkunftsland und in Deutschland; Gefühl politischer Wirksamkeit; *Politische Parteien und Parteiidentifikation*: Orientierung im deutschen Parteiensystem, Einstellungen zu politischen Parteien und Politikern, Parteisympathien; Einstellung zum Mehrparteiensystem; *Orientierungen zu Asyl und zur deutschen Migrationspolitik* (s. Tabelle 1).

Der Themenblock „Einstellungen zum Asyl und zur deutschen Migrationspolitik“ war ursprünglich nicht als Teil der Studie geplant. Das Thema wurde jedoch stets von den Interviewteilnehmern initiiert und so in den Leitfaden und als Teilthema der Untersuchung aufgenommen.

²¹ Die Reihenfolge und inhaltliche Formulierung von Fragengruppen lassen sich nicht mit dem Interviewleitfaden gleichsetzen. Fragengruppen stellen eine grobe Zusammenfassung von Themenblöcken dar.

Tabelle 3: Stichprobenbeschreibung (qualitative Interviews)

	Name (Pseudonym)	Status oder Zweck der Einwanderung	Herkunftsland	Alter ²²	Alter Einwan- derung /	Aufent- haltungsdauer
I01	Olga	(Spät-)Aussiedler	Kasachstan	68	50	18
I02	Alesja	(Spät-)Aussiedler	Russland	40	20	20
I03	Nikolaj	(Spät-)Aussiedler	Russland	84	59	25
I04	Witalij	(Spät-)Aussiedler	Kasachstan	39	22	17
I05	Jurij	(Spät-)Aussiedler	Russland	49	33	16
I06	Julija	jüdischer Konting- entflüchtling	Russland	64	40	24
I07	Anatolij	(Spät-)Aussiedler	Russland	59	32	27
I08	Wiktorija	jüdischer Konting- entflüchtling	Russland	40	15	25
I09	Irina	(Spät-)Aussiedler	Russland	48	28	20
I010	Oleg	(Spät-)Aussiedler	Kasachstan	35	15	20
I011	Pawel	(Spät-)Aussiedler	Russland	43	24	19
I012	Wiktor	(Spät-)Aussiedler	Tadschikistan	48	18	30
I013	Wladislaw	(Spät-)Aussiedler	Russland	43	40	3
I014	Pjotr	jüdischer Konting- entflüchtling	Litauen	74	50	24
I015	Lidija	jüdischer Konting- entflüchtling	Russland	48	22	26
I016	Artjom	(Spät-)Aussiedler	Kasachstan	k. A.	k. A.	14
I017	Nadeschda	(Spät-)Aussiedler	Kasachstan	56	34	30
I018	Iwan	zwecks Arbeit	Russland	50	38	12
I019	Jekaterina	zwecks Studiums	Russland	55	24	31
I020	Marija	jüdischer Konting- entflüchtling	Russland	43	37	6
I021	Arkadij	jüdischer Konting- entflüchtling	Ukraine	70	40	30
I022	Wadim	(Spät-)Aussiedler	Kasachstan	43	17	26

²² Alter sowie Aufenthaltsdauer zur Zeit des Interviews.

	Name (Pseudonym)	Status oder Zweck der Einwanderung	Herkunftsland	Alter ²²	Alter Einwan- derung /	Aufent- haltsdauer
I023	Walentina	jüdischer Konting- entflüchtling	Russland	76	46	30
I024	Polina	zwecks Arbeit	Moldawien	45	40	5
I025	Ljudmila	jüdischer Konting- entflüchtling	Ukraine	43	17	26
I026	Dmitrij	jüdischer Konting- entflüchtling	Russland	54	25	29
I027	Fjodor	zwecks Arbeit	Litauen	44	39	5
I028	Anastasija	jüdischer Konting- entflüchtling	Ukraine	52	29	23
I029	Jewgenij	zwecks Arbeit	Russland	42	40	2
I030	Konstantin	(Spät-)Aussiedler	Kasachstan	48	22	26
I031	Swetlana	jüdischer Konting- entflüchtling	Ukraine	72	47	25

Quelle: eigene Darstellung

4.4 Auswertung und Analyse

4.4.1 Zusammenführung von quantitativem und qualitativem Teil

Der Anspruch des Mixed-Methods-Forschungsdesigns liegt darin, die Ergebnisse des gesamten Projekts nicht einfach als die Addition der Ergebnisse einzelner Teile darzustellen, sondern eine logische Integration sowie Konsolidierung der Daten zu erreichen, indem die quantitativen und qualitativen Teile auf der Ebene der Datensätze miteinander verbunden und gleichzeitig, interaktiv, komplementär und qualitativ ausgewertet werden (Bazeley, 2009; Bryman, 2007; Kuckartz, 2014, S. 100). Um eine Datenkonsolidierung zu erreichen, wurden die quantitativen Daten qualitativ interpretiert, mithilfe deskriptiver Statistik ausgewertet und in Tabellen- und Diagrammform sowie in Form einer verbalen Beschreibung dargestellt (Bazeley, 2012; Caracelli & Greene, 1993, S. 197–198; Onwuegbuzie & Combs, 2011; Sandelowski, 2000, S. 253–254). Da die qualitativen Ergebnisse für die Studie von zentraler Bedeutung waren, wurden die quantitativen Ergebnisse selektiv ausgewählt und dort mit den qualitativen Ergebnissen verknüpft, wo eine Verflechtung bestand, sodass die Ergebnisse beider Methoden in der Analyse miteinander verschmolzen (Caracelli & Greene, 1993, S. 200–202). Durch diese Zusammenführungsmethode konnten sich die Ergebnisse beider Methoden gegenseitig ergänzen und verstärken.

4.4.2 Transkription und Übersetzung qualitativer Interviews

Die Interviewaufzeichnungen wurden zunächst vollständig in der Originalsprache transkribiert. Die Aufnahmen sowie Transkriptionen begannen mit der Einstiegsfrage. Die Informationsphase des Gesprächs (Small-Talk, Information über die Zielsetzung der Studie, Aufklärung über Datenschutz und Einwilligungserklärung, Information über den Ablauf des Interviews) wurde weder aufgenommen noch transkribiert. Verzögerungen, Pausen und Rezeptionssignale wurden ebenso nicht transkribiert, es sei denn, sie stellten eine direkte Antwort auf eine Frage dar oder waren für die Analyse besonders relevant.

In der Analyse wurden die ausgewählten Teile des Interviews in deutscher Übersetzung zitiert. Da es auf die manifesten Inhalte und nicht auf sprachwissenschaftliche Aspekte ankam, erfolgte die Transkription in literarischer Umschrift und mittels Standardorthografie. Die verbalen Daten wurden an die Normen der geschriebenen Hochsprache angepasst. Umgangssprachliche Ausdrücke und andere sprachliche Merkmale wie Versprecher und nicht semantisch relevante Verdoppelungen wurden dem Schriftdeutsch entsprechend angeglichen. Die Satzstruktur wurde

größtenteils beibehalten, um das flüssige Lesen nicht zu beeinträchtigen. Statt einer rein wörtlichen wurde eine sinngemäße Übersetzung gewählt, um den Sinn der Äußerungen zu erhalten und eine möglichst präzise Bedeutungsäquivalenz der Begriffe wiederzugeben.

4.4.3 Dokumentarische Methode

Die Analyse und Auswertung der qualitativen Interviews orientierte sich an der dokumentarischen Methode (Bohnsack, 2014; Bohnsack et al., 2018; Bohnsack et al., 2013; Nohl, 2017). Da kollektiv geteilte Orientierungen für Außenstehende oft unzugänglich und den Befragten selbst meist unbewusst und selbstverständlich sind, erweist sich die dokumentarische Methode hier als besonders geeignet. Sie zielt darauf ab, typische und gemeinschaftlich geteilte Sinnstrukturen aufzudecken, die aus vergleichbaren sozialen oder kulturellen Sozialisationskontexten hervorgehen.

Zentral für die Analyse von Interviews nach der dokumentarischen Methode ist die Differenzierung zwischen „kommunikativem“, also explizitem, theoretischem und implizitem, „atheoretischem“, in konjunktiven Erfahrungsräumen erworbenem Wissen (Nohl, 2017, S. 6–7). Gruppen oder Milieus verfügen über atheoretisches Wissen, das aus der gemeinsamen Handlungspraxis und durch gemeinsames verbindendes Erleben entsteht. Dieses geteilte implizite Wissen und diese Erfahrungen bilden den gemeinsamen kollektiven Orientierungsrahmen dieser Gruppen, der wiederum ihr Handeln und ihre Denkweise prägt (Bohnsack, 2014, S. 62–65). Dadurch ist eine unmittelbare Verständigung untereinander möglich, ohne dieses Wissen explizit nach außen hin explizieren zu müssen. Indem die Mitglieder dieser Gruppe über ihre erlebten Erfahrungen erzählen, sie beschreiben, argumentieren und bewerten, öffnen sie ihren kollektiven Orientierungsrahmen einer Analyse. Die dokumentarische Methode sucht daher nach den dokumentarischen Bedeutungen, das heißt nach den Mustern und Strukturen, die in den Handlungen und Äußerungen dokumentiert sind. Diese dokumentarischen Äußerungen sind den Interviewten nicht bewusst und für Außenstehende nicht unmittelbar zugänglich. Mit anderen Worten ist es im Sinne der dokumentarischen Methode, dass die erforschten Akteure „selbst nicht wissen, was sie da eigentlich alles wissen“ (Bohnsack et al., 2013, S. 12), und es ist die Aufgabe des Forschenden, dies aufzudecken. Das Ziel des Forschers ist es, den Dokumentsinn zu erschließen und die konjunktiven gruppenbezogenen kollektiven Erfahrungsräume und die Habitusgenese zu rekonstruieren.

Die Auswertung nach der dokumentarischen Methode erfolgt in vier Analyseschritten: formulierende und reflektierende Interpretation, komparative Analyse, sinngenetische und soziogenetische Typenbildung und Generalisierung.

In *Schritt 1 – formulierende Interpretation* – begann die Analyse mit der genauen Beschreibung des Materials. Bereits vor der Datenerhebung wurden die wichtigen unter- und übergeordneten Themen identifiziert. Diese spiegeln sich in dem Interviewleitfaden wider. Diese Phase diente der Erfassung des „Was“, also dessen, was konkret zu den Themen gesagt wurde. Dabei war das Ziel, die wörtlichen Aussagen möglichst präzise und detailliert zu erfassen und relevante Informationen hervorzuheben. Hier wurden u. a. Themen behandelt, die von den Befragten selbst angesprochen, emotional aufgenommen und von Fall zu Fall unterschiedlich behandelt wurden. Außerdem wurden verschiedene Textstellen, die zu einem Thema beitragen, zusammengeführt. Die ausgewählten markanten Abschnitte wurden reformuliert (formulierende Feininterpretation) und mit eigenen Worten zusammengefasst und paraphrasiert. Diese Paraphrasen wurden teilweise im Analysekapitel als Anleitungen zu den Interviewziten aufgenommen.

In *Schritt 2 – reflektierende Interpretation* – erfolgte der Wechsel vom „Was“ zum „Wie“. Das Material wurde auf die impliziten, nicht explizit geäußerten Bedeutungen analysiert. Hier ging es darum, *wie* etwas gesagt wird. Diese Interpretation zielte darauf ab, die hinter den Äußerungen und Handlungen stehenden Orientierungen und Deutungsmuster zu rekonstruieren. In dieser Phase wurden nicht nur die inhaltlichen Äußerungen erfasst, sondern auch der Verlauf des Gesprächs beobachtet. In diesem Analyseprozess wurde besonderes Augenmerk auf Fokussierungsmetaphern gelegt, welche „besondere interaktive und emotionale Dichte“ aufweisen (Bohnsack, 2014, S. 138).

Die während und nach den Interviews gemachten Feldnotizen, wie z. B. zum allgemeinen „Stimmungsbild“ des Interviews, Reaktionen der Befragten auf bestimmte Themen sowie „Dramaturgie“ und „dramaturgische Höhepunkte“ (Bohnsack, 2014, S. 140–141) des Gesprächsverlaufs, spielten dabei ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Interpretationsergebnisse der beiden ersten Schritte flossen dann in Diskurs- und Fallbeschreibungen ein.

In *Schritt 3 – komparative Analyse* – bildete die zentrale und abschließende Phase der Untersuchung. Die komparative Analyse erstreckte sich über den gesamten Auswertungsprozess und hatte zum Ziel, Muster und Unterschiede zwischen den Fällen sowie gruppenspezifische Erfahrungen herauszuarbeiten (Bohnsack et al., 2018, S. 25; Weller, 2005, S. 306–308). Die komparative Analyse geht davon aus, dass das Besondere eines Falls erst im Lichte vergleichbarer Fälle sichtbar wird. Durch den Vergleich von Fällen lassen sich übergreifende, wiederkehrende

Muster identifizieren, die über den Einzelfall hinaus von Bedeutung sind. Nach dem Prinzip minimaler und maximaler Kontrastierung wurde der Vergleich zwischen den Fällen durchgeführt, um „*Gemeinsamkeiten im Kontrast* und von *Kontrasten in der Gemeinsamkeit*“ [Hervorhebung im Original] zu erschließen (Bohnsack et al., 2018, S. 26; Nohl, 2017, S. 36–39). Zuerst wurden nach dem Prinzip des minimalen Kontrasts thematisch ähnliche Passagen identifiziert, die möglichst viele Ähnlichkeiten in Bezug auf ein bestimmtes Thema aufwiesen. Die gefundenen Gemeinsamkeiten zwischen den Fällen können auf eine gemeinsame Erfahrungsebene hinweisen. In dieser fallübergreifenden Analyse wurde geprüft, ob die gefundenen Gemeinsamkeiten nicht nur fallspezifische Besonderheiten sind. Die Gemeinsamkeiten des Orientierungsrahmens zwischen den Fällen beziehen sich allerdings nicht auf den gesamten Fall, sondern immer nur auf eine spezifische Erfahrungsdimension. Die erfassten Orientierungsrahmen mehrerer Teilnehmer wurden dann nach dem Prinzip maximaler Kontrastierung miteinander verglichen, wobei Fälle einbezogen wurden, die zu anderen Klassen gehören und unterschiedliche Ausprägungen der Orientierungsdimension aufweisen. So konnten fallübergreifende Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden, die sich in mehreren Fällen wiederfinden und auf Gemeinsamkeiten innerhalb einer Erfahrungsdimension hinweisen.

Die fallübergreifenden Gemeinsamkeiten wurden auf die wesentlichen Inhalte des Materials reduziert und zusammengefasst. Diese zusammengefassten und reduzierten Inhalte wurden in den Analysekapiteln thematisch detailliert beschrieben, im Lichte der theoretischen Verankerung interpretiert und in den Kontext der Forschungsfragen gestellt. Auf Basis der analysierten Daten wurden so typische Muster und Orientierungen identifiziert und generalisiert.

Bei den Untersuchungen, die nach der dokumentarischen Methode arbeiten und eine Typenbildung zum Ziel haben, folgt nach der komparativen Analyse *Schritt 4 – sinngenetische und soziogenetische Typenbildung und Generalisierung*. Dieser Schritt dient der Verdichtung und Generalisierung der rekonstruierten Orientierungen. Dabei werden wiederkehrende Sinnstrukturen über mehrere Fälle hinweg zu Basistypen verdichtet (sinngenetisch) und im Hinblick auf ihre soziale Genese, etwa durch politische, kulturelle oder milieuspezifische Sozialisationserfahrungen, kontextualisiert (soziogenetisch). Ziel ist es, mehrdimensionale Typologien zu entwickeln, die kollektive Orientierungsmuster systematisieren und in einen breiteren gesellschaftlichen Zusammenhang einordnen.

In dieser Untersuchung erfolgte die Auswertung der Interviews bis zur komparativen Analyse. Ziel war nicht die Bildung geschlossener Typologien, sondern die Rekonstruktion fallübergreifender Orientierungsmuster im Hinblick auf politische Deutungsmuster postsowjetischer

Migranten. Durch den Vergleich der Fälle sollten gemeinsame konjunktive Erfahrungsräume identifiziert und zentrale Orientierungen herausgearbeitet werden, ohne sie im Sinne einer sinn-genetischen Typenbildung weitergehend zu verdichten.

5. Empirische Analyse und Auswertung der Ergebnisse

5.1 Orientierungen gegenüber politischen Systemen des Herkunftslandes und Deutschlands

In diesem Kapitel werden die politischen Orientierungen der Befragten gegenüber den politischen Systemen ihres Herkunftslandes und Deutschlands erfasst. Alle Interviewpartner haben ihre prägenden Jahre in der Sowjetunion oder einem ihrer Nachfolgestaaten verbracht und sind im Erwachsenenalter nach Deutschland eingewandert. Im qualitativen Teil wurden die Befragten gebeten, die beiden politischen Systeme zu beschreiben und miteinander zu vergleichen. Zunächst werden die Beschreibungen und Bewertungen des (post-)sowjetischen politischen Systems ihrer Herkunftsländer dargestellt. Dabei wurde den Befragten bewusst offengelassen, auf welche politische Phase oder welchen Zeitraum sie sich dabei beziehen. Anschließend wird dargestellt, wie die Befragten das politische System in Deutschland wahrnehmen. Die Ergebnisse der quantitativen Umfrage werden thematisch und einleitend präsentiert und anschließend durch Aussagen aus den Interviews vertieft.

5.1.1 Orientierungen gegenüber dem politischen System des Herkunftslandes

Die Ergebnisse der quantitativen Umfrage zu den Merkmalen, die die Befragten mit der sowjetischen Ära verbinden, zeigen eine breite Palette von Assoziationen (Abbildung 1). Viele Befragte erinnern sich insbesondere an die Einschränkungen politischer und individueller Freiheiten (53,7 %) sowie an die allgegenwärtige Kontrolle durch die kommunistische Partei (54 %) als besonders belastende Aspekte des sowjetischen Systems. Auch die Überwachung durch den KGB und die Verfolgung Andersdenkender (37,1 %) prägen das negative Bild, das viele mit der Sowjetunion verbinden. Neben dem repressiven politischen Klima spielten auch materielle Engpässe eine große Rolle im Alltag: Häufig werden lange Warteschlangen, Mangel an Konsumgütern und die staatlich regulierte Versorgung (52,8 %) genannt. Auch die Abschottung des Landes (45,2 %) und das Reiseverbot ins Ausland wurden als belastend erlebt. Der technologische und wirtschaftliche Rückstand gegenüber westlichen Ländern, insbesondere in Bezug auf die Produktqualität (32,4 %), wird ebenfalls deutlich wahrgenommen. Weitere Kritik richtet sich gegen die Bürokratie, die Macht der Parteifunktionäre (34,2 %) und die verbreitete Armut (21 %). Dennoch bleiben auch positive Erinnerungen: Die kostenlose Gesundheitsversorgung und das Bildungssystem (49 %) werden von vielen geschätzt. Einige Befragte erwähnen zudem die führende Rolle der Sowjetunion in Wissenschaft und Kultur (15,8 %). Auch Gleichheit und soziale Gerechtigkeit (10,7 %) sowie das Fehlen von Arbeitslosigkeit (8,5 %) werden in

einzelnen Fällen positiv hervorgehoben. Nur wenige (4,4 %) verweisen auf einen kontinuierlichen Anstieg des Lebensstandards oder würdigen die soziale Fürsorge für einfache Menschen (7,7 %). Diese Werte verdeutlichen, dass auch positive Erfahrungen mit der sowjetischen Ära assoziiert werden, insbesondere im Bereich der sozialen Dienstleistungen und der kulturellen Errungenschaften. Eine starke Machthierarchie sowie schnelle und zentralisierte Problemlösung als Merkmale der sowjetischen Ära werden seltener (9,2 %) genannt.

Auf die Frage „Wie sehr bedauern Sie den Zusammenbruch der UdSSR?“ (Abbildung 2) zeigt sich, dass rund 58 % der Befragten den Zusammenbruch der UdSSR nicht bedauern. Dem gegenüber bedauern ca. 12 % der Befragten den Zusammenbruch der UdSSR eher, und knapp 13 % drücken ein starkes Bedauern aus.

Nennen Sie bitte die Eigenschaften, die Sie in erster Linie mit der sowjetischen Ära verbinden. Bitte nennen Sie höchstens 5 Punkte.

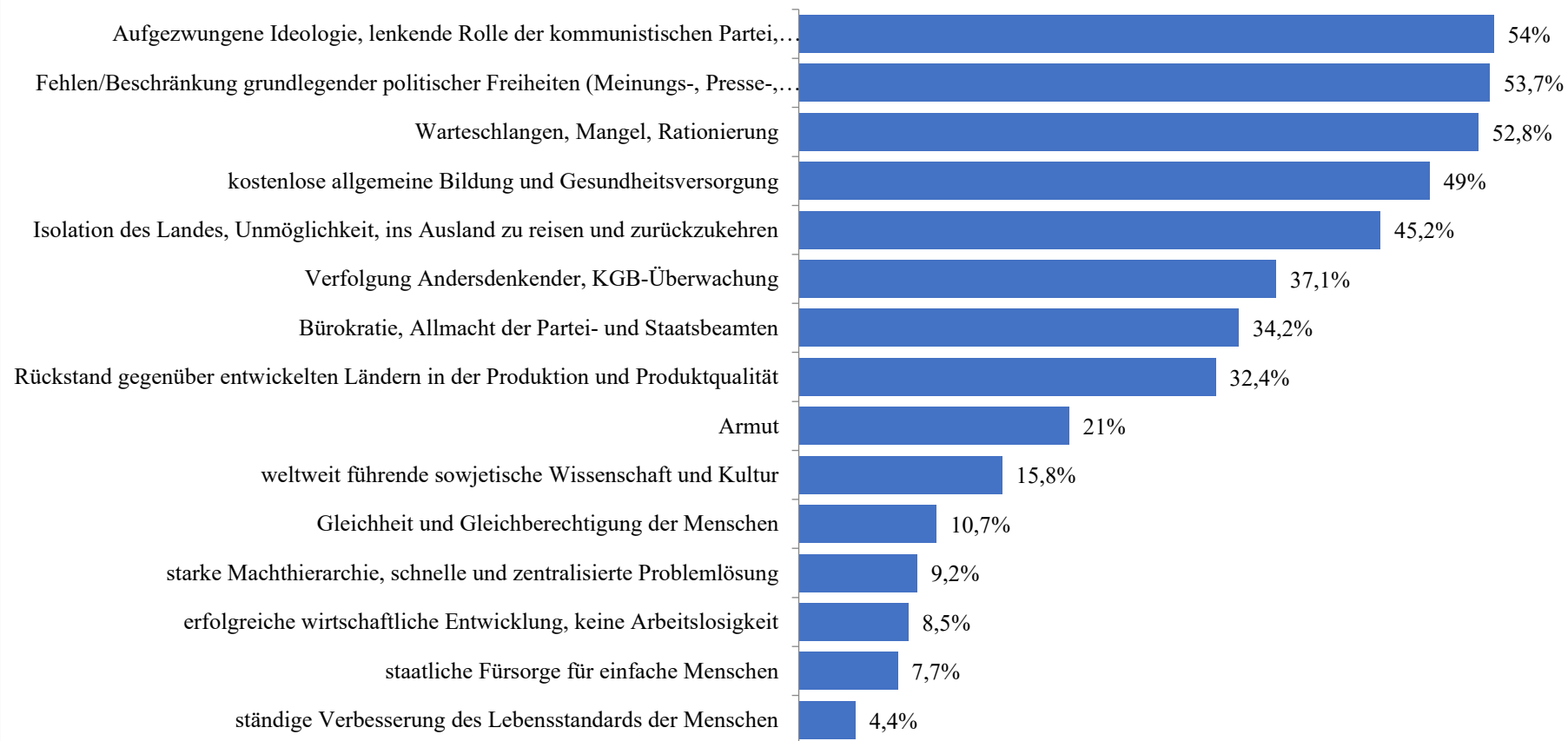


Abbildung 1: „Nennen Sie bitte die Eigenschaften, die Sie in erster Linie mit der sowjetischen Ära verbinden. Bitte nennen Sie höchstens 5 Punkte.“
(Umfrage 1, Frage 30)

Anmerkung: n = 272; k. A. = 0,74%. Bei Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentwerte 100 % überschreiten.

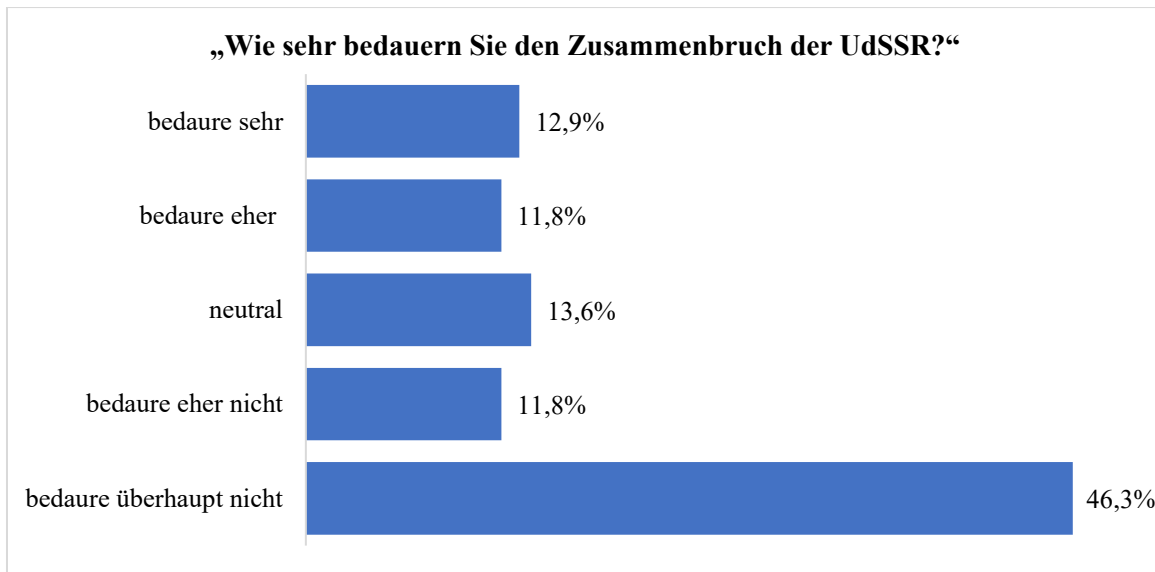


Abbildung 2: „Wie sehr bedauern Sie den Zusammenbruch der UdSSR?“ (Umfrage 1, Frage 32)

Anmerkung: n = 272; k. A. = 3,7 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Die Umfrageergebnisse zur Aussage „Die UdSSR war ein demokratischer Staat.“ (Abbildung 3) zeigen eine deutliche Ablehnung dieser Einschätzung: 66,5 % der Befragten stimmen der Aussage überhaupt nicht zu, weitere 22 % lehnen sie eher ab. Nur 7 % der Befragten sind der Ansicht, dass die UdSSR ein demokratischer Staat war.

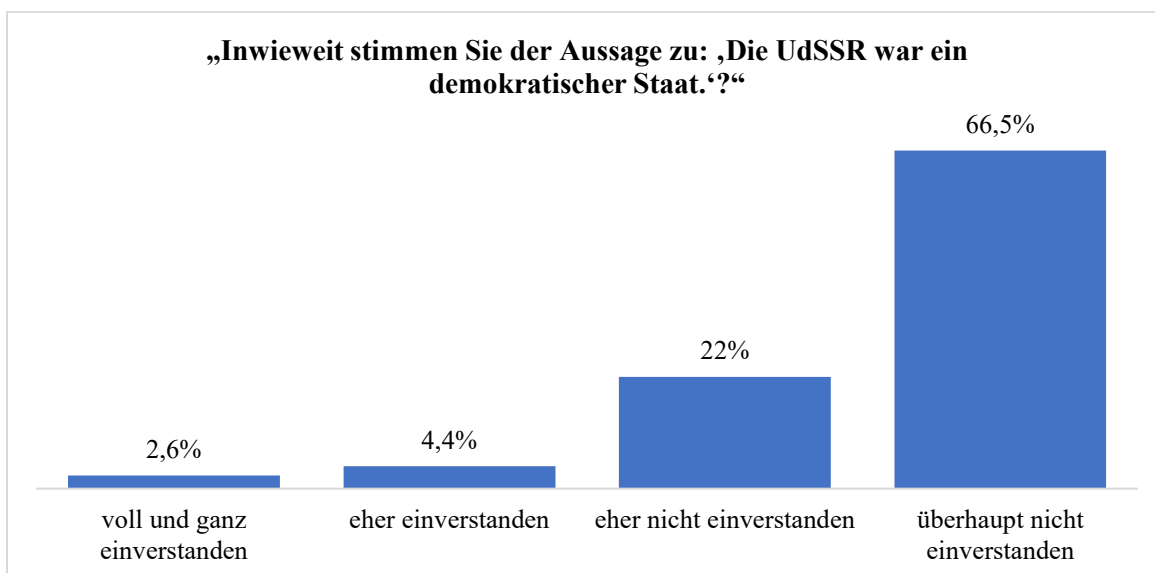


Abbildung 3: „Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu: ‚Die UdSSR war ein demokratischer Staat.‘?“ (Umfrage 1, Frage 31)

Anmerkung: n = 272; k. A. = 4,4 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Die Ergebnisse der quantitativen Umfrage gehen weitgehend mit den Resultaten aus den qualitativen Interviews einher. Viele Befragte äußern sich kritisch zum politischen System der

Sowjetunion und beschreiben es als geprägt von fehlenden Freiheiten und Unterdrückung. Olga ist etwa im Alter von 50 Jahren aus Kasachstan nach Deutschland ausgewandert. Sie erinnert sich an die Sowjetunion als einen Staat, der stark von Propaganda für Gleichheit und Brüderlichkeit geprägt war. Sie beschreibt, dass sie stattdessen tief verwurzelte Vorurteile, Diskriminierung und mangelnde Gleichberechtigung auch wegen ihrer deutschen Nationalität erlebte:

Ich bin in der Sowjetunion aufgewachsen und habe die „Gleichheit“, die „Brüderlichkeit“ am eigenen Leibe erlebt. Vor allem war es die „Gleichheit“ bei der Wahl meines Berufs. Ich wollte Journalismus studieren, aber nach den Aufnahmeprüfungen, die ich glänzend bestanden hatte, sagte man mir, dass ich „falscher“ Nationalität bin und lieber Pädagogik studieren sollte, oder Medizin, Journalismus wäre nichts für mich. (...) Es gab mehrere Beispiele, in denen ich meiner „falschen“ Nationalität wegen gedemütigt und ausgegrenzt wurde. (Olga, I01)

Sie differenziert allerdings, dass im Gegensatz zur staatlichen nationalen Politik das Zusammenleben der einfachen Menschen trotz unterschiedlicher Nationalitäten von Gleichheit und Respekt geprägt war:

„Brüderlichkeit“ – das war wohl das Einzige, das ich unter der Völkerverschiedenheit der multinationalen Sowjetunion und in Kasachstan in Maßen genossen habe. Die einfachen Menschen machten keinen Unterschied zwischen Vertretern anderer Nationalitäten, sie lebten nicht nebeneinander, sondern miteinander, friedlich und respektvoll. (Olga, I01)

Olga schildert, dass die propagierten Ideen von Zusammenhalt und Verantwortung in der Sowjetunion vor allem Fassade waren und das nicht widerspiegeln, was die Menschen tatsächlich erlebten:

In der ehemaligen Sowjetunion und später in Kasachstan gab es den Begriff „Verantwortung“ – jeder fühlte sich irgendwie verpflichtet und verantwortlich für das, was geschah. Aber das war nur ein euphorischer Schein, es waren Losungen, die von oben erlassen wurden und nichts mit Demokratie zu tun hatten. (Olga, I01)

Olga gibt an, in ihren früheren Jahren stolz auf ihre Heimat gewesen zu sein. Sie erklärt, dass dies jedoch eher durch Isolation und staatliche Propaganda als durch tatsächliche Erfahrungen begründet war. Als erwachsene Person fiel ihr zunehmend auf, dass die offizielle Darstellung stark vom wirklichen Leben abwich. Diese Erfahrung führte zu Enttäuschung und einer kritischen Haltung gegenüber dem sowjetischen System:

Wir waren alle stolz auf unsere ehemalige Heimat. Dieser Stolz war nicht angeboren, er wurde uns „anerzogen“. Als Kind und Jugendliche war ich sehr stolz, weil ich nichts Besseres kannte und die Welt noch rosig schien. Doch als Erwachsene merkte ich immer öfter, wie krass die Realität war, wie viel gelogen wurde und wie oft man die Wahrheit verschwieg. Da schmolz auch der Stolz (wenn ich überhaupt welchen besaß) auf unsere sozialistische Heimat. (Olga, I01)

Das politische System in Kasachstan beschreibt sie als ein totalitäres Regime unter Präsident Nasarbajew²³, welches keine Opposition duldet und keinen Machtwechsel zulässt. Die Freiheit der Bürger ist stark eingeschränkt, Rechte und Anliegen können nur begrenzt eingefordert werden. Von den Bürgern werden Unterwürfigkeit und Obrigkeitshörigkeit erwartet:

In Kasachstan (...) ist dies unmöglich, da das totalitäre Regime des „ewigen“ Machthabers Nasarbajew solche Aktionen nicht duldet und sich nichts „vorsagen“ lässt. Der Staat braucht brave, gehorsame Bürger, die mit allem einverstanden sind und ihre „Herrscher“ vergöttern. (Olga, I01)

Ähnlich wie Olga beschreibt Nikolaj, der als junger Mensch noch die stalinistische Zeit erlebt hat, die Sowjetunion als eine Diktatur, in der Angst und staatliche Kontrolle weit verbreitet waren. Propaganda, durch die Stalin vergöttert wurde, hatte großen Einfluss. Die Angst und Unsicherheit hielten auch nach dem Ende der Stalin-Ära an:

Als ich dort gelebt habe, habe ich die Sowjetunion als Diktatur wahrgenommen. Es war sehr schwierig. Ich habe das so aufgegriffen, als ich aufgewachsen bin. Die Ära Stalins. Die Menschen fürchteten sich davor, zu sprechen. Selbst wir Teenager. Stalin war ein Gott, er hörte alles, verstand alles, wusste alles. Die Propaganda war so stark, dass die Leute ihn als Gott betrachteten. (Nikolaj, I03)

Nikolaj (I03) und Nadeschda (I017) erinnern sich an die Gefahr, offen ihre Meinung zu äußern, da es überall Spitzel gab und niemand wusste, wie die Regierung reagieren würde. Dies führte zu einem Klima der Selbstzensur und der ständigen Vorsicht. Sie berichten über die Einrichtung von Psychiatrien zur Unterdrückung von Widerspruch als extreme und menschenunwürdige Mittel der Repression. Nikolaj beschreibt seine Erfahrung so:

Breschnew kam dann an die Macht, die Psychiatrien wurden entwickelt. Wenn jemand verraten hat oder etwas gesagt hat, das der Regierung nicht gefallen hat, wurden diese Leute eingesperrt. Und dann wurden sie tatsächlich später in der Psychiatrie krank gemacht. Deshalb haben meine Kollegen und ich [immer] darauf geachtet, [was man sagt]. Wir hatten Angst. Ich wusste, wem ich was sagen konnte. Es gab immer eine Linie, die man beachten musste und auf keinen Fall überschreiten durfte. (...) Es war gefährlich, es war eine Diktatur. Und Demokratie, nun ja, nur Slogans, dass wir im demokratischsten Land leben. Welche Demokratie? Als es bei den Wahlen nur einen Kandidaten gab. Alle mussten ihn wählen und für ihn stimmen. (Nikolaj, I03)

Er unterstreicht die Notwendigkeit der Anpassung an die Umstände, denn das autoritäre System griff tief in alle gesellschaftlichen und privaten Lebensbereiche ein. Nikolaj schildert seine Erfahrungen als stellvertretender Schulleiter und Vorsitzender des Wahlbezirksausschusses in einem repressiven politischen System, das von Überwachung und Angst geprägt war. Freie und objektive Meinungsäußerung war selbst unter Kollegen riskant. In seiner Rolle als Vorsitzender des Wahlbezirksausschusses musste er sicherstellen, dass die Wahlergebnisse den Erwartungen

²³ Nursultan Nasarbajew (russisch: Нурсултан Назарбаев) war von 1990 bis 2019 Präsident Kasachstans.

entsprachen. Die Isolation und Informationskontrolle zwangen die Menschen, sich den Bedingungen anzupassen und zu lernen, in diesem System zu überleben:

Man musste sich mit Schwindel beschäftigen. Was für eine Verletzung. (...) Dann gab es diese geschlossene Grenze. Einflüsterungen durch Radiosendungen. Natürlich wollten die Leute hören, was auf Russisch im Ausland gesendet wurde. Aber das war unmöglich. Aber wir mussten ja leben, Kinder wurden geboren, sie mussten auch unterrichtet, und gekleidet werden. Man musste alles selbst machen. Man musste sich anpassen. Es gab keine Freude daran. Wir haben alles verstanden, aber was konnten wir tun? (...) Das Finale wäre die Psychiatrie. (Nikolaj, I03)

Auch andere Befragte wie z. B. Nadeschda (I017), Wiktor (I012), Swetlana (I031) und Anastasija (I028) berichten in Zusammenhang mit dem sowjetischen System über Verfolgung von Andersdenkenden, Repressionen, Einschüchterungen und Diskriminierung, unter anderem aufgrund nationaler Zugehörigkeit. Anastasija (I028) beschreibt das sowjetische System kurz als „kriminell“ und als eines, das „seine eigenen Bürger grundlos zerstört“ (Anastasija, I028).

Swetlana beschreibt ihre Gefühle gegenüber dem Kommunismus als zwiespältig. Sie erkennt an, dass der Kommunismus in seiner reinen Form positive Ideale hat, die den christlichen Ideen nahekommen. Jedoch hebt sie hervor, dass diese Ideale in der Praxis in ihrem Land pervertiert wurden:

(...) [D]er Kommunismus an sich könnte sehr gut sein, näher an christlichen Ideen. Aber in unserem Land hat er eine völlig verdorbene Form angenommen, die nicht mehr seinen hohen Idealen entsprach. (Swetlana, I031)

Swetlana kritisiert die Verlogenheit und Korruption der Politiker, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion rasch dem neuen System angepasst und die kommunistischen Ideale verraten haben, um Profite auf Kosten der Bürger zu erzielen:

Die Unaufrichtigkeit und Unehrllichkeit der Menschen in Führungspositionen. Sie sollten aufrichtig kommunistisch sein und plötzlich ... wurden sie alle sehr religiös. Obwohl die Religion bis zum letzten Atemzug des Kommunismus in der Ukraine und in anderen Ländern verfolgt wurde. (...) Ich glaubte ihnen nicht. (...) Diese Unaufrichtigkeit, diese Lügenhaftigkeit störten sehr. Am Ende wurden diese sowjetischen Führer zu Abgeordneten und machten ihre eigenen Regeln. Trotz ihrer sozialistischen Erziehung ist eine starke Korruption entstanden. Sie wurden Machthaber im neuen System. (...) Die Privatisierung verlief sehr seltsam. Diener des Volkes... (...) [Erst] war er der Hauptkommunist, dann wurde er plötzlich der Hauptdemokrat. (...) [D]iejenigen, die gerade noch Sozialisten und Kommunisten waren, wurden plötzlich die Anführer dessen, wogegen sie gekämpft hatten. Und sie machten sich dabei skrupellos zunutze, dass sie bestehende Beziehungen hatten, und begannen, vom verarmenden Volk zu profitieren. (Swetlana, I031)

Marija beschreibt die Sowjetunion, insbesondere in ihren letzten Jahren und nach dem Zusammenbruch, als „zynisches“ System, in welchem die Eigeninteressen einiger weniger über dem Wohl der Bürger standen. Die Bedürfnisse der Menschen wurden als nicht existent betrachtet und es wurde erwartet, dass sie sie zurückstellten und selbst nicht im Wege standen:

Es war ziemlich zynisch. (...) Zu dieser Zeit war es wirklich ärgerlich, wie sie Menschen behandelten. Gestern könnte man etwas sagen, heute das Gegenteil, und sogar erkennen, dass etwas nicht stimmt. (...) Seitdem ist es offensichtlich unmenschlicher geworden. Unmenschlich ist ein zu lautes Wort. Es denkt nicht an die Bürger. Es ist offensichtlicher geworden. „Wir haben unsere Interessen, und eure Aufgabe ist es, nicht zu stören.“ Wenn man stört, wird man bestraft. (...) Also nicht, dass sie jemanden absichtlich unterdrücken wollen. Nein. Sie sehen überhaupt keine Menschen. (Marija, I020)

Witalij (I04) und Iwan (I018) beschreiben ihre Herkunftsländer Kasachstan und Russland als autoritär, mit wenig Raum für demokratische Teilhabe der Bürger, und betonen dabei das Fehlen von echten Instrumenten für politische Kontrolle und Machtwechsel:

Nun, das politische System war zu der Zeit in Russland bereits eine Art etablierte autoritäre Herrschaft mit formalen demokratischen Elementen in einer Umgebung, die sich einem mehr oder weniger freien Markt mit einem hohen Maß an staatlicher Kontrolle näherte. (...) Autoritäre Herrschaft zeigt sich in der Unfähigkeit, die Macht zu wechseln. Ich sage nicht, dass das gut oder schlecht ist, ich stelle nur fest, dass es so ist. Es ist schwer, eine klare Bewertung abzugeben. (Iwan, I018)

Witalij beschreibt Russland als ein Land, in dem die Macht in den Händen weniger liegt, und bezeichnet dies als „klare Diktatur“:

Das Einzige, was ich sicher weiß, ist, dass in Russland zurzeit die Macht in den Händen einiger weniger ist. Die Sicherheitskräfte gewinnen immer mehr an Macht. Früher waren es die Gangster, jetzt nutzen die Sicherheitskräfte dieselben Methoden. (...) In Kasachstan gab es im Grunde immer eine permanente Stärkung und Konzentration der Macht in den Händen weniger. Im Moment ist es für mich im Grunde genommen eine klare Diktatur. In Russland würde ich noch nicht sagen, dass es eine Diktatur ist, ich würde sagen, dass es eine Diktatur des Systems ist, insbesondere der Sicherheitskräfte, der Strafverfolgungsbehörden. Sie werden dich nicht physisch ausschalten, aber sie werden dich so ausschalten, dass du im Grunde genommen nichts tun kannst. (Witalij, I04)

Er erkennt an, dass es in Russland zwischen 1985 und 1997 demokratische Ansätze gab, die jedoch nicht von Dauer waren. Er führt dies auf den Widerstand der herrschenden Eliten zurück, die Veränderungen blockierten, sowie auf das Fehlen einer aktiven Zivilgesellschaft, die in der Lage gewesen wäre, politische Mitgestaltung zu leisten:

Es gibt sicherlich viele Gründe, aber zwei Aspekte sind vielleicht entscheidend – die Eliten und die Massen. Die Eliten waren nicht bereit, ein solches demokratisches System aufzubauen und wollten es auch nicht, und unten gab es vielleicht nicht genug entwickelte Zivilgesellschaft, um dem entgegenzuwirken. So ist das. Es gibt viele Elemente davon [einer Zivilgesellschaft], die geblieben sind und immer noch existieren, aber die Möglichkeiten, seine Meinung nach oben zu tragen, sind dort natürlich viel geringer. (Iwan, I018)

Jekaterina zögert zunächst, eine strenge Bewertung des sowjetischen Systems abzugeben. Sie betrachtet es durch die Linse menschlicher Schicksale und weigert sich, das gesamte System aufgrund seiner politischen Fehler zu verurteilen. Aus Sicht der Menschen spricht sie von

Anpassungsdruck und Ergebenheit in die Umstände der herrschenden Regime. Die Menschen mussten sich den Bedingungen unterordnen und sich anpassen:

Jetzt verstehe ich, dass das Land einfach ins Nichts abrutschte. (...) Und da alles in den Abgrund glitt, zerfiel alles allmählich, die Kultur verschwand. (...) Wenn es die nicht gegeben hätte, hätte die UdSSR so viele Jahre nicht überstanden. Das alles beruhte auf den Menschen. Man musste so leben, es gab keine Wahl. Die Menschen verstanden, dass dies ihr einziges Leben war. Es würde kein anderes geben. Deshalb versuchten sie unter diesen Bedingungen, so gut sie konnten zu leben und etwas Menschliches zu schaffen. Sie taten, was sie konnten. (...) Natürlich im Vergleich zu einem normalen menschlichen Leben, in dem nicht alles deformiert ist, war es [das Leben in der Sowjetunion] in vielerlei Hinsicht karikaturhaft. (Jekaterina, I019)

Für einige Befragte wie Wiktor (I012) und Jekaterina (I019) führte insbesondere die erfahrene Unfreiheit im Herkunftsland zu einer bewussten Hinwendung zu demokratischen Werten. Jekaterinas Verlangen nach Demokratie entwickelte sich beispielsweise während der Gorbatschow-Ära, als markante Unterschiede zwischen neuen Entwicklungen und alten Gegebenheiten sichtbar wurden:

Sobald ich die Schule beendet habe, begannen Glasnost und Perestroika. Diese Zeit hat mich wahrscheinlich maßgeblich geformt. Ich bin eigentlich gerade deswegen zu einer sehr aktiven Beschützerin von Demokratie geworden. Während der Gorbatschow-Zeit wurde der Unterschied zwischen neuen Tendenzen und alten Gewohnheiten sichtbar. Ich habe die Linguistische Universität absolviert. Das war eine „politische“ Universität, an der auch künftige KGB²⁴-Mitarbeiter studierten. Die Menschen, die Fremdsprachen kannten, mussten die sowjetischen Werte in die Öffentlichkeit und die internationalen Organisationen bringen. Sowjetische Traditionen waren sehr stark. Es wurde stickig. Ich hatte das Gefühl, dass jemand mir die Hände um den Hals legt. Auch auf nicht politische Fragen gab es keine freien Antworten. Daher hat es mich stark nach Westberlin gezogen. Dort habe ich andere Traditionen gesehen, es war ein ganz anderes Gefühl. (Jekaterina, I019)

Andere Befragte sprechen positiv von der Sowjetunion und heben die Vorteile des sowjetischen Systems hervor. So weist Pawel die Einstufung der Sowjetunion als Diktatur entschieden zurück und überträgt das Repressionsnarrativ stattdessen auf Europa und die USA. Dort erkennt er eine subtile Form der Meinungsunterdrückung durch soziale Kontrolle, berufliche Sanktionen und mediale Einflussnahme. Er spricht von einer „Parteipolitik“ der Medien und unterstellt eine einseitige Berichterstattung, etwa in der pauschalen Dämonisierung Putins:

Das gab es nicht, was man schreibt, dass es eine Diktatur der sowjetischen Regierung war. Jetzt zum Beispiel gibt es in Europa und Amerika die Diktatur der kapitalistischen Klasse. Wenn du schlecht über den Kapitalismus sprichst, wirst du nicht im Film auftreten. Wenn du dort auf der Arbeit sprichst, werden wir dich von der Arbeit vertreiben, du wirst keine Arbeit finden. Und so haben die Leute Angst. Natürlich sagen sie zu Hause alles Mögliche. Aber in Kollektiven sind sie natürlich vorsichtig. Sie denken, dass sie das sagen müssen, was im Fernsehen gezeigt wird.

²⁴ KGB steht für Komitee für Staatssicherheit (russisch: Комитет государственной безопасности (КГБ)).

Sie haben dort ihre eigene Parteipolitik. Ich spreche hier einfach über die Deutschen. Sie hören jeden Tag, dass Putin böse ist, sie schauen RussiaTODAY, vergleichen alles. Selbst ich erzähle den Russen, wie, was und welche Nuancen. Aber sie sagen das, was auf RT und im ZDF gezeigt wird. (...) [In der Sowjetunion] gab es nichts dergleichen. Das sind Märchen für Jugendliche. Um zu erzählen, wie schlecht es früher war und wie gut es jetzt ist. (Pawel, I011)

Manche Interviewteilnehmer wie z. B. Pjotr (I014) und Wiktor verbinden mit der sowjetischen Führung Effektivität und die Schaffung von klaren Richtlinien, die von oben durch die herrschende Partei gegeben und streng kontrolliert wurden. Allerdings dienten sie dem Wohl des Landes, sodass der Druck dadurch gerechtfertigt wird:

Im Prinzip gab es Druck. Natürlich gab es eine Richtungsweisung von oben. Manche Fragen wurden nicht genau mit Gewalt, aber auf befehlsartige Weise gelöst. Zum Beispiel sogar der Bau der BAM²⁵. (...) Obwohl darüber diskutiert wurde, wurde das gemacht. Im Allgemeinen wurde das meiste zum Wohl des Staates getan. (Pjotr, I014)

Viele Befragte beschreiben die Gesellschaftsorganisation in der Sowjetunion positiv, geprägt von klaren Richtlinien, Disziplin und starken sozialen Normen. Es wird betont, dass es trotz Mangels und Knappheit ein ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl gab. So beschreibt Wadim seine Erfahrungen im kommunistischen System der Sowjetunion als geprägt von Respekt vor Autorität und klaren Werten, die als moralische Orientierungen für das ganze Leben gelten. Die verinnerlichten Normen haben außerdem für ihn eine Schutzfunktion und geben vor, was Gut und Böse ist:

Das Allerwichtigste, Nummer eins, sehr Positives – das war Disziplin. (...) Die Erzieherin war eine Art Göttin. (...) Also nahm sie uns an die Hand und wir gingen. Irgendwo gab es da [zwar] ein militärisches Element, aber es herrschte grundlegende Disziplin. Deshalb sieht man an uns hier, wie diszipliniert wir sind. Das ist also das Erste. Wir hatten Respekt. Es war vielleicht eine Art Kult, aber jetzt verstehe ich: Wenn es den Kommunismus nicht gegeben hätte, wüsste ich nicht, was aus mir geworden wäre. (...) Deshalb hat das wirklich sehr geholfen, von Kindheit an zu vermitteln, was gut und was schlecht ist. Respekt vor den Eltern, Respekt vor dem Lehrer. Lehrer, wie ich mich jetzt erinnere, waren im Allgemeinen heilige Menschen. Jetzt verstehe ich, dass Lehrer einfach Riesen in der Erziehung waren. Dabei hatten sie kaum etwas und starben vor Hunger. Es gab eine enorme Menge an Positivem, wie ich jetzt verstehe: Disziplin, Respekt vor Älteren. Es war vielleicht mit etwas Angst gemischt, aber es war da. (Wadim, I022)

Einige Befragte verweisen auf gesellschaftliche Bereiche wie Gemeinschaft und Alltagskultur, die trotz repressiver Politik als weniger politisiert und damit als geschützter Raum wahrgenommen wurden. Eine besondere Stellung unter Befragten wie Julija (I06), Lidija (I015), Swetlana (I031) und Alesja (I02) hat das Thema Kollektivismus in der Sowjetunion. Viele haben nostalgische Erinnerungen an kollektivistische Werte wie Zusammenhalt, Kameradschaft und

²⁵ Baikal-Amur-Magistrale (abgekürzt BAM, russisch: Байкало-Амурская магистраль (БАМ) war eines der größten Eisenbahnbauprojekte in der Geschichte der Sowjetunion.

gemeinsame Ziele und Aktivitäten, die über individuellen Belangen standen, die in der sowjetischen Gesellschaft gepflegt wurden und halfen, hohe moralische Standards der Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Julija beschreibt das so:

Alle Freunde, Kameraden, Kollektiv. Diese Denkweise spielte eine große Rolle. Wie die russische Mentalität. Der Mensch lebt im Kollektiv. Jedes Kollektiv ist wie eine Gemeinschaft. Du bist im Blickfeld, du kannst keine schlechten Dinge tun, und in schwierigen Momenten werden sie dich unterstützen. Natürlich gab es wie in jeder Gesellschaft Reibungen und Täuschungen. Aber das gibt es in jeder Gesellschaft, das sind einfach menschliche Beziehungen. Das wurde kultiviert. Es wurden tatsächlich Menschen eines kommunistischen Gemeinwesens geschaffen. Es gab einen Kodex der Baumeister des Kommunismus und darin wurden hohe Prinzipien hoher menschlicher Moral beschrieben: Freund, Kamerad und Bruder. Da wurde noch ein wenig politisches Spielzeug verwendet. Aber im Grunde genommen war das alles, was Tausende von Jahren bekannt ist: nicht stehlen, nicht betrügen und so weiter. Gegenseitige Hilfe im Kollektiv und so weiter. Es gab keine Dinge wie Egoismus oder Individualismus. Das wurde ein wenig unterdrückt und das war vielleicht richtig. (Julija, I06)

Witalij (I04) drückt ein ähnliches Bedürfnis und auch seine Besorgnis über die Überbetonung der individuellen Selbständigkeit in der deutschen Gesellschaft aus und betont die Wichtigkeit kollektiven Denkens und Handelns. Der Interviewte wünscht sich ein stärkeres kollektives Bewusstsein und mehr Zusammenarbeit innerhalb der Gesellschaft – jedoch ohne autoritäre oder radikale Elemente, wie sie in der Sowjetunion existierten. Ihm geht es um eine ausgewogene Balance zwischen Individualität und Gemeinwohl, die seiner Ansicht nach helfen könnte, gesellschaftliche Herausforderungen besser zu bewältigen und das Gemeinwohl zu stärken.

Bei der Beschreibung des sowjetischen Systems spielen neben politischen und gesellschaftlichen Aspekten auch soziale und wirtschaftliche Faktoren eine wichtige Rolle. Oft wird unter den Befragten der Begriff „Gleichheit“ hervorgehoben. So beschreibt Jurij das politische System als autoritär und vollständig kontrolliert durch eine einzige Partei, in der keine Abweichung von der offiziellen Linie geduldet wurde. Unternehmertum und individuelle ökonomische Freiheit waren ausgeschlossen. Trotz dieser Einschränkungen stellt Jurij der fehlenden Demokratie ein positives Gleichheitsideal gegenüber: Zwar herrschte keine politische Freiheit, doch bestand aus seiner Sicht ein gewisses Maß an sozialer Gerechtigkeit:

Die Sowjetunion war etwas ganz anderes. Dort gab es eine herrschende Partei, die alles kontrollierte. Es gab eine Richtung, die alles bestimmte. Dort mochte man keine Abweichler. (...) Es gab kein Unternehmertum. (...) Aber auf der anderen Seite: Was hätte es damals genützt? Selbst wenn du eine Million Rubel gehabt hättest, hättest du nichts kaufen können, weil Autos Mangelware waren, alles war Mangelware. (...) Dort gab es nie Demokratie. Es gab vielmehr Gleichheit. (Jurij, I05)

Ähnlich beschreibt Swetlana (I031) die Sowjetunion als sozial weitgehend egalitäre Gesellschaft. Ihrer Einschätzung nach gab es keine extremen Unterschiede im materiellen Wohlstand

unter den Menschen. Zwar wird eingeräumt, dass das Leben schlicht war, doch wird dies dennoch zugunsten eines allgemeinen Niveaus von Gleichheit akzeptiert:

Es gab keine Ungleichheit. Die Menschen waren materiell fast auf einem gleichen Niveau. Es gab keine Superreichen und keine absolut Armen. Man lebte nicht luxuriös. (Swetlana, I031)

Die Befragten betonen die materielle Sicherheit und die Perspektiven, die das Leben im sowjetischen System ermöglichte, darunter gute Wohnungsversorgung, kostenlose, qualitativ hochwertige Dienstleistungen wie medizinische Versorgung, sowie Gewissheit in Bezug auf Arbeit und die Möglichkeit, sich materiell abzusichern (Julija (I06), Jurij (I05), Arkadij (I021)). Die soziale Sicherheit und gute Lebensversorgung sowie wirtschaftliche Stabilität im Sinne geringer Arbeitslosigkeit finden auch unter den Befragten Zuspruch (Abbildung 1).

In diesem Zusammenhang zeichnet Julija (I06) ein idealisiertes Bild des sozialistischen Alltags in der Sowjetunion. Sie betont ein Gefühl von sozialer Gleichheit, Transparenz und Rechtsverbindlichkeit: Es habe keinen gesellschaftlichen Druck gegeben, da alle „einfache Leute“ auf einem ähnlichen sozialen Niveau lebten. Kriminalität oder illegale wirtschaftliche Aktivitäten seien nicht nötig gewesen, weil alles „offen“ und geregelt gewesen sei. Besonders betont wird das Gewerkschaftssystem, das aus ihrer Sicht echte Mitbestimmung ermöglichte und den Arbeitern Würde, Rechte und Selbstachtung verlieh. Der Stolz der Arbeiterschaft steht dabei stellvertretend für ein kollektives Selbstverständnis, das auf Anerkennung durch Arbeit, rechtlicher Absicherung und sozialer Gleichheit gründete:

[Wir haben absolut keinen Druck gespürt], weil wir alle einfache Leute waren. Nicht höher als das Niveau des Durchschnitts. Einfache Arbeiter. Das heißt, es gab keinen Diebstahl, es gab keine illegalen Werkstätten. Alles war völlig offen, es gab nichts zu verbergen (...) Es gab auch ein Gewerkschaftssystem, an das sich jeder Mensch in Arbeitsfragen wenden und seine Rechte geltend machen konnte. Das heißt, der Arbeiter hatte seinen eigenen Stolz, sein Ansehen, seine Rechte. (Julija, I06)

Dem sowjetischen System werden verlässliche Daseinsfürsorge und soziale Sicherheit zugeschrieben. Trotz Defiziten und Entbehrungen war der Lebensverlauf in der Sowjetunion klar, gradlinig, zuversichtlich und planbar. Pjotr z. B. empfindet Nostalgie für die sowjetische Zeit und vermisst die Stabilität, die Sicherheit und das Gefühl der Ruhe. Er beschreibt das so:

Es gab eine Gewissheit für die Zukunft, es gab keine Sorgen. Im Allgemeinen lebten wir relativ leicht, nicht unbedingt finanziell. Aber finanziell war es durchschnittlich. Nun, wir haben normal gelebt. (...) Ich hatte damals volle Stabilität. Ich war mir sicher, dass ich eine gute Rente bekommen würde. In der sowjetischen Zeit hatte ich eine Genossenschaftswohnung, ich hatte ein Auto, ich hatte alles. Ich wusste, dass ich nach dem Renteneintritt meine 120 oder 130 Rubel bekommen würde, was damals gutes Geld war. (...) Es war also eine absolute Ruhe, es war sehr ruhig im Herzen. Es gab einige alltägliche Probleme, aber es gab keine globalen. Deshalb bedaure ich, dass dieser Zusammenbruch passiert ist. Deshalb die Nostalgie. (Pjotr, I014)

Ähnlich berichten andere Befragte wie z. B. Arkadij (I021), Anatolij (I07), Wiktor (I012) und Pawel (I011). Sie erwähnen positive Aspekte des Sozialismus wie die Errungenschaften der 1960er Jahre, die den Zusammenhalt der Menschen und den technologischen Fortschritt betreffen. Pawel formuliert es so:

Ich kann nicht sagen, ob es eine Utopie war oder nicht, aber in den 60er Jahren hat alles funktioniert. Und es hat sehr gut funktioniert. Die Menschen flogen ins All, obwohl ein schrecklicher Krieg stattgefunden hatte. Alles dank des Sozialismus. Die Menschen konnten sich irgendwie zusammenschließen. Das Land wieder aufbauen, ins All fliegen. (Pawel, I011)

Wie Abbildung 2 zeigt, bedauert insgesamt ein Viertel der Befragten den Zusammenbruch der Sowjetunion. Auf die Frage, warum, wird unter diesen Respondenten als wichtigster Grund die Zunahme ethnischer Konflikte und gegenseitigen Misstrauens mit 43,3 % angegeben; 19,4 % der Befragten bedauern hauptsächlich den Verlust des Gefühls der Zugehörigkeit zu einer großen Macht (Abbildung 4). Dies zeigt, dass das Prestige und das nationale Selbstbewusstsein, die mit der Sowjetunion verbunden wurden, für einen bedeutenden Teil der Befragten wichtig waren. Das Bedauern angesichts der wirtschaftlichen Situation ist ebenfalls deutlich, wobei 18 % den Zusammenbruch des einheitlichen starken Wirtschaftssystems als am wichtigsten angeben. Dies deutet darauf hin, dass die wirtschaftlichen Vorteile und die Stabilität des sowjetischen Systems von einigen geschätzt wurden. Den Wegfall des qualitativ hochwertigen und gerechten sozialen Systems bedauern 12 %, nur 3 % hingegen das Verschwinden des dem Volk nahestehenden politischen Systems. Dies kann darauf hindeuten, dass das politische System der UdSSR nicht als besonders volksnah empfunden wurde oder politische Aspekte im Vergleich zu wirtschaftlichen und sozialen Aspekten weniger Gewicht haben.

In den qualitativen Interviews finden die Themen ethnische Konflikte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und Zusammenleben von verschiedenen Nationen in der Sowjetunion jedoch wenig Beachtung. Teilweise wird der ansteigende Nationalismus in den postsowjetischen Republiken thematisiert, allerdings als ein Grund der Auswanderung nach Deutschland. Lediglich Pawel blickt auf das verfehlte Ziel des Sozialismus und die Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion in Bezug auf zwischenethnische Probleme zurück:

Wir wollten, dass alle gleich sind. (...) Ich erinnere mich daran, wie der Zusammenbruch der Sowjetunion war und was in unseren Bruderrepubliken passierte, von Zentralasien bis zum Baltikum, wo die Russen vertrieben wurden. Das gab es. Wir wollten einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz aufbauen. Aber es hat nicht funktioniert. (Pawel, I011)

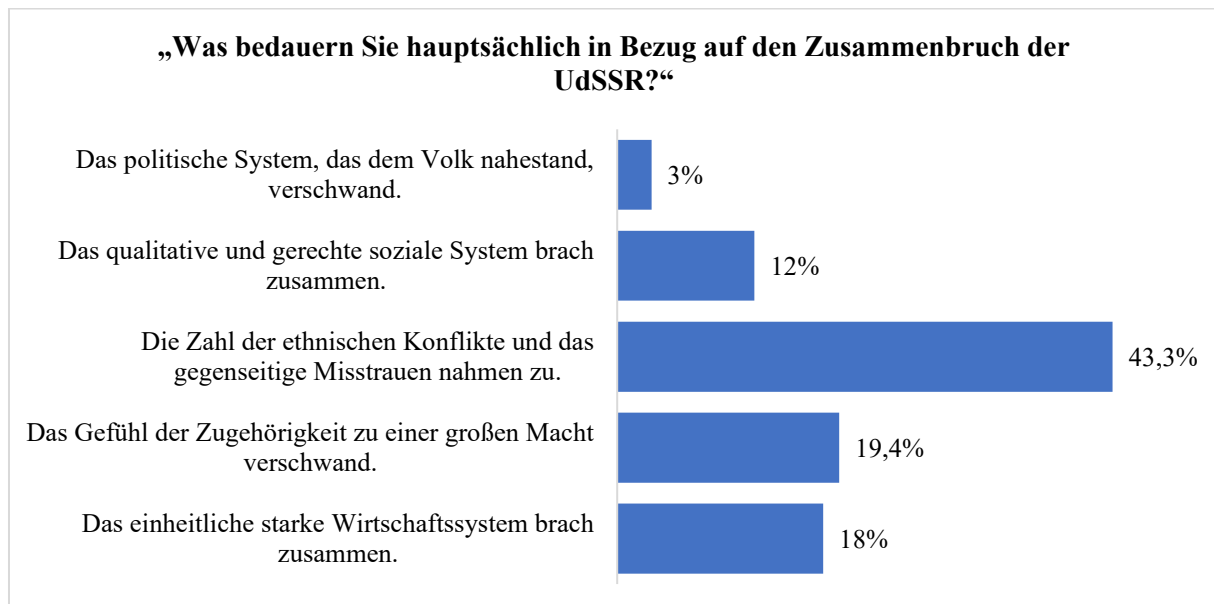


Abbildung 4: „Was bedauern Sie hauptsächlich in Bezug auf den Zusammenbruch der UdSSR?“ (Umfrage 1, Frage 33)

Anmerkung: n = 67; Sonstiges = 4,5 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Jekaterina äußert kein direktes Bedauern über den Zerfall der Sowjetunion, zeigt aber Mitgefühl für die vielen Menschen, deren Leben durch diesen Umbruch geprägt wurde. Sie kritisiert, dass das damalige System wenig Raum für gemeinschaftliche Lösungen ließ und die politischen Entscheidungsträger oft isoliert agierten:

Ich bedaure es nicht. Es war zunächst ein schweres Thema für mich. Zunächst dachte ich, diese Hölle müsse so schnell wie möglich zusammenbrechen, aber dann traf es die Menschen so hart. Es brach so viele Schicksale. Aus meiner Sicht sollte das anders passieren. Es ist klar, dass Zeiten gekommen waren, in denen sich die Formen ändern mussten, und es ist klar, dass niemand wusste, wie das zu tun ist. (...) Die Menschen, die dort Gorbatschow und Jelzin Vorwürfe machen, nun, das ist lächerlich. Sie wussten es nicht, sie waren die Ersten. Andererseits war das System selbst nicht darauf ausgelegt, gemeinsam beste Lösungen zu finden. Das System war nicht dafür geschaffen. Und er [Gorbatschow] war allein. Nun, was konnte er allein tun? Ein Mensch, den das sowjetische System selbst erzeugt hat. Ich bedaure, dass alles so passiert ist, wie es passiert ist, weil die 90er Jahre so viele Menschen kaputt gemacht haben. (Jekaterina, I019)

Bei der Beschreibung und Bewertung des politischen Systems des Herkunftslandes konzentrieren sich viele Befragte auf ihre politischen Erfahrungen um bzw. nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. So beschreiben alle Interviewteilnehmenden diese Zeit als von Instabilität und gar Chaos geprägt. So drückt z. B. Wladislaw die spürbaren Unterschiede zwischen dem stabilen sowjetischen System und der chaotischen Zeit in Russland in den 1990er Jahren nach dem Zusammenbruch aus:

Der Hauptunterschied zwischen allen Systemen, meiner Meinung nach, zumindest in diesen beiden, ist, ob es Chaos gibt oder nicht. Zum Beispiel, zur Zeit der

Sowjetunion vor dem Zusammenbruch, nicht im letzten Jahr 1990 bis 1991, sondern ich erinnere mich noch an 1985, als ich noch ein Pionier war. Im Großen und Ganzen war damals alles gut organisiert, das System insgesamt, Bildung, Gesundheitswesen, vieles. Es war mehr oder weniger organisiert, dann begann einfach das Chaos. (Wladislaw, I013)

Swetlana betont, dass sich an den Machtverhältnissen kaum etwas geändert habe. Auch nach den vermeintlich demokratischen Reformen blieben dieselben Akteure an der Spitze, was für sie Zweifel an einem echten politischen Wandel aufwirft:

Nun, es war nicht wirklich Demokratie, weil sich meiner Meinung nach oben nichts änderte. Derjenige, der früher der erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU der Region war, wurde plötzlich der Leiter der Verwaltung des nordkasachischen Gebiets. (...) Es waren immer dieselben Leute, die plötzlich Demokraten wurden. (Swetlana, I031)

Die proklamierte Demokratie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete nur undifferenzierte, beliebige Redefreiheit ohne Verantwortlichkeit und inhaltliche Tiefe, die wenig mit Demokratie zu tun hat und wenig zur Problemlösung beitrug:

Aber in der Wahrnehmung der Menschen war es keine Demokratie, es war ein verbaler Durchfall. Es schien, als könnte jeder alles sagen, was er wollte, ohne es mit Fakten zu beweisen, einfach so: „Ich will das sagen“. (...) Was das Schreien betrifft, konnte man alles sagen, was man wollte. (Swetlana, I031)

Die Erlebnisse der 1990er Jahre werden als von Kriminalität, wirtschaftlichem Niedergang sowie Unsicherheit und Verzweiflung geprägt beschrieben. Das Chaos, welches das Land nachhaltig geprägt und alle Bereiche des Lebens umfasst hat, stellte für die meisten das zentrale Auswanderungsmotiv dar. Über diese Periode und deren Prägung berichten ähnlich mehrere Befragte wie Wladislaw (I013), Jurij (I05) und Swetlana (I031). Julija (I06) bringt es so auf den Punkt:

Man könnte sagen, es gab eine Revolution. Und man könnte sagen, es war kriminell. Also, die 90er Jahre. Es war schrecklich. Einfach alles. Betriebe wurden geschlossen, die Kriminalität nahm zu. Es war sogar gefährlich zu leben, bis hin zu dem Punkt, dass man abends auf den Balkon ging und nicht nur Schüsse hörte, sondern auch auf den Straßen Schüsse fielen. Ja, das gab es. Sie sprechen von Überfällen. Bis hin zu Überfällen in Treppenhäusern und Wohnungseinbrüchen. Bei uns, zumindest in unserem neunstöckigen Gebäude mit vier Treppenhäusern, wurden alle Wohnungen ausgeraubt. Unsere Wohnung war nicht dran. (...) Diese Zeit war sehr schwer. Monatelang wurden keine Gehälter ausgezahlt. Sechs Monate lang wurden keine Gehälter ausgezahlt. (...) Alles wurde so entwertet. Mein Gehalt, als ich es nach einem halben Jahr bekam, entsprach praktisch dem Wert eines Brotes pro Tag. Das war das Gehalt eines Ingenieurs, als es ausgezahlt wurde. Es gab eine Art Preiserhöhung, aber niemand konnte sich vorstellen, dass die Preise um Hunderte von Prozenten steigen oder dass sich die Preise jeden Tag ändern würden. Täglich gab es sprunghafte Preissteigerungen. Das war einfach unvorstellbar. Natürlich florierte die Kriminalität. (Julija, I06)

Manche Interviewpartner äußern sich in Bezug auf Politik und Regierung des heutigen Russlands. Z. B. beschreibt Jewgenij das politische System in Russland als autoritär und nicht auf den Menschen ausgerichtet. Er kritisiert das Fehlen einer Strategie und die Orientierung an vergangenen Erfahrungen statt an westlichen oder internationalen Konzepten:

Heute (...) denke ich, dass das System in erster Linie darauf abzielt, sich selbst oder die Macht der gleichen Leute zu erhalten. Es ist ein System ohne Strategie, eine reaktive Struktur, die nur versucht, auf das, was passiert, zu reagieren, ohne jegliche Strategie oder Entwicklung. Es stützt sich stark auf vergangene Erfahrungen, da westliche oder internationale Modelle nicht akzeptabel sind. (Jewgenij, I029)

Jewgenij (I029) bringt in seiner Aussage eine tiefgreifende demokratische Ernüchterung zum Ausdruck, die er als Erbe der sowjetischen Vergangenheit deutet. Er beschreibt ein über Jahrzehnte gewachsenes Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsprozessen, das auf der Erfahrung beruht, dass politische Entscheidungen dauerhaft durch eine kleine Gruppe korrupter Machthaber bestimmt wurden. Für viele sei Demokratie nicht mehr als eine leere Formel, weil sie nie konkret erfahren haben, dass sie tatsächlich funktioniert:

Ich denke, es ist das Ergebnis von 70 Jahren Sowjetmacht. Die Menschen können sich nicht vorstellen, dass Entscheidungen durch demokratische Prozesse getroffen werden können, anstatt durch die Interessen einiger weniger und korrupter Strukturen. (...) Die Menschen haben nie erlebt, dass Demokratie funktioniert, und viele haben aufgehört, daran zu glauben. (Jewgenij, I029)

Fjodor äußert sich im Interview kritisch zur politischen Situation in Russland. Er hinterfragt insbesondere die lange Amtszeit von Wladimir Putin, die er mit Korruption und Machtmissbrauch verbindet. Aus seiner Sicht basiert das Bild von Stabilität und Einheit in Russland weniger auf tatsächlichem gesellschaftlichem Konsens als auf staatlicher Kontrolle, Repression und gezielter Propaganda:

Russland rutscht immer mehr in die Dritte Welt ab. (...) Ich habe damals im Geschäftsbereich gearbeitet. Ich habe beobachtet, wie dieses System aufgebaut wurde und wie es funktioniert. Es ist ein korrupter Beamtenapparat, eine Diebesbande, eine große Bande, die immer schlimmer wird. (...) Man sagt, dass es dort eine gewisse Einheit gibt oder dass die Länder nicht zerfallen, aber das sind alles Mythen. Es gibt keine Einheit, und alles wird nur durch die Polizeiknüppel und Geldzusammenflüsse zusammengehalten. Die Regierung versucht, die Illusion der Sowjetunion wiederherzustellen und die Menschen in diese Denkweise zurückzusetzen, mit Fernsehen und Medien, einer ganzen Propagandamaschine. (Fjodor, I027)

Ähnlich kritisieren andere Befragte wie Nadeschda (I017) und Jewgenij (I029) die Einschränkung der Meinungsfreiheit und den Zustand der Angst in Russland und in anderen postsowjetischen Staaten. Die Menschen der russischen Gesellschaft beschreibt er als isoliert und misstrauisch; sie glaubten nicht an die Möglichkeit, etwas zu verändern:

Ich habe drei sehr gute Freundinnen: eine Russin, eine Ukrainerin und eine Weißrussin. Nun, die Russin, natürlich aus Sibirien, erzählt, wie es ist. Sie sagt: „Wir

haben wirklich Angst zu sprechen. Wir wollen mit niemandem mehr sprechen.“ Sie haben bereits Angst vor Denunziationen. Zuerst gingen sie auf Proteste, wurden mit Schlagstöcken vertrieben, gingen vor ein paar Jahren nochmals raus. 2012, da konnte man noch, auch 2013, 2014, aber dann alles. Ja, 2014 war es schon beängstigend. Und sie sagt, weißt du, du versuchst, mit deiner Familie zu leben, damit du nirgendwo hingehen musst, mit niemandem sprechen musst, Angst. Nur um zu überleben. Man kann nicht von der Rente leben. Das ist das Leben. Wie das ganze Leben im postsowjetischen Russland war. Ich hatte deshalb eine negative Einstellung zur Sowjetunion, weil es keine Meinungsfreiheit gab. (Nadeschda, I017)

Wenige Befragte geben ausdrücklich eine positive Bewertung der Politik unter Putin und ihm selbst. Wladislaw z. B. betrachtet Putin als „Patrioten“, der sich für Interessen des Landes einsetzt und spricht ihm sein Vertrauen aus. Dennoch bemängelt er die starke Wirtschaftsstagnation und Korruption in Russland:

Ich vertraue beispielsweise der höchsten Gewalt und dem Präsidenten, obwohl ich kein russischer Bürger bin. Ich verstehe, dass Putin aufrichtig behauptet, ein Patriot seines Landes zu sein. Aber alles, was darüber hinausgeht, zum Beispiel der aktuelle Premierminister Russlands, hat in letzter Zeit das Vertrauen der Bevölkerung stark verloren. Denn die reale Wirtschaft Russlands stagniert, bewegt sich nicht voran. Viele Probleme werden nicht gelöst. Ich meine Medwedew. Und alles, was auf lokaler Ebene geschieht, ist ebenfalls sehr umstritten. Ich verstehe, dass man deshalb gelegentlich den einen oder anderen Gouverneur festnimmt, der eine Menge illegalen Geldes hat, was seine Bestechlichkeit bestätigt. Es gibt immer wieder viele solcher Strafverfahren. Das heißt, der Kampf gegen die Korruption läuft, aber es wird sehr schwer sein, sie letztendlich zu besiegen. Deshalb ist das Vertrauen auf niedrigeren Ebenen natürlich geringer. (Wladislaw, I013)

Einige Befragte wie Pawel bewerten die Politik des heutigen Russlands als Machtkampf zwischen der Regierung Putins und der Opposition. Zur Opposition äußert er sich negativ und wirft ihr Beeinflussbarkeit durch westliche Kapitalisten und Eigennutz vor, die in den 90er Jahren zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führten:

Sie kämpfen. Ich weiß nicht mit wem, aber im Großen und Ganzen ist es klar. Diejenigen, die für Nawalny sind, wollen Putin stürzen und an die Macht kommen, aber diejenigen, die für Nawalny stehen, wie Chakamada,²⁶ waren alle in den 90er Jahren dabei. Sie haben absichtlich eine Menge Unternehmen zerstört. Westliche Kapitalisten haben ihnen eine Menge Geld gezahlt, und sie haben ehemalige sowjetische Unternehmen zerstört. (Pawel, I011)

5.1.2 Orientierungen gegenüber dem politischen System Deutschlands

Die meisten Befragten betrachten das politische System Deutschlands im Zusammenhang mit Demokratie, Freiheiten sowie Bürgerrechten, die sie hierzulande genießen. Beispielsweise beschreibt Olga, ähnlich wie Wiktor (I012), vor dem Hintergrund ihrer Erfahrung im Herkunftsland, Deutschland als Land gelebter Demokratie, wo die Bürger selbstbewusst sind sowie

²⁶ Irina Chakamada (russisch: Ирина Хакамада) ist eine russische Wirtschaftswissenschaftlerin und Politikerin.

Freiheit und die Möglichkeit haben, für ihre Rechte und Anliegen einzutreten sowie ohne Angst vor Verfolgung und Unterdrückung alle Aspekte ihres Lebens selbstbestimmt zu verwirklichen:

In Deutschland ist das Selbstbewusstsein der Gesellschaft stärker ausgeprägt und die Menschen können frei auf die Straßen gehen und dort mit Gleichgesinnten ihre Rechte friedlich erkämpfen. (...) In Deutschland ist die Demokratie noch zu Hause und man kann sie spüren, man darf sie ausleben. (Olga, I01)

Witalij hebt insbesondere die realen politischen Rechte hervor, die es den Bürgern ermöglichen, sich an Politik zu beteiligen und durch politische Teilhabe Veränderungen zu bewirken:

In Deutschland (...) hat die Bevölkerung viel mehr Instrumente, um die Politik zu beeinflussen, viel mehr funktionierende Instrumente. Nicht alles ist ideal, aber es ist definitiv eine andere Art von Demokratie. Es ist definitiv nicht autoritär. (Witalij, I04)

Mehrere Befragte wie z. B. Artjom (I016), Nikolaj (I03), Anatolij (I07) und Walentina (I023) beschreiben Deutschland hauptsächlich im Zusammenhang mit Rechtsstaatlichkeit. Deutschland wird von vielen Befragten als ein stabiles und verlässliches politisches System wahrgenommen, das im Gegensatz zu den Erfahrungen in den Herkunftsländern die Bedürfnisse und Rechte der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Artjom hebt in diesem Zusammenhang besonders den respektvollen Umgang und die Gleichbehandlung aller hervor. Er fühlt sich in Deutschland akzeptiert und kann sich darauf verlassen, dass seine Rechte geachtet werden:

Mir gefällt dieses System der Dinge nicht wirklich. Aber ich weiß, wie ich mich verhalten soll, ich weiß, wie man sich mit den Leuten verständigt, ich weiß, worauf es ankommt. (...) Aber wenn ich dort lange lebe, (...) dann fange ich nach vier Monaten an, eine schreckliche Reizung und Erschöpfung zu spüren, weil ich sehe, dass alles gegen den Menschen eingestellt ist. (...) Und wenn ich hierher zurückkomme, fühle ich sofort Erleichterung. Ich denke, hier wird man mir nicht schaden, hier wird man gut behandelt, hier sind meine Rechte eindeutig geschützt. Hier behandelt man mich fast immer sehr gleichwertig und ruhig und respektvoll. (...) Und sie [die Einheimischen] haben mich akzeptiert. (Artjom, I016)

In den Interviews haben die Befragten über verschiedene Auswanderungsgründe berichtet, die ihren Beschreibungen des politischen Systems zugrunde lagen. Beispielsweise betrachtet Arkadij Deutschland im Hinblick auf bessere Zukunftsaussichten für seine Kinder, sicheres Altern sowie Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, die im Herkunftsland nicht denkbar waren und sind. Das Leben in Deutschland entspricht seinen Erwartungen. Auch er betont das Gefühl der Freiheit und blickt auf die Einschränkung persönlicher Freiheiten im sozialistischen System zurück:

Positives sind die Chancen für die Jugend, die Chancen für ältere Menschen, die Chancen für Senioren. Solche Möglichkeiten gab es damals im Leben nicht und gibt es bis heute immer noch nicht. Wir wollten, dass die Kinder ein sorgenfreies Leben führen, ohne Probleme, dass die Kinder eine angemessene Ausbildung erhalten, Familien gründen, und in einem zivilisierten Land leben. Als wir 1991 aus

der ehemaligen Sowjetunion weggingen, war dieses Land einfach am Zusammenbrechen. Und die letzten fünf Jahre dort war einfach alles im Absturz. Alles verschlechterte sich rapide. Außerdem explodierte dort ein Atomkraftwerk. (...) Dieses Land erfüllt meine Anforderungen, ich bin frei (...) Kinder sind freier, als wenn sie dort leben würden. Sie können in jedes Land der Europäischen Union, und nicht nur in die Europäische Union, reisen und dort arbeiten. Und ihre Kinder können ebenfalls bei ihnen sein. Als wir dort gelebt haben, gab es diese Möglichkeit nicht. (Arkadij, I021)

Bei den meisten Befragten, wie z. B. Swetlana (I031), Jekaterina (I019) und Alesja (I02), fiel die Entscheidung zur erzwungenen Auswanderung in den 1990er Jahren. Diese Zeit galt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als eine Zeit radikalen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs. Die Auswanderung war durch Armut, Arbeitslosigkeit, fehlende wirtschaftliche Perspektiven und widrige Lebensbedingungen bedingt und verbunden mit der Hoffnung, in Deutschland attraktivere Arbeitsmöglichkeiten, höhere Einkommen oder generell eine bessere Lebensqualität zu finden. Swetlana (I031) bezeichnet sich in diesem Zusammenhang sogar als „Wirtschaftsflüchtling“. In den Aussagen wird das Leben in Deutschland häufig mit Aspekten wie sozialer Absicherung, Stabilität und Wohlstand verknüpft. Das Sozialsystem spielt dabei eine zentrale Rolle, da es den durch Migration entstandenen sozialen Abstieg zumindest teilweise kompensieren konnte. Vor diesem Hintergrund hebt z. B. Lidija die politische Stabilität und Sicherheit hervor, die ihre Familie in Deutschland gefunden hat:

Ich denke, es [der Grund für die Ausreise] war wegen der Instabilität im Land. (...) Es war schwierig, instabil und eine Möglichkeit bot sich an, und ich denke, dass die Menschen jede Gelegenheit nutzten. Das war auch in unserem Fall so. (...) Wir bereuen es natürlich nicht. Die Entscheidung war richtig. Denn zum Beispiel fühle ich mich hier ganz in meinem Element. Für mich ist alles in Ordnung, wenn alles richtig ist, wenn alles gut organisiert ist. Das ist mein Ding. (Lidija, I015)

Manche Befragte fokussieren das sozialwirtschaftliche System und vergleichen die soziale Marktwirtschaft in Deutschland mit dem Sozialismus in der Sowjetunion. Irina fühlt sich in Deutschland sehr wohl und hat ihren russischen Pass nicht mehr verlängert, was darauf hindeutet, dass sie sich mit ihrem Leben in Deutschland identifiziert und sich hier zuhause fühlt. Sie gibt jedoch an, dass sie enttäuscht war, als sie nach Deutschland kam und feststellte, dass einige Merkmale des Sozialismus in der kapitalistischen Gesellschaft vorhanden waren:

Sie dürfen nicht vergessen, dass ich hierher im Jahr 1998 gekommen bin und dass ich in den 90er Jahren eine gewisse Rolle in allen Prozessen, die stattfanden, gespielt habe. Ich habe Wirtschaft studiert, ich habe dort gearbeitet, ich habe im Handel gearbeitet, ich habe in staatlichen Unternehmen gearbeitet. Das war bereits eine Art von Kapitalismus. Und als ich hierher kam und sah, dass diese sogenannte kapitalistische Gesellschaft viele Merkmale des Sozialismus hat, weil hier die SPD und Ähnliches ziemlich stark vertreten sind, hat mich das enttäuscht. Ich bin in meinen politischen und wirtschaftlichen Kenntnissen so aufgewachsen, dass ich Wirtschaft nicht nach Karl Marx, sondern nach Samuelson gelernt habe. Und hier ist es ein wenig anders. (Irina, I09)

Auch Pawel sieht Deutschland als sozialistisch geprägt an, insbesondere in Bezug auf soziale Sicherheit und staatliche Unterstützung:

Es gab in der Sowjetunion den sozialistischen Aufbau. Dann hatten wir hier den Anfang des wilden Kapitalismus. Und hier in Deutschland gibt es übrigens auch sozialistische Strukturen. Die Sozialhilfe funktioniert. Sie setzen dich nicht auf die Straße. So leben sie in Amerika. Also, ich weiß nicht, wie es in Deutschland sein muss, um auf der Straße zu landen. (...) Entweder wollen sie überhaupt nichts oder sie wollen absichtlich auf der Straße leben. Aber es gibt Leute, die seit Generationen nicht arbeiten gehen und in Wohnungen leben. In Wohnungen gibt es alles. Es gibt Wasser, es gibt Wärme und genug Essen. (Pawel, I011)

Arkadij beschreibt den Systemwechsel als einen tiefgreifenden biografischen Einschnitt. Der Übergang vom sozialistischen zum kapitalistischen System wird von ihm nicht nur als politisch-ökonomischer Wandel, sondern als persönlicher Kulturschock empfunden. Der materielle Überfluss im Westen stand in starkem Kontrast zur relativen Knappheit in der Sowjetunion und wirkte zunächst überwältigend. Gleichzeitig erkennt er im Rückblick auch positive Seiten des früheren Lebens an: Es war zwar bescheidener, wurde jedoch nicht zwangsläufig als negativ erlebt. Den Anpassungsprozess an die neue fremde Lebensrealität beschreibt er als Herausforderung:

Wir kamen aus dem sozialistischen Lager, dem sozialistischen System, und landeten hier im kapitalistischen Lager. Ein anderes System. (...). Die Frage ist: Wo ist es besser? Nun, sehen Sie, ich bin kein junger Mensch mehr, aber mir scheint, dass es auch dort nicht schlecht war. Natürlich gab es dort nicht so viele Dinge, die man hier kaufen konnte. Selbst als wir vor 30 Jahren hier ankamen, überquerten wir die Grenze und traten hier am Flughafen heraus, und sahen so viele Dinge, dass, wie man sagt, einem die Augen übergingen, und es war sehr schwer, dieses Leben sofort zu verstehen. Wir hatten einige andere Vorstellungen, könnte man sagen. Man kann nicht von sozialistischen Vorstellungen sprechen. Ja, nein, wir sind wahrscheinlich aus einem armen Lager gekommen, aus Armut in den Reichtum gekommen. Es gab eine Veränderung. Dieser Reichtum war um uns herum. Und wir mussten uns irgendwie in dieses Leben einfügen, verstehen, woher das alles kam und wie man das alles verdienen kann. (Arkadij, I021)

Einige der Befragten stellen die Autonomie und Eigenständigkeit Deutschlands infrage. Pawel gibt an, Deutschland gar nicht als souveränes Land anzusehen, da es nach dem Zweiten Weltkrieg keinen offiziellen Friedensvertrag gab. Dies kann laut dem Befragten auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Stärke haben:

Deutschland ist ein besetztes Land. In Deutschland sind immer noch englische, französische und amerikanische Truppen. Deutschland hat keine Souveränität. Ja, es ist wirtschaftlich stark, aber das kann sich sehr schnell ändern, in einem Moment. (Pawel, I011)

Ähnlich argumentiert Wladislaw, dass Deutschland und andere europäische Staaten nicht immer unabhängige politische Entscheidungen treffen und den Anweisungen oder Interessen der USA, auch gegen Eigeninteressen, folgen:

Deutschland in diesem Fall, und Europa im Allgemeinen, ist kein unabhängiges Land, politisch betrachtet. In diesem Fall hängt sehr viel davon ab, was Amerika verlangt oder befiehlt. Wie man so sagt, die meisten europäischen Länder sind gezwungen, dem Willen des „großen Bruders“ zu folgen. (...) Wenn Forderungen nach Sanktionen aufkommen, stellt sich Europa natürlich auch gegen Russland. Die Initiative, Sanktionen zu verhängen, geht von Amerika aus, und Europa unterstützt das, einschließlich Deutschland. Selbst auf eigene Kosten. Obwohl Europa und Deutschland direkt versuchen, das Recht auf „Nord Stream 2“ zu verteidigen, drängt Amerika Deutschland dennoch dazu, sich von „Nord Stream 2“ abzuwenden. Es liegt nicht im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands, teures Gas von Amerika zu kaufen. Warum weigern sie sich nicht? Nicht um der Demokratie willen, sondern damit Amerika sein Gas an Europa verkaufen kann. (Wladislaw, I013)

Auch europäische Politiker betrachtet Wladislaw als machtlos und von externen Mächten gelenkt. Die heutige europäische Politikelite bezeichnet er als „Show“ (Wladislaw, I013). Diese Meinung teilt auch Jurij und kritisiert die politische Führung in Deutschland, die er als eine Marionette ansieht, die von äußeren Mächten, insbesondere den USA, kontrolliert wird:

Auch bei uns [in Deutschland] gibt es keine Führung. (...) Nicht einmal Merkel regiert das Land. All diese internationalen Skandale. Amerika hat Deutschland abgehört. Wie ist das ausgefallen? Haben sie Sanktionen gegen Amerika verhängt? Gegen Russland wurden Sanktionen verhängt, aber gegen Amerika nicht. Führt nun Merkel das Land? Sie gibt vor, das Land zu regieren, sie macht entsprechende Aussagen, aber wie eine Marionette wird sie kontrolliert. Deshalb gibt es hier keine Macht. Hier gibt es finanzielle Macht. Hier gibt es nur eine Finanzmacht. (Jurij, I05)

Manche Befragte kritisieren Deutschland in Bezug auf fehlende politische Freiheiten. So sieht z. B. Wladislaw (I013) generell keine deutlichen Unterschiede zwischen dem Stand der Demokratie in der Sowjetunion und in Deutschland. Er hebt eher die Unterschiede zu „den östlichen Ländern, Asien, Syrien, Irak, Iran“ hervor:

Man kann den sozialen Aufbau im Iran und hier in Deutschland wirklich nicht vergleichen. (...) Der Unterschied ist riesig. Dort gibt es ernsthafte Unterdrückung aus religiösen oder anderen Gründen. Aus irgendeinem Grund spüre ich einen großen Unterschied weder hier noch in Russland, was die Rechte der Bürger betrifft oder Demokratie. Deutschland ist eines der besten Länder in Europa in Bezug auf Wirtschaft und andere Indikatoren. Es gibt einen großen Unterschied in Bezug auf Rechte zwischen Ländern wie Libyen, Syrien, Iran und Deutschland. Ja, sie sind völlig verschieden. Aber wenn man Russland oder die Sowjetunion mit dem heutigen Leben in Deutschland vergleicht, sehe ich keinen großen Unterschied. (Wladislaw, I013)

Ähnlich kritisiert Wadim mehrere Probleme, die er in Deutschland wahrnimmt, darunter mangelnde Meinungsfreiheit und Stigmatisierung einer bestimmten parteipolitischen Richtung:

Ich habe ein paar Kollegen, die bei der Polizei arbeiteten. (...) Einer kritisierte etwas über diese Leute, die auf einem Boot ankamen. Das war's. Sofort entlassen. Amen. Nie wieder das Recht zu arbeiten. Also, was für Rechte haben wir hier? Worüber sprechen wir überhaupt? Wenn plötzlich herauskommt, dass jemand irgendwo arbeitet, und dann steht das in der Zeitung, dass er angeblich Mitglied der

NPD²⁷ war. Das war's. Wir entlassen ihn. Also verstehe ich das nicht. Haben wir Redefreiheit? Habe ich das Recht, in beliebiger Partei zu sein, oder haben wir überhaupt keine Redefreiheit? (...) Aber dort, wo sie anfangen, die Wahrheit zu sagen, ist es vorbei, du bist sofort weg. (Wadim, I022)

Des Weiteren beklagt er die seiner Meinung nach eingeschränkte Meinungsfreiheit und dass die Schulen unbequeme, unerwünschte Inhalte, wie z. B. über Russland, verbieten. Er kritisiert die Doppelstandards in Deutschland und empfindet Ungleichbehandlung und Diskriminierung aufgrund der russischen Nationalität, während Flüchtlinge bessergestellt sind und mehr Freiheiten genießen:

Über die Schule schweige ich hier ganz. Versuchen Sie, einem Lehrer ins Gesicht zu sagen, was Sie über Putin denken. Meine Tochter hatte hier so viele Probleme. (...) Sie fragte: ‚Warum haben wir plötzlich die russische Revolution übersprungen? (...) Wir haben die französische durchlaufen, aber die russische übersprungen?‘. ‚Wir werden hier keine Themen haben‘, sagte sie: ‚Wie? Ich habe so viele interessante Dinge zu sagen.‘ Lehrer: ‚Nein! Das war's.‘ Wie die Deutschen Lenin finanzierten und so weiter. Das ist allen bekannt. Nein, übersprungen. Wenn sie uns etwas über Russland erzählen. Sie sagt: ‚Nein, Moment mal. Waren Sie dort? Warum erzählen Sie uns so etwas? Warum ist Putin schlecht? Lassen Sie uns darüber diskutieren! Sowohl Gutes als auch Schlechtes.‘ Nein, das war's. Bis zu schrecklichen Noten. Und meine Kinder haben hier so viel gesehen, dass ich mich entschuldige, wieder zu diesem Thema, zu den Tschuktschen²⁸, die auf Booten ankamen, es gibt ausgezeichnete Noten für nichts. Und meinen Kindern widerfuhr solch eine Katastrophe. (Wadim, I022)

Gleichzeitig übt er Kritik am kapitalistischen System in Deutschland und bringt seine Enttäuschung und Frustration über das Justizsystem zum Ausdruck, das er als ungerecht, unverhältnismäßig und moralisch fragwürdig empfindet:

Ich bin enttäuscht darüber, dass jemand, der 50 Kinder vergewaltigt hat, drei Jahre in die Psychiatrie gesteckt wird. Und jemand, der bei Finanzangelegenheiten um 50.000 Euro betrogen hat, bekommt 15 Jahre Gefängnis. Darüber bin ich sehr enttäuscht. Manchmal ist diese Idiotie einfach unglaublich. (Wadim, I022)

Einige Befragte, wie Jurij (I05) und Wadim (I022), berichten von einem sozialen und ökonomischen Abstieg, den sie infolge ihrer Migration nach Deutschland erlebt haben. In diesem Zusammenhang äußern sie Frustration über die Herausforderungen, sich im neuen Umfeld zu integrieren und wirtschaftlich Fuß zu fassen. Besonders kritisiert werden die materiellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, etwa die Steuerbelastung und der eingeschränkte Zugang zu angemessenem Wohnraum, die ihrer Einschätzung nach ihre Lebensqualität erheblich beeinträchtigen.

²⁷ Nationaldemokratische Partei Deutschlands.

²⁸ Der Begriff „Tschuktscha“ (russisch: чукча) bezeichnet ein indigenes Volk im äußersten Nordosten Russlands. Im übertragenen Sinne wird er als abwertende Bezeichnung eines Menschen verwendet, der einfach, naiv oder rückständig ist. Hier sind Flüchtlinge gemeint.

5.2 Orientierungen gegenüber Demokratie

In diesem Kapitel wird dargestellt, wie postsowjetische Migranten Demokratie verstehen, welche Bewertungen sie dem politischen System in Deutschland und in ihren Herkunftsländern geben und wie sie zu alternativen Regierungsformen stehen. Die Analyse stützt sich zunächst auf die Ergebnisse einer quantitativen Umfrage und wird anschließend durch qualitative Interviewaussagen ergänzt, die tiefere Einblicke in individuelle Deutungen ermöglichen.

Auf die Frage der quantitativen Umfrage „Woran denken Sie zuerst, wenn Sie das Wort ‚Demokratie‘ hören?“ (Abbildung 5) denkt der größte Anteil der Befragten (32,1 %) bei „Demokratie“ zuerst an die Wahrung der Rechte und Freiheiten der Bürger. Die zweithäufigste Assoziation mit Demokratie, die von 28,4 % der Befragten geteilt wird, betont die partizipatorischen Elemente der Demokratie. Sie betrifft die Beteiligung des Volkes an der Regierung und die Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen. Manche Befragte betonen im Zusammenhang mit Demokratie die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen: Ca. 13 % verbinden mit Demokratie zuvorderst „Vorrang des Gesetzes, Rechtsstaatlichkeit, Ordnung“ und 8 % „Gleichheit und Gleichberechtigung aller Bürger“. Schwächer (ca. 6 %) ist die Antwort „Sorge um Menschen, Verbesserung ihrer Lebensqualität“ ausgefallen. Die meisten Befragten verbinden mit Demokratie überwiegend positive Vorstellungen. Eine kritische Sichtweise haben 8,7 % der Befragten, die bei „Demokratie“ zuerst an privilegierte Gruppen wie die Macht der Eliten, Spitzen oder Reichen denken, die möglicherweise die Demokratie dominieren. Nur 1 % der Befragten schreibt der Demokratie negative Eigenschaften zu und assoziiert sie mit Anarchie, Maßlosigkeit, Rechtlosigkeit und Unordnung.

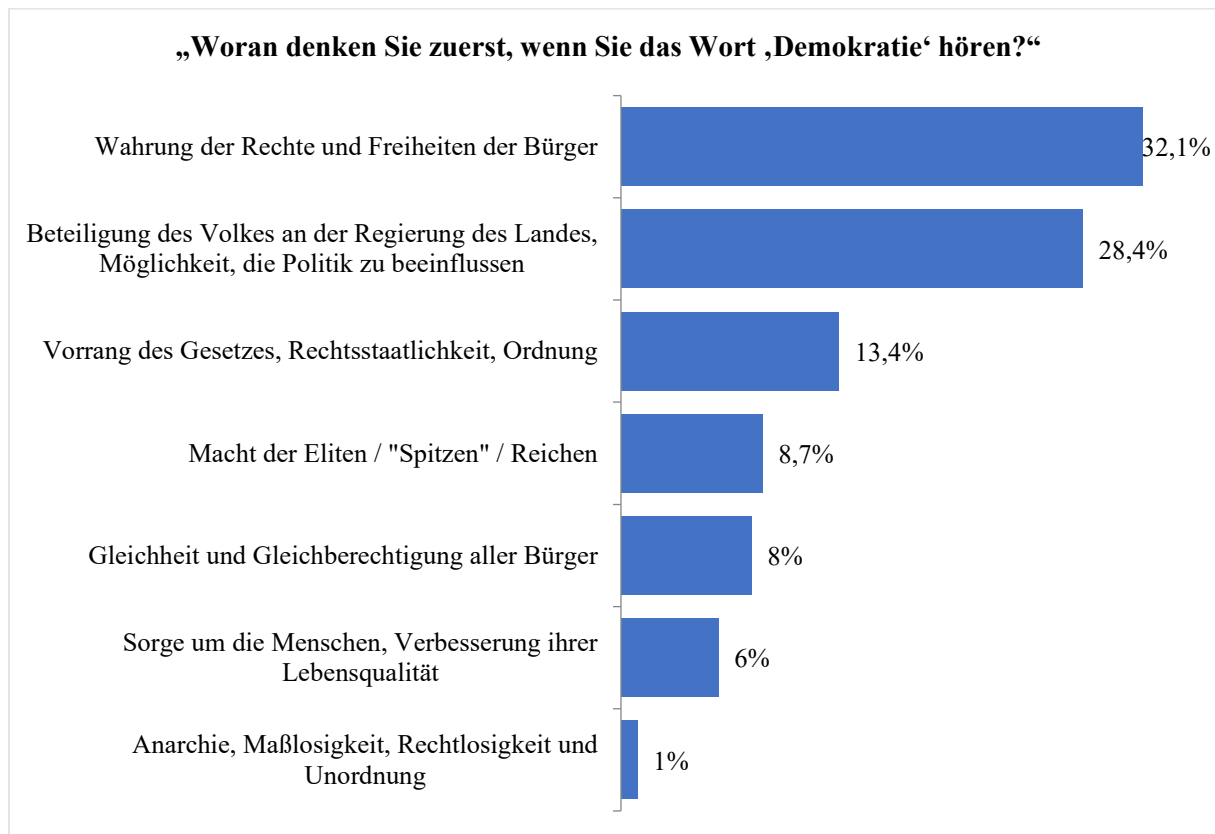


Abbildung 5: „Woran denken Sie zuerst, wenn Sie das Wort ‚Demokratie‘ hören?“ (Umfrage 1, Frage 18)

Anmerkung: n = 299; k. A. / weiß nicht = 5,7 %, Sonstiges = 2,3 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Abbildung 6 zeigt die Ergebnisse einer Umfrage, in der gefragt wurde, welche der aufgelisteten Rechte und Freiheiten der Menschen im Zusammenhang mit Demokratie für die Befragten persönlich am wichtigsten sind. Mehr als die Hälfte der Befragten (55,3 %) hält die Gleichheit vor dem Gesetz und das Diskriminierungsverbot für besonders wichtig. Auch das Recht auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit wird von 53,6 % als eines der zentralen Rechte genannt. Die Meinungs- und Redefreiheit ist für 48,5 % der Befragten von großer Bedeutung. Moderate Bedeutung hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wohnortwahl: 29,2 % sehen dies als wichtig an. Dies verdeutlicht den Wert, der der Mobilität und der Freiheit, den eigenen Wohnsitz zu wählen, beigemessen wird. Das Recht auf Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten und somit politische Teilhabe und Mitbestimmung in der Gesellschaft halten 21,3 % der Befragten für wichtig. Auch der Schutz der Privatsphäre und des Familienlebens ist für viele relevant, wird aber insgesamt weniger stark betont: 19,6 % halten ihn für wichtig. Freie Wahlmöglichkeiten und persönliche Handlungsspielräume werden von 16,2 % der Befragten als bedeutsam angesehen. Die Berufswahlfreiheit hat mit 8,6 % der Befragten eher geringere Priorität. Im Gegensatz zu individuellen Schutzrechten wie Gleichheit vor dem Gesetz, persönliche Unversehrtheit und Meinungsfreiheit, treten kollektive und pluralistische Rechte wie Minderheitenrechte, Religionsfreiheit sowie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit deutlich in den Hintergrund.

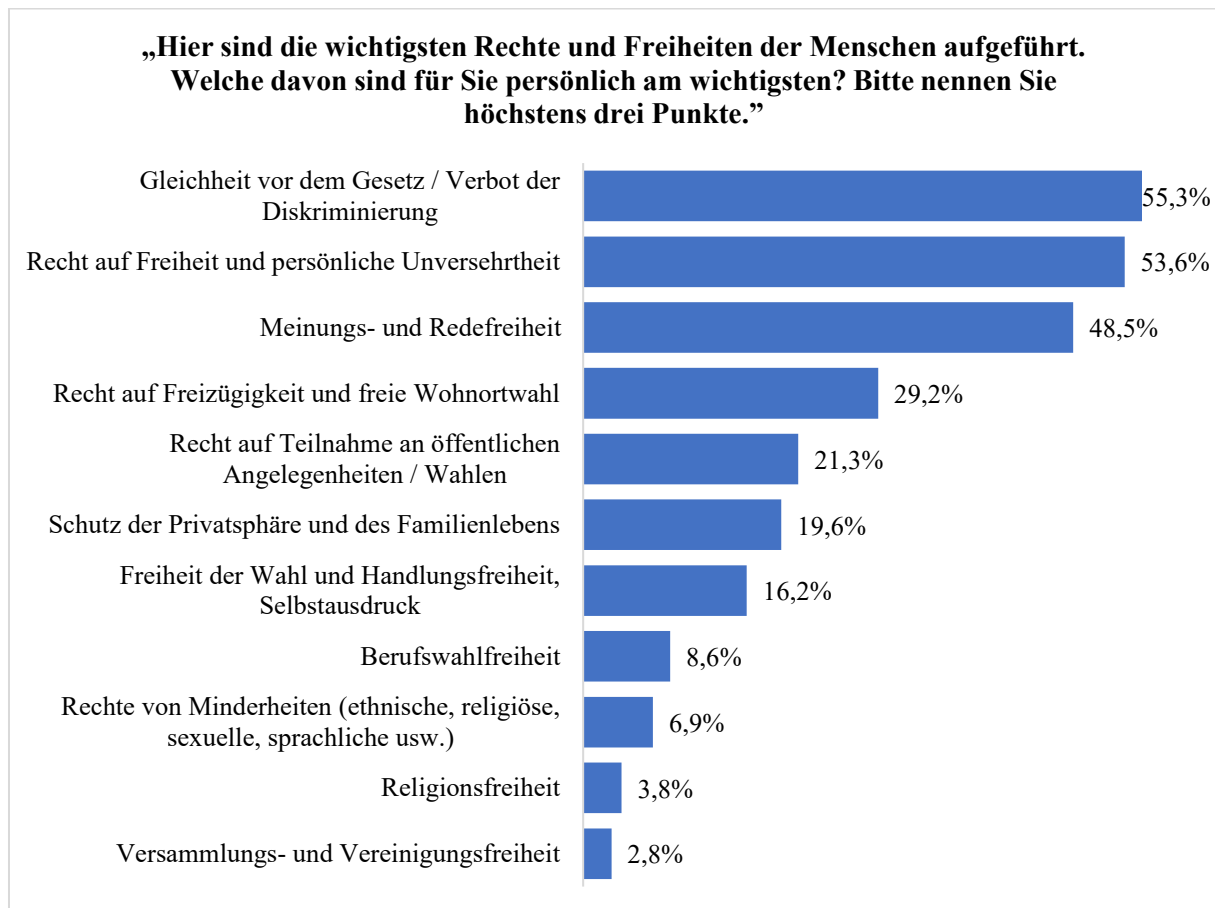


Abbildung 6: „Hier sind die wichtigsten Rechte und Freiheiten der Menschen aufgeführt. Welche davon sind für Sie persönlich am wichtigsten? Bitte nennen Sie höchstens drei Punkte.“ (Umfrage 1, Frage 25)

Anmerkung: n = 291, k. A. / weiß nicht = 3,1 %. Bei Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentwerte 100 % überschreiten.

Gemäß Abbildung 7 geben 59,4 % der Befragten an, dass das Maß an Demokratie angemessen ist. Allerdings finden 13,8 % bzw. 26,7 %, dass es in Deutschland zu viel bzw. zu wenig Demokratie gibt. Ca. 17 % der Befragten können das Maß an Demokratie in Deutschland nicht einschätzen und die Frage nicht beantworten.

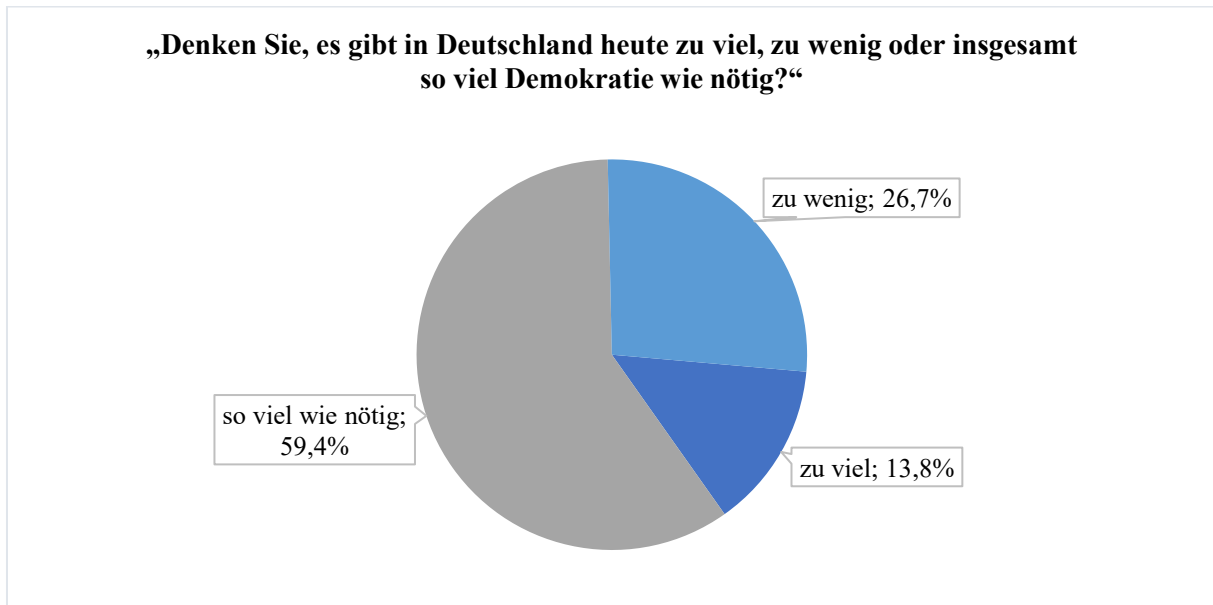


Abbildung 7: „Denken Sie, es gibt in Deutschland heute zu viel, zu wenig oder insgesamt so viel Demokratie wie nötig?“ (Umfrage 1, Frage 19)

Anmerkung: n = 262, k. A. / weiß nicht = 17,2 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Von denen, die „zu viel Demokratie“ als Problem ansehen (Abbildung 8), wird geltend gemacht, dass es zu wenige Grenzen und Regeln gibt, was zu übermäßigem oder unkontrolliertem Verhalten und Unordnung führen kann. Knapp die Hälfte der Befragten (48,7 %) betrachtet eine gewisse „Lockerheit, Kulturlosigkeit, Amoralität“ als Anzeichen für zu viel Demokratie. Ein ähnlich großer Anteil (46 %) nimmt wahr, dass Maßlosigkeit herrscht und „jeder tut, was er will“. Knapp ein Drittel der Befragten (30,8 %) sieht allgemeine Verantwortungslosigkeit und Inaktivität als Problem. Einige Befragte (18 %) verknüpfen die Wahrnehmung von zu viel Demokratie mit sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Weitere genannte Faktoren sind schlechte Führung (12,8 %), Rechtlosigkeit und Unordnung (12,8 %), Korruption (10,3 %), niedriger Lebensstandard der Menschen (10,3 %) sowie Medienungehemmtheit (5,1 %).



Abbildung 8: „Warum denken Sie, dass es in Deutschland heute zu viel Demokratie gibt? Worin zeigt sich das? Es können mehrere Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden.“ (Umfrage 1, Frage 20)

Anmerkung: n = 36 (13,8 % der Befragten), k. A. = 7,7 %, Sonstiges = 5,1 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Bei genauer Betrachtung derjenigen, die zu wenig Demokratie in Deutschland beklagen, zeigt sich, dass sich die meisten Angaben auf die politische Dimension beziehen (Abbildung 9). Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer (60 %) empfindet, dass die Macht nicht beim Volk liegt und politische Entscheidungen nicht durch die Beteiligung des Volkes getroffen werden. Ein Viertel der Teilnehmer (24,3 %) fühlt sich in seiner Umgebung in Bezug auf Meinungsfreiheit und Transparenz eingeschränkt. Ebenfalls ein Viertel der Teilnehmer empfindet die Existenz zahlreicher Verbote und Einschränkungen als problematisch. Einige Teilnehmer (17,1 %) sehen ein allgemeines Problem in Verantwortungslosigkeit und Inaktivität in der Demokratie. Darüber hinaus kritisieren 14,3 % der Teilnehmer das Wahlsystem und empfinden die Wahlen als unfair oder undemokratisch. Einige Teilnehmer (14,3 %) empfinden die politische Führung als ineffektiv oder unzureichend, und 11,4 % identifizieren Korruption als ein Problem in ihrer Umgebung. Ein Viertel der Teilnehmer (25,7 %) empfindet soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit als ein Problem, und 12,9 % der Teilnehmer weisen auf Armut und mangelnde soziale Fürsorge als Problem der mangelnden Demokratie hin. Einige wenige Teilnehmer fühlen sich in der deutschen Gesellschaft allgemein unfrei (4 %). Ein kleiner Teil der Teilnehmer (5,7 %) kritisiert die Wirksamkeit des Rechtssystems und beklagt mangelnde

Rechtsstaatlichkeit oder fühlt sich in Bezug auf ihre Rechte unsicher und berichtet von möglichen Menschenrechtsverletzungen (4,3 %).

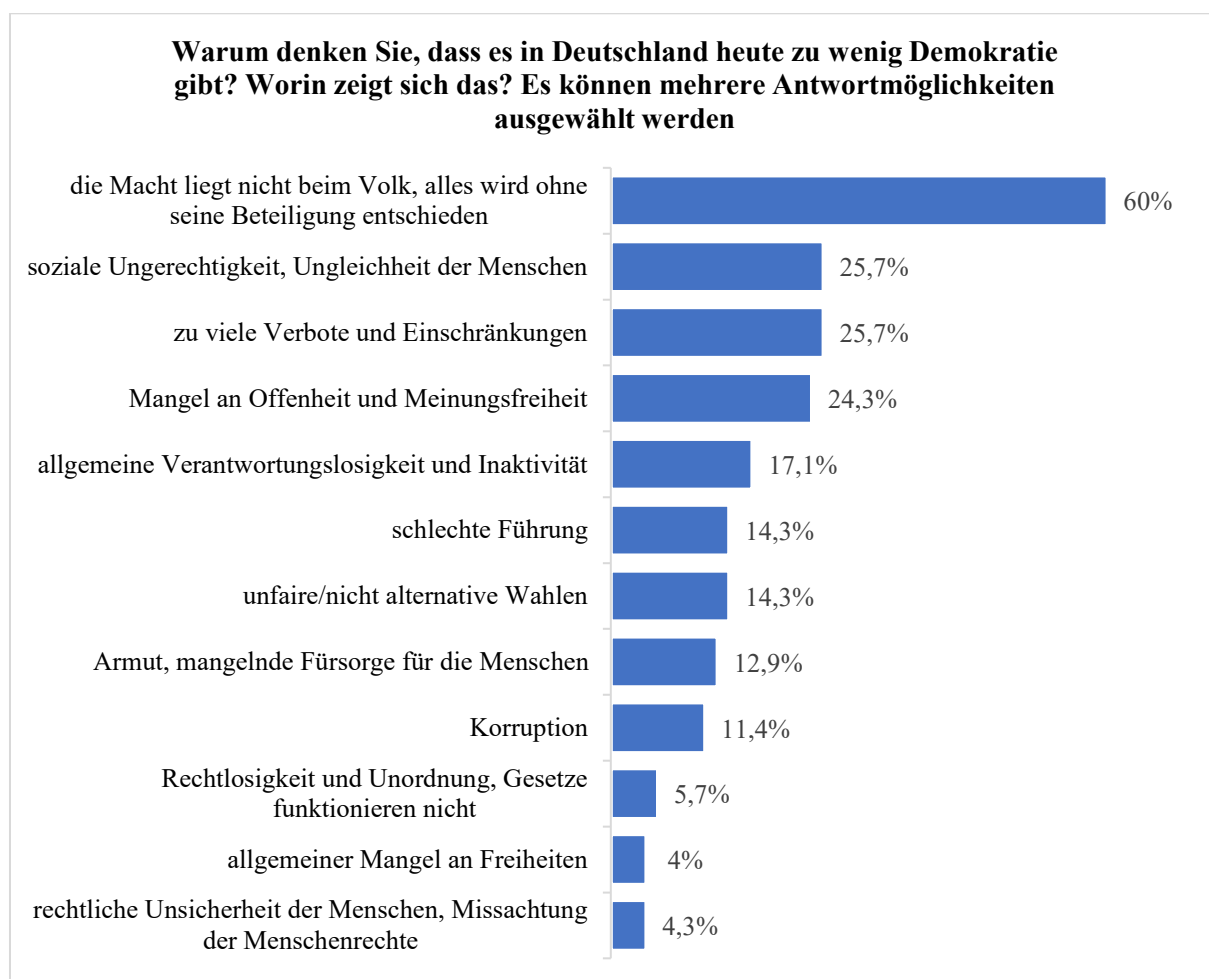


Abbildung 9: „Warum denken Sie, dass es in Deutschland heute zu wenig Demokratie gibt? Worin zeigt sich das? Es können mehrere Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden.“ (Umfrage 1, Frage 21)

Anmerkung: n = 70 (26,7 % der Befragten), k. A. / weiß nicht = 7,7 %, Sonstiges = 5,1 %. Bei Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentwerte 100 % überschreiten.

Auf die Frage zur Ausschließlichkeit von Demokratie zeigen die Ergebnisse der Umfrage eine klare Präferenz für Demokratie als Regierungsform. Die hohe Zustimmung zur Demokratie (74 %) deutet darauf hin, dass die meisten Befragten demokratische Prinzipien und Werte stark unterstützen und Demokratie als die wünschenswerteste Regierungsform betrachten (Abbildung 10). Eine signifikante Minderheit der Befragten (11,6 %) ist der Meinung, dass unter bestimmten Bedingungen sogar ein autoritäres Regime besser sein kann als eine demokratische Regierung. Ca. 5,6 % der Befragten geben an, dass es ihnen egal ist, welche Regierungsform in einem Land existiert.

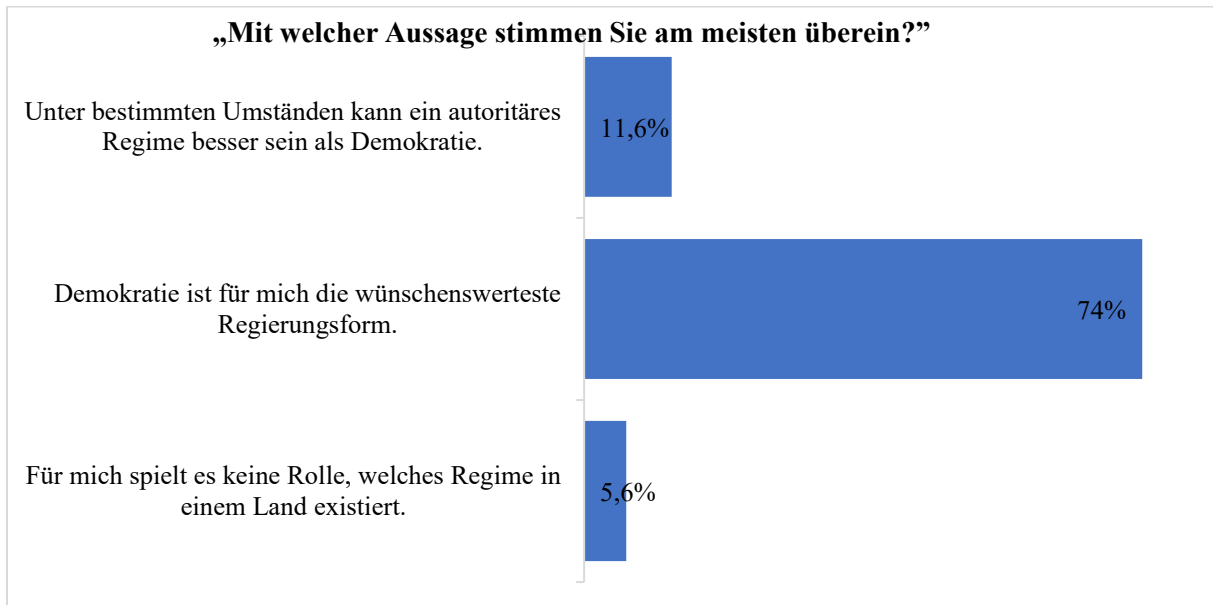


Abbildung 10: Frage zur Ausschließlichkeit von Demokratie als Regierungsform: „Mit welcher Aussage stimmen Sie am meisten überein?“ (Umfrage 1, Frage 23)

Anmerkung: n = 303, k. A. = 6,6 %, andere Meinung = 2,3 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Die Bewertung der Zustände der Demokratie in Deutschland und in Russland im Vergleich (Abbildung 11) fällt eindeutig aus: Die Befragten bewerten Demokratie in Deutschland mehrheitlich als „eher gut“ (64,4 %) oder „sehr gut“ (19,8 %). Fast genau gespiegelt verhält es sich mit der Einschätzung der Demokratie in Russland: 65,7 % der Befragten bewerten sie als „sehr schlecht“ und 26,3 % als „eher schlecht“.

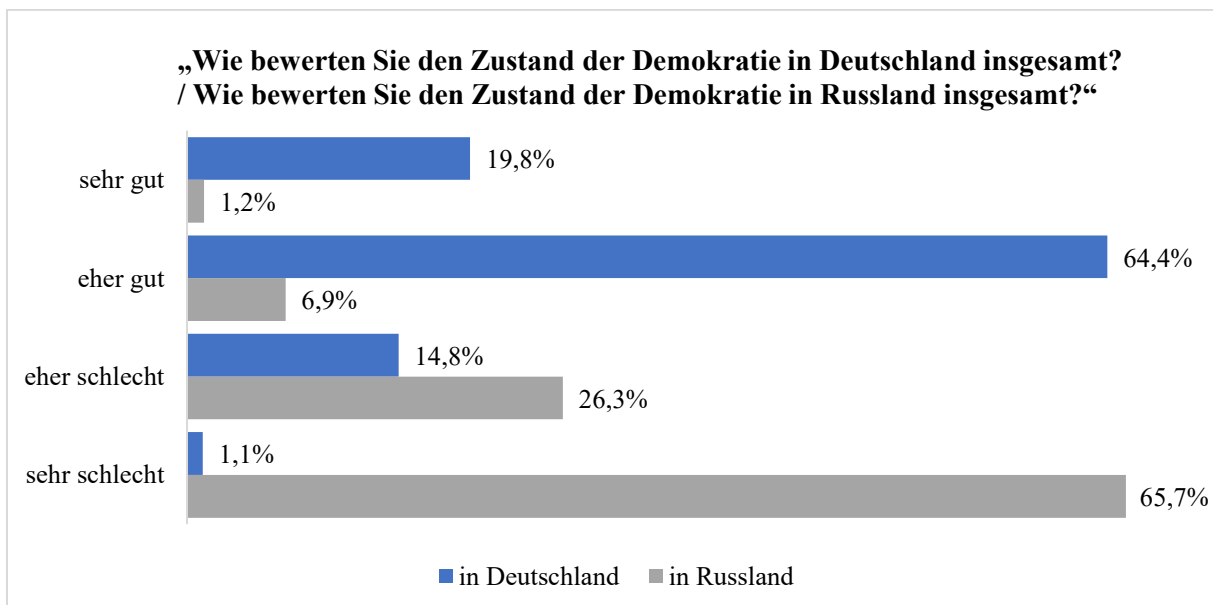


Abbildung 11: „Wie bewerten Sie den Zustand der Demokratie in Deutschland insgesamt? / Wie bewerten Sie den Zustand der Demokratie in Russland insgesamt?“ (Umfrage 1, Frage 22)

Anmerkung: n = 278 / 262, k. A. / weiß nicht = 2,3 % / 4,5 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

In den qualitativen Interviews wird das Verständnis von Demokratie am stärksten mit den Begriffen Freiheit und individueller Selbstbestimmung in Verbindung gebracht. Die Befragten betonen die Bedeutung von Demokratie für die Möglichkeit, das eigene Leben ungehindert und nach eigenem Willen frei zu gestalten:

Man fühlt sich in einer Demokratie frei und hat alle Möglichkeiten, sein Leben selbstständig zu gestalten. Besonders für jüngere Menschen stehen viele Wege in die Zukunft offen; sie müssen sich nur bemühen, die für sich bestmögliche Richtung einzuschlagen. (Olga, I01)

Für Alesja ist Demokratie eng mit den Rechten von Minderheiten verbunden. Sie erklärt, dass für sie ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie darin besteht, dass Menschen ihr Leben so führen können, wie sie es für richtig halten. Sie sieht Demokratie als eine Gesellschaftsform, die Vielfalt und individuelle Freiheit fördert sowie den Schutz und die Anerkennung von Minderheitenrechten gewährleistet:

[Demokratie bedeutet], dass man sein Leben so leben kann, wie man es für richtig hält. Also jetzt zum Beispiel gerade mit Bezug auf Homosexuelle und die Minderheiten. Also der Umgang mit den Minderheiten im Land. Das ist für mich auch ein wichtiger Teil der Demokratie. (Alesja, I02)

Für mehrere Befragte bedeutet Meinungsäußerungsfreiheit vor allem, eine eigene Meinung haben und diese ohne Angst äußern zu können im Gegensatz zu einem repressiven System, in dem eine „richtige“ Meinung vorgegeben und abweichende Stimmen unterdrückt werden. Wiktor (I012) kontrastiert die politische Unfreiheit im Herkunftsland, wo Meinungen von oben oktroyiert wurden, mit der Meinungsfreiheit in Deutschland. Während dort autoritär über die Menschen hinweg entschieden wurde, erlebt er die hiesige Freiheit zwar als gewährleistet, zugleich aber auch als gleichgültig:

Nicht-Freiheit dort [Herkunftsland] bedeutet, dass niemand nach deiner Meinung fragte, aber einem wurde immer etwas aufgedrängt. Hier [in Deutschland] interessiert sich keiner für deine Meinung. Man kann sagen, was man will. (Wiktor, I012)

Für manche Befragte, wie z. B. Pjotr (I014) und Olga (I01) bedeutet Demokratie zugleich Freiheit auf Meinungsverschiedenheit, wobei in einem Aushandlungsprozess eine bestmögliche Entscheidung getroffen werden kann. Pjotr äußert dies so und übt zugleich Kritik an der Demokratie in Deutschland:

Demokratie bedeutet, dass man eine Partei wählen und auch die Meinung äußern kann, wenn man mit etwas nicht einverstanden ist. So soll Demokratie sein. Man sagt, dass hierzulande Demokratie ist, aber nicht in diesem Sinne. (Pjotr, I014)

Die meisten Befragten verstehen unter Demokratie ein System, in dem die Macht vom Volk ausgeht und der Staat den Willen der Bevölkerung widerspiegelt. Wichtig ist ihnen vor allem, dass es eine funktionierende Rückbindung zwischen Regierung und Gesellschaft gibt.

Besonders positiv bewertet werden Kontrollmechanismen wie die Gewaltenteilung und freie Wahlen, weil sie es ermöglichen, politische Entscheidungen mitzugestalten und, wenn nötig, einen Machtwechsel herbeizuführen:

Nun, grundsätzlich handelt es sich hier um das Prinzip der Ablösbarkeit der Macht. Das bedeutet die Möglichkeit und das Vorhandensein einer Rückkopplung zwischen denjenigen, die Entscheidungen treffen, und denjenigen, die dann mit diesen Entscheidungen leben müssen. Dies umfasst den gesamten Satz von Prinzipien einschließlich der Gewaltenteilung im Sinne eines ‚gentlemen’s kit‘. Die Gewalten sollten voneinander unabhängig sein, im Gegensatz zu dem, was derzeit in Russland geschieht, wo es im Allgemeinen keine klare Trennung der Gewalten gibt. (Marija, I020; vgl. auch Witalij, I04; Artjom, I016; Jewgenij, I029; Swetlana, I031).

Darüber hinaus setzt für viele Befragte Demokratie das Vorhandensein einer funktionierenden aufgeklärten Zivilgesellschaft voraus, die mit der Macht interagiert und diese kontrolliert:

Demokratie bedeutet Wahl der Volksvertretung. Sie bedeutet das Vorhandensein der Zivilgesellschaft, die der Macht oder dem Staat entgegensteht, in Opposition steht oder kooperiert. Sie ist aber getrennt von der Macht. Zivilgesellschaft ist vorrangig vor Wahlen. (...) Die Zivilgesellschaft muss real existieren und funktionieren. Ohne sie existieren Meinungs- oder Versammlungsfreiheiten wie jetzt [in Russland] nur nominell. (Fjodor, I027)

Die Befragten zeigen unterschiedliche Haltungen zum demokratischen System und geben verschiedene Bewertungen ab. Unter den Befragten gibt es diejenigen, welche ein demokratisches System bevorzugen und mit der existierenden Demokratie zufrieden sind. Sie befürworten demokratische Prinzipien, lehnen eine Diktatur ab und sind mit der deutschen Form der Demokratie zufrieden. Beispielsweise wurde für Wiktor und seine Familie Deutschland zum Symbol der ersehnten Freiheit. Die positive Einstellung zur Demokratie resultiert u. a. aus den negativen Erfahrungen im Heimatland Tadschikistan, dessen nationalistische Gesinnung er beklagt. Gleichzeitig kritisiert er Menschen, welche Demokratie und politische Freiheiten hierzulande nicht wertschätzen:

In Tadschikistan waren wir immer fremd, denn wir waren Europäer. Tadschikistan ist eine eigene Nationalität, eigene Kultur. Es gab immer einen gewissen Nationalismus. Das hat man uns immer zu verstehen gegeben, dass wir hier nur eine gewisse Zeit geduldet werden: ‚Sobald die Macht wechselt, werden alle Russen vernichtet und wir übernehmen alles‘. Daher gab es zuhause immer die Stimmung, dass, sobald es erlaubt wird, wir packen und ausreisen. Mein Vater hat immer gesagt: ‚Lieber leben wir arm, aber wir werden frei leben.‘ Es gab immer den Wunsch, in einem demokratischen Land zu leben und nicht unter totalitärer Diktatur, wie es in der Sowjetunion war. Ich fühle mich hier wie ein freier Mensch. Ich habe niemals Druck empfunden, weder als politischer noch als religiöser Mensch. (...) Manche Menschen verstehen es nicht, dass sie in einem freien Staat leben. Die Tatsache, dass sie dummerweise nach irgendwelchen Kriterien rechts oder links wählen, ist dem zu verdanken, dass es hier reale Freiheit gibt und keiner für eine andere Haltung bestraft wird. (Wiktor, I012)

Auch Jekaterina beschreibt ihre verinnerlichte Bindung zur Demokratie. Für sie gibt es keine andere Regierungsform als Demokratie. Dabei betont sie einen anderen, humaneren, Umgang miteinander im Verhältnis zwischen Staat und Bürgern und stellt dies dem Zustand in Russland gegenüber:

Meine Entwicklung als Bürgerin wurde erst jetzt, verspätet, abgeschlossen. Ich bin ein fertiges Produkt von Demokratie. Es ist für mich nicht mehr denkbar, unter Bedingungen zu leben, [wie damals in Russland]. Ich werde mich nie von der Demokratie trennen, so lächerlich es klingen mag. Ich schätze sehr, was ich hier bekommen habe. Das sieht man in Kleinigkeiten. Zum Beispiel einfach menschlicherer Umgang mit Menschen. Das ist auch eine Seite der Demokratie. Warum ist dort [in Russland] solche Grausamkeit? Warum glaubt man, man kann dort so mit Menschen umgehen – Strafen, Repressalien? Und das wird noch schlimmer. Das geht aber anders. (Jekaterina, I019)

Walentina zieht den Vergleich mit ihrem Herkunftsland Russland und verbindet Demokratie mit der Freiheit, andere politische Meinungen zu vertreten. Sie verweist auf die politischen Ereignisse in Russland, wo Oppositionelle liquidiert werden, weil sie nicht der Linie der Regierung folgen:

Nach meinem Empfinden werden hier [in Deutschland] Andersdenkende nicht getötet, wie es beispielsweise in Russland der Fall ist. Wie sie versucht haben, Nawalny zu vergiften. (...) Es ist nicht bewiesen, aber nichts wird ausgeschlossen. Auf mysteriöse Weise wurde Starowoitowa²⁹ getötet. Auf mysteriöse Weise wurden auch einige andere dort getötet. (Walentina, I023)

Darüber hinaus verbindet z. B. Walentina Demokratie mit Rechtssicherheit und Gleichheit vor dem Gesetz, sodass jeder Bürger gleiche Rechte hat und sie durchsetzen kann:

Als ich den deutschen Pass bekam, hat jemand zu mir gesagt: ‚Gratuliere, jetzt kannst du die Schultern aufrichten‘. Und so fühle ich mich gewiss. Ich kann meine Rechte durchsetzen und sicher sein, dass, wenn ich juristisch im Recht bin, meine Rechte siegen werden. Ich denke, das ist Demokratie. (Walentina, I023)

Ähnlich verbindet Marija Demokratie in Deutschland mit der allgemeinen Sicherheit für die Bürger:

Es lebt sich sicherer in einer Demokratie. Versteht sich, dass man überall mit einem Ziegelstein auf den Kopf geschlagen werden kann, aber die Risiken hier sind geringer. (Marija, I020)

Walentina schätzt an der Demokratie besonders, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft oder sozialem Status die gleichen Rechte und Chancen haben. Für sie gehören Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit zu den wichtigsten Merkmalen einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft:

²⁹ Galina Starowoitowa (russisch: Галина Старовойтова) war eine prominente russische Politikerin, Menschenrechtsaktivistin und Wissenschaftlerin, die am 20.11.1998 in St. Petersburg ermordet wurde.

Ich wohne in einer gehobenen Wohngegend Frankfurts, am Mainufer, ganz zentral, in einem guten neuen Haus. Dort leben Menschen aus Tunis, Sri Lanka, der Türkei, Marokko usw. Also auch Migranten, die nicht besonders reich sind. Und gegenüber unserem sind Häuser, in denen die reichsten deutschen Bürger in den teuersten Wohnungen leben. Und wir laufen über dieselben Straßen, kaufen in denselben Geschäften ein. Vielleicht haben sie teurere Autos oder Yachten, aber ich habe nicht gesehen, dass jemand auffällt oder angeberisch ist. Ist das etwa keine Demokratie? (Walentina, I023)

Eine deutliche Mehrheit der Befragten steht der Demokratie zwiegespalten gegenüber. Einerseits zeigen sie sich zufrieden mit ihrem Leben in einem demokratischen System, andererseits äußern sie deutliche Kritik und zweifeln an der Wirksamkeit politischer Prozesse in Deutschland. Ihre Haltung lässt sich als pragmatische Skepsis beschreiben: Demokratie gilt nicht als ideal, aber als die beste Lösung unter den bestehenden Möglichkeiten. So etwa bringt es Olga auf den Punkt:

Ich vermute, die Menschheit ist noch auf der Suche nach einer besseren Formation, einer Formation, die zum ausgeglichenen Wohlstand und besseren Lebensbedingungen der Bürger führen wird. Es wird eine neue Form von Demokratie sein. (Olga, I01)

Als einen der Nachteile eines demokratischen Systems beanstandet z. B. Witalij, dass Demokratie zur Entscheidungsfindung oft ressourcenaufwendige Diskussionen erfordert. Im Vergleich zur Diktatur, in der eine einzelne Person Entscheidungen trifft, sieht er in der Demokratie eine gewisse Schwäche, jedoch auch einen Wert in der Vielfalt der Meinungen:

Ich fühle mich wohl in der Demokratie. Das Einzige, worauf ich mich definitiv nicht einlassen würde, ist die direkte Demokratie. Wahrscheinlich ist die parlamentarische Demokratie für mich in Ordnung, obwohl ich sie auch nicht idealisiere, besonders, wenn die Menschen anfangen, sie zu missbrauchen. Ich denke, das kostet viel Kraft und Zeit. Wenn plötzlich alle sagen, dass nur ihre Sichtweise akzeptiert werden sollte, dann ist das natürlich sehr destruktiv. Im Vergleich zur Diktatur verliert dies deutlich. Dort gibt es einen konkreten Menschen, der entscheidet, und das war's. (Witalij, I04)

Ähnlich sieht es Wladislaw und kritisiert die demokratischen Wahlkämpfe als Schmutzkampagnen, in denen viel Kraft darauf verwendet wird, leere Versprechungen zu machen und die Gegner zu schmähen:

Politiker, die sich zu Wahlen stellen, geben sehr viele populistische Versprechungen ab. Es gibt zu viel Gerede. Zu viel Energie und Ressourcen werden in den Wahlkampf gesteckt. Zu viel Schmutz wird zu diesem Zeitpunkt verschüttet. Politiker versuchen, sich gegenseitig zu übertrumpfen, wer wen mehr beschimpft oder so. Das ist ein Nachteil der Demokratie. Derjenige wird gewinnen, der nach den Wahlen weniger schmutzig rauskommt. (Wladislaw, I013)

Mehrere Befragte empfinden sogar die Monarchie als überlegene Staatsform. So ist z. B. für Iwan eine direkte Monarchie, in welcher ein Monarch die Interessen einfacher Bürger bewahrt, eine bessere Regierungsform:

Demokratie bietet die Möglichkeit, die Interessen mehr oder weniger einfacher Menschen, zu denen ich mich im Allgemeinen zähle, durch die Vernünftigkeit der Macht nach oben zu tragen. Das heißt, besser als die Menschen selbst kennt sowieso niemand ihre Interessen. Natürlich ist die beste Form der Macht eine absolute Monarchie, wenn der Monarch anständig und intelligent ist. In allen anderen Fällen ist es wahrscheinlich immer noch besser, wenn die Interessen der Menschen berücksichtigt werden können. (Iwan, I018)

Polina bevorzugt ebenfalls eine monarchische Regierungsform. Sie ist der Meinung, dass Politiker auf Zeit zu Habgier und Bereicherung neigen. Sie denkt, dass die Monarchen mit einer langen Regierungszeit weniger Anreize haben, sich schnell zu bereichern, und mehr in das Land investieren, um es in einem guten Zustand an die Nachfolge zu übergeben:

Ich bin nicht für die Demokratie, ich bin eher Monarchist. In unserem Land [Moldawien] wird ein Mensch für vier Jahre gewählt. Er hält sich am Stuhl fest. (...) Und er muss [in dieser Zeit] viel für sich selbst, seine Familie holen, seine Kinder nach Europa schicken, Geld für die Zukunft dorthin schicken. (...) Das ist die Demokratie, wie sie bei uns wirklich funktioniert. Dann kommt ein anderer und wieder versteht er, nun, ich habe nur vier Jahre. In diesen vier Jahren muss ich viel holen. Und das holt er alles aus meinen Steuern, anstatt [z. B.] Fonds zu schaffen, um den Studenten zu helfen. (...) Und deshalb denke ich, es wäre besser, wenn es einen Herrscher gäbe, wie einen Monarchen oder eine monarchische Republik. Wenn er der Eigentümer ist, kümmert er sich um seinen Besitz. (Polina, I024)

Polina schränkt jedoch ein, dass eine Monarchie mit einem starken Monarchen nicht gleichzusetzen ist mit einer Diktatur, wie z. B. in Belarus, wo die Macht missbraucht wird:

Ein Monarch ist kein Tyrann, kein Diktator. Das ist etwas anderes. Ich verstehe, dass nicht alle Monarchen perfekt sind und auch sie haben ihre Macken, aber ich neige eher dazu. (...) Wahrscheinlich funktioniert die Demokratie sehr gut, wenn sie jemandem untergeordnet ist. In Belarus zum Beispiel. Es scheint, als wäre es kontrolliert und es gibt immer jemanden, der sich in einen Diktator verwandeln wird. Und dann passieren solche schlimmen Dinge. Die Demokratie in Europa sieht viel besser aus als bei uns. Es werden wahrscheinlich sehr viele Jahrhunderte benötigt, damit die Demokratie so aussieht, wie sie sein sollte, oder näher am Ideal. (Polina, I024)

Manche Befragten wie z. B. Wladislaw befürworten eher präsidentielle Demokratien wie in Russland im Vergleich zu den westlichen parlamentarischen. Die direkte Wahl von Präsidenten spiegelt unmittelbar die Präferenzen der Bürger wider, weil sie die Möglichkeit haben, direkt für den Kandidaten ihrer Wahl zu stimmen, ohne dass ein Zwischenschritt wie etwa parlamentarische Entscheidungen notwendig ist. Dies ermöglicht eine direktere Repräsentation der Wählerpräferenzen. Wladislaw argumentiert, dass dies mehr Demokratie bedeutet, da die Bürger genau wissen, wen sie wählen:

Nun, ich erlaube mir wieder, Putin zu zitieren [sic!]. Bitte halten Sie mich nicht für zu sehr seinen Fan, aber in diesem Fall ist es angebracht. Er sagte einmal, als ihm in der Duma eine Frage gestellt wurde: ‚Leider hat man nichts Besseres [als Demokratie] erfunden.‘ Demokratie hat auch ihre Nachteile. Aber trotzdem haben sie

wirklich nichts Besseres erfunden. Beachten Sie, dass Demokratie die Wahl des Präsidenten impliziert. In Russland haben die meisten Bürger das Recht auf direkte Abstimmung. Sie wählen den Präsidenten direkt. Nicht Wahlmänner, wie zum Beispiel in Amerika, nicht Mitglieder des Parlaments wie in Großbritannien, auch hier wählt man zum Beispiel die Partei, die dann eine Koalition bildet, oder sie stellen ihren Regierungschef auf. Aber nicht direkt den Präsidenten. In diesem Sinne gibt es in Russland mehr Demokratie. Denn die Bürger wissen genau, wen sie wählen. (Wladislaw, I013)

Für Polina führten eine Befreiung von Unterdrückung und eine demokratische Freiheit nicht zwangsläufig zum Wohl der Menschen. Sie bezweifelt, dass alle Menschen per se mit Freiheit und Demokratie umgehen können, und denkt, dass diese erst erlernt werden müssen. Sie bringt ein Beispiel aus der Sklavenbefreiung in Amerika:

Ein Beispiel sind die Sklaven, als sie in Amerika befreit wurden. Sie wussten nicht, wohin mit sich, denn ihr Besitzer hatte sich um sie gekümmert. Essen, Kleidung. Aber dann wachten sie ohne Kleidung und Essen auf der Straße auf und sie baten selbst darum, für den Besitzer zu arbeiten, um sich zu versorgen. So ist es auch mit der Demokratie. Wenn die Menschen sich von irgendeiner Diktatur befreien, ist es für sie sehr schwer zu begreifen, was Demokratie ist, und sie versuchen wieder, diese Demokratie in den Rahmen der Sklaverei zu zwingen, ich weiß es nicht. Eine seltsame Symbiose von Demokratie und Sklaverei. (Polina, I024)

Ähnlich äußert sich Alesja (I02) darüber, dass die Entwicklung und das Funktionieren einer Demokratie zunächst „Satttheit“ und individuelle finanzielle Sicherheit der Bürger voraussetzen, ohne die eine stabile Demokratie nur schwer vorstellbar ist. Auch Swetlana ist der Meinung, dass Demokratie aufgrund ihrer kulturellen, religiösen oder historischen Besonderheiten nicht für alle Gesellschaften eine angemessene Regierungsform sei. Sie kritisiert die Versuche, eine Demokratie nach US-amerikanischem Vorbild z. B. in arabischen Ländern aufzuzwingen, was zur dramatischen Verschlimmerung der Lage der Menschen führte. Die Vorstellungen der Menschen aus diesen Kulturräumen stimmten mit den europäischen Demokratievorstellungen nicht überein, und sie würden sogar besser unter einer starken, autoritären Führung funktionieren:

Wie in diesen arabischen Ländern wird nach einer starken Hand verlangt, nach einer starken, autoritären Führung. Dann funktioniert es dort besser, als wenn sie versuchen, die amerikanische Demokratie zu etablieren. (...) Ich kann nicht sagen, dass das gut ist. Ich weiß, dass Länder wie Libyen, nun ja, fast alle, in denen sie [die USA] versucht haben, Demokratie einzuführen, endeten mit harten Kriegen und schrecklichem Völkermord. Nach all dem sehe ich nicht, dass es jemandem dort gut geht. Jahre des Krieges, Kriege, Kriege und der Zustrom von Flüchtlingen nach Europa, besonders nach Deutschland im Moment. Man möchte helfen, aber es funktioniert nicht. (...) Ich meine, warum passiert das so, dass man die Flüchtlinge hier aufnehmen muss, Menschen, die überhaupt nichts haben, mit völlig anderen Regeln, inneren Überzeugungen und ganz anderen Idealen. Sie können es nicht, sie akzeptieren es nicht, sie wollen diese Demokratie nicht. Sie sind sogar dagegen und erheben sich dagegen. (Swetlana, I031)

Auch Jewgenij thematisiert die US-amerikanische Demokratie: Trotz allgemeiner Skepsis zieht er die USA dennoch als gutes Beispiel eines stabilen und beständigen politischen Systems heran. Er glaubt, das funktionierende System der Checks and Balances ermögliche es, die Macht des Präsidenten zu begrenzen und die negativen Auswirkungen seiner Amtszeit zu mildern:

Ich betrachte die amerikanische Demokratie sehr skeptisch, aber dennoch denke ich, dass die Idee der amerikanischen Demokratie darin besteht, dass es einen schlechten Trump gibt, aber maximal in acht Jahren wird er nicht mehr da sein und er wird nicht alles ruinieren können, denn es gibt ein System, es gibt Bürgermeister von Städten, die ihm widerstehen können, es gibt Gerichte und so weiter. In diesem System, das vielleicht nicht unbedingt schlechte, aber nicht herausragende Präsidenten zulässt, bleibt alles sozusagen nach jedem Menschen unverändert und wird nicht ruiniert. In anderen Systemen können wir das auf keine Weise garantieren. (Jewgenij, I029)

Es gibt eine Gruppe unter den Befragten, die entweder Demokratie grundsätzlich als vertretbare Staatsform ablehnen und als nicht existent betrachten bzw. mit der gegebenen Demokratiepraxis äußerst unzufrieden sind. Die Ablehnung von Demokratie als Regierungsform bzw. Unzufriedenheit mit der Demokratie geht manchmal mit der Billigung von bzw. Neigung zu einer diktatorischen Regierungsform oder autoritären Praktiken einher. Diktatur ist teilweise mit positiven Eigenschaften besetzt und wird als Garantie für Sicherheit und Ordnung gesehen. Oft werden Verschwörungstheorien propagiert oder behauptet, dass demokratische Prozesse manipuliert oder nicht authentisch sind. Beispielsweise stellt Wadim (I022) den Begriff „Demokratie“ als sinnentleert und inhaltslos dar, welcher dazu beliebig und je nach Eigeninteresse verwendet und missbraucht wird. Er unterstellt, dass das Wort „Demokratie“ dann heuchlerisch verwendet wird, wenn „etwas Schlimmes zu tarnen versucht“ wird. Er spitzt es folgendermaßen zu:

Na ja, auch mit demokratischen Bomben kann man alle bombardieren [und] mit demokratischen Schlagstöcken alle schlagen. Das mögen wir. (Wadim, I022)

Pawel beklagt, dass unter dem Begriff „Demokratie“ nur skrupellos eigene nationale Interessen bedient werden. Er steht der Demokratie sehr skeptisch gegenüber, besonders wenn es um geopolitische Konflikte und wirtschaftliche Interessen geht. Als Beispiel nennt er den Machtwechsel in der Ukraine, den er nicht als echten Umbruch, sondern als von äußeren Interessen gesteuerten Putsch sieht. Für ihn wird Demokratie von den Mächtigen definiert, die sie als Mittel benutzen, um die Interessen einer kleinen Elite durchzusetzen und um die Gesellschaft gegeneinander auszuspielen:

Nun, zum Beispiel hat Stalin gut über Demokratie geschrieben. Nach einem Gespräch mit Roosevelt sagte er: ‚Genosse Roosevelt erklärte mir, was Demokratie ist, und ich verstand, was Demokratie ist. Das ist die Macht des amerikanischen

Volkes.' So etwas. Jeder zieht die Decke auf seine Seite. Dabei suchen sie alle ihren eigenen Vorteil, für sich selbst und für ihre Länder und Unternehmen. Sie haben geholfen, einen, nennen wir die Dinge beim Namen, Putsch in der Ukraine zu organisieren. Deutsche Kapitalisten haben sehr geholfen. Es gab einen Putsch, jetzt gibt es dort einen Bürgerkrieg in der Ukraine. Die Menschen fliehen von dort, egal wohin. Aber die Deutschen wollen nur ihre Produkte verkaufen. Auch in die Ukraine. Wichtig ist die Durchsetzung eigener nationaler Interessen, und die ganze Demokratie ist Nonsens. (Pawel, I011)

Für Pawel wird Demokratie von den Mächtigsten definiert, die sie als Machtmittel ausnutzen, um Politik und Wirtschaft zu kontrollieren. Er betrachtet Demokratie als eine Illusion, die dazu dient, die bestehenden Machtstrukturen aufrechtzuerhalten und die Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Dabei führt er die USA als negatives Beispiel an:

Aber diese ganze Demokratie – das ist alles Unsinn. Alles, was im Fernsehen gezeigt wird, ist, eine Menschenmenge gegen eine andere zu hetzen und zu sagen, dass er kein Demokrat ist, aber ich bin ein Demokrat. Man muss ihn entfernen, ersetzen und mich einsetzen. Das ist alles Unsinn. (...) Man kann kurz sagen, dass Demokratie die Macht der Demokraten ist. Wer sich selbst Demokrat nennt, wird dort regieren. Nun, in Amerika ist das so. Ich verstehe wirklich nicht, es gibt nur zwei Parteien: Republikaner und Demokraten. Gibt es andere Parteien? Es gab doch Kommunisten. Warum wurden sie weggeschafft? Ein Teil der Bevölkerung würde für die Kommunisten stimmen. (Pawel, I011)

Der Bezug zu den USA findet sich auch bei einem anderen Befragten. Jurij leugnet, dass es eine demokratische Mehrheit gibt, die etwas entscheidet oder in der Gesellschaft bewegt. Demgegenüber gibt es für ihn eine fremde, mächtige Großmacht, deren Steuerung und Kontrolle alle anderen Regierungen ausgesetzt sind:

Es sind zehn Geldsäcke in Amerika, die über alles etwas entscheiden. Dabei spreche ich nicht vom Präsidenten. Es gibt da einige, [eine Art Rothschilds]. Der neue ukrainische Präsident zum Beispiel fährt nach Amerika. Alle fahren nach Amerika. (...) Lukaschenko und Putin haben sich [auch nach Amerika] losgemacht. (...) Aber wenn wir Marionetten sind, sind sie auch jemandes Marionetten. (...) Sogar, als Putin entschied, grob gesagt, die Krim abzuzocken - friedlich, aber dennoch abzuzocken - trotzdem wurde er von Amerika gerügt. (...) Also wir haben keine Demokratie. Ein paar Menschen regieren politisch und sagen ,Wir machen es so.' (Jurij, I05)

Auch auf der Ebene der Bürger wird das Leben von oben bestimmt. Jurij beklagt, dass es unter Demokratie wenig Wohlstand gibt und kein würdevolles, selbstbestimmtes Leben. In Bezug auf Deutschland wird eine Verschlechterung des Wohlstandes seit der Einführung des Euro gesehen. Jurij behauptet, dass die Lebensqualität unter dem Euro gesunken sei und die Menschen weniger Kaufkraft hätten. Er sieht eine zunehmende Entfremdung der Menschen von ihrem eigenen Leben und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der wirtschaftlichen Sicherheit und kritisiert, dass die Menschen verarmen und von den Mächtigen ausgenutzt werden:

Als es die Deutsche Mark in Deutschland gab, lebten die Deutschen stabiler, besser. Unter Euro lebt man schlechter. Auch was Lohn angeht (ich kenne mich ein wenig mit Polen und der Ukraine aus). Nirgendwo leben die Menschen gut. Zahlreiche Arbeiter leben nicht normal. Alle befinden sich unter dem Daumen. Um was für eine Demokratie geht es? Man hat entschieden, wie viel man verdienen muss, um am Leben zu bleiben. Unter der Deutschen Mark konnten sich Deutsche mehr leisten. Heute [ist es viel teurer geworden], zu essen und zwei Kisten Lieblingsbier pro Woche zu trinken. Das ist keine Demokratie. (...) Wir leben wie Roboter, alles ist vorbestimmt, wie man arbeiten und wie viel zahlen muss. (...) Die einfachen Menschen werden nicht wohlhabender. Sie arbeiten viel, aber können nichts verdienen, denn die Machthaber berauben sie, um sich zu bereichern. (Jurij, I05)

Gleichzeitig gibt er zu, dass es sich in Deutschland freier leben lässt und man sozial abgesichert ist, wenn man in eine schwierige Lage gerät:

Man hat Sicherheit, auch wenn man den Job verloren hat. Aber es ist keine Demokratie. (Jurij, I05)

Häufig wird bei Befragten dieser Gruppe das Thema Ordnung und Sicherheit in Verbindung mit Demokratie genannt. Arkadij setzt Demokratie mit Anarchie gleich, denn in beiden Formen gelte: „jeder macht, was er will“. Arkadij mahnt z. B. an, dass angesichts der Zunahme von Gewalt und Straftaten der Staat Sicherheit und Ordnung nicht gewährleisten kann. Dies gilt sowohl für demokratische als auch für nicht demokratische Staaten: Der Unterschied verschwimmt, wenn die Gesetze nicht beachtet werden:

In der EU und in den anderen sogenannten demokratischen Staaten gibt es keine Gesetze, die Verbrechen verhindern bzw. scharf verurteilen würden. Sie sind zu mild und können absolut nichts bewirken. Das Gleiche gilt für Russland und die Ukraine. (Arkadij, I021)

Als Ursache nennt er die Zunahme der Einwanderer, welche gegen soziale Normen verstoßen oder diese ignorieren und welchen mangelnder Integrationswille und das Ausnutzen des Aufnahmestaates unterstellt wird:

Es gibt keine Instrumente, um die Gesetze zu schützen und Verbrechen zu bestrafen. Deutschland tendiert zunehmend zu Anarchie, denn es gibt viele Einwanderer nicht unbedingt nur Flüchtlinge aus Afrika, sondern auch aus Polen, Rumänien, die die Gesetze dieses Landes nicht akzeptieren und verstehen wollen. Sie kommen hierher, nur um sich zu bereichern, und nicht, um Grundlagen der Demokratie und Ordnung zu lernen. Daher verschlechtert sich die Situation hierzulande. (Arkadij, I021)

Julija bringt Demokratie mit den Gefahren uneingeschränkter Freiheit in Verbindung. Es soll allgemeingültige Werte und Normen geben, die von den Bürgern befolgt und vom Staat geschützt und kontrolliert werden. Als Orientierung und positives Beispiel wird die Sowjetunion genommen, wo leitende, von oben bestimmte Grundsätze galten, welche die Gesellschaft zusammenhielten:

Einschränkungen sollen existieren für Dinge, die den allgemeinmoralischen Prinzipien widersprechen und nicht öffentlich gemacht werden sollen wie Pädophilie oder Pornographie. Das soll man den Kindern und der Mehrheit nicht zeigen, sonst bedroht es die kulturellen Werte und die Moral, die sich Jahrzehnte lang entwickelten. (...) Es gibt bestimmte moralische, ästhetische und kulturelle Einschränkungen, die notwendig sind, um Schaden zu vermeiden. Grenzenlose Freiheit bringt nichts Gutes und führt zum Chaos. (Julija, I06)

Im Gegensatz zur als regellos empfundenen Freiheit in Demokratien betont Julija die gemeinsame gesellschaftliche Ausrichtung in der Sowjetunion, der das Kollektiv verpflichtend folgte. Aus ihrer Sicht bot diese übergeordnete Führung Schutz vor Chaos und Zerfall. Demokratie wurde dabei nicht als unbegrenzte Freiheit verstanden, sondern als durch das Gemeinwohl begrenzter Ordnungsrahmen. Um gesellschaftliche Stabilität zu sichern, erschien es legitim, einzelne Interessen zu opfern:

Es muss eine allgemeine Richtung geben, um nicht zugrunde zu gehen. In der Sowjetunion war die Demokratie durch die gemeinsamen Ziele eingeschränkt. Zum Beispiel steht das Kollektiv über dem Individuum, sonst kann es zu Konfrontationen kommen. Man muss das kleinste Übel auswählen: Wer soll zugrunde gehen, alle oder einer? (Julija, I06)

Auch Jurij äußert eine klare Präferenz für starke autoritäre Führung. Er betont, dass die kommunistische Partei in der Sowjetunion eindeutige Vorgaben machte, an denen sich die Menschen orientieren konnten:

In der Sowjetunion war es ganz anders. Dort gab es eine führende Partei, die eine Richtung für alle vorgegeben hat. (...) In der Sowjetunion war es ein autoritäres Regime, weil es mit Stärke verbunden war. Es war Diktatur. Eine Diktatur ist, wenn das Familienoberhaupt der Frau sagt, in die Küche zu gehen und zu kochen, oder die KPSS sagt, wieviel man ernten soll. (Jurij, I05)

Schließlich behauptet z. B. Pjotr, dass eine Diktatur in jedem Land unbedingt erforderlich sei und dass es in Deutschland bereits eine umfassende Diktatur gebe, die sogar schlimmer sei als die in der ehemaligen Sowjetunion. In diesem Zusammenhang beklagt er die Macht der Regierung in Deutschland als übermäßig und undemokratisch, weil es eine Form der Alleinherrschaft in Deutschland gibt, in der Minister ohne Diskussionen Gesetze erlassen und die Bevölkerung diese ohne Fragen befolgt:

Eine Diktatur ist in jedem Land unbedingt erforderlich. Das ist nur ein Name. Aber im Prinzip wird es zu Anarchie, wenn es keine Diktatur von oben gibt. Hier in Deutschland gibt es auch eine Diktatur, und zwar eine sehr umfassende. Sogar mehr als es damals in der Sowjetunion war. Hier kann ein Minister alleine und sogar ohne Diskussion einfach irgendeine Anordnung erlassen. (...) Alle werden es ohne jegliche Frage befolgen. Das ist reine Diktatur. (...) Und nicht nur meine. Aber Demokratie ist genau das, wenn alle Schritte, die unternommen werden müssen, diskutiert werden, wenn irgendeine Art von Diskussion, irgendeine Auswahl des besten Weges erfolgt. Dann ist es eine Demokratie [und] keine Alleinherrschaft. Das ist Demokratie. Das Recht auf Meinungsäußerung, wenn ich zum Beispiel für eine

bestimmte Partei stimme, wie ich möchte. Im Prinzip sollte man sich auch äußern können, wenn man mit jemandem nicht einverstanden ist. (...) Es sollte [solche] Demokratie geben, aber es gibt sie nicht. (Pjotr, I014)

5.3 Orientierungen gegenüber der Rolle des Staates

Im folgenden Kapitel werden die Einstellungen postsowjetischer Migranten in Deutschland zur Rolle des Staates behandelt. Dabei wird untersucht, welche zentralen Funktionen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sie dem Staat zuschreiben. Die Ergebnisse der qualitativen Interviews werden durch die Resultate der quantitativen Umfrage thematisch ergänzt und miteinander verglichen.

Auf die Frage „Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Funktionen des Staates?“ äußern viele Befragte in den qualitativen Interviews umfassende und eingehende Erwartungen an den Staat. Sie schreiben ihm eine weitreichende Verantwortung für die Organisation und das Funktionieren des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie für das Wohl der Bürger zu. Der Staat soll die Interessen der Bürger genau kennen und deren Bedürfnisse entsprechend erfüllen:

Der Staat soll für den Aufbau der Gesellschaft sorgen und sich darum kümmern, dass die Gesellschaft funktioniert. Der Staat soll dafür sorgen, dass die Menschen in diesem Staat gut leben, und zwar aus Sicht der Bürger und nicht des Staates. (Dmitrij, I026)

In den meisten Antworten lässt sich ein Antagonismus zwischen dem Staat und den Bürgern spüren. Der Staat wird als zentrale Instanz betrachtet. Die Bürger werden als Auftraggeber und Kunde verstanden, dem Staat wird eine einem Auftragnehmer ähnliche Rolle eingeräumt, der sich stets in der Leistungspflicht befindet und im vollständigen Dienst des Volks steht:

Mir hat der Film „Diener des Volkes“³⁰ mit Selenskyj sehr gut gefallen (...). Dort ist es genau richtig dargestellt: Die gewählten Regierenden müssen für die Menschen arbeiten, und nicht gegen sie. (Jurij, I05)

Die Interviews offenbaren eine tief verwurzelte Erwartungshaltung vieler Befragter gegenüber dem Staat, der vorrangig als zentrale Schutzinstanz verstanden wird. Sicherheit gilt dabei als ein Bereich, der außerhalb der Einflussmöglichkeiten und Zuständigkeit der Bürger liegt. Die Gesellschaft zieht sich bewusst aus diesem Bereich zurück und überträgt die Verantwortung vollständig an den Staat. Im Gegenzug wird ihm das alleinige Recht zugestanden, legitime Gewalt zur Wahrung von Ordnung und Sicherheit auszuüben:

³⁰ „Diener des Volkes“ (ukrainisch: Слуга народу, transl.: Sluha narodu, deutsch: Diener des Volkes) ist eine Polit-Comedy-Serie über eine fiktive Geschichte eines Geschichtslehrers, der zum Präsidenten der Ukraine wird.

In erster Linie muss der Staat die Sicherheit gewährleisten. Diese Funktion kann von den Bürgern selbst nicht getragen werden. Das bedeutet also, dass ein Gewaltmonopol erforderlich ist. (Iwan, I018)

Der Schutz vor externen Bedrohungen besitzt für viele Befragte einen nahezu sakralen Stellenwert. Ihre Aussagen spiegeln ein stark sicherheitsorientiertes Staatsverständnis wider: Der Staat wird als unverzichtbare Schutzinstanz gesehen, deren wichtigste Aufgabe darin besteht, Stabilität zu gewährleisten und die Bevölkerung vor Gefahren zu bewahren. Die staatliche Verantwortung für Sicherheit wird eng mit dem Erhalt der nationalen Souveränität verbunden, die als besonders wertvoll und schützenswert gilt. In diesem Zusammenhang gelten starke und kampffähige Streitkräfte als essenzielle, unverzichtbare Institution:

[Der Staat soll] den Schutz der äußeren Grenzen vor potenziellen Feinden [gewährleisten]. Die Armee muss es unbedingt geben. Und zwar eine starke. (Konstantin, I030)

Einige Befragte, darunter Pawel (I011), heben den Schutz der staatlichen Souveränität als höchstes Gut hervor. In seinen Aussagen verweist er auf Russland und die Ukraine und deutet damit an, dass er die Entwicklungen in der postsowjetischen Region als mahnendes Beispiel für den Verlust staatlicher Unabhängigkeit sieht. Für ihn ist staatliche Souveränität eng mit der Fähigkeit verbunden, äußere Einflüsse abzuwehren und die Eigenständigkeit des Landes zu sichern:

[Der Staat muss] seine Souveränität schützen. Das ist das Allererste. So wie Russland es tut. Es ist sehr kostbar. Souveränität ist kostbar. Ohne sie wird es so wie in der Ukraine. (Pawel, I011)

Eine wesentliche Funktion des Staates besteht aus Sicht der meisten Befragten darin, für Sicherheit und öffentliche Ordnung zu sorgen sowie den gesellschaftlichen Frieden zu wahren. Der Staat soll jedem Einzelnen Schutz vor Kriminalität und Gewalt bieten. Dieses Sicherheitsverständnis besteht unabhängig davon, wo man sich aufhält. Der Staat erscheint somit als umfassende Schutzinstanz, deren Verantwortung für seine Bürger über rein geografische Grenzen hinausgeht. In den Interviews werden dabei verschiedene Bedrohungsszenarien genannt, die sowohl äußere Gefahren als auch Risiken im Inneren umfassen, etwa durch Mitbürger oder Migranten:

Schutz, in erster Linie. Sicherheit überall. Wenn man in ein anderes Land migriert, soll der Staat einen dort beschützen, falls einem dort etwas passiert. Ihn holen, seine Interessen schützen. Auch im Lande. Der Staat soll einen vor anderen Bürgern beschützen, die rechtswidrig handeln. (...) Der Staat soll illegale Migration verhindern oder kontrollieren. (Polina, I024)

Darüber hinaus wird der Staat von vielen Befragten als Instanz gesehen, die für Ordnung in der Gesellschaft sorgen soll. Dabei wird erwartet, dass er Freiheiten dort begrenzt, wo dies notwendig erscheint, etwa um Gewalt, Kriminalität, Ungerechtigkeit oder Machtmissbrauch zu

verhindern. Besonders wichtig ist dabei die Vorstellung, dass der Staat soziale Ungleichheiten ausgleichen und Menschen schützen soll, die sich selbst nicht durchsetzen können. In dieser Perspektive wird der Staat als unverzichtbar betrachtet, um Schwächen im gesellschaftlichen Gefüge auszugleichen und grundlegende Gerechtigkeit zu sichern. In diesem Zusammenhang berufen sich manche Befragte wie z. B. Pawel auf eine negative Erfahrung der instabilen 1990er Jahre in Russland, die er als eine Zeit beschreibt, in der kriminelle Machenschaften und Gesetzlosigkeit dominierten, was vielfache skrupellose und rechtswidrige Bereicherung begünstigte:

Es muss jemanden geben, der die Verhältnisse reguliert. Denn einer kann viel unrechtmäßig einsacken und sagen: ‚Verpiss dich, ich mache, was ich will.‘ So wie wir es in den 90ern hatten, als wir kriminelle Kriege hatten. Wer schnell war, hat abgezockt. (Pawel, I011)

Für viele Befragte hat der Staat die Aufgabe, das Funktionieren der Wirtschaft und der Gesellschaft durch die Schaffung eines rechtlichen Rahmens und die „Gewährleistung der Hoheit des Rechts“ (Anastasija, I028) zu ermöglichen und diesen Rahmen auch entsprechend auszufüllen. Wichtig sei es, dass die Gesetze den Lebensrealitäten, Interessen und Bedürfnissen der Menschen entsprechen, auf die sie angewandt werden. Die Menschen sollen sich in den Gesetzen wiederfinden und durch sie Schutz erfahren:

Der Staat muss in erster Linie sein Volk schützen. Die Gesetze und Verordnungen müssen an sein Volk angepasst sein. *Sein* Volk und alles, was dazugehört. (Anatolij, I07)

Dem Staat wird außerdem von mehreren Befragten eine umfassende soziale Funktion eingeräumt. Der Staat soll dafür sorgen, dass das Sozialsystem für die Bürger funktioniert. Insbesondere steht die soziale Sicherung im Vordergrund. So wird beispielsweise von Olga und ebenso Wiktorija (I08) und Ljudmila (I025) ein Staat gewünscht, welcher Unterstützung bei Lebensrisiken gewährleistet und denjenigen „den Rücken deckt“, die in eine schwierige Lage geraten sind oder nicht mehr gut für sich selbst sorgen können:

Aber auch die Sicherheit [ist wichtig], dass die Leute das Gefühl haben: Ich bin hier gut aufgehoben. Also ich habe immer jemanden, der hinter mir steht, bei Lebensphasen, in denen es mir nicht so gut geht, dass es da die Stellen gibt, die sich darum kümmern. (Olga, I01)

Mehrere Befragte, darunter Lidija (I015), Pjotr (I014) und Iwan (I018), sprechen über soziale Gerechtigkeit und sehen den Staat in der Pflicht, für ein Mindestmaß an Lebensqualität zu sorgen. Dabei heben sie hervor, dass es Aufgabe des Staates sei, Armut zu verhindern und die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen abzusichern. Der Staat wird als Garant für ein menschenwürdiges Leben gesehen:

Der Staat muss den Menschen minimale anständige Lebensniveaus gewährleisten. Man muss unterscheiden zwischen der Aufgabe, Chancen zu ermöglichen, und der Sicherung eines minimalen anständigen Lebensniveaus. Es gibt immer Menschen, denen keine Chancen helfen werden. Ein Staat sagt: ‚Wir können nicht zulassen, dass sie vor Hunger und Kälte sterben.‘ Ein anderer Staat sagt: ‚Doch.‘ Das ist für mich die primäre Aufgabe oder jedenfalls die sekundäre oder tertiäre – nach der Gewährleistung der Sicherheit. (Iwan, I018)

Kritik an staatlicher Überfürsorge kommt vereinzelt zur Sprache. Lediglich eine Person hat die Nachteile eines Sozialstaates angesprochen. Anastasija (I028) meint, dass Menschen sich zu stark auf staatliche Hilfe verlassen und deswegen weniger Anreize haben, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu verdienen:

Der Staat soll die Bedingungen schaffen. Ich bin gegen das soziale System. Es ist zwar gut und human, aber es entspannt die Menschen, mobilisiert nicht. (...) Nicht alle müssen Akademiker werden, aber alle können sich entwickeln und das Leben im Griff haben. Ein Puffer mobilisiert nicht. (Anastasija, I028)

Die Daten der quantitativen Umfrage bestätigen weitgehend die Erwartungen der Befragten an eine staatlich organisierte soziale Absicherung. Abbildung 12 zeigt die Ergebnisse auf die Frage, welcher Ansicht zur sozialen Absicherung der Bevölkerung sie eher zustimmen. Mehr als 43 % der Befragten sprechen sich dafür aus, dass der Staat Menschen in schwierigen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit oder Krankheit unterstützen sollte. Etwa ein Drittel (rund 31 %) ist der Meinung, dass der Staat darüber hinaus auch die Verantwortung trägt, *allen* Bürgern einen bestimmten Lebensstandard zu sichern und nicht nur im Notfall, sondern grundsätzlich. Rund 17 % vertreten die Ansicht, dass staatliche Hilfe auf besonders hilfsbedürftige Gruppen wie Rentner, Menschen mit Behinderung oder Waisen beschränkt bleiben sollte. Nur eine kleine Minderheit von etwa 7 % befürwortet ein Modell, in dem der Staat sich möglichst wenig in soziale Absicherung einmischte. Diese Gruppe ist kritisch gegenüber einer umfassenden staatlichen Fürsorge und vertritt die Meinung, dass jeder selbst für seine Lebensführung verantwortlich sein sollte, ohne staatliches Eingreifen.

„Mit welcher Ansicht zur sozialen Absicherung der Bevölkerung stimmen Sie am meisten überein?“

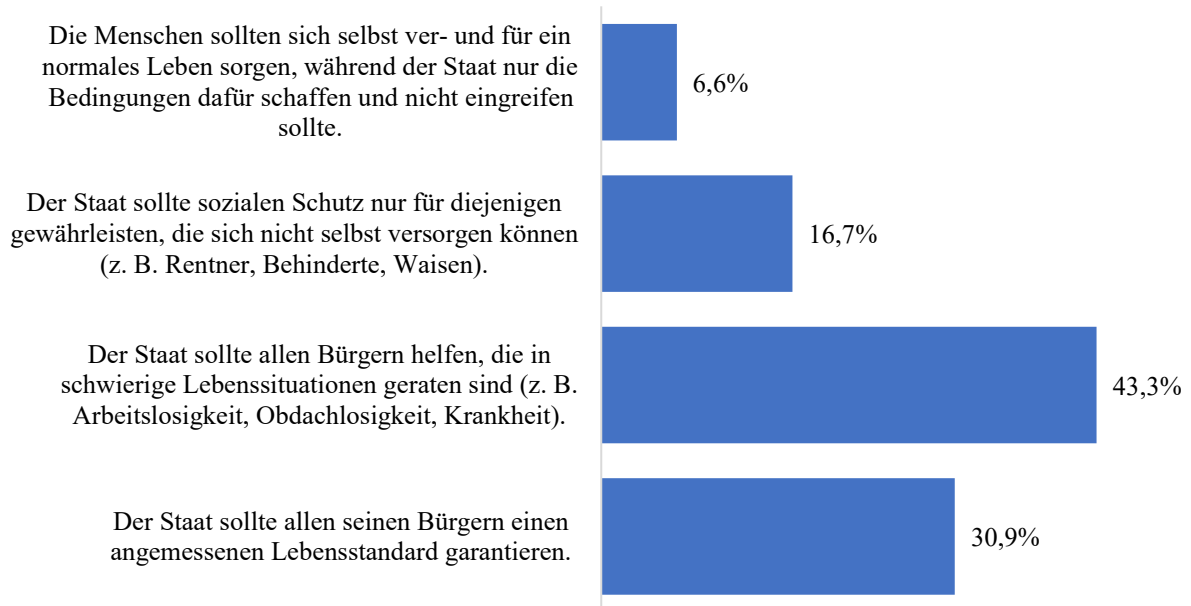


Abbildung 12: „Mit welcher Ansicht zur sozialen Absicherung der Bevölkerung stimmen Sie am meisten überein?“ (Umfrage 1, Frage 27)

Anmerkung: n = 288, k. A. / weiß nicht = 2,4 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Die Bedeutung des Themas Alterssicherung wird auch durch die quantitativen Umfrageergebnisse deutlich (Abbildung 13). Eine deutliche Mehrheit von insgesamt 70 % der Befragten unterstützt die Aussage, dass der Staat allen Bürgern ein würdevolles Altern garantieren sollte, unabhängig von ihrem Beitrag während ihres Lebens.

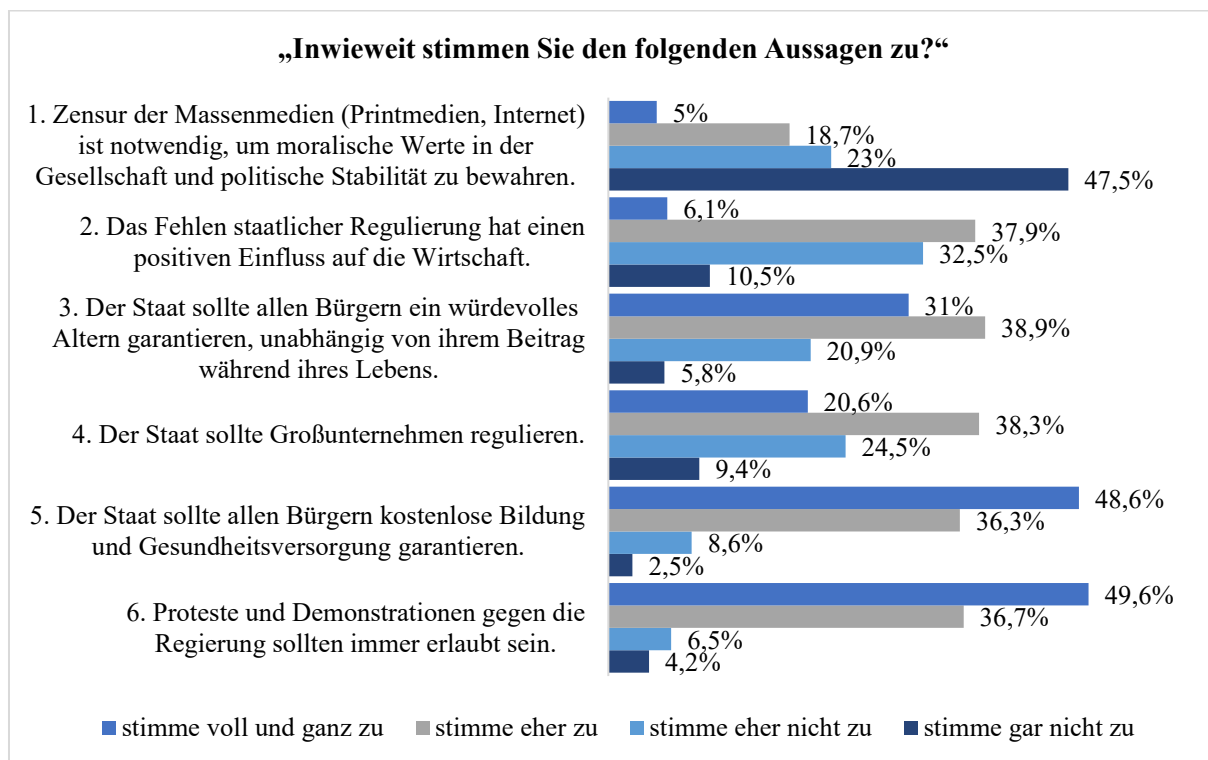


Abbildung 13: Frage zur Regulierung verschiedener Lebensbereiche durch den Staat: „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“ (Umfrage 1, Frage 29)

Anmerkung: n = 279, weiß nicht = 5,7 % (1), 13 % (2), 3,6 % (3), 7,2 % (4), 4 % (5 und 6). Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Auch zeigen die Ergebnisse die breite Zustimmung für staatliche Fürsorge in Bereichen des öffentlichen Interesses. Wie Abbildung 13 zeigt, sieht die überwiegende Mehrheit der Befragten soziale Rechte als grundlegende staatliche Aufgabe an: Ca. 85 % der Befragten befürworten, dass existenzielle Lebensbereiche wie Medizin und Bildung durch den Staat allen Bürgern kostenlos garantiert werden müssen.

Auch in den Interviewgesprächen befürworten einige Befragte, dass die sozialen Systeme in staatlichen Händen sein sollen, um soziale Versorgung und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Der Staat gilt als Garant für Qualität und Stabilität der lebenswichtigen Versorgung. Bildung, Medizin, Polizei und staatliche Fiskalorgane gehören zu den öffentlichen Bereichen, die im öffentlichen Interesse stehen, und dürfen nicht an den privaten Sektor übergeben werden:

Ich denke, dass Medizin ausschließlich staatlich sein muss. Bildung muss auch komplett in staatlichen Händen liegen. Ich bin gegen die Privaten. Bildung, Medizin, natürlich auch Fiskalbehörden und Polizei – das muss ein staatlicher Apparat sein. Das andere ist im Prinzip egal. Erhebe Steuern und Sorge dafür, dass überall Ordnung ist. Und das war’s. (Konstantin, I030)

Die Mehrheit der Befragten schränkt allerdings die Rolle des Staates bei der Regulierung der Massenmedien ein, auch wenn es um den Schutz von moralischen Werten und die Sicherstellung politischer Stabilität geht. Die Zensur von Massenmedien wird von ca. 70 % der Umfrageteilnehmer abgelehnt (Abbildung 13).

Dem Staat wird unter anderem eine weitgehende Verteilungsfunktion eingeräumt. Mit den sozialen und regulatorischen Aufgaben eines Staates verbindet sich die Vorstellung einer gerechten Ressourcenverteilung. Der Staat wird dabei als eine Art „Volkswirt“ verstanden, der die Kontrolle über die Wirtschaft behält und die Ressourcen des Landes so verwaltet, dass alle Bürger ausreichend versorgt sind. Swetlana beschreibt den Staat in diesem Zusammenhang als einen Wirtschaftler, der in der Lage sei, „den Haushalt effizient und produktiv zu führen“ (Swetlana, I031).

Manche Befragte äußern in diesem Zusammenhang anhand des Beispiels Deutschland Kritik an der marktbedingten Verteilung von Ressourcen und wünschen sich mehr staatliche Regulierung, die dem entgegenwirkt und die soziale sowie wirtschaftliche Ordnung stärkt. Es wird bemängelt, dass der Staat in Deutschland nicht ausreichend handelt, um eine gerechte Verteilung und soziale Sicherheit zu gewährleisten, und daher wird die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe gesehen. Anastasija (I028) plädiert für eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschaft und verweist dabei auf das theoretische Ideal aus der Sowjetunion, wo der Staat als Garant sozialer Gerechtigkeit gedacht war. Sie kritisiert die gegenwärtige Ordnung als ungerecht und fordert staatliche Eingriffe, etwa zur Regulierung des Arbeitsmarktes und zur Förderung sozialer Investitionen, und betont:

Ich bin nicht sicher, ob es richtig ist, aber ich denke, der Staat soll sich ein wenig in die Marktwirtschaft einmischen. Wobei, das läuft der Organisation dieses Staates zuwider. Allerdings so, wie es derzeit läuft, ist es eine ungerechte Verteilung und der Staat soll sich einmischen. (...) Der Staat soll regulieren, damit die Firmen Interesse haben, in die sozialen Strukturen zu investieren und ihr Geld in Kitas, Krankenhäuser, Kurorte zu stecken. Der Staat ist verpflichtet dazu. So wie es in der Theorie in unserem Land [Sowjetunion] angedacht wurde. Es wäre besser, wenn der Staat [Deutschland] sich mehr um die Arbeitsmarktregulierung kümmern würde. Denn das Rentenalter geht bis 67 Jahre, aber es gibt nicht genug Arbeitsplätze für 67-Jährige. Bevor das Rentenalter erhöht wird, sollte man klären, wie es realisiert wird, und nicht jeden sich selbst überlassen und schauen, was da rauskommt. (Anastasija, I028)

Entgegen der Mehrheit der Interviewpartner zeigen zwei Befragte, Irina (I09) und Dmitrij (I026), jedoch eine skeptische Haltung gegenüber dem Staat als Eigentümer sowie gegenüber der starken Einmischung in die Wirtschaft und dem Betreiben gewinnorientierter Geschäfte durch den Staat:

Der Staat soll kein Recht haben, sich direkt in die Wirtschaft einzumischen. Der Staat hat kein Recht an der Produktion oder an zu vielen Immobilien usw. Sonst funktioniert es nicht. Es ist sehr wichtig, dass der Staat keine kommerzielle Tätigkeit ausübt. (Dmitrij, I026)

Die Antworten auf Fragen zur Rolle des Staates in der Wirtschaft fallen uneinheitlich aus. Die Aussage, eine auf staatlicher Planung und Verteilung beruhende Wirtschaft sei richtiger als eine

Marktwirtschaft, wird von rund 65 % der Befragten abgelehnt (Abbildung 14). Auch bei der Frage, ob „das Fehlen staatlicher Regulierung einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft“ hat, gehen die Meinungen auseinander: Rund 44 % stimmen dem zu, etwa 43 % sind dagegen (Abbildung 13). Eine Mehrheit von insgesamt rund 59 % befürwortet die Aussage, dass der Staat Großunternehmen regulieren sollte. Gleichzeitig spricht sich rund ein Drittel der Befragten gegen diese Form staatlicher Regulierung aus.

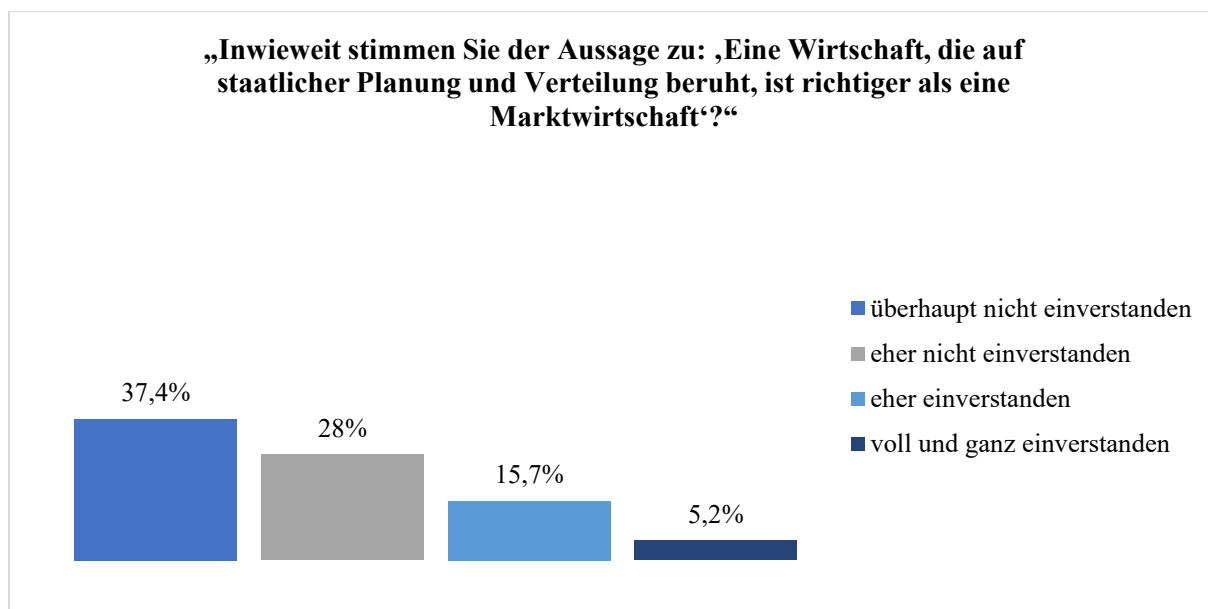


Abbildung 14: „Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu: ‚Eine Wirtschaft, die auf staatlicher Planung und Verteilung beruht, ist richtiger als eine Marktwirtschaft?‘“ (Umfrage 1, Frage 28)

Anmerkung: n = 286, k. A. / weiß nicht = 13,6 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Eine eher selten benannte, aber dennoch bedeutsame Erwartung gegenüber dem Staat betrifft dessen Funktion als Ermöglicher individueller Entfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Nur zwei Interviewteilnehmer thematisieren explizit, dass der Staat auch Rahmenbedingungen schaffen solle, in denen persönliche Entwicklung, politische Partizipation und soziale Gleichberechtigung gewährleistet sind. In den folgenden Zitaten wird deutlich, dass in wenigen Fällen auch ein emanzipatorisches Verständnis staatlicher Aufgaben artikuliert wird:

Als Erstes [gehört zu Funktion des Staates,] die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren. Dann sind die Möglichkeiten und gleiche Rechte für Bildung, Karriere, persönliche Entwicklung, und demokratische Prozesse zu gewährleisten, damit die Bürgerrechte nicht unterdrückt werden. (Wladislaw, I013)

Ich denke, der Staat ist mit der Fürsorge für die Bevölkerung beauftragt und er soll seine Ziele danach richten, (...) um maximale Möglichkeiten zu schaffen, damit die Menschen sich verwirklichen und entwickeln können. (Witalij, I04)

Damit steht diese Perspektive im Kontrast zum dominierenden Staatsverständnis, das vor allem durch Vorstellungen von Sicherheit, Kontrolle und Fürsorge geprägt ist. Die hier zitierten

Positionen betonen hingegen individuelle Autonomie, Rechte und gleichberechtigte Teilhabe, bleiben im gesamten Datenmaterial jedoch marginal.

5.4 Orientierungen gegenüber dem politischen „Selbst“: politisches Interesse und politische Partizipation

Im folgenden Kapitel wird die allgemeine Haltung postsowjetischer Migranten in Deutschland zur Politik untersucht, einschließlich ihres Interesses an Politik und ihrer politischen Partizipation. Dabei werden sowohl politische Erfahrungen in den Herkunftsländern und in Deutschland als auch die Bedeutung der Wahlbeteiligung thematisiert. Zudem werden die Einschätzung der eigenen Informiertheit in Deutschland und im Herkunftsland sowie das Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit betrachtet. Die Ergebnisse der quantitativen Umfrage und die Aussagen aus den qualitativen Interviews werden themenbezogen ergänzend und abwechselnd dargestellt.

Wie die Ergebnisse der quantitativen Umfrage in Abbildung 15 zeigen, geben die meisten Befragten an, sich insgesamt für die Politik in Deutschland sowie im Herkunftsland gleichermaßen zu interessieren (77,8 % bzw. 74,2 %). Knapp ein Viertel der Befragten gibt wenig oder gar kein Interesse an Politik an (22,2 % für Deutschland bzw. 25,8 % für das Herkunftsland).

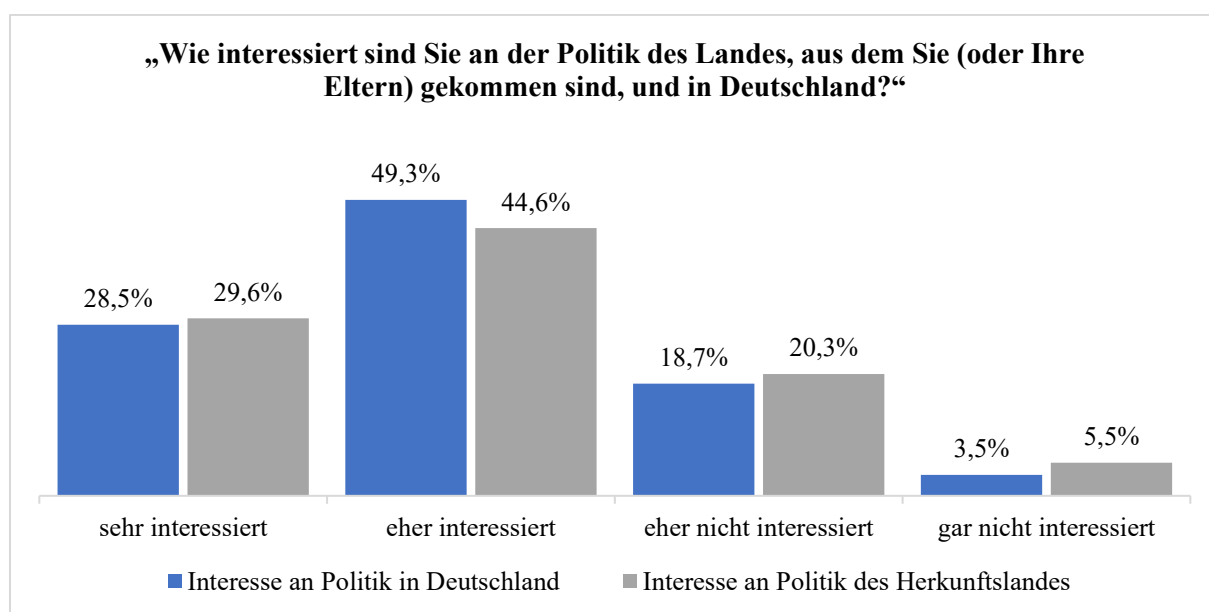


Abbildung 15: „Wie interessiert sind Sie an der Politik des Landes, aus dem Sie (oder Ihre Eltern) gekommen sind, und in Deutschland?“ (Umfrage 1, Fragen 8 und 9)
Anmerkung: n = 354 / 351, k. A. / weiß nicht = 1,2 % / 1,7 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Aus den qualitativen Interviews ergeben sich unterschiedliche Grade des politischen Interesses sowie verschiedene Bezüge zur Politik in Deutschland und im Herkunftsland. Beispielsweise zeigt Iwan ein breites Interesse an Politik. Insbesondere interessiert er sich für die deutsche

Politik, da sie seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland betrifft und inzwischen vertrauter geworden ist. Er ist jedoch weiterhin von den Ereignissen in Russland gefühlsmäßig berührt und verfolgt sie:

[Ich interessiere mich sowohl für russische als auch für deutsche Politik]. Ich würde sagen, hauptsächlich aber für deutsche Politik, einfach, weil sie für mich relevanter ist. Ich kenne sie vielleicht mittlerweile sogar besser und verstehe sie mehr als die Politik in Russland. Aber die russische Politik interessiert mich definitiv auch. (...) Es [Ereignisse in Russland] beschäftigt mich eher emotional. Deshalb würde ich sagen, dass es mich zwar nicht beunruhigt, aber es interessiert mich. (Iwan, I018)

Hingegen lebt Walentina seit 30 Jahren in Deutschland und kennt sich nur begrenzt mit deutscher Politik aus. Sie zeigt weiterhin eine starke Verbindung zur Politik des Herkunftslandes, die u. a. durch das Konsumieren russischer Nachrichten geprägt ist, und durch ihre doppelte Staatsangehörigkeit hat sie Bezug zu beiden Ländern:

Ehrlich gesagt, weiß ich nicht viel über die deutsche Politik. (...) Ich kann Ihnen offen gestehen, ich bin schuldig: Ich (...) schaue ausschließlich russisches Fernsehen. Ich habe die doppelte Staatsbürgerschaft. Bis 2005 gab es die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen, ohne auf die russische zu verzichten. Das ist sehr praktisch. (...) Ich bin quasi Dienerin zweier Herren. Es gab eine Zeit, da bin ich eine Woche wählen gegangen: Putin oder nicht Putin, und die nächste Woche: Merkel oder nicht Merkel. Nun, ich bin immer noch hier und dort. (Walentina, I023)

Auch Lidija hat eine stärkere emotionale Bindung an das Herkunftsland, was sich darin zeigt, dass ihr Interesse eher der russischen Politik gilt:

[E]s [russische Politik] ist verständlicher und näher. Und man möchte, dass es ihnen immer gut geht, auch ohne uns. (Lidija, I015)

Demgegenüber hat z. B. Wadim den Bezug zur und das Interesse an Politik in seinem Herkunftsland Kasachstan verloren. Sein Desinteresse begründet er durch die unzulängliche politische Situation in Kasachstan, wo die Politik die Belange der Menschen ignoriert und stark von Korruption geprägt ist. Er betrachtet sie als zu primitiv, um sich mit ihr zu beschäftigen:

Dort [in Kasachstan] interessiere ich mich praktisch für gar nichts mehr. (...) Die Familie Nasarbajew hat schon lange alles unter sich aufgeteilt. Sie kümmern sich überhaupt nicht um die Bevölkerung. Es ist ihnen egal. (...) Ihr Problem ist jetzt, dass nicht mehr die Russlanddeutschen, sondern die jungen Kasachen nach Amerika und Europa fliehen, nur um wegzukommen. Deshalb haben sie einen enormen Abwanderungsverlust. Deshalb ist die Politik dort sehr einfach. Man kann sie in drei Sekunden erklären. (Wadim, I022)

Mehrere Befragte haben entweder gar kein Interesse an Politik oder zeigen auch bei vorhandenem Interesse eine eher zurückhaltende und skeptische Haltung zu Politik insgesamt. Diese geht teilweise mit einem Gefühl schwacher politischer Wirksamkeit einher, welches sich durch die Wahrnehmung auszeichnet, die Politik nicht verstehen und auf Politik keinen Einfluss

haben zu können. Einige Befragte wie Wiktorija (I08), Ljudmila (I025), Walentina (I023) und Marija (I020) zeigen generell ein gewisses Desinteresse und eine Unkenntnis der aktuellen deutschen Politik. Ihr Interesse an politischen Themen ist eher sporadisch und wird durch persönliche Relevanz oder aktuelle Ereignisse beeinflusst. Ljudmila z. B. vergleicht ihr Desinteresse an der Politik in Deutschland sogar mit ihrer Haltung in der Sowjetunion, was darauf hindeutet, dass Politik für sie nie von Bedeutung war:

Ich interessiere mich überhaupt nicht für Politik. Ich denke, vielleicht verstehe ich einfach zu wenig, um die Politik in Deutschland zu beeinflussen (...). Mich hat es auch in der Sowjetunion nicht interessiert. Und hier ist es auch absolut nicht interessant. (Ljudmila, I025)

Marija zeigt generell eine resignierte Haltung gegenüber Politik und distanziert sich davon stark. Sie unterscheidet zwar zwischen aktiver politischer Partizipation und professioneller Politikarbeit, aber eine direkte Interaktion mit staatlichen Institutionen als Bürgerin möchte sie „vermeiden“ und auf das Nötigste reduzieren:

Ich meine, so wenig wie möglich vom Staat abhängig zu sein, ihn um etwas zu bitten oder in diesem Sinne mit ihm zu interagieren. Weniger interagieren. Politik zu betreiben, das ist etwas anderes, wenn Politiker etwas entscheiden und es mich betrifft und ich dann demonstrieren gehe, das würde ich eher als „Politik betreiben“ bezeichnen. Ich meine, weniger direkt interagieren. Was ich tun muss, das muss ich, aber nicht mehr. (Marija, I020)

So äußert Arkadij zwar ein gewisses Interesse an Politik, möchte sich jedoch nicht zu stark damit beschäftigen. Er betont, dass Politik ein komplexer Bereich ist, der für einfache Bürger schwer zu verstehen ist, was auch für die richtige Einordnung komplexer politischer Ereignisse gilt, da viele Faktoren die innen- und außenpolitischen Entscheidungen eines Landes beeinflussen. Er deutet zudem an, dass auch politische Kommunikation nicht immer transparent und daher für Außenstehende schwer nachvollziehbar sein kann:

Im Allgemeinen interessiere ich mich dafür, aber ich versuche mich nicht zu sehr in die Politik zu vertiefen, denn Politik ist ein Bereich, den man sehr schwer richtig verstehen kann. Zum Beispiel denken wir, dass die Politik Deutschlands und der EU gegenüber den afrikanischen Ländern falsch ist. Wir denken auch, dass die Politik von Putin in Russland oder die Politik von Selenskyj in der Ukraine auch nicht ganz richtig ist. Aber unsere Gedanken, unsere Vorstellungen können wahrscheinlich auch nicht zu 100 % als richtig bezeichnet werden, denn es gibt sehr viele andere Faktoren, die die innen- und außenpolitische Situation eines Landes beeinflussen. Ich denke, dass es immer schwierig ist, sich in der Politik zurechtzufinden. Nun, man sagt, dass Politiker etwas denken, etwas anderes sagen und etwas anderes tun. Das heißt, Politik ist immer mit sehr vielen internen und externen Bedingungen verbunden, die berücksichtigt werden müssen, und was auf den ersten Blick völlig falsch erscheint, kann aus einer bestimmten Perspektive heraus durch verschiedene Handlungen gerechtfertigt werden. (Arkadij, I021)

Julija bringt zum Ausdruck, dass politisches Desinteresse keine Option sei, da Politik ohnehin Auswirkungen auf alle Menschen habe. Sie informiert sich durchaus über Parteiprogramme und politische Debatten, hätte jedoch den Eindruck, dass diese Auseinandersetzungen keinen echten Einfluss auf den politischen Kurs hätten. Trotz der Möglichkeit zur Mitwirkung und Diskussion würden Entscheidungen letztlich nicht vom Volk, sondern von der Regierung vorgegeben:

Es gibt ein gutes Sprichwort – „Wenn du dich nicht für Politik interessierst, dann interessiert sich Politik für dich.“ (...) Nun, wir schauen uns die Programme der Parteien an. Die allgemeine Richtung ist ohnehin gleich. Auch wenn es Debatten gibt, enden sie nicht immer gut für Deutschland. Das bedeutet, wir sind auch vernünftige Menschen und führen Debatten, aber die allgemeine Politik wird in eine Richtung geführt, die nötig ist. Nicht von den Menschen, sondern genau von der Regierung. Und es gibt natürlich absurde Entscheidungen. (Julija, I06)

Witalij bezeichnet sich selbst als apolitisch und erklärt, dass er sich im Allgemeinen nicht stark für politische Partizipation interessiert. Seine seltene Teilnahme an Wahlen in den letzten Jahren war hauptsächlich durch seine Besorgnis über den wachsenden Einfluss der AfD motiviert. Dieser Einfluss und die Verbindung der AfD mit der russischsprachigen Gemeinschaft in Deutschland führten zu einem gewissen politischen Engagement, insbesondere als Sozialarbeiter bei der Überzeugungsarbeit innerhalb seines Umfelds. Diese Aktivitäten sind jedoch eher eine Reaktion auf spezifische politische Entwicklungen als ein Zeichen einer dauerhaften politischen Verbundenheit oder Aktivität. „Konventionelle“ politische Arbeit erscheint ihm aufwendig und träge zu sein:

Zunächst bin ich im Allgemeinen ziemlich unpolitisch. Ich lebe hier seit fast 17 Jahren, seit 2002. Ich habe erst in den letzten vier Jahren an Wahlen teilgenommen. Zweimal. Davor habe ich mich nie wirklich dafür interessiert. Aktuell würde ich sagen, dass ich politisch gesehen ziemlich passiv bin. Wenn man Politik als Politik betrachtet. Ich arbeite eher andersherum. Ich versuche, mit Jugendlichen zu arbeiten, sie zu mobilisieren, damit sie sich engagieren. (...) Dort versuche ich, politisch aktiv zu sein, aber nicht auf die konventionelle Art. Das Problem ist, dass man sich an Parteivertreter wenden muss, dann lange auf eine Entscheidung warten und Unterschriften sammeln muss. Das mache ich nicht. (...) Im Prinzip hat es mir nicht gefallen, als die AfD stark an Einfluss gewann. Das war für mich ein gewisser Protest. Vielleicht war das der einzige Bereich, in dem ich wirklich politisch aktiv war, als ich begann, meinen nächsten Verwandten etwas zu erklären, Argumente vorzubringen. Einige konnte ich überzeugen, andere nicht. Mit einigen gab es hitzige Diskussionen, um es grob auszudrücken. (Witalij, I04)

In den qualitativen Interviews geht das Misstrauen gegenüber Politik häufig mit dem Misstrauen gegenüber Medien einher. Auf die Frage zur Bewertung der Zuverlässigkeit deutscher Medien im Vergleich zu russischen Medien (Abbildung 16) betrachten die meisten Befragten der quantitativen Umfrage deutsche Medien als „eher zuverlässiger“ (18,9 %) oder als „viel zuverlässiger“ (39,7 %) als russische. Nur ein kleiner Anteil der Befragten (insgesamt ca. 7 %) schätzt die russischen Medien als vertrauenswürdiger ein. Der vergleichsweise hohe Anteil von

32,9 % der Befragten, die weder russischen noch deutschen Medien vertrauen, zeigt ein grundlegendes Misstrauen gegenüber beiden Medien.

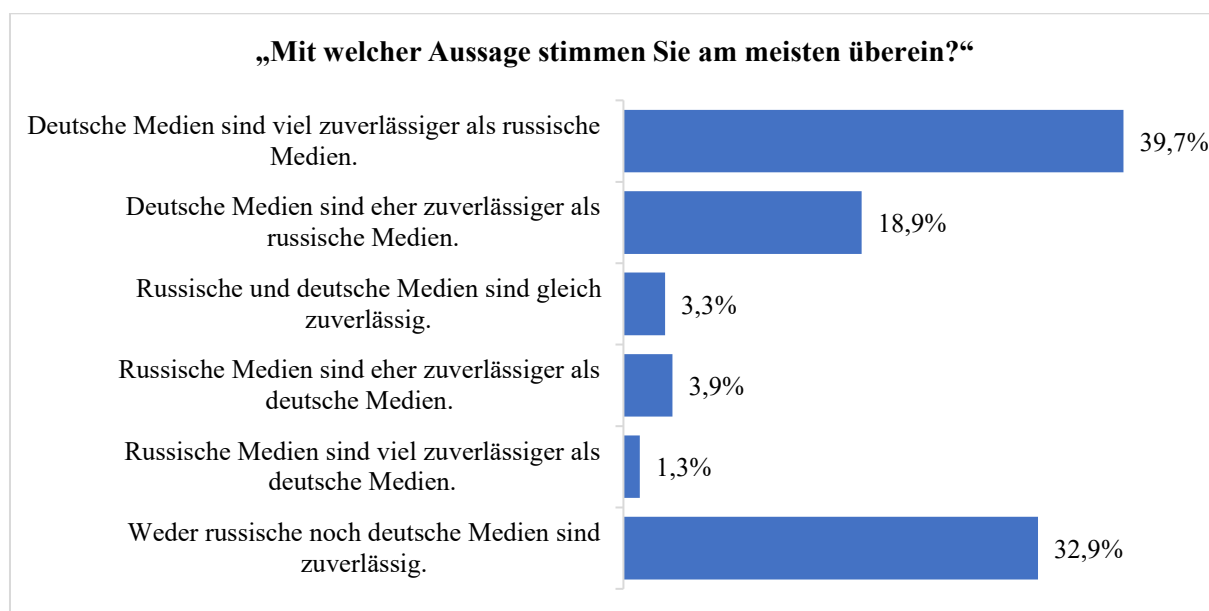


Abbildung 16: Frage zur Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit deutscher Medien im Vergleich zu russischen Medien: „Mit welcher Aussage stimmen Sie am meisten überein?“ (Umfrage 1, Frage 13)

Anmerkung: n = 331, k. A. / weiß nicht = 7,8 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Auch in den Interviewgesprächen betrachten die meisten Befragten tendenziell deutsche Medien zwar als objektiver und vertrauenswürdiger, tun das jedoch mit Vorbehalt, da es keine vollständige Transparenz und Objektivität gibt. Jurij z. B. äußert eine besonders deutliche negative Haltung zu Politik und Massenmedien. Der Interviewte glaubt, dass Politiker oft bloß das sagen, was ihnen vorgegeben wird, um bestimmte Sichtweisen zu verbreiten und so Meinungen zu lenken. Er betrachtet politische Themen aus einem persönlichen slawischen Blickwinkel und kritisiert die Medien für ihre selektive Berichterstattung, was sein Vertrauen in die Politik negativ prägt:

Ich interessiere mich nicht besonders für Politik. (...) Für mich ist das alles leeres Gerede. Hier und dort [In Deutschland und in Russland vertraue ich den Medien nicht]. (...) Man muss zwischen den Zeilen lesen und die wahre Information finden. (...) Für mich [als Slawe] sind slawische Probleme näher. Russland und Ukraine. Russland sagt, dass da nichts passiert, Ukrainer sagen, dass Russland Lugansk besetzt hat und dort Truppen hält, also Krieg. Für mich präsentieren Journalisten und Kameraleute, einschließlich der russischen und ukrainischen, den Menschen die Informationen, die Russland und die Ukraine brauchen, genauso wie die Deutschen. (...) Was ist das nun? Wohl keine leeren Reden? Das sind wahrscheinlich Marionetten. Sie wurden beauftragt, über Putin zu sprechen, sie sprechen. Sie wurden beauftragt, über die Ukraine zu sprechen, sie sprechen über die Ukraine. Genau wie sie in Deutschland über dasselbe sprechen. (Jurij, I05)

Ähnlich ist die Haltung von Pjotr zur politischen Berichterstattung von Skepsis geprägt, da er das Vorhandensein von Pro-Regierungspropaganda in deutschen Medien kritisch betrachtet. Er versucht, seine Meinung durch eine Vielzahl von Quellen zu formen, und bewertet Informationen vorsichtig:

Um ehrlich zu sein, vertraue ich niemandem. Ich analysiere einfach verschiedene Informationen und bilde mir so eine Art Durchschnitt. Weil zum Beispiel in deutschen Zeitungen alles so pro Regierung ist, und dann plötzlich, weiter hinten, gibt es einen „Anti-Flüchtlinge“-Artikel, der genau das Gegenteil sagt, und somit offizieller Propaganda widerspricht. Ich nehme alles vorsichtig an. (Pjotr, I014)

Wie Abbildung 17 zeigt, geben über 50 % der Befragten der quantitativen Umfrage (52,5 %) an, dass die Teilnahme an Wahlen für sie Bürgerpflicht bedeutet. Ca. 18,5 % der Befragten sehen die Wahlteilnahme nicht als Pflicht, sondern als ein ehrenhaftes Bürgerrecht; 18,5 % der Befragten betrachten sie als eine formale, wenig effektive Maßnahme.

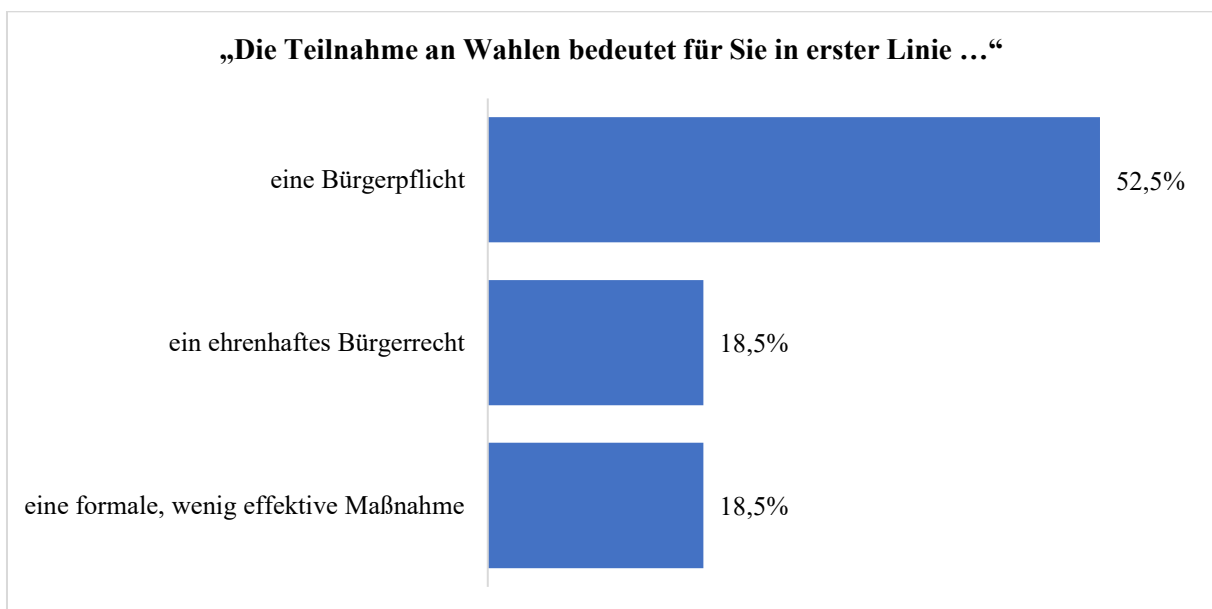


Abbildung 17: „Die Teilnahme an Wahlen bedeutet für Sie in erster Linie ...“ (Umfrage 1, Frage 26)

Anmerkung: n = 291; k. A. / weiß nicht = 2,5 %, Sonstiges = 8 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

In den qualitativen Interviews deklariert der überwiegende Teil der Befragten, dass die Teilnahme an Wahlen wichtig sei und sogar zur Bürgerpflicht gehöre. So glaubt z. B. Olga, dass es wichtig ist, seinen Standpunkt durch Wahlen zu äußern, auch wenn man nicht direkt an der politischen Gestaltung beteiligt ist. Für sie ist die Wahlteilnahme ein unabdingbarer Bestandteil einer Demokratie:

Wenn man sich für eine gesellschaftliche Formation entschieden hat, so gehört man auch dazu und ich finde, man muss auch dazu stehen. Auch wenn man nicht unbedingt selbst große Politik macht (machen kann!), ist es wichtig, sich durch Wahlen zu äußern, um seinen Standpunkt zu bekräftigen. (Olga, I01)

Ähnlich betont Wladislaw die Bedeutung der politischen Teilnahme in einer Demokratie und glaubt an die Bedeutung von Wahlen für die gemeinsame Gestaltung der Politik, wenngleich er persönlich nicht das Gefühl hat, dass seine einzelne Stimme viel bewirken kann:

Weil, wie ich gesagt habe, bisher wurde nichts Besseres als Demokratie erfunden, also sollte man an diesem Prozess teilnehmen. Man muss gebildet sein und wissen, wen man wählt. Nicht einfach so kommen und egal wen ankreuzen. Man muss sich in Maßen für Politik und politische Prozesse interessieren, um zu wissen, für wen man stimmt und um an den Wahlen teilzunehmen. (...) Ich habe nicht das Gefühl, dass meine Stimme persönlich etwas beeinflussen wird. Aber ich bin sicher, dass die Stimmen vieler Menschen natürlich einen Einfluss haben werden. Ich bin überzeugt und verstehe, dass Wahlen auf die eine oder andere Weise eine Rolle spielen. Die Stimmung der Bürger, welche sie haben werden, bestimmt, für wen sie stimmen werden. Das spielt eine große Rolle. (Wladislaw, I013)

Wadim unterstreicht die Bedeutung politischer Teilhabe und kritisiert die Gleichgültigkeit vieler postsowjetischer Migranten gegenüber dem demokratischen Prozess. Für ihn ist Wahlbeteiligung ein Ausdruck von Patriotismus und bürgerschaftlicher Verantwortung. Trotz Zweifeln an politischen Akteuren oder dem Zustand der Demokratie sieht er in der Wahl seine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und seinen Werten, insbesondere dem nationalen Interesse, Ausdruck zu verleihen. Am Beispiel der AfD macht Wadim deutlich, dass für ihn die Integrität oder Kompetenz einzelner Parteivertreter zweitrangig ist, solange die Partei ein klares Bekenntnis zu patriotischen Werten vermittelt:

Die meisten [Russischsprachige, mit denen ich spreche] sagen: ‚Was macht das für einen Unterschied? Für uns wurde doch schon alles entschieden!‘ Ich sage: ‚Vielleicht. Ich glaube auch nicht, dass dort alles sauber abläuft. Es gibt sicher irgendwo Fälschungen und Manipulationen.‘ (...) Aber schau mal, nachdem die AfD ein bisschen vorangekommen ist, sage ich: ‚Schau, vielleicht ist das eine miese Partei mit ein paar Idioten und ohne einen anständigen Führer. Aber sie versuchen zumindest, einen gewissen Patriotismus zu vermitteln, auch wenn er hässlich ist (...). Deshalb darf man nicht einfach nicht zur Wahl gehen, man muss seine Stimme jemandem geben. Warum sollte sie verloren gehen? (...) Und wenn die einheimischen Deutschen nicht zur Wahl gehen, dann bedeutet das im Prinzip, dass es ihnen egal ist. Ich kenne viele Leute, die so denken. Aber ich denke, wenn ich von Patriotismus spreche, habe ich keine Wahl, als zur Wahl zu gehen. (...) Ich verstehe, dass es viele gibt, denen die Menschen, das Gewissen und die Ehre egal sind, aber es gibt auch anständige Institutionen. (Wadim, I022)

Konstantin hebt die Bedeutung politischer Beteiligung hervor und verweist auf die historische Lehre aus der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland. Er macht deutlich, dass mangelnde Wahlbeteiligung demokratische Systeme destabilisieren und extremistischen Kräften den Weg ebnen kann. Selbst formale Wahlen seien daher zentral, um demokratische Werte zu sichern und autoritäre Entwicklungen zu verhindern:

Man muss an Wahlen teilnehmen, besonders für Leute, die in Deutschland leben. (...) Früher habe ich für sie [neuangekommene Migranten, u. a. aus der

(ehemaligen) Sowjetunion] verschiedene Kurse organisiert. (...) Ich habe den Leuten immer gesagt, sie sollen unbedingt zur Wahl gehen. Denn in der deutschen Geschichte, jeder weiß, wer Adolf Hitler war, aber nur wenige, einschließlich der Deutschen, dachten darüber nach, dass Hitler demokratisch an die Macht kam. (...) Aber wenn andere normale Leute gekommen wären, dann wäre er nicht an die Macht gekommen. Und all das Grauen wäre wahrscheinlich nicht passiert. (...) Aber das habe ich auch schon im sowjetischen System verstanden, als wir dort Geschichte studierten, und ich entschied für mich, dass ich immer an Wahlen teilnehmen werde. (Konstantin, I030)

Manche Befragte sehen die Wahlteilnahme nicht als Bürgerpflicht, sondern als eine freie Entscheidung. Jurij z. B. sieht die Wahlbeteiligung nicht als Bürgerpflicht, sondern eher als Ausdruck des eigenen Selbstbewusstseins und wählt aus Überzeugung:

[Für mich ist es keine Bürgerpflicht]. [Ich wähle] für das eigene Selbstbewusstsein. Wenn du willst – geh, wenn nicht – geh nicht. Ich gehe. Aber ich gehe mit Prinzip. Warum? Weil ich früher nicht zu Wahlen gegangen bin, denn ich habe überhaupt nicht verstanden, wer was will. Sie wählen sowieso ihre eigenen Leute. Aber jetzt einfach AfD. Ich habe für sie gestimmt. (Jurij, I05)

Anastasija sieht keine Notwendigkeit, an Wahlen teilzunehmen, verbindet dies allerdings mit der Zufriedenheit der Menschen: Wenn das Leben der Menschen zufriedenstellend ist, müssen die Menschen nicht unbedingt selbst politisch handeln. Sie argumentiert, dass Menschen, die in einer stabilen demokratischen Gesellschaft leben, die Politik außer Acht lassen können, ohne negative Konsequenzen der Nicht-Teilnahme zu befürchten, wenn ihre Bedürfnisse erfüllt sind:

Es ist keine Pflicht, obwohl wünschenswert, aber nicht jeder muss [das politische Geschehen] verstehen und teilnehmen. Wenn das Leben gut ist und die Menschen zufrieden sind, haben sie das Recht, sich für eine Weile nicht mit diesem Thema zu beschäftigen. Es gibt eine allgemeine Immunität in der Gesellschaft, und hier auch. Wenn in einem Land eine gewisse Resilienz bei den Menschen besteht, und sie hauptsächlich nach demokratischen Grundsätzen leben, ohne Verzerrungen, dann sind die Menschen im Prinzip nicht verpflichtet, ständig zu wählen und sich für Politik zu interessieren. (Anastasija, I028)

Ein großer Teil der Befragten wie Wiktorija (I08), Ljudmila (I025), Walentina (I023), Marija (I020) und Anastasija (I028) schätzt ihre politische Wirksamkeit als eher schwach ein und haben das Gefühl, dass ihre individuellen Stimmen keinen entscheidenden Einfluss auf politische Entwicklungen haben. Olga gibt an, sich in Deutschland nicht politisch engagiert zu haben, da sie keiner Partei beigetreten ist und sich nicht am gesellschaftlichen Leben beteiligt hat, jedoch andere Formen der Beteiligung außerhalb der Politik gewählt zu haben:

Ich persönlich habe keinen großen Einfluss auf die Politik. Obwohl ich regelmäßig wählen gehe und meine Kreuzchen mache, merke ich nicht, dass ich etwas zur Verbesserung (oder gar Verschlechterung) der Lage im Staat beigetragen habe. Ich habe mich hier in Deutschland politisch nicht engagiert, bin keiner Partei beigetreten und habe mich am gesellschaftlichen Leben des Landes nicht beteiligt, aber ich war beruflich und ehrenamtlich beschäftigt, was man auch ohne Politik machen kann. (Olga, I01)

Manche Befragte berichten von allgemeinem Unverständnis des Wahlsystems in Deutschland (Alesja, I02) oder fehlendem Verständnis der politischen Parteienlandschaft (Witalij, I04), welches insbesondere für Nicht-Einheimische überfordernd ist und politische Teilhabe beeinträchtigt. Witalij sieht z. B. außerdem Politiker selbst in der Pflicht, die Bürger für die politische Teilnahme zu interessieren und zu mobilisieren. Er kritisiert die Politiker dafür, den Kontakt zur Bevölkerung verloren zu haben und wichtige Themen nicht ausreichend zu erklären:

Ich denke, Politiker, auch die anderer Parteien, sollten dafür sorgen, dass die Menschen gerne zur Wahl gehen. Derzeit sind viele politisch aktiver geworden, weil sie die Bedrohung durch die AfD sehen, und umgekehrt sind viele, die die AfD unterstützen, auch aktiver geworden, einfach weil sie sehen, dass sie Chancen haben, gehört zu werden. (...) Ich denke, die Politiker spielen hier ein ‚Wer ist klüger?‘-Spiel und vergessen völlig, dass es Bevölkerungsgruppen gibt, die bestimmte Entscheidungen nicht ganz verstehen. Für mich ist das ein leuchtendes Beispiel dafür, warum die AfD in Ostdeutschland so viel Unterstützung hat. Auch als Protest gegen unsere Regierung. (...) Ich denke, es ist dieses Durcheinander, das, glaube ich, durch die Tatsache verursacht wird, dass die Politiker den Fokus verloren haben. Sie konzentrieren sich auf etwas Kleines, wie es ihnen scheint. Und für die Bevölkerung ist es nicht einmal notwendig, das zu erklären, wie es mir scheint. In einer so komplexen Gesellschaft wie Deutschland mit einer großen Anzahl von Bevölkerungsgruppen, die sich widersprüchlich gegenüberstehen und unterschiedliche Instrumente und Argumente verwenden, sollte dieser Dialog mit der dritten Partei, der Regierung, umfassender sein und wahrscheinlich, es ist mühsam, aber es muss getan werden, sonst denke ich, haben wir hier ein konkretes Beispiel dafür, wohin das alles führt. (Witalij, I04)

Über politische Partizipation in Deutschland und Einstellungen zu Politik generell berichten mehrere Befragte, z. B. Olga, vor dem Hintergrund ihrer politischen Erfahrung in den Herkunftsländern. Dort war Olga Mitglied der KPdSU, was in der Sowjetunion eine Voraussetzung war, um sich persönlich engagieren zu können. Sie betont jedoch, dass dieser Schritt ihr persönlich nicht viel bedeutete, sondern eher eine pragmatische Entscheidung war:

Viele, die irgendwas bewirken wollten, waren Mitglieder der kommunistischen Partei. Ich auch und dazu stehe ich. Als ich am Deutschen Theater in Temirtau/Kasachstan die Leitung der Dramaturgie übernahm, hat man mir klipp und klar gesagt, dass es nur unter der Bedingung geht, dass ich der Partei beitrete. Dieser Schritt bedeutete mir nicht viel, aber ich konnte mich insofern für die Entwicklung einer kulturellen Einrichtung, die von großer Bedeutung für mein russlanddeutsches Volk war, einsetzen und Vieles durchsetzen, was mir sonst nicht gelungen wäre. Eigentlich waren es auch nur ein paar Jährchen, weil dann eine neue Ära in der Sowjetunion eintrat. Damit endete auch meine Mitgliedschaft in der Partei. (...) In der Gewerkschaft waren wir doch alle, ohne Ausnahme. Selbstverständlich „mussten“ wir alle an Demonstrationen teilnehmen, weil es sonst Rüge und Strafe gab. Es war keine freiwillige Entscheidung, besonders im Oktober, bei eisigem Wind mit roten Fahnen und Plakaten durch die Straßen zu ziehen. (Olga, I01)

Wiktor, ähnlich wie Olga (I01) und Walentina (I023), berichtet über die persönlichen Erfahrungen im sowjetischen Russland, wo es einen starken gesellschaftlichen Druck gab, den Kommunismus zu wählen. Obwohl es offiziell keinen Zwang gab, war die Teilnahme an den Wahlen

faktisch obligatorisch. Der Befragte war zu jung, um selbst zu wählen, erinnert sich jedoch daran, dass seine Eltern unter diesem Druck wählten:

Im sowjetischen Russland war das obligatorisch. Immer hieß es, dass sie uns zwingen. Nun ja, eigentlich zwingen sie uns nicht, aber wir mussten unbedingt für den Kommunismus unsere Stimmzettel abgeben. Ich war 18 Jahre alt, ich hatte noch nicht die Gelegenheit, zur Wahl zu gehen. Wir sind schon weggezogen. (...) Im Grunde genommen bin ich deshalb nicht zur Wahl gegangen, aber ich erinnere mich daran, wie meine Eltern zur Wahl gegangen sind. Das war unter Zwang, sie gingen hin, warfen ihren Stimmzettel ab und das war's. (Wiktor, I012)

Auch Swetlana reflektiert über die Erfahrungen und Sichtweisen aus der Sowjetunion. Sie gibt an, dass sie zwar an den gesellschaftlichen und politischen Ereignissen interessiert war, aber keinen Partizipationszugang hatte und sich auch nicht dazu berufen fühlte, politisch tätig zu werden. Sie erinnert daran, dass die Teilnahme an politischen Aktionen wie Wahlen oder Demonstrationen gleichzeitig freiwillig und erzwungen war; diese Pflichtveranstaltungen verbindet sie jedoch auch mit positiven Gefühlen wie Freude, Zusammenhalt und Verbundenheit:

Wir waren interessiert, aber wir hatten keinen Zugang dazu, und wir waren auch nicht besonders motiviert. (...) Jeder musste zu den Wahlen gehen. Man konnte natürlich auch nicht hingehen, aber wir sind gegangen. Wir sind auch zu Demonstrationen gegangen, zum 1. Mai, zum 7. November. Das war irgendwie freiwillig und doch auch erzwungen. Man musste gehen, also gingen wir. Übrigens haben wir das nicht so schrecklich aufgenommen, es war wie ein Feiertag, und die Leute haben sich trotzdem zusammengefunden und sich darüber gefreut. (Swetlana, I031)

Fjodor hebt hervor, wie in der Sowjetunion gesellschaftliches Engagement unterdrückt wurde und wie wenig Raum für unabhängige Initiativen und Diskussionen es dort gab. Im Vergleich zwischen den politischen Umgebungen in der ehemaligen Sowjetunion und in Deutschland wertschätzt er die demokratischen Prozesse und den Raum für politische Aktivität und Diskussion, den er in Deutschland erlebt:

Ich habe gerade darüber nachgedacht, dass im sowjetischen Sozialismus gesellschaftliches Engagement nicht gefördert, sondern indirekt unterdrückt wurde. Auf der einen Seite konntest du dort tatsächlich auf der sozialen Leiter Karriere machen. Auf der anderen Seite konntest du keine Karriere machen, wenn du überhaupt nichts auf der sozialen Leiter unternimmst. Aber das alles innerhalb dieser offiziellen Rahmenbedingungen. Jegliche unabhängige gesellschaftliche Initiative wurde stark unterdrückt. Deshalb gab es im Grunde genommen kein gesellschaftliches Leben in dem Sinne, was ich hier [in Deutschland] sehr schätze. (...) Im „Sowjet“ gab es das alles nicht. Es war nicht in Mode, überhaupt zu denken. (Fjodor, I027)

Die meisten Befragten berichten über ihre politischen Erfahrungen zur Zeit des Zerfalls der Sowjetunion oder danach. Olga erklärt, dass sie sich in den 1990er Jahren von den Wahlen ferngehalten hat, vor allem aus Enttäuschung über die politische Situation und die Entwicklungen in Kasachstan. Sie beschreibt, dass es in dieser Zeit realiter keine Entscheidungsfreiheit gab und die Wahlen eher als Pflicht angesehen wurden:

In den 90ern habe ich mich von allerlei Wahlen ferngehalten. Aus Enttäuschung. Es hatte keinen Zweck, denn die Regierung von Kasachstan befand sich eindeutig auf dem falschen Weg. Es wurden Gesetze entworfen, die das Land an den Abgrund führten. Die multinationale Gesellschaft brach zusammen, es kamen nationalistische Töne hoch, die Hass und Ängste schürten. (Olga, I01)

Witalij beschreibt auch seine Erfahrungen in Kasachstan und Russland. Er wurde mit den autoritären Tendenzen dieser Regime konfrontiert, wobei er insbesondere die Machtkonzentration bei den Sicherheitskräften als problematisch ansieht. In seinem Herkunftsland war er nicht politisch aktiv, hat aber an verschiedenen gesellschaftspolitischen Aktionen teilgenommen, jedoch rückblickend eher aus Konformität und Pflicht:

Nein, ich war nicht politisch aktiv. Ich war loyal und habe mich gut in Bezug auf Loyalität verhalten. Ich habe studiert, war aktiv in außerschulischen Aktivitäten. Ich war Klassensprecher und später Fakultätssprecher. Es gab Zeiten, in denen ich Veranstaltungen organisieren musste, wenn Nasarbajew mit jemandem an unserer Universität zusammengetroffen ist, wie z. B. mit Putin oder dem Präsidenten von Polen. Viele meiner Aktionen waren freiwillig, ich fand es interessant, diese Leute zu treffen. Aber wenn ich zurückblicke, war es im Grunde genommen einfach nur Pflichterfüllung. Ich glaube, ich habe in Kasachstan nie gewählt. (Witalij, I04)

Marijas Erfahrungen mit dem russischen Wahlsystem haben ihren Glauben an politische Teilnahme beeinflusst, da sie sich manchmal entmutigt fühlte, an Wahlen teilzunehmen, und Zweifel an deren Wirksamkeit hatte:

Für mich ist das wichtig, wenn meine Stimme berücksichtigt wird. Also, als jemand, der in Russland gelebt hat, schätze ich sehr die Möglichkeit, an Wahlen teilzunehmen, damit diese Stimme gezählt wird. (...) In Russland habe ich praktisch nicht an Wahlen teilgenommen, denn bei einigen war es einfach unmöglich, weil es offensichtlich war. Das ist ein ewiger Streit darüber, ob man „gegen“ stimmen soll oder nicht helfen soll, ihr Verfahren zu legitimieren. Mal so, mal so. Ich habe früher teilgenommen, dann dachte ich, dass es nicht nötig ist. (Marija, I020)

Mehrere Befragte wie Konstantin (I030), Fjodor (I027) und Marija (I020) beschreiben die Wahlen in den Herkunftsländern als alternativlos und als formelle Veranstaltung, weil es keine freie Wahl gab:

Es gab sicherlich Wahlen, aber wenn es welche gab, dann waren sie formell. Das heißt, Nasarbajew wurde, soweit ich mich erinnere, bereits vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion Staatsoberhaupt und blieb es im Grunde genommen. (...) Vielleicht habe ich daran teilgenommen, aber es war zu 100 % sicher, dass es keine alternative Kandidatur gab. Also, ich erinnere mich überhaupt nicht daran, dass jemals ein anderer Name aufgetaucht wäre. Es war immer Nasarbajew und nichts anderes. (Konstantin, I030)

Polina beschreibt ihr früheres Interesse am politischen Leben in Moldawien, das durch große Hoffnungen und anschließende Enttäuschungen von der Politik geprägt war. Die politischen Machtkämpfe und die Vernachlässigung der Bürger sowie das Nichteinhalten von Versprechen führten zu einem Gefühl der Machtlosigkeit und einem generellen Desinteresse an Politik:

Wir hatten große Hoffnungen. Aber nach ein paar Episoden, in denen Leute, auf die wir große Hoffnungen gesetzt hatten, einfach ihre Programme und ihren Wähler vertreten haben, waren die Leute sehr enttäuscht. Und ich habe das Interesse verloren. Ich habe verstanden, dass, (...) diese innerparteilichen und fraktionsinternen Kämpfe uns nichts Gutes bringen. Überhaupt nichts. Ein Mensch kommt dahin, hält sich an seinem Stuhl fest und tut alles, um diesen Stuhl zu behalten, einschließlich Verrat an seinen Wählern. Das spielt keine Rolle, weil die Wähler ihm das verzeihen. Und das war's. (...) Viele Menschen, die weggezogen sind, fühlen ähnlich. Sie versuchten etwas zu bewirken, sahen, dass Jahre vergehen und sich nichts ändert. Es wird immer schlimmer. (Polina, I024)

Aufgrund der teilweise geringen bzw. negativen Erfahrungen mit politischer Partizipation in den Herkunftsländern schätzen einige Befragte wie z. B. Alesja die breiten Möglichkeiten zur Beteiligung in Deutschland:

Ich fand eben faszinierend, dass hier in Deutschland jeder sich aktiv beteiligen kann. Ich meine, ich komme jetzt aus einem anderen Land und hätte, wenn ich wollte, Mitglied einer Partei werden oder mich bei Kommunalwahlen zur Wahl stellen können. Und das finde ich halt sehr interessant und sehr spannend. (...) Vielleicht gerade, weil ich diesen Hintergrund habe. Weil ich eben auch vergleichen kann, wie es denn in Russland so läuft und wie es in Deutschland läuft. (Alesja, I02)

Dennoch berichten wenige Befragte über ein politisches Engagement in Deutschland, das über die Teilnahme an Wahlen hinausgeht. Unter den Befragten gibt es lediglich zwei Mitglieder der CDU: Irina (I09) und Oleg (I010). Oleg ist politisch sehr engagiert und macht eine politische Karriere. Er hat eine starke Verbindung zu Deutschland und begründet sein politisches Engagement mit Stolz auf Deutschland und damit, dass ihm seine Zukunft nicht gleichgültig ist:

Das bedeutet, dass mir die Zukunft meines Landes nicht gleichgültig ist. Ich bin sehr stolz auf mein Land. Wenn ich über mein Land spreche, meine ich Deutschland. Leider gibt es einige Ereignisse oder Entscheidungen, mit denen ich nicht einverstanden bin. Ich denke, das ist normal. Ich dachte, es gäbe zwei Möglichkeiten. Man kann z. B. auf Facebook lediglich Beiträge liken oder schreiben, oder man kann versuchen, selbst etwas zu bewirken, also nicht nur meckern, sondern handeln. Das ist das eine. (...) Ich habe festgestellt, dass man durch Politik viel schneller Ergebnisse erzielen kann. (Oleg, I010)

Einige Befragte wie Walentina (I023) und Alesja (I02) zeigen ihr politisches Engagement z. B. als Wahlhelfer. Darüber hinaus wirkt Alesja als Mitglied in Beiräten für Migration und Integration auf kommunaler und regionaler Ebene mit.

5.5 Orientierungen gegenüber politischen Parteien sowie Parteipräferenzen

Das folgende Kapitel widmet sich dem Thema Orientierungen zu politischen Parteien und Parteiidentifikation unter den postsowjetischen Migranten in Deutschland. Der Fokus liegt nicht auf der statistischen Verteilung parteipolitischer Einstellungen, sondern auf der Analyse zugrunde liegender Orientierungen. Zunächst werden die Ergebnisse der quantitativen Umfrage

präsentiert, die allgemeine Muster in Zusammenhang mit parteipolitischen Sympathien und Wahlen darstellen. Anschließend werden die Ergebnisse aus den qualitativen Interviews zu Parteipräferenzen sowie Einstellungen zu den politischen Parteien von postsowjetischen Migranten analysiert.

Abbildung 18 zeigt, dass die meisten Befragten der quantitativen Umfrage (41,9 %) sich auf der Links-Rechts-Skala politischer Einstellungen in der Mitte („gemäßigt“) platzieren, was auf eine zentristische oder neutrale politische Haltung hinweist. Es gibt eine stärkere Konzentration von Befragten auf der linken Seite des Spektrums im Vergleich zur rechten (31,7 % vs. 26,7 %). Allerdings hat ein erheblicher Teil der Respondenten (ca. 15,3 %) generell Schwierigkeiten, die Frage zur politischen Ausrichtung zu beantworten.

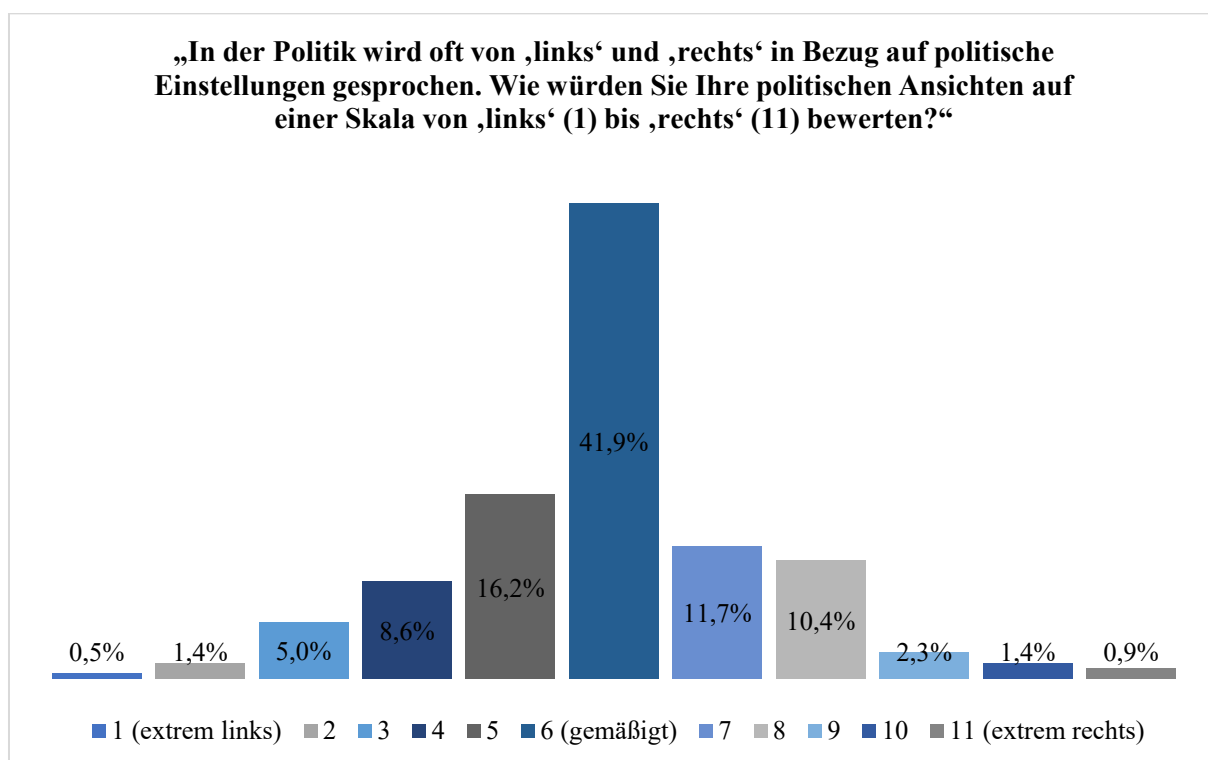


Abbildung 18: „In der Politik wird oft von ‚links‘ und ‚rechts‘ in Bezug auf politische Einstellungen gesprochen. Wie würden Sie Ihre politischen Ansichten auf einer Skala von ‚links‘ (1) bis ‚rechts‘ (11) bewerten?“ (Umfrage 1, Frage 14)

Anmerkung: n = 222, k. A. / weiß nicht = 15,3 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

In Bezug auf die Befürwortung eines Mehrparteiensystems als ein wichtiger Bestandteil einer Demokratie ergibt sich ein eindeutiges Bild: Mit insgesamt ca. 90 % stimmen die meisten Befragten dieser Aussage zu (Abbildung 19).

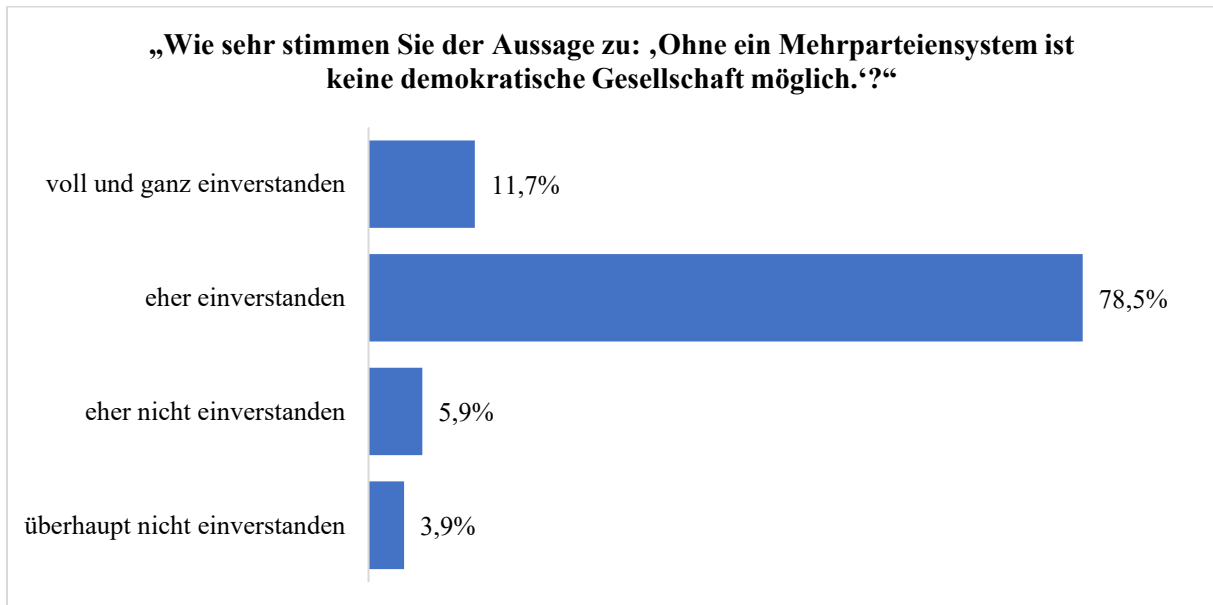


Abbildung 19: „Wie sehr stimmen Sie der Aussage zu: ‚Ohne ein Mehrparteiensystem ist keine demokratische Gesellschaft möglich.‘?“ (Umfrage 1, Frage 24)

Anmerkung: n = 262, k. A. / weiß nicht = 4,7 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

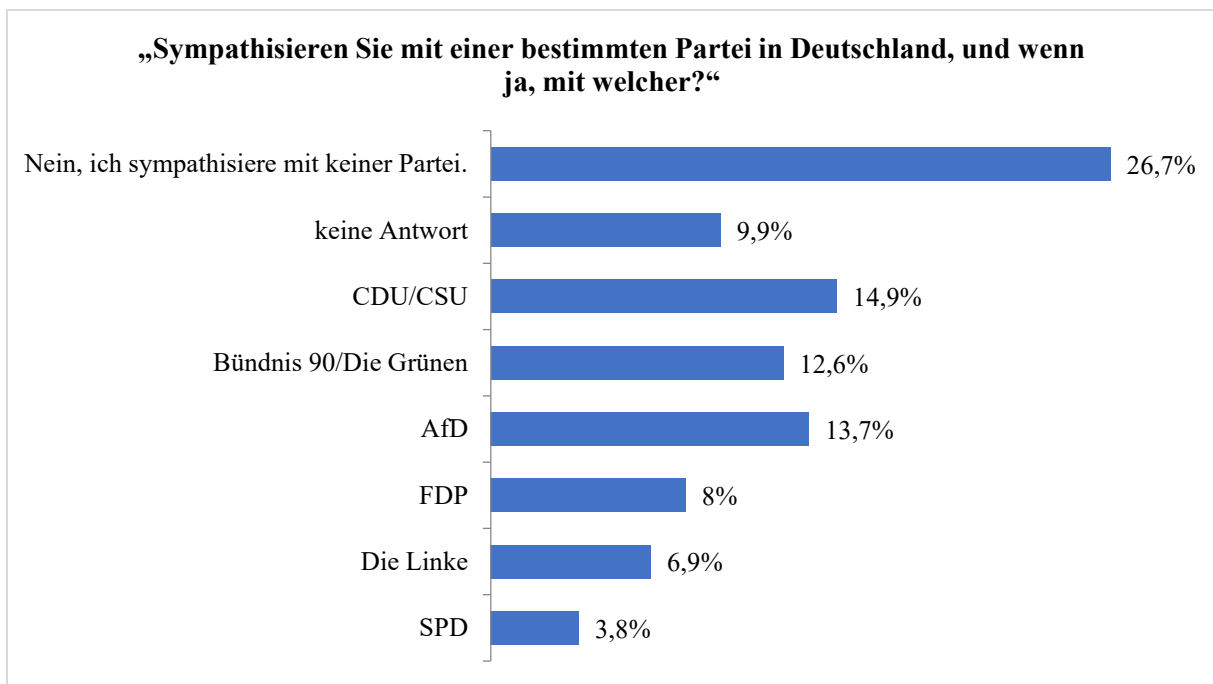


Abbildung 20: „Sympathisieren Sie mit einer bestimmten Partei in Deutschland, und wenn ja, mit welcher?“ (Umfrage 1, Frage 15)

Anmerkung: n = 262. Sonstige Parteien = 3,1 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Abbildung 20 stellt die Ergebnisse der quantitativen Umfrage zur Parteisympathie dar. Die meisten Befragten (26,7 %) geben an, mit keiner politischen Partei zu sympathisieren. Weitere 9,9 % der Befragten machten keine Angaben zur Parteiidentifikation oder verweigerten eine Antwort. Mit CDU/CSU sympathisieren 14,9 % der Befragten, 13,7 % bevorzugen die AfD und 12,6 % Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP-Sympathisanten sind mit 8 % vertreten, Die

Linke wird von 6,9 % bevorzugt. Unter den Befragten gibt es 3,8 %, die mit der SPD sympathisieren.

Abbildung 21 zeigt die Angaben von Befragten zu ihren Wahlentscheidungen bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 sowie ihre Wahlabsichten, falls am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären. Es fällt zunächst auf, dass der Anteil der Nicht-Teilnehmenden von 2013 (25 %) auf 2017 (17,2 %) um knapp 8 Prozentpunkte sank, während 16,8 % angeben, bei der Sonntagswahl nicht teilnehmen zu wollen. In Bezug auf die „Sonntagsfrage“ machen 20,2 % der Befragten keine Angaben oder geben an, unsicher zu sein. Der Anteil der Stimmen für CDU/CSU war 2013 und 2017 am größten, verzeichnete von 2013 auf 2017 jedoch eine Abnahme von 27 % auf 18,8 %. Die AfD verzeichnete von 2013 (6 %) auf 2017 (17,2 %) einen starken Anstieg und lag bei der Sonntagswahl bei 13,4 %. Auch Bündnis 90/Die Grünen legten zu und erreichten 2017 14,1 % sowie bei der Sonntagswahl 13,7 %. Die Unterstützung für die SPD ist dagegen von 2013 (10 %) auf 2017 (4 %) deutlich gesunken und lag bei der Sonntagswahl bei 3,8 %. Die Stimmenanteile für Die Linke blieben über alle drei Zeitpunkte nahezu konstant (6 %, 6,2 %, 6 %). Auch die FDP erzielte mit 9 % (2013), 13,3 % (2017) und 7,6 % (Sonntagswahl) weitgehend stabile Werte.

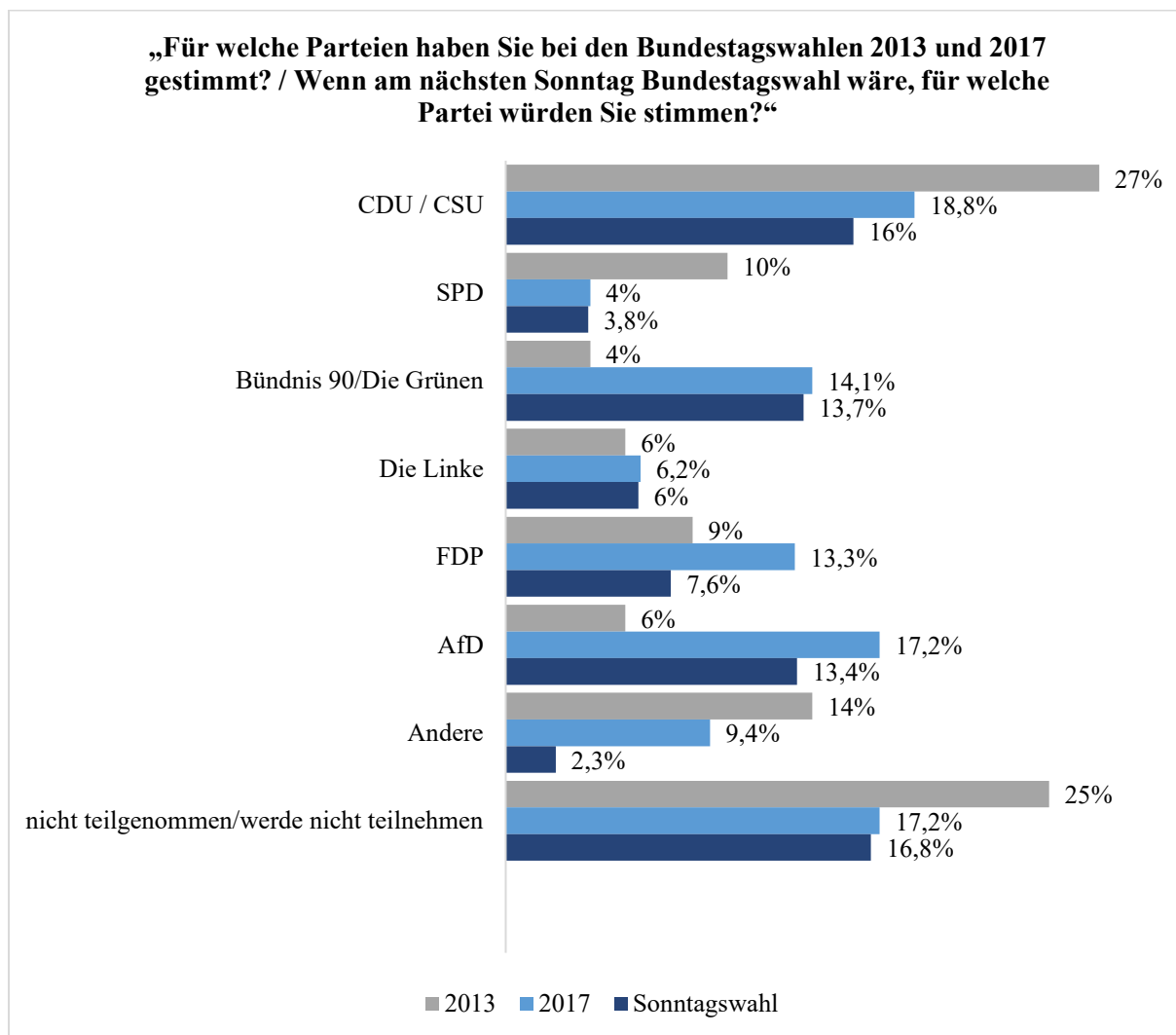


Abbildung 21: „Für welche Parteien haben Sie bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 gestimmt? / Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, für welche Partei würden Sie stimmen?“ (Umfrage 1, Fragen 16 und 17)

Anmerkung: Bundestagswahl 2013 und 2017: n = 128 (nur Personen mit Wahlberechtigung). Sonntagswahl: n = 262, k. A. / weiß nicht = 20,2 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Viele Befragte der qualitativen Interviews äußern sich allgemein kritisch gegenüber der politischen Parteienlandschaft in Deutschland. So zeigt Jurij eine gewisse politische Teilnahmslosigkeit sowie ein generelles Misstrauen gegenüber Politik und Politikern, die er als „populistische Schwätzer“ betrachtet:

Ich interessiere mich nicht besonders für Politik, weil (...) für mich sind das alles leere Worte. (Jurij, I05)

Ähnlich äußern andere Befragte wie z. B. Lidija (I015) und Wiktor (I012) grundsätzliches Misstrauen gegenüber politischen Parteien, insbesondere aufgrund häufiger Diskrepanz zwischen proklamierten Aussagen in den Parteiprogrammen und tatsächlichen Handlungen. So lehnt Wiktor politische Parteien entschieden ab und betrachtet sie allesamt als selbstzentrierte Heuchler, die unglaublich sind und nur ihre eigenen Interessen verfolgen:

Ich gehe nicht wählen. (...) Für mich sind sie [Parteien] im Wesentlichen alle Heuchler, weil sie nur sich selbst fördern. Egal, welche Partei das ist, selbst die gerechteste und beste. Im Wesentlichen loben sie sich nur selbst. Dann stellt sich heraus, dass, wenn diese Leute an die Macht kommen, sie einfach ihren Wählern Lügen erzählen. Ich beteilige mich nicht daran. (Wiktor, I012)

Einige Befragte teilen das Misstrauen gegenüber der Macht der Parteien und äußern Zweifel an der Integrität des politischen Systems Deutschlands. Konstantin z. B. betrachtet das politische System in Deutschland als „Parteiherrschaft“. Er bemängelt, dass politische Entscheidungen oft von verdeckten Interessen und Lobbyisten beeinflusst werden. Trotz seiner Kritik am Parteiensystem äußert der Befragte allerdings Vertrauen in lokale Politiker, die sich um das Wohl des Landes vor Ort bemühen:

Nun, ich denke, das ist keine Demokratie, das ist Parteiherrschaft. Also, das ist die Macht der Parteien. Im Allgemeinen vertraue ich den lokalen Politikern in dem Sinne, dass sie versuchen, etwas für das Land zu tun, dass es bei den meisten von ihnen zumindest ein aufrichtiges Bestreben gibt. Aber mich hat es schockiert, als ich davon erfuhr, dass es reine Lobbyagenturen gibt, die sich direkt in der Nähe des Bundestages befinden. (Konstantin, I030)

Ähnlich glaubt auch Wladislaw, dass die Parteien in Deutschland nicht unabhängig agieren, sondern seitens der USA fremdgesteuert sind. Dies weist auf ein starkes Misstrauen gegenüber der Souveränität des deutschen politischen Systems hin und spiegelt den Glauben an eine koordinierte Fremdsteuerung wider, in der externe Mächte die Innenpolitik dominieren:

Ich verstehe einfach, dass die meisten dieser Parteien sich in vielerlei Hinsicht ähnlich sind. Die Unterschiede sind geringfügig. (...) Aber im Großen und Ganzen ändert sich das politische System in Deutschland nicht drastisch, egal [welche] von diesen Parteien an die Macht kommt. Also haben sie im Großen und Ganzen das gleiche Ziel. Ich habe das Gefühl, dass all diese Parteien nicht sehr unabhängig sind. Sie alle werden von Einflüssen aus überseeischen Ländern [USA] gelenkt. (Wladislaw, I013)

Durch mehrere Interviews zieht sich die Orientierung an einzelnen Persönlichkeiten, die die Parteiwahl sowie Einstellungen oft bedeutend beeinflussen. So bevorzugt es z. B. Konstantin, für Einzelpersonen, statt für Parteien zu stimmen, und glaubt, dass die Persönlichkeit und Integrität eines Kandidaten wichtiger sein sollten als die Parteizugehörigkeit. Er kritisiert, dass Kandidaten nicht nach ihrer Kompetenz, sondern danach befördert werden, inwiefern sie in das parteipolitische Gefüge passen und sich der Partei als „verdient“ erwiesen haben. Diese Verdienste scheinen mehr mit parteiinternen Intrigen und Machtspielen als mit tatsächlicher Leistung zusammenzuhängen:

Ich würde bevorzugen, wenn es wirklich Personen wären, wenn das Volk für Persönlichkeiten stimmen würde und nicht für Parteien. (...) Diese Persönlichkeiten [Kandidaten der Parteilisten] sind nicht Selbstkandidaten, sondern sie werden von der Partei aufgestellt, sie stehen auf der Parteiliste. Nicht die klügsten, nicht die besten, sondern einfach die Verdientesten. Das spielt also auch eine sehr große

Rolle. Intrigen. Das sind bei Weitem nicht die kompetentesten [Personen], sondern diejenigen, die kompromissfähig sind. Das ist etwas, das mir nicht gefällt. Nun, wenn man sich das politische Leben ansieht, sieht man, dass die Menschen, die an der Macht sind, um diese Macht kämpfen und sehr oft bereit sind, mit ihren Prinzipien Handel zu treiben. Es gibt also sehr viele verdeckte Interessen. Aber im Grunde glaube ich, dass korrupte Politiker vom System korrupt gemacht werden. Das ist also das Problem mit der Parteidisziplin. Also eine Person würde vielleicht dafür stimmen wollen, aber wenn sie dagegen stimmt, wird die Partei verlieren und ihr Gesetz wird nicht verabschiedet. Dann wird sie das nächste Mal bestraft, die Partei wird sie nicht auf die Liste der Kandidaten setzen. (Konstantin, I030)

In Bezug auf die deutschen Parteien bemängeln viele Befragte das Fehlen deutlicher Profile und klarer Programme. Konstantin kritisiert exemplarisch an SPD und CDU, dass ihnen klare, kohärente und langfristige ideelle Leitlinien fehlen, die den politischen Diskurs und die Zukunftsvision einer Partei definieren. Er vermisst eine überzeugende Vision oder Richtung, die ihn als Wähler ansprechen könnte. Diese Kritik zeigt, dass er von der deutschen Politik mehr inhaltliche Substanz und eine klarere Kommunikation erwartet. Dabei erinnert er sich an die Parteiprogramme der Kommunisten, die den Menschen ein klares Zukunftsbild und verständliche Ziele boten, die bekannt waren und auf die sie hinarbeiten sollten:

In den Parteien gibt es natürlich Persönlichkeiten. Je nachdem, welche Persönlichkeit an der Macht ist, und wer mehr Gewicht hat, bestimmt die Richtung dieser Partei. Weil ich zum Beispiel keinen prinzipiellen Unterschied zwischen SPD und CDU sehe. Worum geht es bei ihnen? Wo ist ihr Programm? Welche helle Zukunft versprechen sie? Vielleicht ist das meine sowjetische Erziehung, weil die Kommunisten in der Sowjetunion ein Ziel hatten, das das ganze Volk kannte: den Kommunismus aufzubauen, eine strahlende Zukunft, in der alle gleich sind und so weiter. Dass dieses Ziel nicht erreicht wurde und nie erreicht werden würde, ist klar. Nun, zumindest haben sie gesagt, welches Ideal der Gesellschaft sie verfolgen. Aber hier ist es überhaupt nicht klar. (...) Ich spreche nicht von einer strahlenden Zukunft. Das ist Unsinn, das ist Utopie. Aber zumindest eine Perspektive für die nächsten zehn Jahre. Was wird sich in zehn Jahren ändern? Wie sieht die Partei das? Nichts gibt es. (Konstantin, I030)

Eine große Zahl der Befragten wie beispielsweise Wiktorija (I08), Polina (I024) und Marija (I020) gibt an, keine klaren politischen Vorlieben zu haben und generell Schwierigkeiten zu haben, die Absichten und Parteiprogramme zu verstehen, weil sie sich zu sehr ähneln, so dass keine Grenzfines zwischen den Parteiprogrammen zu erkennen sind. So kritisiert z. B. Dmitrij die Herausforderungen im deutschen politischen System. Er stellt eine Verzerrung der politischen Landschaft dadurch fest, dass die Parteien ihren klaren Kurs und ihr Profil verlieren in der Bestrebung, mit den anderen Parteien zu konkurrieren und deren Themen zu besetzen. Dies sieht er auch als Grund des Aufstiegs der AfD:

Diese Rechts-Links-Sache, besonders in Deutschland, ist zunehmend in den letzten Jahren sehr störend. Wenn die SPD versucht, die CDU rechts zu überholen. Und die CDU versucht, sozialdemokratischer zu sein als die Sozialdemokraten. Es ist teilweise das Problem, dass es schwierig ist, zu bestimmen, wer von ihnen rechter

ist und wer linker ist. Und radikale Dinge schrecken mich grundsätzlich ab. Also, sie versuchen, sich gegenseitig von einer Seite her zu umgehen. Das ist teilweise der Grund für das starke Wachstum der AfD. Denn natürlich hätte ich gerne, dass die relativ rechtszentristische CDU-Partei eine echte rechtszentristische Partei wäre. Dann hätte die AfD weniger Stimmen gehabt. Und dann die linkszentristische Partei - nun, ich sage wieder Wörter, die ich selbst nicht sehr gut verstehe -, könnte weiter links sein. Und dann hätten wir eine normalere Situation. (...) Der Kompass verliert seine Richtung. (Dmitrij, I026)

Marija äußert z. B. Unzufriedenheit über das politische Gleichgewicht in Deutschland, insbesondere über die Dominanz linker Ansichten in einigen Bereichen und das Fehlen von Kompromissen zwischen links- und rechtsgerichteten Parteien, was oft zu Fehlentscheidungen führt:

Was ich sehe, ist nur ein kleiner Teil des Ganzen. In diesem kleinen Teil scheint mir, dass es ein starkes Ungleichgewicht zwischen den linken, im Allgemeinen linken, nicht spezifischen, und den zentristischen oder konservativen Parteien gibt. Ich mache mir überhaupt keine Sorgen um die Existenz der AfD, mögen sie alle. Aber Menschen mit konservativen Ansichten, es gibt ein furchtbares Ungleichgewicht. In einigen Fragen drücken die Linken alles durch, in anderen halten sich die Rechten fest. Und in diesen Fragen gehen sie auch keine Kompromisse mit den Linken ein. Und es gibt schreckliche Entscheidungen, die mir sehr dumm und falsch erscheinen. (Marija, I020)

In einem ähnlichen Zusammenhang stellt auch Konstantin fest, dass Politiker oft mehr daran interessiert sind, an der Macht zu bleiben, als konsequent ihre Prinzipien zu vertreten, und wirft manchen Politikern Verlogenheit und das Fehlen von Integrität vor. Während er die Notwendigkeit von Kompromissen in der Politik anerkennt, ist er misstrauisch gegenüber den Motiven der Parteien, die seiner Meinung nach oft Kompromisse eingehen, um ihre Macht zu sichern, anstatt echte Veränderungen zu bewirken. Sein Beispiel von Joschka Fischer verdeutlicht seine Enttäuschung darüber, wie politische Macht die Überzeugungen von Politikern verwässert, und seine Skepsis gegenüber der Fähigkeit von Parteien, ihre Ideale nach dem Machtantritt aufrechtzuerhalten. Konstantin sieht in diesen Entwicklungen einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der Rolle einer Partei in der Opposition und ihrer Funktion in der Regierung, was sein generelles Misstrauen gegenüber dem politischen System verstärkt:

Kompromiss muss sein. Aber mein Eindruck ist, dass Parteien Kompromisse nicht eingehen, um etwas zu erreichen, sondern einfach um an der Macht zu bleiben. Mit dieser Macht wollen sie etwas verändern. Da vertraue ich der deutschen Politik. Sie tun dies nicht, um Macht zu haben, sondern um voranzukommen. (...) Aber im Allgemeinen bin ich sicher, dass, wenn morgen die Grünen an die Macht kommen, sie auch viele ihrer Forderungen vergessen werden. Ich erinnere mich an Joschka Fischer als Oppositionspolitiker. Das war eine ganz andere Person, die ganz andere Dinge sagte. Und dann wurde derselbe Mensch Außenminister und hat zum Beispiel dazu beigetragen, dass Deutschland in den Konflikt in Jugoslawien eingegriffen hat. Also deutsche Flugzeuge flogen und bombardierten genauso wie amerikanische Flugzeuge. Das hat u. a. der grüne Politiker Joschka Fischer getan, der drei oder vier Jahre zuvor gesagt hat, dass jeder Soldat ein Mörder ist. (Konstantin, I030)

Der Befragte betont die Bedeutung von Persönlichkeit und Charisma eines Politikers. Er beschreibt Steinbrück positiv als den Typus, der in der Lage ist, klare Entscheidungen zu treffen, die im staatlichen Interesse liegen, statt Eliten zu bedienen. Dabei sei zu vernachlässigen, ob die Handlungen von rechtlichen oder moralischen Normen abweichen. Diese Haltung deutet auf eine politische Einstellung hin, bei der das Ergebnis wichtiger ist als der Weg dorthin. Eigenschaften wie Entschlossenheit, Pragmatismus, Effektivität und Handlungsfähigkeit im Interesse des Staates werden bei Politikern positiv bewertet:

Mir gefällt die SPD überhaupt nicht, also weil es dort einfach keine Persönlichkeiten gibt. (...) Es gibt Menschen, die rein menschlich betrachtet anständig sind, Schulz zum Beispiel ist prinzipiell sympathisch als Mensch, aber unklar als Politiker. Er ist einfach auch nicht besonders charismatisch. Man hört nicht viel von ihm. Als sie gewählt haben, wäre ich froh gewesen, wenn sie Steinbrück gewählt hätten, den ehemaligen Finanzminister aus unserem Bundesland [Nordrhein-Westfalen]. Weil ich denke, dass er eine Person des Handelns ist. Also er hat nicht unbedingt legal gehandelt [Kauf von Datenbanken in der Schweiz], aber für den Staat hat er damit viel erreicht. (...) Im Grunde genommen wurde er zuerst wegen dieser Handlung stark kritisiert, dass er da prinzipienlos sei, aber ich halte ihn für eine staatsmännische Person. Er hat das im Interesse des Staates getan. Also er hat für mich bewiesen, dass er in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen, die vielleicht nicht als besonders rechtlich korrekt von der Elite angesehen werden, aber die Person hat gut gehandelt, staatlich gehandelt. (Konstantin, I030)

Walentina sieht dies anders und betont die Stabilität des politischen Systems in Deutschland, die im Vergleich zu Ländern wie Russland weniger von individuellen Persönlichkeiten und Parteien abhängig ist:

Es scheint mir, dass im Gegensatz zu Russland in Deutschland ein sehr stabiles politisches System herrscht. Stellen Sie sich einen kaputten und einen guten Wagen vor. In einem guten Wagen ist es egal, wer ans Steuer geht, er wird trotzdem fahren, nicht wahr? Zum Beispiel hängt in Russland alles von der Persönlichkeit ab. Bei Breschnew war es so, bei Chruschtschow war es so, bei Stalin war es so, bei Putin ist es so. Hier ist das System so gut eingerichtet, dass es keine großen Veränderungen von einer Person oder sogar von einer Partei geben wird. Ich persönlich glaube, dass hier das System gut funktioniert und es nicht so wichtig ist, wer an die Macht kommt. (Walentina, I023)

In Zusammenhang mit konkreten Parteipräferenzen sind unter den Befragten Sympathisanten aller zentralen Parteien vertreten, mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen. Im Folgenden werden die Parteisymphathien der Befragten, geordnet von links nach rechts im politischen Spektrum, dargestellt.

Wadim (I022) unterstützt gleichzeitig politische Parteien, die ideologisch an den gegenüberliegenden Rändern des politischen Spektrums stehen: Die Linke und die AfD. Diese Parteien sieht er als die einzigen an, die die Anliegen der Bevölkerung ernst nehmen und mit den Interessen

ihres Landes verbunden sind. Er zeigt starke Sympathie für Die Linke, insbesondere für Sahra Wagenknecht persönlich:

Mein Favorit im Moment ist Sahra Wagenknecht. Ich küsse einfach den Fernseher und bekomme buchstäblich einen Orgasmus, wenn ich sie dort sehe und höre. Das ist für mich einfach derzeit das Patriotismus-Idol unseres Landes. Aus ihr würde ein fantastischer Kanzler werden. (Wadim, I022)

Trotz Neigung zu Die Linke wählt er jedoch aus Pragmatismus die AfD. Die Partei sieht er als eine notwendige Alternative zu den Establishment-Parteien, die neue Perspektiven in den politischen Diskurs bringt und dabei eine praktische Chance hat, Politik zu beeinflussen. Darüber hinaus sei ihre Politik für viele russischsprachige Wähler verständlicher:

Die Linke zu wählen ist sinnlos, weil die Partei völlig tot ist. (...) Also du gibst deine Stimme diesen Linken, aber sie bekommen sehr wenige Stimmen und alle meine Leute, Russlanddeutsche, verstehen sie im Grunde nicht. Also sie werden nicht für sie stimmen. Aber es muss unbedingt etwas anderes geben. Es braucht eine Alternative. Deshalb, obwohl ich bereits in Sahra Wagenknecht verliebt bin, stimme ich für die AfD, weil ich verstehe, dass die Mehrheit im Moment für sie stimmen wird und wir etwas frischen Wind in unser Parlament bringen müssen. (Wadim, I022)

Die Sympathie für Die Linke basiert auf ihrer Vertretung von sozialer Gerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit, die für ein höheres Maß an sozialer Gleichheit und Sicherheit steht. Die Bestrebungen der Partei, soziale Ungleichheiten zu verringern, etwa durch die Forderung nach einer gerechteren Verteilung des Wohlstands, der Bekämpfung von Armut und dem Schutz der Rechte von Arbeitern, finden bei manchen Befragten Zuspruch. Beispielsweise identifiziert sich Julija zwar nicht klar mit einer bestimmten politischen Partei, zeigt jedoch eine gewisse Sympathie für Die Linke aufgrund ihrer sozialistischen Parolen, die sie an Ideale gerechter Sozialpolitik erinnern, wie sie in der Sowjetunion vertreten wurden:

Keine Partei passt mir, weil sie sich untereinander zusammenschließen, wie z. B. die Grünen auch zu einer Zeit. Aber ich sympathisiere mit den Linken. Aber um ganz ehrlich zu sein, nicht vollständig und ganz. (...) Sozialistische Parolen, die an die Sowjetunion erinnern, ziehen mich an. Also, sie haben allgemein auf Plakaten geschrieben, dass die Arbeitslosigkeit sinken soll, dann anständige Löhne und anständige Renten für die Menschen, und solche allgemeinen sozialistischen Parolen. (Julija, I06)

Auch Konstantin bejaht das Streben von Die Linke nach sozialer Gerechtigkeit und zeigt in diesem Zusammenhang eine gewisse Sensibilität für Einkommensungleichheit, die von der Partei vertreten wird:

Ich halte sehr viele ihrer Ansichten für utopisch. [Aber] mir gefällt das Streben der Linken nach sozialer Gerechtigkeit. Ich teile auch die Ansicht, dass das Steuersystem in Deutschland ungerecht ist. Es sollte nicht pauschal, sondern prozentual berechnet werden. (...) [D]ass ein reicher Mensch die gleiche Steuer zahlen sollte wie ich [halte ich für falsch]. Er hat das bezahlt und das war's, und er ist frei. Und er hat

es nicht einmal bemerkt. (...) Also in dieser Hinsicht bin ich z. B. für die Linken.
(Konstantin, I030)

Gleichzeitig kritisiert Konstantin die Vorstellungen der Partei Die Linke in der Außen- und Migrationspolitik. Insbesondere lehnt er deren pazifistische Positionen, wie die Ablehnung des Waffenverkaufs, ab und bevorzugt eine pragmatischere und realistischere Herangehensweise an internationale Beziehungen, die auch militärische Unterstützung für verbündete Staaten oder den Erhalt nationaler Sicherheitsinteressen einschließen könnte. Zudem äußert er Kritik an der migrationsfreundlichen und solidarischen Politik der offenen Grenzen, da er Sicherheitsbedenken und wirtschaftliche Folgen durch unkontrollierte Migration fürchtet und diese als Bedrohung für die nationale Souveränität, Sicherheit sowie die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen des Landes wahrnimmt:

In der Außenpolitik gefällt mir ihre Vorstellung überhaupt nicht und dass wir keine Waffen an niemanden verkaufen werden. Oder offene Grenzen. Für mich ist das der absolute Unsinn. (Konstantin, I030)

Konstantin erklärt, dass er im Moment mit keiner Partei in Deutschland sympathisiert. Früher hat er für die CDU gestimmt, jedoch mehr aus Tradition und weniger aus tiefer Überzeugung. Aus Enttäuschung über die Politik der CDU entschied er sich, für die SPD zu stimmen, jedoch nicht aus Sympathie für die Partei oder deren Kandidaten, sondern eher als Protest gegen die Fortsetzung der Regierung Merkel:

Im Moment habe ich keine konkreten Sympathien. Also früher habe ich für die CDU gestimmt. Zunächst rein automatisch wie die meisten Russlanddeutschen. Aber [auch] weil es die einzige Partei war, die über uns überhaupt gesprochen hat und unsere Interessen (...) zumindest rein offiziell vertreten hat. (...) Und dann habe ich verstanden, dass mich die Politik der CDU in den letzten acht Jahren in vielerlei Hinsicht enttäuscht hat. Deshalb habe ich für die SPD gestimmt. Aber nicht, weil mir die SPD oder Schulz gefällt, sondern weil ich einfach dachte, dass es an der Zeit ist, dass Merkel geht. (...) Es gab einen gewissen Stillstand. Ich bin ein Befürworter davon, dass die Amtszeit einer machthabenden Person begrenzt sein sollte. (Konstantin, I030)

Ähnlich bringt Dmitrij seine allgemeine Unzufriedenheit mit der Parteienlandschaft in Deutschland und ausgeprägte Parteienverdrossenheit zum Ausdruck. Obwohl er sich mit keiner Partei identifiziert, wählt er regelmäßig die SPD, die für ihn als das geringste Übel erscheint. Die anderen Parteien lehnt er mit Misstrauen und Spott ab, da er ihnen Unglaubwürdigkeit, Opportunismus und Inkompetenz vorwirft. Seine Kritik reicht von historischen Fehlentscheidungen bis zu aktueller politischer Selbstinszenierung:

Ich sympathisiere nicht, aber ich wähle immer die SPD, weil die anderen noch schlimmer sind. Nun ja, was denn sonst? Im Grunde genommen ist die Auswahl nicht so groß. Also, die radikale und unüberlegte AfD zu wählen, ist einfach widerlich. (...) Jemanden [der AfD wählt] kenne ich sogar, aber ich habe Mitleid mit diesen Leuten. Kann man der FDP vertrauen, wenn man ihr Verhalten in den letzten

Jahren kennt? (...) Die größte Gemeinheit, die sie begangen hat, war im Jahr 1972 [Geschehnisse um das Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt]. (...) Die Grünen? Nun, das ist die Angelegenheit der Jungen. Die CDU? Warum sollte *ich* für die Christlich-Demokratische Union stimmen? Und dann - so viele karrieristische, hirnlose Leute, die in der CDU herumlaufen, das muss man im Land noch finden. (...) Merkel ist natürlich eine gute Person, aber alle verstehen auch bei der CDU, dass sie nicht wirklich zu ihrer Partei gehört. (...) Und sie kommen damit sehr gut zurecht. Und was sie veranstaltet haben, als sie eine chauvinistische Hysterie ausgelöst haben, als sie sie selbst zuerst zur Parteivorsitzenden gewählt haben und dann begonnen haben zu sagen, dass sie als Frau nichts beitragen kann. Nun ja, Jungs, ihr habt sie schließlich gewählt, schaut in eure Hosen. (...) Die Linke? Einfach lächerlich. (Dmitrij, I026)

Mehrere Befragte, wie Anastasija (I028), Jekaterina (I019) und Swetlana (I031), geben ebenso an, mit keiner Partei direkt zu sympathisieren. Sie zeigen jedoch Präferenzen für bestimmte Aspekte der Programme von CDU und SPD und schwanken immer wieder bei der Parteiwahl. Ihre Wahl wird hauptsächlich durch die konkreten Persönlichkeiten bestimmt. So schätzen sie z. B. die Arbeit von Angela Merkel insbesondere während der Flüchtlingskrise und der COVID-19-Pandemie und bewerten ihre Politik mit Blick auf das erfolgreiche Krisenmanagement und ihre Persönlichkeitsstärke:

Wahrscheinlich [werde ich] CDU [wählen]. Vielleicht auch die Sozialdemokraten. Mein Großvater war noch in Russland, nicht in der Sowjetunion, ein Sozialdemokrat. Aber meine Wahl wird davon abhängen, wie überzeugend für mich die konkreten Persönlichkeiten sind. Ich denke, wir hatten großes Glück, dass wir in dieser Krise Merkel hatten und nicht jemanden wie Schröder, zum Beispiel. Wenn alles gut ist, sollte der Staat unbemerkt bleiben. Seine Anwesenheit sollte gerade in Krisenzeiten so stark und spürbar sein, wenn zentralisierte Maßnahmen ergriffen werden müssen. (Jekaterina, I019)

Ganz deutlich identifiziert sich Olga nach ihrer Ankunft in Deutschland aus Überzeugung mit der CDU. Sie schätzt die realistische Einschätzung der Möglichkeiten des Staates und die Offenheit der Partei gegenüber Fehlern:

Ich war von Anfang an für die CDU. Wähle sie heute noch aus Überzeugung. [In Bezug auf politische Werte verbinde ich die CDU mit] Gerechtigkeit, Sicherheit, friedlicher Koexistenz, Humanität. Ich bin ein weltoffener Mensch, tolerant und ehrlich. Ich glaube, wenn ich noch einmal einer Partei beitreten sollte, würde ich zur CDU gehen, weil sie mich in meinen Erwartungen noch nicht enttäuscht hat. Sie machte Fehler, aber sie steht auch dazu und sucht Auswege aus schwierigen Situationen. Es ist eine „nüchterne“ Partei, die die Möglichkeit des Staates realistisch einschätzt und keine falschen Versprechungen macht. (Olga, I01)

Zwei Befragte (Iwan, I018 und Irina, I09) sind Mitglieder der CDU. Beide teilen die traditionellen konservativen Werte, die diese Partei vertritt. Iwan diskutiert ausführlich die Werte, die ihn zur Unterstützung der CDU und zur Ablehnung anderer Parteien wie der SPD und der Grünen motivieren. Seine Betonung des freien Marktes, des vorsichtigen Umgangs mit der

Migrationspolitik und der Bedeutung christlicher Traditionen und Werte verdeutlicht seine politischen Präferenzen und Prioritäten:

Ich würde sagen, dass die CDU des damaligen Zeitalters, als dieses Duo Merkel/Schäuble regierte, in vielerlei Hinsicht [sogar eher] als vielleicht Schäuble plus Kohl noch etwas früher, das Fortführen des freien Marktes [gefördert hat]. Vielleicht auch nicht. Erstens – es war ein sehr vorsichtiger Umgang mit der Migrationspolitik, der, wie ich betonen möchte, bis 2015 bestand. Der zweite Punkt ist das, was als traditioneller Wert und christliche Weltanschauung bezeichnet wird, und der dritte Punkt – der freie Markt. Also diese drei Themen, die damals in dieser Priorität waren. (...) Nun, andere Parteien, hauptsächlich sprechen wir über die SPD, die Grünen und Die Linke, unterscheiden sich immer noch durch einen kämpferischen Atheismus, der meiner Meinung nach manchmal bestimmte Grenzen überschreitet, und der auch gefährlich sein kann. (Iwan, I018)

Iwan äußert Kritik an anderen Parteien, insbesondere an ihrer Haltung zum Christentum und ihren Ansichten zu Themen wie Pädophilie und Transgender-Rechten, und zeigt seine Abneigung gegenüber Ideologien, die nach seiner Auffassung die christlichen Werte und die deutsche Kultur untergraben könnten:

Er [kämpferischer Atheismus] zeigt sich im Leugnen des Christentums als Basis der deutschen Kultur. Daraus ergibt sich oft der Versuch, Grenzen auszuweiten, wo man sehr vorsichtig vorgehen muss. Das betrifft beispielsweise die schwierige Beziehung zum Thema Pädophilie. Die Flirtversuche der Grünen damals mit der Pädophilie gingen meiner Meinung nach von hier aus. Also die christliche Thematik wurde abgelehnt und es entstand ein Thema der Freizügigkeit (...). Was kann folgen, wenn man sich von der christlichen Basis abwendet? Das ist das Thema Pädophilie und das Thema Transgender. Das sind Themen, mit denen sowohl die SPD als auch die Grünen, nun, Die Linke [zwar] in geringerem Maße, aber auch gerne spielen. (...) Und jetzt noch einmal, der zweite Punkt, der ebenfalls aus der Ablehnung des Christentums als Basis hervorgeht, ist wieder das Thema der Migranten. Denn wenn alle gleich sind, dann sind alle gleich, aber wenn wir eine christliche Gesellschaft haben, dann gibt es eine nicht-christliche Gesellschaft, die etwas anders ist. (Iwan, I018)

Auch Anatolij zeigt eine kritische Haltung zu den etablierten Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Er kritisiert ihre politischen Entscheidungen und wirft ihnen vor, die Interessen der arbeitenden Menschen nicht ausreichend zu vertreten. Er nennt sie „Schwätzer“ und betont, dass sie seiner Meinung nach wenig praktische Erfahrung und den Bezug zur Realität verloren haben. Darüber hinaus äußert der Befragte insbesondere in Bezug auf Bündnis 90/Die Grünen Bedenken hinsichtlich der Umwelt- und Energiepolitik und wirft ihnen vor, nicht konsequent zu handeln und die Interessen der Lobbyisten über die Bedürfnisse der Bürger zu stellen:

Aber wenn man sich z. B. die Grünen oder die SPDler anhört, die selbst keinen einzigen Tag gearbeitet oder ein Studium gemacht haben, und dann hier den Menschen, die ihr Leben gelebt und gearbeitet, Familien gegründet und Kinder erzogen haben, sagen wollen, in welche Richtung sie gehen und wie sie leben sollen – das ist absurd. Sie verbreiten solchen Unsinn. (...) Sie selbst jubeln den Lobbyisten zu und erzählen den Menschen etwas anderes. Die Lobbyisten, die im Bundestag

sitzen, verlängern die gleichen Atomkraftwerke, die gleichen Abgase und unterzeichnen die gleichen Normen für Autos. Die Leute wie Frau Roth oder Göring[-Eckardt] sind Kasper. Ich kann sie nicht mehr hören, was sie manchmal von den Wissenschaftlern und von den Herstellern fordern und erbitten. (...) Es braucht Technologien. [Alles] muss getestet werden. Das erfordert viel Finanzen und Mittel. (...) Überall und für alles muss es einen Ausgleich geben. Deshalb ist oft alles [was die Grünen fordern] einfach unrealistisch. Deshalb bin ich für die „Alternative“. (Anatolij, I07)

Anatolij gibt an, früher immer für die CDU gestimmt zu haben. Inzwischen hat er jedoch zur AfD gewechselt. Die Partei zieht ihn deshalb an, weil sie direkt russlanddeutsche Wähler angesprochen hat. Die Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen oder SPD betrachtet er als nicht souverän und unterstellt, dass sie von den USA beeinflusst werden, insbesondere in Bezug auf das Verhältnis zu Russland. Er erhebt den Vorwurf, dass die deutschen Medien nicht das wahre Bild von Russland vermitteln und dadurch feindselige Einstellungen manifestiert sowie internationale Konflikte geschürt werden:

Wie sie [AfD] zu den Russlanddeutschen stehen, das hat mich überzeugt. Und das reicht völlig aus. Ich sehe mich als Russlanddeutscher, ich bin hiergeblieben, meiner Familie gefällt es hier, meine Kinder sind hier glücklich. Ich möchte nicht, dass irgendwelche Grünen oder die SPD oder andere Parteien, die im Einklang mit den Amerikanern denken, uns mit Russland verfeinden und Lügen und Unsinn verbreiten und sagen, dass sie [Russland] den Krieg wollen. Das ist alles Lüge, einfach Unwahrheit. (...) Denn das sollte jeder normale Mensch verstehen. Und viele aus der DDR verstehen das auch, weil sie die Russen besser kennen. Die Lügen im Fernsehen machen mich einfach sprachlos und misstrauisch. Das führt zu nichts Gutem. Man muss zusammenleben. Und vor allem sind wir [Russland und die Ukraine] Nachbarn. Wir sind zwei Länder, die alles miteinander durchgemacht haben. Es gab alles und dennoch waren wir immer zusammen. Ich denke, das sollte so bleiben. Es sollte nicht anders sein. Auch die Ukraine wurde zum Streitobjekt. (Anatolij, I07)

Bei vielen Befragten stehen Parteiidentifikation und das Thema Asyl und Migration in direkter Verbindung. Abbildung 22 zur Frage, welche Partei ihren Einstellungen zu Asyl und Migration am besten entspricht, zeigt unter den Befragten der quantitativen Umfrage die höchste Zustimmung bei CDU/CSU (24,1 %) und AfD (23,2 %). Jedoch findet eine relativ hohe Anzahl der Befragten (ca. 13 %), dass keine der Parteien ihre Ansichten gut widerspiegelt.

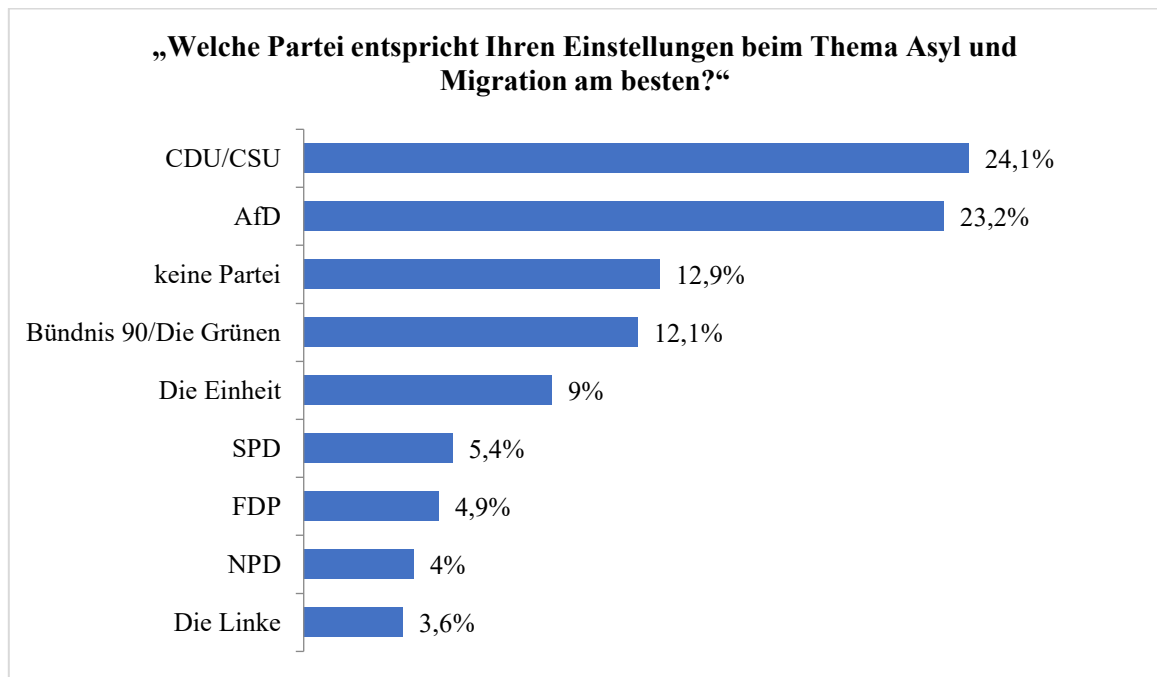


Abbildung 22: „Welche Partei entspricht Ihren Einstellungen beim Thema Asyl und Migration am besten?“ (Umfrage 2, Frage 41)

Anmerkung: n = 225. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Für die meisten Interviewteilnehmer, die mit der AfD sympathisieren, steht hauptsächlich das Thema Migration im Fokus. Viele dieser Befragten waren enttäuscht von der Migrationspolitik der Merkel-Regierung, was ihren Wechsel zur AfD motiviert hat. Als Beispiel haben Arkadij und seine Frau in der Vergangenheit für die CDU gestimmt, weil sie glaubten, dass diese Partei Demokratie und Menschenrechte unterstützt. Allerdings änderten sie ihre Präferenz später zugunsten der FDP aus Unzufriedenheit mit der Kursänderung der CDU in Bezug auf die Einwanderung. Später entschied Arkadij sich für die AfD, da er glaubt, dass diese Partei sowohl gut für Deutschland ist als auch reale Chancen hat, Änderungen in der Politik zu bewirken:

Bis zum Jahr 2011 haben meine Frau und ich immer für die CDU gestimmt, weil wir der Meinung waren, dass die CDU sich dafür einsetzt, dass das Land ein demokratisches Land bleibt, dass die Rechte der Menschen erhalten bleiben (...) Dann haben wir einige Jahre für die FDP gestimmt, weil die CDU ihren Kurs geändert hat. Sie haben sich für die Aufnahme von Migranten aus dem ehemaligen, nicht dem heutigen, Afrika entschieden. Aber dann haben wir gesehen, dass die FDP leider nicht so populär bei der Bevölkerung ist und wenn die FDP im Parlament einen gewissen Prozentsatz der Stimmen bekommt, dann ist dieser Prozentsatz so klein, dass er sich nicht auf irgendetwas auswirkt. Und wir haben gesehen, dass eine andere Partei, die AfD, aufgetaucht ist und dass sie schnell an Popularität gewinnt. (...) Wir hoffen, dass unsere Stimmen diesen Parteien [AfD und FDP] helfen werden, entweder mit einem größeren oder kleineren Anteil im Parlament zu bleiben, um die Politik dieses Landes zu beeinflussen. (Arkadij, I021)

Der Interviewte sieht die FDP und die AfD als Parteien, die versuchen, die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung zu verteidigen und die Demokratie zu schützen:

Das sind zwei Parteien [FDP und AfD], die noch versuchen, die Rechte der deutschen Bevölkerung zu verteidigen, und diesen grenzenlosen Strom, der nach Europa kommt, zu stoppen. Obwohl sie das nicht besonders gut hinbekommen, versuchen sie zumindest etwas zu tun, damit Deutschland für eine gewisse Zeit wirklich ein demokratisches Land bleibt, ein Land, in dem Religionen und Nationalitäten auf gleicher Ebene stehen. (Arkadij, I021)

Ähnlich sieht Pawel die AfD als eine notwendige Alternative und als Partei, die primär Interessen der Deutschen, insbesondere beim Thema Einwanderung, vertritt:

Nun, vor allem identifiziere ich mich mit der AfD und vor allem wegen der Migrationspolitik. Es muss eine gewisse Gerechtigkeit geben. Es muss etwas anderes gewählt werden. Denn wenn wir einfach nur sitzen und nichts tun, wird nichts passieren. (...) Das wird den Deutschen helfen. (...) Ich bedaure Deutschland irgendwie. (Pawel, I011)

Mehrere Befragte beschäftigen sich in Bezug auf die AfD mit ihrem Image als eine Partei mit nationalsozialistischem und faschistischem Gedankengut. Anatolij z. B. betrachtet die AfD als Hoffnungsträger in der Politik, der seiner Meinung nach zu Unrecht nazistische Einstellungen unterstellt werden:

Nun, es gibt keine [anderen] vernünftigen Politiker mehr, wie die von damals, als wir hierherkamen, und jetzt – das ist einfach lächerlich. Hoffentlich kommen die anderen. Aber im Prinzip ist es Nonsens, dass die AfD die Nazis, die Faschisten seien. Das ist nicht wahr. (Anatolij, I07)

Auch Wladislaw zeigt ein Interesse an der AfD, insbesondere wegen ihrer Haltung zur Migrationspolitik, ist gleichzeitig unsicher angesichts von Anspielungen, dass die AfD eine rechts-extreme Gesinnung hat:

Ich kann nicht sagen, dass ich die AfD unterstütze, aber ich sehe, wie die Medien zu ihr eingestellt sind. Sie stellen sie als rechtsradikal dar. (...) Sie sind gar nicht rechts, nur, wenn man dem Namen glaubt, alternativ. Sie sind halt anders. Sie sind nicht mit der aktuellen Migrationspolitik der Regierung einverstanden. Sie werden nie braun, aber sie werden so dargestellt. Das ist schlecht. Manche Parteien, irgendwelche Mehrheiten, versuchen, eine junge Partei zum Verstummen zu bringen, die die Politik etwas anders sieht. (...) Daher unterstützen sie viele Menschen. Aber sie sind nicht zwangsläufig radikal eingestellt und versuchen nicht, das nazistische Regime wiederherzustellen und den Holocaust zu leugnen. (...) Ich bin mir nicht sicher, ob ich die AfD wählen werde. (...) Aber diese ganzen Andeutungen, dass sie ein wenig „braun gefärbt“ seien, stören natürlich. Man sollte sich darüber genauer informieren. (Wladislaw, I013)

Es gibt jedoch auch Interviewte wie z. B. Swetlana (I031) und Jekaterina (I019), die eine gewisse Distanz zur AfD zeigen und Vorbehalte gegenüber der Partei, insbesondere wegen ihrer extremistischen Gesinnung und Vorurteile äußern. Jekaterina zeigt sich alarmiert, dass ihre eigenen russischsprachigen Landsleute mit der AfD sympathisieren:

Warum ist es überhaupt möglich, dass zum Beispiel Juden zur AfD gehen? Diese Leute haben sie überzeugt, dass sie keine Nationalisten sind. Während es eine rein

nationalistische Partei ist. Warum? Weil bei diesen Menschen, ehemaligen Sowjetbürgern, all das überhaupt nicht abgeklungen ist. Mich schockieren am meisten die Menschen, die von dort kommen: aus Weißrussland, aus Russland, aus der Ukraine. In der Ukraine waren diese Merkmale immer sehr stark. Wilder Nationalismus. Extremem. Schreckliche Intoleranz. Jetzt ist das absolut charakteristisch für die Intelligenz. Früher dort, wenn die Menschen so verängstigt waren, dass sie die gleichen Verängstigten bedauerten, konnten sie sie zumindest verstehen, aber jetzt ist Wut und Nationalismus. Insgesamt glaube ich, dass es in den Menschen dort jetzt sehr viele solche parafaschistischen Einstellungen gibt. (Jekaterina, I019)

Weitere Parteipräferenzen wurden nur vereinzelt geäußert. So gaben z. B. Wiktor (I012) und Jewgenij (I029) an, teilweise die FDP aufgrund ihrer liberalen Einstellung zu unterstützen. Dennoch äußert Jewgenij Bedenken darüber, dass die Partei womöglich eher die Interessen einer bestimmten Klientel vertritt:

Also vielleicht gibt es doch das Gefühl, dass die Partei [eher] wohlhabende Leute anspricht. Dann die Frage: Was ist mit den anderen? Nun, es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn sie in einer Koalition mit jemand anderem wären. Aber ich weiß nicht, inwieweit sie überhaupt in einer Koalition mit Linken sein können. (Jewgenij, I029)

Ein Befragter (Fjodor, I027) sympathisiert mit der Piratenpartei aufgrund ihrer Position zu Urheberrechten und Informationsfreiheit. Er argumentiert, dass die Kapitalisierung von Informationen reduziert werden sollte, um insbesondere die Entwicklung von Drittweltländern nicht zu behindern:

Das Thema Urheberrechte und Informationsfreiheit ist meiner Meinung nach sehr wichtig. Es sollte so gelöst werden, wie sie vorschlagen. Das heißt, die kapitalistische Komponente im Bereich der Information, im Bereich jeglichen Inhalts, sollte reduziert werden. Natürlich muss man darüber nachdenken, wie man Geld verteilt. Aber im Prinzip geschieht das bereits. (Fjodor, I027)

5.6 Orientierungen gegenüber Asyl und Migration

Das Thema „Asyl und Migration“ war zunächst nicht Teil des Erhebungsdesigns, wurde jedoch im Verlauf der ersten Interviews als zentral und brisant für die Befragten erkennbar und daher in die weiteren Gespräche integriert. Im Folgenden werden die Einstellungen von befragten postsowjetischen Migranten zum Thema Asyl und Migration beschrieben. Insbesondere stehen Haltungen, Meinungen und Emotionen im Fokus, die postsowjetische Migranten gegenüber Personen haben, die während der Flüchtlingswelle 2015/2016 nach Deutschland eingewandert sind, sowie gegenüber der deutschen Flüchtlingspolitik dieser Zeit. Die Ergebnisse der quantitativen Umfrage (Umfrage 2) und der qualitativen Interviews werden komplementär und thematisch dargestellt.

Die Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass postsowjetische Migranten in Deutschland eine gemischte, aber tendenziell kritische Haltung gegenüber Migration und insbesondere

gegenüber der Asylpolitik haben. Während eine beträchtliche Gruppe Migration als positiv wahrnimmt, gibt es gleichzeitig erhebliche Vorbehalte gegenüber bestimmten Migrantengruppen und eine starke Präferenz für eine restriktivere Asylpolitik. Wie Abbildung 23 zeigt, sehen etwa 47 % der Befragten es positiv, dass viele Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, um hier zu leben und zu arbeiten. Dies lässt darauf schließen, dass nahezu die Hälfte der Befragten Migration als potenziellen Gewinn für Deutschland betrachtet. Ein erheblicher Teil der Befragten (28 %) ist jedoch unentschieden, was auf Unsicherheit oder Skepsis gegenüber der Migration und deren Auswirkungen für Deutschland hinweist. Knapp ein Viertel der Respondenten steht der Einwanderung negativ gegenüber.

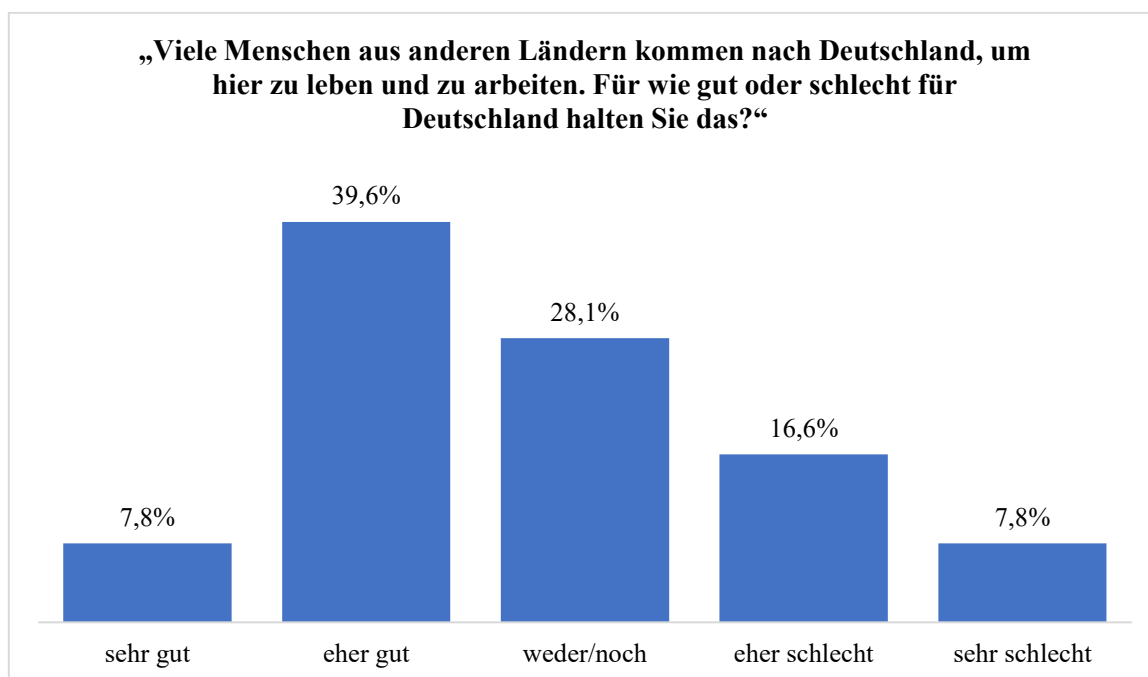


Abbildung 23: „Viele Menschen aus anderen Ländern kommen nach Deutschland, um hier zu leben und zu arbeiten. Für wie gut oder schlecht für Deutschland halten Sie das?“ (Umfrage 2, Frage 35)

Anmerkung: n = 225, k. A. / weiß nicht = 4,7 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Auf die Frage nach den Herkunftsländern, aus welchen die Menschen nach Deutschland kommen, fällt eine deutliche selektive Ablehnung bzw. Akzeptanz abhängig von der Herkunft auf (Abbildung 24). Eine erhebliche Anzahl der Befragten lehnt die Einwanderung von Menschen aus Nordafrika (43 %) und dem Nahen Osten (37 %) ab: Dieser Anteil von Befragten will niemandem aus diesen Ländern die Einwanderung erlauben. Im Gegensatz dazu sehen die Befragten die Einwanderung aus ost- und insbesondere südeuropäischen EU-Staaten deutlich positiver (insgesamt 45 % und 57,5 % der Befragten wählten die Option „vielen erlauben“ oder „allen erlauben“). Insgesamt zeigen die befragten postsowjetischen Migranten eine positive Haltung gegenüber der Einwanderung von Menschen aus ihren eigenen Herkunftsländern: Ca. 28 % der Respondenten befürworten die Einwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion

bzw. GUS-Staaten für „viele“ oder „alle“. In Bezug auf die Einwanderung aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zeigt sich ein ausgewogenes Bild: Etwa 18 % der Befragten lehnen die Migration aus dieser Region ab, und 20 % würden vielen bzw. allen Menschen aus diesen Staaten die Einwanderung gestatten. Die Mehrheit der Befragten (ca. 62 %) nimmt eine mittlere Haltung („einigen erlauben“) ein.

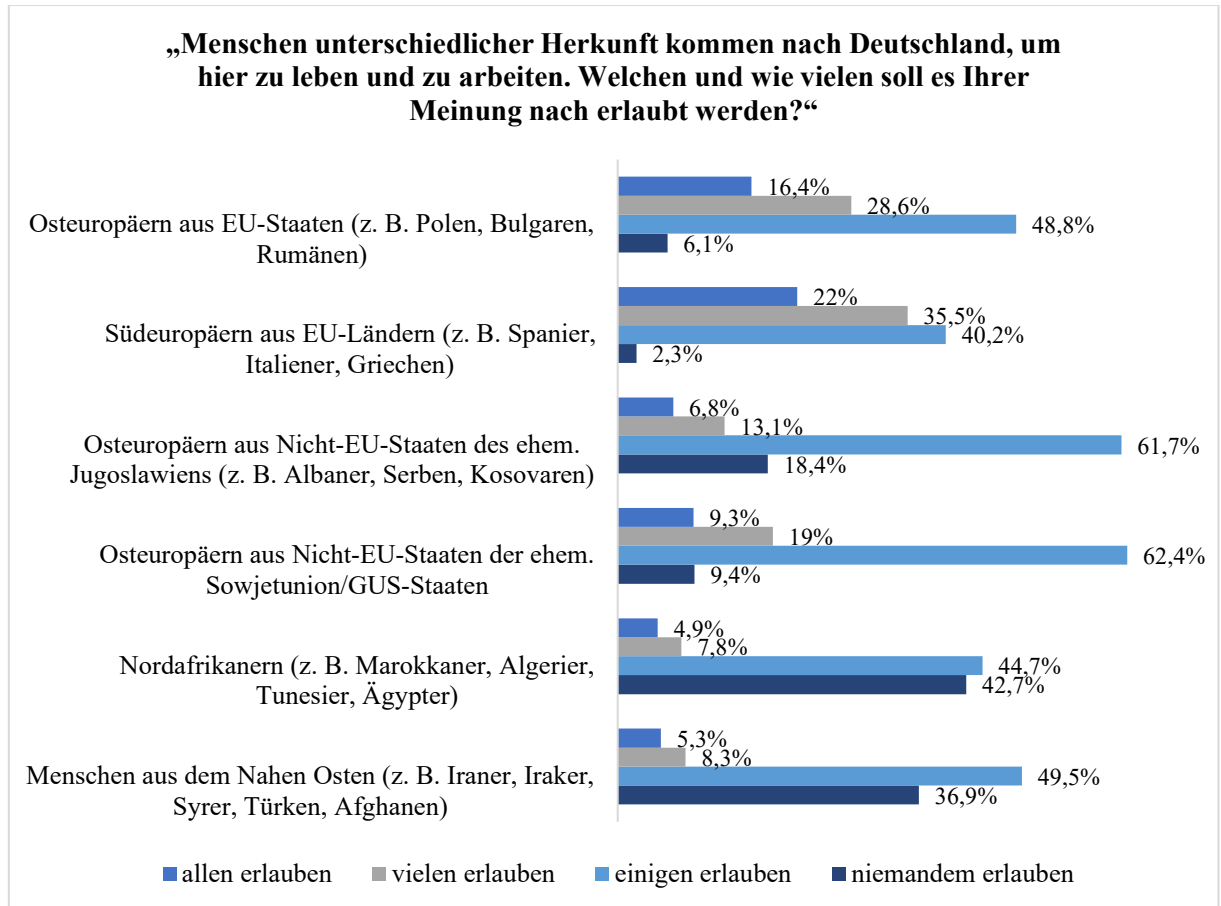


Abbildung 24: „Menschen unterschiedlicher Herkunft kommen nach Deutschland, um hier zu leben und zu arbeiten. Welchen und wie vielen soll es Ihrer Meinung nach erlaubt werden?“ (Umfrage 2, Frage 36)

Anmerkung: n = 225, k. A. / weiß nicht = 4,7 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Stellt man die Frage konkreter in Bezug auf Asyl, wird eine kritische Haltung unter den Respondenten zur Asylpolitik und der Wunsch nach einer restriktiveren Ausrichtung deutlich. Die Mehrheit der Befragten (52,5 %) gibt an, dass Deutschland weniger Flüchtlinge aufnehmen soll als bisher. Rund ein Viertel der Respondenten (25,5 %) ist der Meinung, dass Deutschland gar keine Flüchtlinge mehr ins Land kommen lassen soll. Die Fortsetzung des bisherigen Kurses befürworten 15,5 % der Respondenten. Lediglich 6,5 % der Befragten sprechen sich für eine Ausweitung der Aufnahme aus (Abbildung 25).

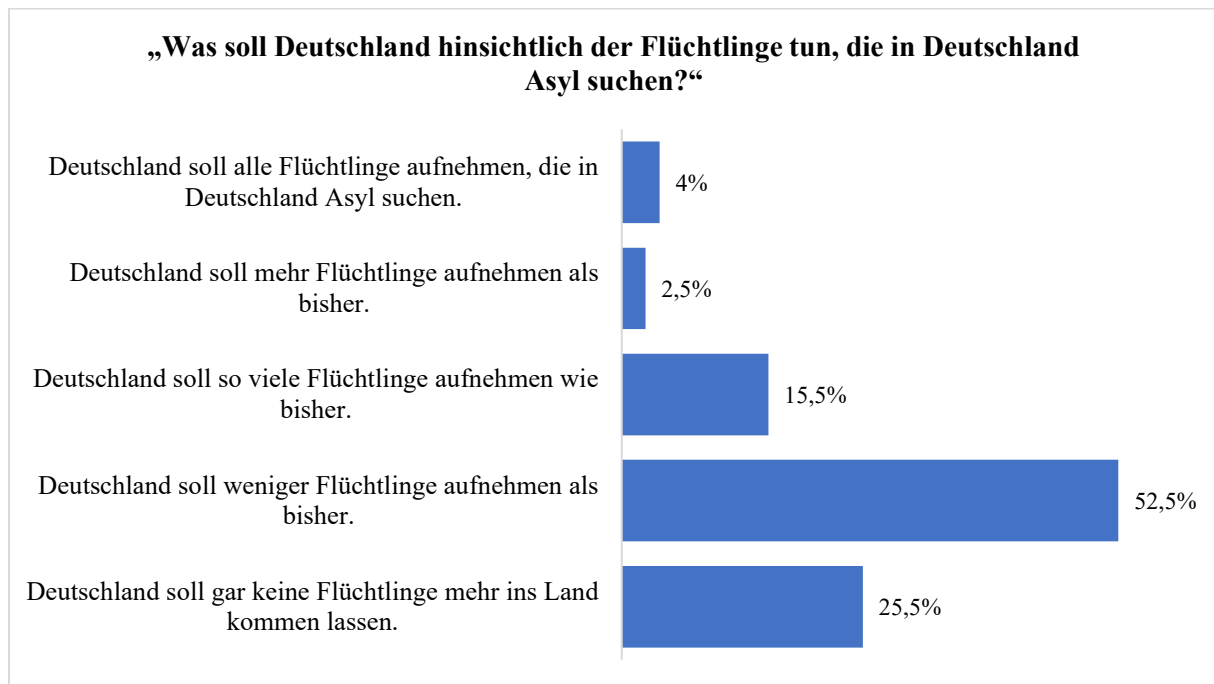


Abbildung 25: „Was soll Deutschland hinsichtlich der Flüchtlinge tun, die in Deutschland Asyl suchen?“ (Umfrage 2, Frage 40)

Anmerkung: n = 225, k. A. / weiß nicht = 4,7 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

In den Interviews zeigt sich überwiegend eine negative Einstellung gegenüber Migranten und der deutschen Migrationspolitik. Einige Befragte, insbesondere (Spät-)Aussiedler, sehen sich im Vergleich zwischen ihren eigenen Migrationserfahrungen und denen der neu angekommenen Migranten im Nachteil. Sie empfinden eine Ungleichbehandlung und eine geringere Anerkennung durch die Politik und die deutsche Aufnahmegesellschaft. Anatolij zum Beispiel fühlt sich gekränkt, weil neu angekommene Migranten seiner Wahrnehmung nach mehr Privilegien erhalten als Alteingesessene, einschließlich solcher mit Migrationshintergrund. Dabei verweist er auf die Geschichte der deutschen (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, die als Deutsche gelitten haben und eine starke historische Zugehörigkeit zu Deutschland empfanden, in Deutschland jedoch als gleichermaßen Dazugehörige keine angemessene Anerkennung und Akzeptanz erfahren haben. Leid und Bedürftigkeit von Migranten werden vor dem Hintergrund des historischen Schicksals der eigenen Gruppe in Frage gestellt und entkräftet:

Sie [neu angekommene Flüchtlinge] haben so viele Privilegien. Aber wir [deutsche Aussiedler] haben sie wieder nicht. (...) Und wir haben gelitten. Die Hälfte der deutschen Bevölkerung der Sowjetunion ist gestorben, wurde erschossen, oder ist in Gefängnissen oder vor Hunger gestorben. Als sie im August alle aus dieser Republik vertrieben haben [Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen] und sie auf den Steppen in Kasachstan verstreut haben, und wenn es keine Kasachen gegeben hätte, wären noch mehr gestorben. Aber trotzdem sind wir nicht die Richtigen, wenn uns geholfen werden muss. Aber wenn es darum geht, uns zu nutzen, dann sind wir die Richtigen. Und das ist so unverständlich. Wir sind wie das fünfte Rad am Wagen. (...). Und Afrikaner? So arm, so unglücklich, (...) von

denen [überhaupt] gesagt wird, dass nur zehn Prozent von ihnen wirklich Hilfe brauchen. (Anatolij, I07)

Neben der fehlenden historisch-ethnischen Anerkennung beklagen einige Befragte wie Jurij (I05) und Jekaterina (I019) auch eine sozioökonomische Benachteiligung gegenüber neu zugewanderten Gruppen. Besonders schmerzhaft ist für viele die Nicht-Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikationen nach der Ankunft, die oft mit einem sozialen Abstieg und dem Verlust zuvor erlangter Statuspositionen einherging. Vor diesem Hintergrund wird die als unkompliziert und großzügig wahrgenommene Anerkennung der Abschlüsse von Geflüchteten, deren Authentizität teils infrage gestellt wird, als ungerecht empfunden. Jekaterina bringt dieses Empfinden besonders deutlich zum Ausdruck:

Die Russlanddeutschen haben sich erst nach der Flüchtlingskrise der AfD zugewandt. Und ein Argument kann ich total nachvollziehen, dass die Leute jetzt quasi hierherkommen und ohne jegliche Unterlagen direkt Arbeitsplätze bekommen. Sie müssen dafür nur behaupten, einen Beruf in ihrem Heimatland erlernt zu haben. Und die Russlanddeutschen, die jetzt vor 20 bis 15 Jahren nach Deutschland kamen, mussten ihre Berufe aufgeben, weil sie nicht nachweisen konnten, dass sie dafür qualifiziert sind. D. h. da waren sie Ärzte, und nun durften sie auf einmal höchstens als Krankenpfleger arbeiten. Nur weil sie nicht die finanziellen oder sonstigen Möglichkeiten hatten, ihre Qualifikation zu bestätigen. (Jekaterina, I019)

Den Migranten wird unterstellt, nicht die gleiche Arbeitsmoral zu haben und stattdessen lediglich auf materielle Vorteile aus zu sein. Es wird ihnen vorgeworfen, nicht willens zu sein, ihre eigene Existenzsicherung anzustreben. Viele der neu angekommenen Migranten seien demnach weniger motiviert zu arbeiten, im Gegensatz zu früheren Generationen von (Spät-)Aussiedlern, die sich nach ihrer Ankunft bemühten, schnellstmöglich Arbeit zu finden und unabhängig von staatlicher Unterstützung zu werden:

Und hier kommen Kriminelle herein. Es gibt hier alles Mögliche. Und sie kommen einfach hierher, um Geld zu bekommen. Sie brauchen nur Geld. Sie werden hier nicht arbeiten. (...) Jahrelang sitzen sie in schönen Wohnungen und erhalten anständiges Geld. Als wir [(Spät-)Aussiedler] damals 1995 ankamen, suchten die Leute nach Arbeit und fingen schnell an zu arbeiten. (...) Soweit ich weiß, und vielleicht weiß ich nicht alles, ich bin nicht kompetent, streben die Leute, die jetzt gekommen sind, nicht danach zu arbeiten. Sie haben es sowieso gut. (Anatolij, I07)

Die Ergebnisse der quantitativen Umfrage geben Aufschluss über die Sorgen und Einstellungen der Befragten in Bezug auf die gestiegene Migration und die daraus resultierenden Herausforderungen für das soziale System und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Wie Abbildung 26 zeigt, äußert fast die Hälfte der Befragten (48,2 %) große Sorgen über eine mögliche Überforderung der sozialen Sicherungssysteme wie Renten- und Krankenkassen durch die gestiegene Migration. Ein weiteres Drittel der Befragten (33,8 %) teilt diese Sorgen, wenn auch in geringerem Maße. Dies verdeutlicht, dass viele Befragte befürchten, eine zunehmende Migration könne die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland überfordern. Auffälligerweise machen sich fast

70 % der Befragten keine Sorgen darüber, dass Flüchtlinge ihre Arbeitsplätze wegnehmen, und sehen so keine direkte Konkurrenz durch Flüchtlinge in ihren beruflichen Tätigkeiten. In Zusammenhang mit der Stellung der Menschen im Sozialsystem gibt es eine deutliche Unterstützung (49 % der Befragten) dafür, Einheimische bzw. Menschen mit längerem Aufenthalt in Deutschland bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, Wohnraum und Sozialhilfe zu priorisieren. Dies zeigt, dass viele Befragte eine gewisse Vorzugsbehandlung für länger ansässige Personen gegenüber neu angekommenen Migranten befürworten (Abbildung 27).

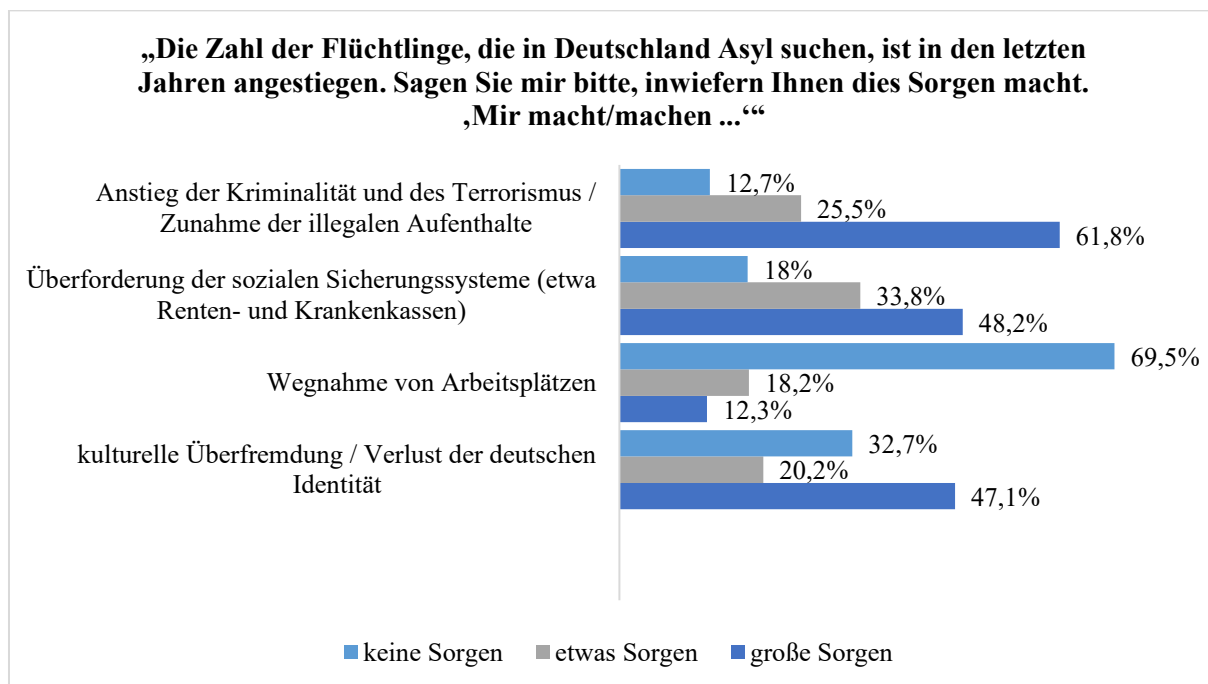


Abbildung 26: „Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen, ist in den letzten Jahren angestiegen. Sagen Sie mir bitte, inwiefern Ihnen dies Sorgen macht. ‚Mir macht/machen ...‘“ (Umfrage 2, Frage 38)

Anmerkung: n = 225, k. A. / weiß nicht = 4,7 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

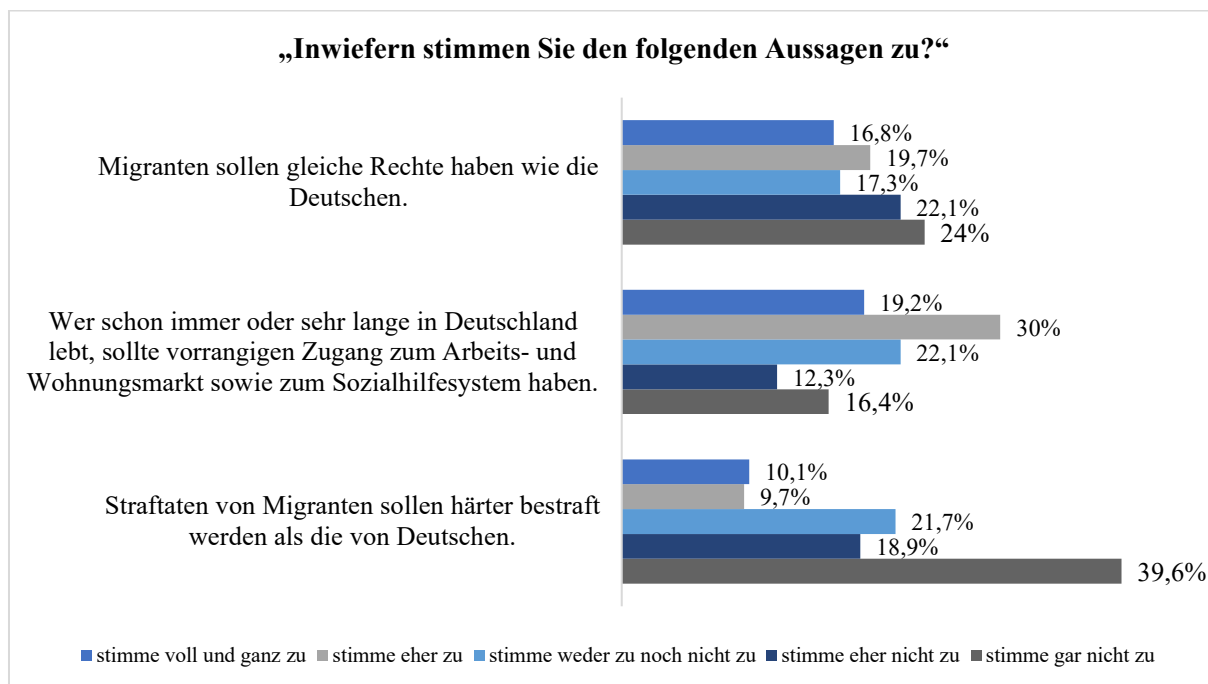


Abbildung 27: Frage zur Gleichbehandlung von Migranten und Einheimischen: „Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“ (Umfrage 2, Frage 44)

Anmerkung: n = 278, k. A. / weiß nicht = 4,7 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

Auch in den qualitativen Interviews äußern eine besonders große Zahl der Befragten Sorgen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Belastung, die Migranten für Deutschland darstellen, wodurch für die einheimische Bevölkerung Nachteile entstehen. Es wird unterstellt, dass die Flüchtlinge die sozialen Leistungen des Staates ausnutzen und keine Bereitschaft zeigen, einen angemessenen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Von Flüchtlingen wird erwartet, dass sie mit wenig zufrieden sind und nur das Nötigste beanspruchen. Es wird behauptet, dass der Staat bereits übermäßig viel für ihren Unterhalt ausgibt. Den Flüchtlingen wird zudem Undankbarkeit und sogar Betrug des Sozialstaates unterstellt. Den betroffenen Personen werden diese Eigenschaften häufig aufgrund ihrer religiösen und kulturellen Zugehörigkeit zugeschrieben und mit einem vermeintlich fehlenden Integrationswillen verknüpft:

Es werden gesunde Männer genommen, die gerade gestern gekämpft haben. Hier in Europa werden sie nicht arbeiten. Sie werden Sozialhilfe erhalten und Unheil anrichten. (...) Nein, vielleicht werden einige arbeiten, aber nur ein sehr kleiner Prozentsatz von allen. Sie werden sich sicher nicht integrieren, weil sie einen anderen Glauben haben, den Koran vor allem. Ich habe kürzlich gelesen oder gehört, dass Flüchtlinge in Dänemark oder Norwegen sagen: „Allah hat uns das alles gegeben.“ Sie denken, dass sie angekommen sind und dass ihnen alles zusteht. (...) Sehr viele Deutsche haben bereits [deswegen] für die AfD gestimmt, obwohl das Nationalisten [sind]. (...) [A]ber sie gehen in die richtige Richtung. (Konstantin, I030)

Merkel ist schuld an allem. Sie [Flüchtlinge] sollen zum größten Teil ausgewiesen werden. Die ganze Politik soll geändert werden. Merkels These, dass wir ein demokratisches soziales Land sind, ist Unfug. Als Sozialhilfeempfänger hat man wenig bekommen und viel gespart. Flüchtlinge sollen auch mit wenig zufrieden sein. Dazu

bekommen sie umsonst Kleidung und Sozialtickets. Wozu solche Privilegien? Als Sozialhilfeempfänger zu leben ist für sie günstig. Muslime stecken unter einer Decke und begehen finanzielle Betrügerei. Man soll das Geld selbst verdienen. (...) [Der] Islam hat auch was Gutes wie jede Religion. Es gibt auch normale Menschen. Aber sie sind [trotzdem] anders, sie haben eine andere Lebensweise, sie arbeiten anders. Hier bekommen Flüchtlinge mehr Geldhilfe, sie bekommen mehr als das soziale Minimum und eine Wohnung. Ich weiß es nicht genau, aber sie kriegen mehr. Das ist nicht gerecht. (Jurij, I05)

Eine zentrale Stellung nimmt das Thema Einwanderungsberechtigung und Absichten der Asylsuchenden, die nach Deutschland einwandern, ein. Wie Abbildung 29 zeigt, betrachten 65 % bzw. 68 % der Respondenten in der quantitativen Umfrage humanitäre Gründe als ein wichtiges Kriterium für die Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere, ob jemand in seinem Herkunftsland diskriminiert oder politisch verfolgt wird oder vor Krieg flieht. Im Gegensatz dazu werden wirtschaftliche Fluchtgründe von etwa 51% der Befragten nicht als hinreichendes Kriterium für Asyl angesehen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten in erster Linie Wert auf wirtschaftliche Nützlichkeit und rechtliche Integrität legen. Sprachkenntnisse und familiäre Bindungen werden als weniger wichtig erachtet. Religion spielt eine eher polarisierende Rolle in der Bewertung der Wichtigkeit von Kriterien für die Migration.

In den Interviews wird oft angezweifelt, ob alle Migranten eine glaubwürdige Berechtigung haben, sich als Flüchtlinge in Deutschland aufzuhalten. Einige Befragte merken an, dass viele Menschen aus Ländern oder Regionen nach Deutschland kommen, in denen es keine Kriege gibt. Sie sind der Meinung, dass diese Flüchtlinge eher auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Fluchtgründe wie Armut und das Streben nach Wohlstand werden dabei nicht als legitim akzeptiert. Hinter der angeblichen Flüchtlingswelle stehe ein gut organisiertes, gesteuertes Schleppersystem, durch welches die hauptsächlich jungen Männer unrechtmäßig nach Deutschland kommen und sich als Flüchtlinge ausgeben:

Als Flüchtlinge sollen eigentlich nur diejenigen aufgenommen werden, die aus Kriegsgebieten kommen. Aber hierher kommen viele aus Afrika. Dort herrscht nicht unbedingt Krieg in einigen Ländern. Nicht in allen, um genau zu sein. In Syrien z. B., so sagen meine Bekannten, sie hätten in einem Teil von Syrien gelebt, wo es keine militärischen Aktionen gab. Sie hatten einfach diese Möglichkeit. Dann kam die Einwanderungswelle, und warum sollten sie sich nicht ein Ticket für ein besseres Leben kaufen? Natürlich kostete es Geld. Ungefähr 1500 Euro mussten der Person bezahlt werden, die den Weg organisiert und die Gruppe leitet. Sie sammeln etwa 20 Personen und dann werden sie geführt. Wie werden sie geführt? Zuerst fliegen sie in die Türkei. In der Türkei gehen sie zu Fuß über die Grenze, dann anders, dann mit dem Schiff. Diese Routen sind alle organisiert, es sind keine chaotischen Flüchtlinge (...). Es sind in der Regel junge, besonders aktive Männer. (Wladislaw, I013)

Ein erheblicher Teil der Befragten verbindet die steigende Zahl an Flüchtlingen mit einer potenziellen Bedrohung der physischen Sicherheit, was auf starke Bedenken hindeutet, dass die

erhöhte Migration die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen könnte. Mit der Zunahme der Migration werden zunehmende Kriminalität und Sicherheitsbedenken verbunden, die teilweise auf die kulturellen und religiösen Eigenschaften der Migranten zurückgeführt werden. Wie Abbildung 29 zeigt, ist für eine deutliche Mehrheit der Befragten (insgesamt ca. 87 %) ein wichtiges Kriterium für die Erlaubnis der Einwanderung von Flüchtlingen, ob jemand in seinem Herkunftsland Straftaten begangen hat. Auch im Zusammenhang mit der angestiegenen Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen, machen der Anstieg der Kriminalität und der Terrorismus sowie die Zunahme der illegalen Aufenthalte fast 62 % der Befragten große Sorgen (Abbildung 26).

Auch befürchtet ein erheblicher Teil der Interviewteilnehmer, dass durch Migranten sowohl die Kriminalität als auch die Terrorismusgefahr steigen. Es wird kritisiert, dass der Staat zu wenig kontrolliert, wer in das Land einwandert und ob die betreffenden Personen eine Berechtigung dafür haben. Zudem seien viele der Neuankömmlinge junge Männer im wehrfähigen Alter, die möglicherweise an den Kämpfen in ihren Herkunftsländern beteiligt waren und somit ein erhebliches Risikopotenzial mit sich bringen (s. Wladislaw, I013). Es wird unterstellt, dass die gestiegene Kriminalität und die damit verbundenen Gefahren durch Flüchtlinge nicht immer offen und öffentlich zugegeben und kommuniziert werden:

Hinzu kommt noch die enorme Kriminalität, die verborgen bleibt. Nur gelegentlich kommt ans Licht, dass die Regierung die Zahlen anerkennt. Manchmal gibt sie zu, dass die Kriminalitätsraten sehr hoch sind. Sie kamen hierher mit der Erwartung, dass man sie sozusagen versorgen und ihnen über den Kopf streichen würde. Irgendwo fehlt natürlich etwas, denn es sind sehr viele junge Menschen gekommen. Und das wurde bewusst gemacht. Es ist nicht umsonst die Jugend von 17 bis 19 Jahren. (Pjotr, I014)

Einige Befragte, wie Iwan (I018) und Konstantin (I030), äußern eine kritische und besorgte Sichtweise auf die Auswirkungen der Migration nach Deutschland, insbesondere im Hinblick auf Kriminalität und soziale Normen. Sie schreiben die hohe Kriminalität unter Flüchtlingen den Besonderheiten ihrer Kultur und Religion zu. Iwan beispielsweise zieht einen direkten Vergleich zwischen der deutschen Gesellschaft und den Herkunftsländern der Migranten, insbesondere in Bezug auf Kriminalität, Gewaltbereitschaft, Geschlechterverhältnisse und den Umgang mit Minderheiten. Er argumentiert, dass die Gesellschaften in den Herkunftsländern der Migranten ein höheres Maß an Kriminalität und Toleranz gegenüber Gewalt aufweisen, was sich durch eine größere Aggressivität und Gewaltbereitschaft ausdrückt. Diese Aussagen verdeutlichen klare Stereotype und Generalisierungen über die Herkunftsländer der Migranten. Iwan scheint davon auszugehen, dass kulturelle und soziale Normen in den Herkunftsländern unverändert übernommen und nach Deutschland „importiert“ werden. Er äußert die Sorge, dass

Migranten die deutsche Gesellschaft verändern, anstatt sich selbst anzupassen, und dass sie als „Andere“ eine Bedrohung für die bestehende Ordnung darstellen:

Was ich rein visuell bemerkt habe, ist die Zunahme von Shisha-Bars mit dort sitzenden undurchsichtigen Personen und regelmäßigen Polizeirazzien gegen sie und die Beschlagnahme von Drogen, Waffen und allem, was in diesen Shisha-Bars ist, die natürlich nach dieser Migrationswelle sofort anfangen. (...) Wenn wir uns das soziale Leben oder das Leben der Menschen oder den Durchschnitt der Menschen in Deutschland und den Durchschnitt der Menschen in den Ländern, aus denen sie kommen, anschauen, werden wir sehen, dass sie sich in ihrem Kriminalitätsniveau, in ihrer Gewalttätigkeit, in ihrem Verhältnis zu Frauen und in ihrem Verhältnis zu Minderheiten [von den Deutschen] unterscheiden. In diesen Ländern ist die Gesellschaft auf einem anderen Niveau, es gibt mehr kriminelle Aktivitäten, im Allgemeinen gibt es mehr Toleranz gegenüber Gewalt. (...) In diesen Gesellschaften ist Gewalt in größerem Maße akzeptabler als in Deutschland. Ich sage nicht, dass in Deutschland nur Engel herumlaufen, auf keinen Fall, aber im Allgemeinen ist das Niveau der Gewalt in den Ländern, aus denen die Menschen kommen, anders, und sie bringen es mit sich. Und noch einmal: Wenn sie viele sind, verändern sie die Gesellschaft, sie verändern sich nicht selbst. (Iwan, I018)

Die meisten Befragten hatten selbst keine persönlichen Erfahrungen mit Geflüchteten in Deutschland. Ebenso fehlen Erzählungen über Begegnungen mit muslimischer Kultur und Religion in ihren Herkunftsländern. Lediglich eine Befragte, Jekaterina (I019), berichtet von ihren Erfahrungen in dem muslimisch geprägten Kirgisien, ihrem Heimatland, und zeigt Verständnis für die damit verbundenen Ängste vor dem Islam, die unter russischsprachigen Migranten aus dem postsowjetischen Zentralasien verbreitet sind. Dabei setzt sie den Islam mit Islamismus gleich und geht davon aus, dass allein die Religion als bedrohlich wahrgenommen wird. Dazu trugen auch die negativen Erfahrungen als Russen in Kirgisien während des aufkommenden Nationalismus bei, welche gegenseitiges Misstrauen und Ressentiments förderten.

Wir sind ja ursprünglich aus Kirgisien und meine Tante hat bis zuletzt noch in Kirgisien gelebt, bis das ihnen als Russen unmöglich gemacht wurde. Die sind auch schon Opfer des Regimes geworden, dass man sagt „In Kirgisien, nur Kirgisen“. Sind ja auch Nationalisten. Und dieses Problem mit Islamisten oder eben mit dem Islam haben sie auch erlebt und ich kann es nachvollziehen, dass die Leute einfach Angst davor haben. Also die, die gerade aus den ehemaligen Sowjetrepubliken kommen, aus diesen islamischen Republiken. Ich kann schon verstehen, wenn sie sagen, wir haben es schon erlebt, wir wissen, wie es sein kann. Und ich kann die Angst manchmal nicht nachvollziehen, aber ich kann das schon verstehen. (Jekaterina, I019)

Im Zusammenhang mit Asyl und Migration räumen die Befragten Themen wie kultureller Homogenität, religiöser Vielfalt und der Vereinbarkeit unterschiedlicher Lebensstile in Deutschland besondere Beachtung ein. Die Ergebnisse der quantitativen Umfrage dazu (Abbildung 28) zeigen, dass die Meinungen zu kultureller und religiöser Vielfalt in Deutschland unter den Befragten gemischt sind. In Bezug auf die Pflege gemeinsamer Traditionen sind die Antworten der Befragten uneinheitlich: Der größte Anteil (insgesamt 42,5 %) lehnt die Idee ab, dass es

besser sei, wenn die Mehrheit in Deutschland die gleichen Traditionen pflegt. Ein erheblicher Teil der Befragten (ca. 36 %) bevorzugt allerdings kulturelle Homogenität in Deutschland, also dass möglichst viele dieselben Traditionen pflegen. Ein erheblicher Teil der Befragten (13,7 %) bleibt neutral und scheint keine starke Meinung zu dieser Aussage zu haben. Kulturelle Bereicherung durch die Vielfalt der Religionen und Kulturen wird tendenziell positiv wahrgenommen: Die Hälfte der Befragten (ca. 50 %) stimmt der Aussage zu, dass mehrere Religionen und Kulturen nebeneinander Deutschland bereichern. Ein Viertel der Befragten (26,7 %) sieht dies jedoch skeptisch. Ein ebenfalls beträchtlicher Teil der Befragten (22,6 %) bleibt neutral. Die Meinungen zur Vereinbarkeit christlicher und islamischer Lebensstile sind deutlicher ausgeprägt: Mehr als die Hälfte der Befragten (51,6 %) stimmt der Aussage zu, dass christlicher und islamischer Lebensstil in Deutschland schwer vereinbar sind. Fast ein Drittel der Befragten (29,7 %) sieht hingegen keine unüberwindbaren Hindernisse in der Vereinbarkeit dieser Lebensstile. Eine beträchtliche Anzahl von Befragten (18,7 %) bleibt auch hier neutral.

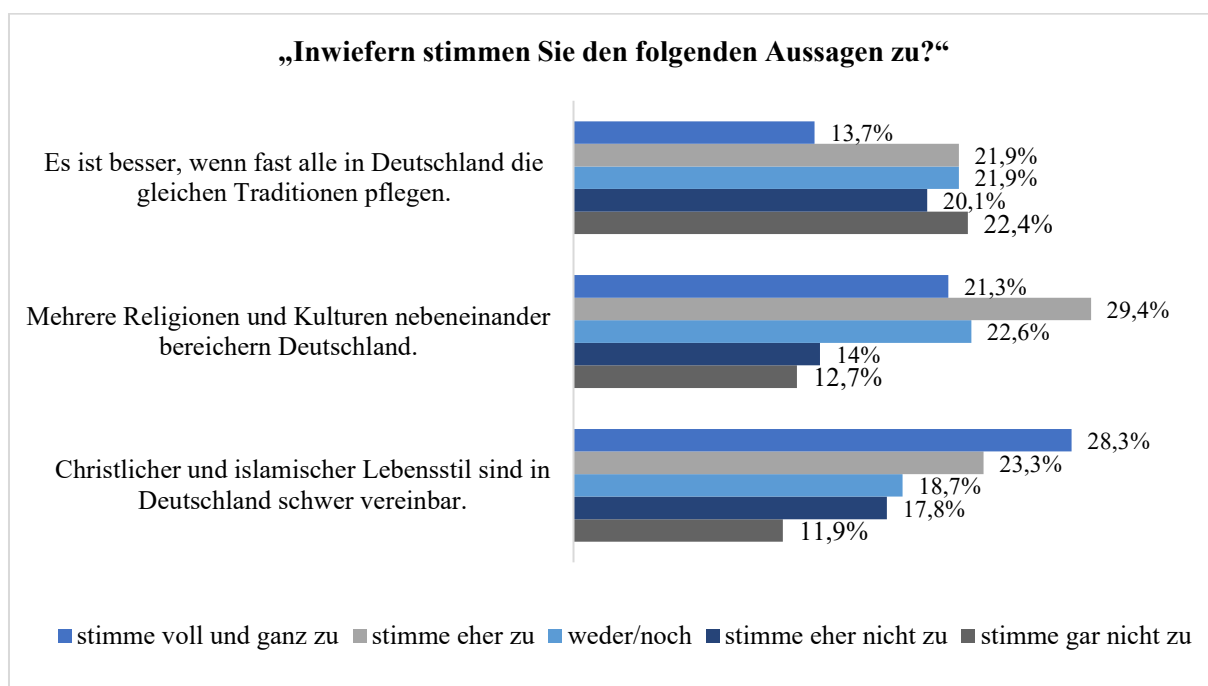


Abbildung 28: Frage zur Vereinbarkeit verschiedener Kulturen und Religionen: „Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“ (Umfrage 2, Frage 34)

Anmerkung: n = 278, k. A. / weiß nicht = 4,7 %. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

In den qualitativen Interviews wird das Thema des Zusammenlebens von Kulturen und Religionen im Zusammenhang mit Migration häufig angesprochen und überwiegend als schwierig betrachtet. Beispielsweise stellt Konstantin die friedliche Koexistenz von Islam und Christentum grundsätzlich in Frage. Er sieht einen Konflikt zwischen diesen Religionen, der sich durch einen zu starken Einfluss des Islam und die Unterdrückung christlicher Symbole und Traditionen manifestiert. Das vorgebliche Bemühen, verschiedene Religionen in Deutschland

respektvoll zu vereinbaren, führt seiner Meinung nach fälschlicherweise zu Verboten und zum Verlust eigener christlicher Traditionen:

Das [die Unterdrückung von Christentum] zeigt sich zum Beispiel darin, dass (...) in einigen Städten zu Neujahr und zu Weihnachten das Aufstellen von Weihnachtsbäumen verboten wurde. In Klassenzimmern wurde angeordnet, alle christlichen Symbole aus deutschen Schulen zu entfernen. Und in Städten sind sie verboten, weil Weihnachten ein religiöses Fest ist. (Konstantin, I030)

Die größte Anzahl der Befragten befürchtet, dass die Migranten ihre eigenen kulturellen Traditionen beibehalten und sich nicht an die kulturellen Normen des Gastlandes anpassen wollen. Dabei äußern die Befragten Besorgnis darüber, dass dadurch das allgemeine kulturelle Niveau der Gesellschaft sinken wird. Beispielsweise spiegeln die Aussagen von Wiktorija (I08) und Jurij (I05) kritische Perspektiven auf die Integration von Migranten und die Wahrung der kulturellen Normen in Deutschland wider. Es gibt eine klare Erwartung, dass Migranten sich kulturell anpassen müssen, um die bestehende kulturelle Ordnung zu wahren. Zwar wird teilweise das Recht der Migranten anerkannt, ihre Kultur privat zu pflegen, gleichzeitig wird jedoch in der öffentlichen Sphäre die Notwendigkeit einer Anpassung gesehen, um eine kulturelle Kohäsion zu gewährleisten. Diese Sichtweise reflektiert eine Spannung zwischen dem Erhalt der eigenen Kultur durch Migranten und den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft.

Der Ausdruck „man geht nicht mit seinen eigenen Regeln in ein fremdes Kloster“ verdeutlicht die Ansicht, dass Migranten die Normen und Regeln des Gastlandes respektieren und sich diesen anpassen sollten. Dafür sollen Maßnahmen wie unterstützende Kurse angeboten werden, um Migranten über die kulturellen Normen aufzuklären und das „allgemeine kulturelle Niveau“ der Gesellschaft zu erhalten.

Sie kommen mit ihren kulturellen Traditionen, die sie nicht ändern wollen. Das ist ihr gutes Recht, das streite ich nicht ab. Aber andererseits ‚geht man nicht mit seinen eigenen Regeln in ein fremdes Kloster.‘ Wenn sie in ein anderes Land kommen, sollten sie sich auch an die gemeinsamen kulturellen Traditionen dieses Landes halten. Zuhause können sie gerne ihre Muttersprache sprechen und so weiter, niemand nimmt ihnen dieses Recht weg. Aber um das allgemeine kulturelle Niveau der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, müssen auch einige Maßnahmen ergriffen werden und unterstützende Kurse angeboten werden, um die Menschen aufzuklären, damit das allgemeine kulturelle Niveau nicht sinkt. (Wiktorija, I08)

Jurij beschreibt negative Veränderungen in seiner Nachbarschaft, nachdem syrische Flüchtlinge eingezogen sind. Er spricht von Unordnung, Diebstahl und Verschmutzung und beschreibt die Neuankömmlinge als „ohne Kultur“ und mit einer „anderen Mentalität“, die zu Verständigungsproblemen führt. Jurij sieht sich und andere „einfache Menschen“ sowie „Deutsche“ als direkt betroffen von diesen negativen Entwicklungen und äußert eine klare Ablehnung gegenüber den syrischen Nachbarn. Jurijs Aussage drückt eine starke Ablehnung und Entfremdung

gegenüber den syrischen Flüchtlingen aus. Er konstruiert einen Gegensatz zwischen den „kultivierten“ Deutschen und den „unkultivierten“ Migranten. Diese Sichtweise trägt zur Wahrnehmung eines Kulturkonflikts bei, in dem Migranten als Bedrohung für die soziale Ordnung und den kulturellen Standard dargestellt werden. Jurijs Aussage verstärkt das Bild, indem er den syrischen Flüchtlingen pauschal fehlende Kultur und Unverständnis unterstellt, was eine Form der Exklusion und Abwertung darstellt:

Wir, einfache Menschen, Deutsche, denn ich habe einen deutschen Pass, sind davon betroffen. Deutsche und andere Einwohner haben die Wohnungen verlassen, seitdem Syrer eingezogen sind. Sie machen Unordnung, stehlen Post, verschmutzen alles. Sie haben keine Kultur, es ist eine andere Mentalität, sie verstehen nichts. (Jurij, I05)

Ein weiteres Thema, das unter den Befragten eine hohe Bedeutung hat, ist die Angst vor kultureller Überfremdung durch Migranten. Abbildung 26 zeigt die Ergebnisse der quantitativen Umfrage und verdeutlicht, dass ein überwiegender Teil der Respondenten sich wegen kultureller Überfremdung und Verlustes deutscher Identität „große Sorgen“ (ca. 47%) und „etwas Sorgen“ (ca. 20%) macht. Auch in den Interviews wird Migration als Gefahr der kulturellen Überfremdung wahrgenommen und trifft auf deutliche Ablehnung. Z. B. äußert Jurij (I05) eine starke migrations- und islamkritische Haltung. Er stellt die Koexistenz verschiedener Kulturen in Frage und sieht insbesondere die muslimische Präsenz als Bedrohung für die deutsche Kultur und Identität. Dabei fordert er eine deutliche Begrenzung islamischer Sichtbarkeit im öffentlichen Raum sowie eine harte Assimilationspolitik. Misserfolge in Sprache und Arbeitsmarktintegration wertet er als Legitimation für Abschiebung. Wahrgenommene Ungleichbehandlungen etwa in der sicherheitspolitischen Präsenz gegenüber verschiedenen Botschaften deutet er als Diskriminierung „seiner“ Gruppe. Seine Äußerungen spiegeln tiefsitzende Befürchtungen einer Islamisierung und kulturellen Überfremdung wider und drücken die Sorge aus, dass sich Deutschland kulturell grundlegend wandelt und die eigene Identität an Bedeutung verliert:

Zwei Kulturen können nur parallel zueinander leben. In Köln z. B. wurde eine große Moschee im Zentrum gebaut. Das ist unmoralisch, denn bei den Gottesdiensten würde das den Verkehr behindern, Krankenwagen z. B. Deutschland ist kein muslimisches Land, deswegen soll man den Islam nicht als das Wichtigste behandeln. (...) Russen dürfen ihren Jahrmarkt nicht im Zentrum machen. Die russische Botschaft ist auch bescheiden, obwohl sie groß ist, aber sie wird nicht überwacht. Die türkische in Essen dagegen wird immer von der Polizei überwacht, was auch den Steuerzahler kostet. Mir als Steuerzahler ist es bitter. Warum bewacht man Türken und nicht Russen? Das ist Diskriminierung nach nationaler Herkunft. Das ist keine Gleichheit, keine Demokratie. Nur Überheblichkeit. (...) Viele Städte und Stadtteile sind voll mit Muslimen. Wir leben aber nicht in einem muslimischen Land. Es ist schrecklich, weil die Kultur verloren geht, die Integrität des Landes. Hitler war auch nicht im Recht, aber was Merkel getan hat, ist ganz falsch. Warum müssen wir uns an sie anpassen, nicht umgekehrt? Man soll das Blut mischen, aber alles in Maßen, man darf das Land nicht auf die Knie zwingen. Wir können bis 2040 ein

muslimisches Land werden. Ich möchte nicht, dass meinen Kindern Islam und Scharia aufgezwungen werden. Dort ist nicht alles gut. Ihr Gott bestraft sie, sie sind selbst schuld, was in Syrien passiert. Dann fliehen sie noch hierher und lassen ihre Familien weg. Man sollte ihnen Zeit für Integration geben, z. B. ein Jahr. Wenn man danach die Sprache nicht gelernt hat und einen Job nicht gefunden hat, soll man abgeschoben werden. Wozu sollen wir ihr muslimisches Erbe hinnehmen? (Jurij, I05)

Für die wahrgenommenen Missstände im Zusammenhang mit Migranten wird von einigen Befragten die Politik, insbesondere die Bundesregierung unter Angela Merkel, kritisiert. Sie machen die Regierung für die Probleme in der Flüchtlingspolitik verantwortlich. Jurij verurteilt Merkels Politik zur Aufnahme von Flüchtlingen und fordert sogar rechtliche Konsequenzen für das, was er als „Verbrechen gegen das Volk“ betrachtet. Aus seiner Sicht verstößt diese Vorgehensweise gegen demokratische Prinzipien, da sie Nachteile für die einheimische Bevölkerung mit sich bringt und deren Interessen und Bedürfnisse außer Acht lässt:

So wird es sein, dass um uns herum nur die Schwarzen sind. Man durfte sie nicht massenhaft reinlassen. Das ist keine Demokratie, das ist ein Verbrechen gegen das Volk. Dafür muss sie [Merkel] vor Gericht. Helfen und Blut mischen sollte man tun, aber wie. Es ist beängstigend, wenn mehr Flüchtlinge als Bürger in der Stadt wohnen. Das sind die Menschen anderer Religion und Kultur. Merkel muss mit ihnen nicht leben, sie hat ein eigenes gesichertes Territorium. (Jurij, I05)

Ähnlich ist Wadim enttäuscht über die etablierten Parteien wie die CDU und äußert sogar Abscheu gegenüber dem politischen Kurs, den Deutschland eingeschlagen hat. Er fühlt sich verärgert darüber, wie die Regierung die Interessen des Landes vertritt und beklagt die mangelnde patriotische Haltung der politischen Führung, die sich, anstatt die Interessen der eigenen Gemeinschaft zu wahren, um die fremden Menschen kümmert:

Ich bin nicht nur einfach enttäuscht – ich höre nur CDU und mir wird schon schlecht. Dieses Land tut mir so leid. Was hast du [Merkel] getan? (...) Deshalb haben wir alle für die AfD gestimmt, nicht weil wir die AfD so sehr mögen, sondern weil sie eine Alternative zu diesem Unsinn ist, den sie [die CDU] veranstaltet. Es ist einfach keine rasende Liebe zu einer bestimmten Partei, sondern die Leute denken über ihr Land nach. Sie haben zumindest ein paar Gramm Patriotismus. (...) Es geht ihnen nicht um Schwarze, es geht überhaupt nicht gegen Schwarze. Es geht darum, dass wir an unsere Alten denken müssen, die hier niemand in diesen Altersheimen braucht. Wir müssen an unsere Kinder denken. Und dann, wenn Zeit übrig ist, denken wir über Afrikaner nach. Bei uns ist es genau umgekehrt. (Wadim, I022)

Darüber hinaus wird von einigen Befragten die Ansicht vertreten, dass neben der Verantwortung der deutschen Politik auch die USA Schuld tragen. Sie sollen aus Eigeninteresse versuchen, Europa durch die Förderung von Migration zu destabilisieren. Pawel vermutet dahinter die Interessen einer wirtschaftlichen Elite:

Die Politik in Bezug auf Migranten ist unverständlich. Es ist klar, dass die Amerikaner dies tun. Sie haben sogar Geld gegeben. (...) Soros zahlte aus seinem Fonds, damit Flüchtlinge rübergebracht werden konnten. Das war nicht kostenlos. Sie

wurden auf Schiffen transportiert. Die italienische Mafia war in diesem Jahr beteiligt. [Interviewerin: Und was ist Ihrer Meinung nach das Interesse Amerikas daran?] Die Destabilisierung Europas. Sie eliminieren so ihre Konkurrenten. Sie wollen nicht, dass Europa gut und wohlhabend ist. Sie schaffen solche Brennpunkte und ziehen die Fäden. Wenn sie das nicht tun, wird es ihnen wehtun. Nun, das ist Politik. So etwas gab es im sowjetischen System, aber andersherum: Wir haben dort bezahlt, um uns zu schmuggeln. Die Amerikaner machen es anders. (Pawel, I011)

In Bezug auf Asyl und Migration gibt es unter den Befragten einige, die Verständnis und Mitgefühl für Flüchtlinge äußern, die ihre Heimat verlassen mussten, und glauben, dass diese Menschen einen positiven Beitrag zu Deutschland leisten können. Vor dem Hintergrund eines medial verbreiteten negativen Bildes, das russischsprachige Migranten als migrantenfeindlich darstellt, äußern mehrere Befragte wie Wiktor (I012), Wiktorija (I08) und Nadeschda (I017) ihre Verwirrung über die ablehnende Haltung einiger Landsleute, insbesondere russlanddeutscher Herkunft. Sie kritisieren die vermeintliche Doppelmoral und den Mangel an Empathie bei denen, die sich als „bessere“ oder „echte“ Deutsche betrachten. Sie verurteilen die Einstellung, dass sie den Neuankömmlingen kulturell überlegen seien oder dass diese weniger Rechte und Ansprüche auf Unterstützung hätten als die russischsprachigen Migranten. Besonders besorgt sind diese Befragten darüber, dass postsowjetische Migranten von rechtspopulistischen Parteien instrumentalisiert werden, was insbesondere bei russischsprachigen Juden auf Unverständnis stößt, da diese Parteien teilweise nationalsozialistische Narrative aufgreifen:

Woher kommt diese Feindseligkeit gegenüber anderen, oder glauben sie, dass sie eine Art Überlegenheit über andere haben? Nur weil sie weiß sind? Weil sie schon lange hier in Deutschland leben? (...) Es ist mir unverständlich, warum Menschen denken, dass diejenigen, die hierhergekommen sind, schlechter sind als sie, obwohl sie selbst hierhergekommen sind. Woher kommt das? Und warum unterstützen sie einen solchen „rechten Sektor“? (Wiktor, I012)

Die AfD betrachte ich als eine profaschistische Organisation. Aber dass Menschen, die selbst als Ausländer gekommen sind, das unterstützen, finde ich sehr seltsam. Mir scheint, dass sie einfach die Widersprüche nicht sehen. Sie betrachten sich als bessere Zuwanderer als diese Welle von Migranten, die aus Syrien oder von wo auch immer kommen. (...) Und wenn ich sowas von Juden höre – Entschuldigung! Dann werde ich wütend. Ihr habt den Verstand verloren! (...) Sie haben entweder ein sehr kurzes Gedächtnis oder eine psychische Störung. (...) Warum haltet ihr euch für kultivierter als sie? (...) Ich erinnere mich gut daran: Als wir ankamen, bekamen wir sofort Sozialhilfe, uns wurden irgendwelche Gelder gezahlt. Wir hatten genug, um zu leben, mieteten eine gute Wohnung. (...) Während meine Eltern sich weiterbildeten und ihre Papiere bestätigten usw., unterstützte uns der deutsche Staat, was es in Russland nie gab und nie geben wird. (Wiktorija, I08)

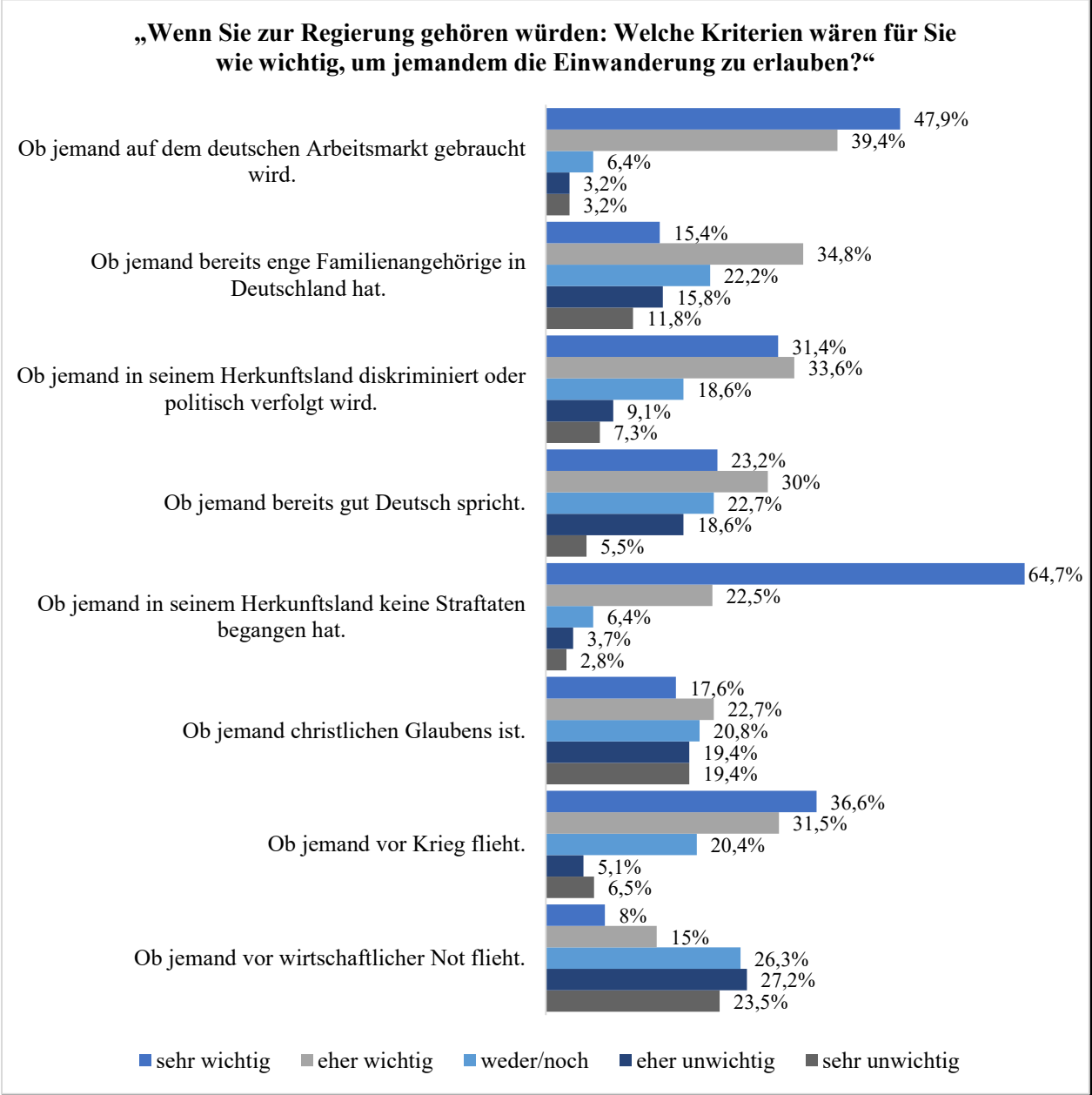


Abbildung 29: „Wenn Sie zur Regierung gehören würden: Welche Kriterien wären für Sie wie wichtig, um jemandem die Einwanderung zu erlauben?“ (Umfrage 2, Frage 37)
 Anmerkung: n = 221. Durch Rundungen kann die Summe der Prozentwerte von 100 % abweichen.

6. Ergebnisdiskussion

Zur Analyse politischer Orientierungen postsowjetischer Migranten in Deutschland wurden fünf Dimensionen herangezogen, die das Verhältnis zwischen Bürger und Staat sowie die Rolle der Bürger im politischen System betreffen: das politische System und Regime, das politische „Selbst“, politischer Input und Output sowie Asyl und Migration. Diese Dimensionen dienten als analytischer Rahmen für die Befragungen. Sie umfassen unter anderem Einstellungen zu den politischen Systemen des Herkunftslandes und Deutschlands, zu Demokratie, zur Rolle des Staates, zum eigenen politischen Interesse und Partizipationsverhalten, zu Parteien und Parteipräferenzen sowie zu Asyl und Migration.

In den folgenden Kapiteln werden die zentralen Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Untersuchungen diskutiert. Dabei wird reflektiert, welche politischen Haltungen postsowjetische Migranten vertreten und inwieweit diese durch Sozialisationserfahrungen geprägt sind. Kapitel 6.7 widmet sich der Herausarbeitung der zentralen Orientierungsmuster, die über die Einzeldimensionen und -themen hinausgehen, und diskutiert diese im Lichte des Konzepts Homo (post-)sovieticus sowie im Vergleich mit früheren Forschungsergebnissen.

6.1 Orientierungen gegenüber politischen Systemen des Herkunftslandes und Deutschlands: Nachwirkungen einer ambivalenten Vergangenheit

Bei der Frage nach dem politischen System des Herkunftslandes, in dem die postsowjetischen Migranten ihre prägenden Jahre verbracht haben, wurde es ihnen überlassen, was sie unter dem „politischen System des Herkunftslandes“ verstehen und auf welche historische Periode sie sich beziehen. Die meisten von ihnen erlebten ihre Jugend und frühen Erwachsenenjahre während der späten Sowjetzeit, insbesondere in den 1960er bis 1990er Jahren, was die Breschnew-Ära (1964–1982) und die Gorbatschow-Ära (1985–1991) einschließt. Einige wenige Befragte verbrachten ihre Jugend bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die frühen 1960er Jahre, also während der Chruschtschow-Ära (1953–1964). Alle Teilnehmenden wanderten nach dem Zerfall der Sowjetunion aus, mehrheitlich in den 1990er und frühen 2000er Jahren, und berichteten insbesondere über diese Zeit und die damit verbundenen Erfahrungen.

Die Aussagen zeigen, dass die Befragten das politische System ihrer Herkunftsländer überwiegend negativ bewerten. Die Mehrheit der Befragten verbindet die sowjetische Ära vor allem mit dem Fehlen fundamentaler politischer Freiheiten, ideologischer Kontrolle und staatlicher Überwachung. Die Vorstellung, die UdSSR sei ein demokratischer Staat gewesen, wird mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen wird das politische System als repressiv und diktatorisch charakterisiert, geprägt von ethnischer Diskriminierung und einer Atmosphäre der Angst. Einige bezeichnen das System als kriminell und als durchdrungen von ideologischer Verlogenheit und

Korruption. Die Verfolgung Andersdenkender sowie die Notwendigkeit, sich einem repressiven System anzupassen, werden häufig betont. Eine deutliche Diskrepanz zwischen den propagierten Parolen und der tatsächlichen Lebensrealität wird hervorgehoben. Ideale wie Gleichheit, Brüderlichkeit und soziale Gerechtigkeit, die durch staatliche Propaganda verbreitet wurden, blieben für viele unerfüllt und dienten eher der Kontrolle der Bevölkerung als der tatsächlichen Umsetzung dieser Werte. Dieses Missverhältnis führte bei zahlreichen Befragten zu Enttäuschung und einer zunehmenden inneren Distanz gegenüber dem sowjetischen System.

Ein weiteres zentrales Kritikmotiv ist die Doppelmoral des Systems sowie der Opportunismus der politischen Eliten. Politiker passten ihre Überzeugungen je nach politischer Lage an, ohne feste Prinzipien oder moralische Werte zu vertreten. Anstelle einer Orientierung am Gemeinwohl schuf das System Strukturen, die viele Menschen systematisch benachteiligten und ihre Lebensqualität einschränkten. Sowohl in der Sowjetunion als auch im heutigen Russland wird das politische System von den Befragten überwiegend als durch einen mächtigen Sicherheitsapparat und weitverbreitete Korruption geprägt beschrieben. Diese Strukturen dienen aus ihrer Sicht vor allem der Machterhaltung und der Unterdrückung von Opposition. Möglichkeiten der Bevölkerung, politische Entscheidungen zu beeinflussen oder zu kontrollieren, galten als kaum vorhanden. Viele Befragte beschreiben das politische System der Sowjetunion als autoritär oder diktatorisch geprägt, in dem nicht die Menschen, sondern das System selbst im Vordergrund stand.

Die negativen Erfahrungen von Unterdrückung stehen bei vielen Befragten in einem Spannungsverhältnis zu den positiven Aspekten der sowjetischen Ära. Diese positiven Aspekte wurden vor allem auf zwischenmenschlicher und gesellschaftlicher Ebene erlebt. Einige heben mit einer gewissen Nostalgie die klaren Strukturen, das Gefühl der sozialen Sicherheit und die starke Rolle der Gemeinschaft hervor, die in der sowjetischen Gesellschaft gepflegt wurden. Dabei wird nicht primär die politische Ordnung gewürdigt, sondern vielmehr das soziale Gefüge, das durch kollektive Werte wie Zusammenhalt, Disziplin, Verantwortungsbewusstsein und gegenseitige Unterstützung geprägt war. Besonders hervorgehoben werden zudem das Vorhandensein klarer Zukunftsvisionen und die Vorhersehbarkeit von Lebensverläufen, die Orientierung und Struktur boten. Diese Orientierung an gemeinschaftlichen Prinzipien wird als menschliche Errungenschaft verstanden, die das Leben planbar und verlässlich machte: Menschen wurde unabhängig vom sozialen Hintergrund ein Platz in der Gesellschaft versprochen. Bildung, Arbeit und Wohnraum galten als gesichert, was ein Gefühl von Stabilität und Gerechtigkeit vermittelte. Die Lebensverläufe waren vorhersehbar, was vielen Orientierung bot und individuelle Lebensentscheidungen in verlässliche Bahnen lenkte. Im Kontrast dazu empfinden

einige Befragte das heutige gesellschaftliche Leben als individualisiert, unsicher und fragmentiert.

Ein weiterer positiver Aspekt, der gelegentlich erwähnt wird, ist die soziale Sicherheit, die das sowjetische System bereitstellte, einschließlich garantierter Arbeitsplätze, kostenloser Gesundheitsversorgung und Bildung. Die soziale Gleichheit sowie die klare gesellschaftliche Hierarchie wurden als stabilisierende Faktoren wahrgenommen. Diese Gleichheit wurde teilweise als Ausgleich für materielle Knappheit und eingeschränkte individuelle Entfaltungsmöglichkeiten gesehen. Der Zusammenbruch der UdSSR wird von einigen Befragten bedauert, da dieser den Verlust sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität zur Folge hatte. Der Verlust des einheitlichen und starken sowjetischen Wirtschaftssystems wird ebenfalls bedauert, da die wirtschaftliche Unsicherheit nach dem Zerfall der Sowjetunion für viele Menschen eine beträchtliche Herausforderung darstellte.

Nur wenige bedauern allerdings explizit das Ende des politischen Systems der UdSSR, was auf eine geringe emotionale Bindung zur politischen Struktur hindeutet. Insgesamt zeigt die Analyse Folgendes. Die Befragten bedauern vor allem die negativen Folgen des Zerfalls der UdSSR in Bezug auf ethnische Spannungen, Misstrauen unter den Völkern und den Verlust des Gefühls der Zugehörigkeit zu einer mächtigen Nation. Eine Charakterisierung des sowjetischen Systems als Großmacht oder die Erwähnung seiner militärischen und politischen Stärke findet hingegen kaum statt. Vielmehr werden sozialistische Errungenschaften im Bereich Wissenschaft und Technik, Bildung und Kultur sowie eine besonders gut organisierte gesellschaftliche Struktur hervorgehoben.

Im Kontrast dazu erleben die meisten Befragten das politische System in Deutschland als freiheitlich, demokratisch und stabil. Während in den Herkunftsländern politische Freiheiten eingeschränkt waren und sich die Menschen oft einem repressiven, korrupten System beugen mussten, erleben sie in Deutschland eine erheblich umfassendere persönliche und politische Freiheit. Die Existenz von Bürgerrechten, Rechtssicherheit, Gleichberechtigung und Teilhabemöglichkeiten wird vielfach positiv hervorgehoben.

Viele der Befragten nehmen Deutschland als verlässlichen Sozialstaat wahr, der auch in schwierigen Lebenslagen Schutz bietet. Sie betonen insbesondere die umfangreichen Sicherungssysteme, die vor existenzieller Not bewahren und soziale Stabilität gewährleisten. Besonders hervorgehoben wird die finanzielle Unterstützung, die dabei hilft, einen sozialen Abstieg zu verhindern und essenzielle Lebensstandards zu sichern. Dies gilt insbesondere im Kontrast zu den teils traumatischen Erfahrungen in den Herkunftsländern, in denen viele das Gefühl hatten, gerade in Krisenzeiten von der Politik im Stich gelassen worden zu sein. Ferner schätzen die Befragten die erlebte Gleichbehandlung im sozialen System sowie den respektvollen und

würdevollen Umgang mit Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status. Diese Erfahrungen sind verbunden mit einem idealistischen Konzept eines Staates, der die Bürger in den Fokus rückt und sich um ihr Wohlergehen kümmert.

Gleichzeitig äußern einige Befragte auch kritische Perspektiven auf Deutschland. Einige von ihnen stellen die Unabhängigkeit des politischen Systems Deutschlands infrage, insbesondere aufgrund der empfundenen Abhängigkeit des Landes von den USA und dem damit verbundenen Gefühl fehlender Souveränität. Diese Befragten betrachten Deutschland als „Marionette“ der USA und sind der Ansicht, dass Deutschland in vielen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen stark von amerikanischen Interessen beeinflusst wird. Die Kritik richtet sich auch gegen die wirtschaftlichen und politischen Eliten in Deutschland. Denen werfen die Befragten vor, die Interessen der Bevölkerung nicht ausreichend zu vertreten und stattdessen den Vorgaben der USA zu folgen. In diesem Zusammenhang wird auch Deutschlands Rolle in internationalen Konflikten und bei der Durchsetzung von Sanktionen kritisch hinterfragt, wobei einige Befragte überzeugt sind, dass diesbezügliche Entscheidungen eher im Interesse der USA als im Interesse Deutschlands getroffen werden.

Einige der Befragten äußern sich kritisch gegenüber dem kapitalistischen System in Deutschland. Sie erkennen zwar an, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland günstiger ist als in Russland, jedoch sehen sie keine bedeutenden Unterschiede in Bezug auf politische Freiheiten zwischen den beiden Ländern. Diese Befragten argumentieren, dass das kapitalistische System in Deutschland zwar ökonomisch erfolgreicher ist, jedoch auch Einschränkungen und Kontrolle im politischen Bereich bestehen. Sie ziehen Parallelen zwischen den politischen Freiheiten in Deutschland und Russland und argumentieren, dass auch in Deutschland bestimmte politische und wirtschaftliche Eliten eine dominierende Rolle spielen und die politische Souveränität sowie die Entscheidungsfreiheit der Bevölkerung einschränken.

Ein Teil der Interviewten fühlt sich nicht vollständig in die deutsche Gesellschaft integriert. Sie schildern Schwierigkeiten, sich sowohl an die gesellschaftlich geprägte Denkweise als auch an die institutionellen Abläufe des deutschen Systems anzupassen. Einige Interviewteilnehmer fühlten sich trotz ihrer positiven Erfahrungen in Deutschland weiterhin stark mit der russischen Kultur und ihren russischen Wurzeln verbunden. Einige betrachten sich als sowohl in der russischen als auch in der deutschen Kultur beheimatet. Die überwiegende Mehrheit der Befragten hat eine komplexe und kritische Haltung zum Leben in der Sowjetunion. Viele reagieren mit Wehmut, wenn sie gebeten werden, das politische System zu beschreiben. Teilweise wird ein innerer Loyalitätskonflikt wahrgenommen, wobei insbesondere bei Kritik am (post-)sowjetischen politischen System das Bedürfnis besteht, auch positive Aspekte hervorzuheben.

Die Erfahrungen aus den Herkunftsländern scheinen tief verankert und dienen häufig als Referenzrahmen zur Bewertung der Gegenwart. Insgesamt wird das politische System der Sowjetunion hinsichtlich fehlender Demokratie und Freiheit weitgehend negativ beurteilt, während sozioökonomische Aspekte wie soziale Gleichheit und staatliche Fürsorge überwiegend positiv hervorgehoben werden. Gesellschaftliche Bereiche wie Gemeinschaft und kollektiver Zusammenhalt werden deutlich von der staatlichen Politik getrennt betrachtet und weitgehend positiv bewertet. Das Herkunftssystem erscheint vertraut, verinnerlicht und ist leichter zu beschreiben als das politische System Deutschlands, zu dem sich die Befragten vergleichsweise weniger ausführlich äußern. Die Beweggründe zur Auswanderung ähneln sich stark und beziehen sich zumeist auf politische Unsicherheit, wirtschaftliche Instabilität und mangelnde Perspektiven. Deutschland wird vor diesem Hintergrund als sicherer, gut organisierter Lebensraum beschrieben. Die dort erlebten Freiheiten und Sicherheiten nehmen für viele eine zentrale Stellung ein. Dies gilt auch, wenn die kritische Auseinandersetzung mit dem deutschen System meist sozioökonomisch motiviert bleibt und von der eigenen Lebenslage beeinflusst ist.

6.2 Orientierungen gegenüber Demokratie: negative Freiheit und der Traum von einer „besseren“ Demokratie

Theoretische Überlegungen zum Konzept des Homo (post-)sovieticus verweisen auf ein tief verwurzelt Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen, ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Ordnung sowie eine skeptische Haltung gegenüber pluralistischer Aushandlung. Die kommunistische Ideologie stellte das sozialistische System als überlegen gegenüber der kapitalistisch-demokratischen Ordnung dar. Diese Sichtweise wurde durch die desillusionierenden und zum Teil traumatischen Erfahrungen während der Transformationsprozesse der 1990er Jahre verstärkt. Demokratische Reformen sind in diesem Kontext häufig mit Chaos, Unsicherheit und sozialem Abstieg assoziiert. Entsprechend wird westliche Demokratie nicht zwangsläufig als erstrebenswertes Modell wahrgenommen. Stattdessen gilt eine gemäßigte Autokratie mit einer starken, fürsorglichen Führungspersönlichkeit vielfach als attraktiv, da sie Stabilität und soziale Sicherheit zu gewährleisten scheint. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern diese durch Sozialisation und Umbruchsprozesse geprägten Orientierungen auch bei (post-)sowjetischen Migranten in Deutschland vertreten sind.

Die empirische Untersuchung zeigt ein facettenreiches Verständnis von Demokratie unter post-sowjetischen Migranten, das zwischen affirmativer Zustimmung, skeptischer Distanz und dezidiert Ablehnung wechselt. Insgesamt ergibt sich jedoch ein überwiegend positives Bild von Demokratie sowie von der Haltung zur Demokratie in Deutschland. Dies bestätigen auch aktuelle Studien zur Zufriedenheit mit der Idee und Praxis der Demokratie (siehe Kapitel 1.2). Sowohl die quantitativen Daten als auch die Aussagen in den Interviews belegen eine hohe

Zustimmung zur demokratischen Ordnung in Deutschland, während das politische System in Russland deutlich kritischer gesehen wird. Auch mit dem richtigen Ausmaß an gelebter Demokratie in Deutschland zeigen sich die meisten Befragten insgesamt einverstanden.

Die Ergebnisse zeigen, dass Demokratie mehrheitlich positiv konnotiert ist. Zentrale Assoziationen sind individuelle Freiheiten, Pluralismus, Rechtssicherheit und soziale Gleichheit. Demokratie in Deutschland wird dabei oft mit Befreiung, Gerechtigkeit und Sicherheit verbunden und mit einem erfüllten, freien und sicheren Leben gleichgesetzt. Für die meisten Interviewpartner steht das Konzept der Freiheit im Vordergrund. Im Zusammenhang mit Demokratie werden insbesondere das Recht auf persönliche Unversehrtheit sowie das Recht auf Meinungs- und Redefreiheit betont. Die Erfahrungen autoritärer Repression in den Herkunftsländern wirken hierbei häufig als positiver Kontrastverstärker. Die Betonung von Freiheit begründen viele Befragte explizit mit der Unterdrückung, die sie in den (post-)sowjetischen Staaten erlebt haben. Bei genauerer Betrachtung lässt sich stärker das Phänomen der *negativen Freiheit* beobachten. Die Freiheit bezieht sich hauptsächlich auf die Befreiung von äußeren Einflüssen und Einschränkungen, die individuelles Handeln behindern oder unterdrücken. Diese Einstellung stimmt mit der grundsätzlichen distanzierten Einstellung gegenüber der Politik und dem Wunsch, von der Politik „in Ruhe gelassen“ zu werden, überein. Die Freiheit, Möglichkeiten und Potenziale zu entfalten, ein erfülltes Leben zu gestalten und durch gesellschaftspolitische Partizipation Veränderungen zu bewirken, hat bei den Befragten einen geringeren Stellenwert. Diese Beobachtung bestätigt auch die These zum Homo (post-)sovieticus. Dieser zielt mehr auf die Befreiung von der realen oder wahrgenommenen Verletzung der Freiheit sowie auf Opposition statt auf gestaltende Freiheit ab, was auf das Leben unter realem Sozialismus zurückzuführen ist (s. Kapitel 3.2).

Des Weiteren wird Demokratie auch als ein spezifisches Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft verstanden. In diesem Zusammenhang wird sie als politisches System beschrieben, in dem Bürger durch verschiedene Kontrollmechanismen die Möglichkeit haben, auf politische Prozesse Einfluss zu nehmen. Besonders bedeutsam erscheint dabei die Option, Machtwechsel zu ermöglichen und politische Opposition auszuüben. Als grundlegende Voraussetzung wird die Existenz einer starken, funktionsfähigen Zivilgesellschaft hervorgehoben, die Rückkopplungs- und Kontrollfunktionen gegenüber der politischen Macht übernimmt. Diese Perspektive ist häufig geprägt durch Erfahrungen mit den politischen Systemen der Herkunftsländer, in denen solche Rückkopplungs- und Kontrollmechanismen entweder fehlen oder lediglich formal vorhanden sind. In diesem Zusammenhang wird auch der Umgang mit Andersdenkenden thematisiert und betont, dass freie Meinungsäußerung und politisches Engagement, z. B. im heutigen Russland, nicht nur nicht garantiert, sondern mit erheblichen Risiken verbunden sind.

Auffällig ist dabei, dass grundlegende demokratische Rechte wie die Teilnahme am öffentlichen Leben, das Wahlrecht oder die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in den quantitativen Daten vergleichsweise selten als besonders wichtig eingestuft werden, obwohl gerade diese Freiheiten zentrale Instrumente demokratischer Kontrolle und Mitgestaltung darstellen.

Zugleich kommt dem Aspekt der Sicherheit eine generell hohe und breitgefächerte Bedeutung für postsowjetische Migranten zu. Demokratie bietet in Deutschland für die meisten Befragten verlässliche Lebensbedingungen, soziale Absicherung und umfassende Versorgung. Darüber hinaus werden physische Sicherheit, öffentliche Ordnung und insbesondere rechtliche Sicherheit hervorgehoben. Letztere garantiert Gleichheit vor dem Gesetz und ermöglicht es, eigene Rechte geltend zu machen. In diesem Kontext vergleichen viele Teilnehmer die aktuelle Situation mit den wirtschaftlichen und sozialen Unruhen sowie der Rechtsunsicherheit, die in Russland in den 1990er Jahren herrschten. Die Betonung von Rechtssicherheit und Gleichheit als zentrale Bestandteile demokratischer Ordnung tritt dabei besonders deutlich hervor. Auch unter Demokratieskeptikern werden Sicherheitsaspekte im Zusammenhang mit Demokratie positiv gewertet, was ihre übergreifende Bedeutung unterstreicht. Diese positiven Bewertungen der Demokratie im Hinblick auf soziale, rechtliche und physische Sicherheit decken sich mit den zentralen Erwartungen, die die Befragten an einen funktionierenden Staat richten (s. Kapitel 5.3 und 6.3). Daraus lässt sich schließen, dass die demokratische Regierungsform größtenteils den Vorstellungen postsowjetischer Migranten in Deutschland von einem „guten“ Staat entspricht. Die positiven Assoziationen mit Demokratie gehen über die politischen Dimensionen einer demokratischen Ordnung hinaus: Sie wird generell mit einem humanen, menschenzentrierten, zivilisierten, respektvollen Umgang miteinander sowie zwischen Staat und den Bürgern in Verbindung gebracht.

Die quantitativen Daten zeigen, dass die Mehrheit der Befragten Demokratie als beste Regierungsform bewertet. Dennoch herrscht vielfach eine skeptisch-pragmatische Haltung vor, bei der Demokratie zwar als grundsätzlich wünschenswert, aber unvollkommen anerkannt wird. Autoritäre oder monarchische Modelle werden zum Teil als effizienter oder moralisch überlegen wahrgenommen, insbesondere dann, wenn demokratische Prozesse als dysfunktional oder instrumentell betrachtet werden. Die Befragten äußern Zweifel an der Effektivität demokratischer Prozesse und kritisieren politische Intransparenz, übermäßige Komplexität, mangelnde Steuerungsfähigkeit und soziale Ungleichheit, ohne jedoch die Demokratie grundsätzlich abzulehnen. Es finden sich auch Stimmen, die der Demokratie in Deutschland zwar Respekt zollen, ihr als idealer Regierungsform jedoch mit Einschränkungen begegnen. Die Spannung zwischen idealtypischen Demokratievorstellungen und wahrgenommener Realität bildet ein ausgeprägtes Deutungsmuster.

Ein erheblicher Teil der Befragten zeigt eine widersprüchliche Haltung, bei der autoritäre Ordnungsvorstellungen wie eine starke Führung, monarchische Strukturen oder umfassende staatliche Kontrolle Zustimmung finden. Demokratische Prinzipien werden dabei nicht offen abgelehnt, aber in ihrer Bedeutung abgeschwächt oder in Frage gestellt. Die häufige Hervorhebung der Vorteile einer monarchischen Regierungsform deutet auf das Bedürfnis nach einem starken Oberhaupt hin, das sich vollumfänglich um das Wohl der Menschen kümmert und eigenständig die optimalen Entscheidungen trifft und für Ordnung, Wohlstand und Sicherheit sorgt sowie den Bürgern klare Richtlinien vorgibt. Ein Monarch regiert nicht auf Zeit und hat daher keine Notwendigkeit, sich in einer kurzen Amtszeit zu bereichern. In diesen Vorstellungen spiegelt sich ein Bild des Staates wider, der für Ordnung sorgt und Verantwortung für das Gemeinwohl übernimmt. Ferner begründen einige Befragte ihre Sympathien für ein monarchisches politisches System mit der Wahrnehmung der tatsächlichen Politik in der Demokratie als ineffizient und ressourcenintensiv. Die politischen Entscheidungsprozesse werden als zu komplex, langwierig und von machtpolitischen Interessen geprägt beschrieben. Parteipolitik wird als anstrengend, unübersichtlich und von Machtkämpfen dominiert wahrgenommen. Diese Betrachtung spiegelt eine allgemeine Überforderung und Skepsis gegenüber Politik und politischer Partizipation wider.

Darüber hinaus existiert eine demokratiekritische bis verschwörungsaffine Haltung, in der Demokratie grundsätzlich als leer, manipulativ oder heuchlerisch abgewertet wird. Autoritäre Modelle erscheinen hier effizienter oder gerechter. Solche Ansichten gehen häufig mit systemkritischem Misstrauen oder genereller Politikverdrossenheit einher. Einige Befragte bezweifeln sogar die Existenz einer tatsächlichen Demokratie in Deutschland oder äußern starke Unzufriedenheit über deren konkrete Umsetzung. Diese Aussagen spiegeln sich auch in den quantitativen Daten wider, in denen ein zu geringes oder zu hohes Maß an Demokratie beklagt wird. Ein empfundenes Übermaß an Demokratie wird dabei mit Maßlosigkeit, Kulturlosigkeit, Verantwortungslosigkeit und Anarchie gleichgesetzt. Einige Befragte äußern Bedenken, dass ein Übermaß an Freiheiten die Ordnung und Stabilität gefährden könnte. Aus ihrer Perspektive braucht die Gesellschaft Einschränkungen, um bestehende Normen und Werte zu erhalten. Demokratie wird in diesem Zusammenhang auch im Hinblick auf die Sicherheit kritisch betrachtet: Gefordert wird ein strengeres staatliches Vorgehen gegen Kriminalität und zur Sicherung gesellschaftlicher Stabilität. Der Ruf nach einem starken Staat, der als Hüter moralischer Werte auftritt, verweist auf konservative Ordnungsvorstellungen. Ein anderer Teil der Befragten kritisiert hingegen, dass es in Deutschland zu wenig Demokratie gebe. Sie bemängeln, dass politische Entscheidungen nicht vom Volk getroffen, sondern durch politische Eliten gesteuert würden. Einschränkungen von Freiheiten, soziale Ungleichheit und der Verlust des Wohlstands des

„kleinen Mannes“ werden als Defizite benannt. Einfache Bürger seien gegenüber einer sich bereichernden Elite benachteiligt, die ihre Interessen auf Kosten der Allgemeinheit durchsetze. Demokratie wird in diesem Zusammenhang als Machtinstrument der Reichen gesehen. Die USA erscheinen als dominierende Kraft, während andere Länder, darunter auch Deutschland, als Marionetten ohne echte Souveränität wahrgenommen werden. Der Begriff „Demokratie“ wird dabei als ideologisch aufgeladene Hülle verstanden, die von Macht- und Wirtschaftsinteressen gesteuert wird.

Aus der Befürwortung von Diktatur unter den Befragten lässt sich weniger auf die Bevorzugung einer allumfassenden Herrschaftsform schließen, bei der die gesamte Macht uneingeschränkt in den Händen einer einzigen Person oder einer kleinen Gruppe von Personen konzentriert ist. Vielmehr bringen die Befragten damit die Forderung nach einer „starken Hand“ in der Politik zum Ausdruck. Es gibt das Verlangen nach einer stabilen, durchsetzungsfähigen und oft strengen Führung, die entschlossen und notfalls autoritär regiert. Dabei wird eine Führung bevorzugt, die Sicherheit und Ordnung gewährleistet und Entschlossenheit und Effizienz zeigt, indem sie klare Anweisungen gibt und schnelle Entscheidungen ohne überflüssige Diskussionen trifft.

Die dem Konzept des Homo (post-)sovieticus zugeschriebene generelle Ablehnung westlicher Demokratie lässt sich nur eingeschränkt bestätigen. Die hohe Zufriedenheit mit der gelebten Demokratie in Deutschland widerspricht dieser Zuschreibung. Allerdings äußern einige Befragte deutliche Skepsis gegenüber der US-amerikanischen Demokratie, die als hegemonial und kriegstreibend wahrgenommen wird. Gleichzeitig wird ihre institutionelle Stabilität und Unabhängigkeit von Einzelpersonen auch unter Skeptikern positiv hervorgehoben. Mehrere Interviewte relativieren die universelle Gültigkeit demokratischer Prinzipien und stellen deren Anschlussfähigkeit an kulturelle und wirtschaftliche Bedingungen infrage. Teilweise wird die Auffassung vertreten, Demokratie sei nicht für alle Länder, Völker oder Kulturen geeignet. Einige Befragte betonen, dass arabische Länder aufgrund religiöser und kultureller Prägungen eine spezifische Regierungsform benötigen. In diesem Zusammenhang entsteht der Eindruck, dass bestimmte Gruppen oder Gesellschaften der Demokratie nicht „gewachsen“ seien und einen Sonderweg benötigten.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass politische Orientierungen nicht eindimensional im Sinne eines einfachen Gegensatzes von pro- oder antidemokratisch kategorisiert werden können. Vielmehr entstehen sie im Spannungsfeld zwischen normativen Idealen, systemischen Vergleichen und individuell erlebter Alltagspraxis in Herkunfts- und Aufnahmeland. Eine elementare Orientierung an demokratischen Werten zeigt sich deutlich, besonders in der positiven Einschätzung von erlebten Freiheiten, Möglichkeiten politischer Mitwirkung, rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen sowie einem Gefühl von Sicherheit und Stabilität. Sowohl Zustimmung

als auch Kritik an der Demokratie beziehen die Befragten häufig auf ihre politischen Erfahrungen im Herkunftsland, die sie den Eindrücken in Deutschland gegenüberstellen und daran ihre Haltung ausrichten. Beide Erfahrungshorizonte überlagern sich und prägen die demokratiebezogenen Orientierungen auf komplexe Weise. Kritische Haltungen und Skepsis richten sich dabei weniger gegen das demokratische Prinzip an sich, sondern überwiegend gegen die als unzureichend oder enttäuschend empfundene demokratische Praxis in Deutschland sowie gegen negative Erfahrungen mit misslungenen Demokratisierungsprozessen im Herkunftskontext. Kritisiert wird Demokratie dort, wo sie als ineffizient, überkomplex oder als Bedrohung für etablierte Ordnung und gesellschaftliche Normen wahrgenommen wird. Daraus ergibt sich eine Orientierung hin zu einem Staat, der sowohl demokratisch legitimiert als auch stark, handlungsfähig und ordnungsstiftend ist.

6.3 Orientierungen gegenüber der Rolle des Staates: Der Staat als Garant, Manager und Dienstleister

Der Homo (post-)sovieticus zeichnet sich durch eine ausgeprägte staatszugewandte Haltung aus. Gemeint ist ein durch sowjetische Sozialisation geprägtes Staatsverständnis, das auf Vertrauen in staatliche Fürsorge, Ordnung und Kontrolle beruht. Der Staat galt als Garant sozialer Sicherheit, im Gegenzug wurde politische Loyalität erwartet. Dieses Verständnis legitimiert kollektive Absicherung, staatliche Umverteilung und zum Teil auch autoritäre Führung, sofern sie Stabilität und Versorgung sichern. Die Verantwortung für das individuelle Wohlergehen wird dabei vielfach dem Staat zugeschrieben, was hohe Erwartungen an staatliche Regulierung und Unterstützung mit sich bringt.

Die empirischen Ergebnisse der Studie bestätigen diese Annahme in mehrfacher Hinsicht. Generell wird der Begriff „Staat“ im Laufe der Interviews weder hinterfragt noch differenziert definiert. Der Staat scheint autark, selbstgenügsam und allumfassend zu sein, und benötigt keine weitere Definition. Gleichzeitig wird deutlich, dass zwischen Staat und Volk ein grundlegender Gegensatz angenommen wird: Der Staat und das Volk werden nicht als Einheit, sondern getrennt gedacht oder gar gegenübergestellt, und zwar mit klar definierten hierarchischen Verhältnissen, in denen das Volk über dem Staat steht, der im Sinne kollektiver Erwartungen als Dienstleister agieren soll.

Der Staat erhält weitreichende Befugnisse und Verantwortlichkeiten, um die existenziellen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu organisieren. Er wird verpflichtet, sich vollumfänglich um die Bürger zu kümmern, und zwar ohne Begründung, per Definition und ohne Gegenleistung.

Die Analyse zeigt ein teils autoritär-funktionalistisches Staatsverständnis. Der Staat wird als überlegene, wissensbasierte Instanz gesehen, die im Besitz des Gewaltmonopols ist und die notwendigen Mittel zur Verfügung hat, um Ordnung, Schutz und Versorgung zu garantieren. Besonders die biografischen Erfahrungen mit staatlicher Instabilität in den 1990er Jahren stärken die Orientierung auf einen starken, ordnenden Staat als Gegenentwurf zur Erinnerung an Chaos, Kriminalität und sozialen Zerfall.

Die beschützende Funktion des Staates hat zentrale Bedeutung für die meisten Befragten. Der Staat muss die Sicherheit der Bürger garantieren. Die Schutzfunktion richtet sich zum einen auf die äußere, feindliche Bedrohung. Dafür ist es Aufgabe des Staates, funktionierende und starke Sicherheitsstrukturen zu organisieren. Zugleich soll er in Sicherheitsfragen konsequent die nationalen Interessen wahren. Dieser Bereich liegt nicht im Interessenbereich der Gesellschaft und ist vollständig dem Staat überlassen. Andere staatliche außenpolitische Funktionen außer Verteidigung werden nicht angesprochen. Zum anderen muss der Staat auch die innere Sicherheit und Ordnung gewährleisten. Er muss das Zusammenleben der Menschen organisieren und kontrollieren, um Ordnungsstörungen, wie z. B. durch Kriminalität, zu vermeiden. Diese Perspektive impliziert eine vollständige Delegation sicherheitsrelevanter Aufgaben an den Staat und eine implizite Selbstverortung der Bürger als schutzbedürftig und auf Fürsorge angewiesen. Nur der Staat kann aufgrund des Wissensgefälles und seines Überblicks ermessen und entscheiden, was unter den gegebenen Bedingungen für den Bürger gut ist. Dem Staat werden dadurch Überlegenheit und die hohe Autorität zugesprochen, da er das Gewaltmonopol innehat.

Der Staat muss soziale Sicherheit und Gerechtigkeit unter den Bürgern sicherstellen. Nach den Ergebnissen aus den Interviews und der Umfrage bestehen die Erwartungen der Befragten darin, dass der Staat ein würdiges Existenzminimum garantiert. Dabei wird nicht nur die Unterstützung der sozial schwachen und benachteiligten Bevölkerungsteile, die ihre Interessen nicht selbst zur Geltung bringen können, in Notlagen verlangt, sondern ein grundsätzliches Anrecht auf ein würdiges Leben eingefordert: Es liegt in der Verantwortung des Staates, dass *allen* Bürgern ein „gutes“ Leben und ein würdevolles Altern garantiert werden, unabhängig vom während des Berufslebens geleisteten Beitrag. Der Staat erscheint dabei als elterliche Instanz, die die Verantwortung für alle Bürger übernimmt, unabhängig davon, welchen individuellen Beitrag sie leisten. Zugleich zeigen die Ergebnisse eine geringe Zustimmung unter den Befragten für autonome und eigenverantwortliche Fürsorge für das eigene Wohl. Die Erwartung, dass der Staat (lediglich) die Rahmenbedingungen für eine freie und vielseitige Selbstverwirklichung bereitstellen soll, fällt bescheiden aus.

Die Ergebnisse der Umfrage stimmen mit den Ergebnissen der Interviews überein, wenn es um staatliche Fürsorge in Bereichen des öffentlichen Interesses geht. Die überwiegende Mehrheit

der Befragten stimmt zu, dass die existenziellen Lebensbereiche wie Medizin und Bildung durch den Staat allen Bürgern kostenlos garantiert werden müssen. Diese Bereiche gelten als wertvoll und unterliegen der staatlichen Verantwortung, sodass sie nicht privat übertragen werden sollten. So kann sichergestellt werden, dass *alle* Bürger daran teilhaben und auch die notwendigen Qualitätsstandards garantiert werden.

Besonders aufschlussreich ist die ambivalente Haltung zur Rolle des Staates in der Wirtschaft. Einerseits ist der Staat für die meisten Befragten Wirtschaftler und fairer Verteiler. Es wird erwartet, dass er für gerechte und gleiche Verteilung sorgt und Ressourcen kontrolliert. Andererseits werden Planwirtschaft und staatliche Verteilung mehrheitlich abgelehnt, jedoch soll der Staat die kontrollierenden Funktionen, z. B. bei Großkonzernen, beibehalten. Einige Befragte betrachten es skeptisch, wenn der Staat als Eigentümer auftritt, kommerzielle Interessen verfolgt und stark in die Privatwirtschaft eingreift. Diese Ambivalenz verweist auf ein hybrides Deutungsmuster, das von parallelen Erfahrungswelten geprägt ist: die Prägung durch die sowjetische Planungstradition, die kritische Erfahrung mit übermäßiger Korruption in staatlichen und privatwirtschaftlichen Strukturen sowie die marktwirtschaftliche Realität.

Die Mehrheit der Befragten schränkt außerdem die Rolle des Staates bei der Regulierung der Massenmedien ein, auch wenn es um den Schutz von moralischen Werten und die Sicherstellung politischer Stabilität geht. Diese Einstellung reflektiert das deutlich ausgeprägte Verlangen der Teilnehmer nach Meinungsfreiheit. Sie lehnen staatliche Kontrolle und Druck auf die freie Meinungsäußerung ab (vgl. Kapitel 5.2 und 6.2).

Auffällig ist die geringe Sichtbarkeit von emanzipatorischen Perspektiven, die die aktive, gestaltende und partizipative Rolle der Bürger und der Gesellschaft hervorheben. Nur vereinzelt äußern Befragte Erwartungen, dass der Staat Bedingungen schaffen soll, in denen individuelle Entwicklung, politische Partizipation und demokratische Rechte gesichert sind. Solche Sichtweisen treten am Rande auf und sind im dominierenden Deutungsrahmen kaum verankert. Dies deutet auf ein tief verankertes Staatsverständnis hin, in dem der Staat vor allem als schützende, fürsorgliche und wirtschaftlich lenkende Instanz gesehen wird, weniger jedoch als Garant von Freiheit, individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Mitwirkung.

6.4 Orientierungen gegenüber dem politischen „Selbst“: politisches Interesse und politische Partizipation – Politik auf Distanz

Aufgrund der historischen Erfahrung politischer Machtlosigkeit sowie der Scheinpartizipation im sowjetischen System neigen viele ehemalige Sowjetbürger zu politischer Apathie. Oft mangelt es an dem Vertrauen, dass die eigene Stimme politischen Einfluss haben kann. Die politikwissenschaftliche Forschung bestätigt, dass die politischen Orientierungen in der

postsowjetischen Gesellschaft häufig durch politische Entfremdung, Gleichgültigkeit, Unzufriedenheit mit Institutionen, geringe Beteiligung, bürgerschaftliche Passivität und ein schwaches Gefühl politischer Wirksamkeit gekennzeichnet sind. Dies geht meist mit einem tiefgreifenden Misstrauen gegenüber politischen Institutionen einher.

Die meisten Respondenten der quantitativen und qualitativen Befragung geben an, sich grundsätzlich für Politik zu interessieren. Gleichzeitig zeigt sich ein differenziertes Bild politischen Interesses. Die quantitativen Ergebnisse belegen, dass das Interesse an Politik sowohl auf Deutschland als auch auf Russland bezogen vorhanden ist. Viele Befragte zeigen ein ausgeprägtes Interesse an der deutschen Politik, während andere die Politik des Herkunftslandes weiterhin als vertrauter, verständlicher und emotional näher empfinden. Einige Befragte beziehen ihre politischen Informationen aus russischsprachigen Quellen. Bei einem Teil von ihnen hat das Interesse an der Politik des Herkunftslandes im Zeitverlauf jedoch abgenommen, während das Interesse an deutscher Politik zunimmt, nicht zuletzt, weil diese als relevanter für das eigene Leben empfunden wird. Manche haben sich auch bewusst von der Politik des Herkunftslandes distanziert, da sie mit Zwang, Unterdrückung, Vernachlässigung der Bürger und Korruption assoziiert wird.

Die Befragten nutzen eine Vielzahl an Informationsquellen. Eine Mehrheit konsumiert sowohl deutsch- als auch russischsprachige Medien. Deutsche Medien werden aufgrund ihrer höheren Zuverlässigkeit bevorzugt, während russische Medien mehrheitlich als weniger vertrauenswürdig gelten. Dennoch herrscht unter vielen ein hohes Maß an Medienskepsis. Informationen werden häufig kritisch reflektiert und aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Medien insgesamt wird oft Parteilichkeit und Eigeninteresse unterstellt, weshalb viele Befragte es als notwendig empfinden, Informationen zu überprüfen und ihnen nicht blind zu vertrauen. Die Ergebnisse bestätigen in weiten Teilen frühere Befunde zum Medienvertrauen unter postsowjetischen Migranten (vgl. Friedrichs & Graf, 2022).

Im Einklang mit dem Konzept des Homo (post-)sovieticus zeigt sich jedoch in den qualitativen Interviews eine generell vorsichtige und distanzierte Einstellung zur Politik. Der Zugang zur Politik wird oft als mühsam und als notwendiges Übel empfunden. Eine große Zahl der Befragten hat Schwierigkeiten, sich mit der deutschen Politik zu identifizieren, oder zeigt Skepsis gegenüber der politischen Partizipation und ihrer Wirksamkeit. Das Desinteresse an der deutschen Politik hat verschiedene Gründe. Viele Befragte berichten, dass sie sich wenig mit der deutschen Politik auskennen. Mangelnde Kenntnisse und Verständnis sowie Überforderung durch das deutsche politische System, zum Beispiel das Wahlsystem, begünstigen eine geringe politische Identifikation und Teilhabe. Politik in Deutschland wird oft als komplex, undurchdringlich und intransparent wahrgenommen. Einige Befragte haben das Gefühl, nicht in der

Lage zu sein, diese Komplexität zu bewältigen und sich eine fundierte politische Meinung zu bilden. Es gibt wenige Hinweise auf eine gründliche Auseinandersetzung mit politischen Themen, und die Informiertheit über politisches Geschehen bleibt oft oberflächlich.

Die Mehrheit der Befragten sieht die Teilnahme an Wahlen als eine essenzielle Bürgerpflicht und als Möglichkeit, Einfluss auf politische Prozesse auszuüben. Die Bedeutung der politischen Einflussnahme und Bürgerkontrolle wird auch im Kontext des Demokratieverständnisses hervorgehoben (s. Kapitel 5.2). Insgesamt wird die Wahlteilnahme von den meisten als wichtiger Bestandteil der Demokratie und als Ausdruck von Verantwortung und Engagement angesehen. Einige schätzen die Möglichkeit zur Wahlteilnahme besonders, da diese in ihren Herkunftsländern nicht gegeben war. Einige Befragte begründen die Notwendigkeit der Wahlteilnahme mit den Gefahren, die durch Nicht-Teilnahme entstehen können, wie z. B. dem Aufstieg der AfD oder des Nationalsozialismus. Unter den Skeptikern gibt es auch solche, die Politikern die Verantwortung für die Nicht-Teilnahme an Wahlen zuschreiben, weil sie den Kontakt zu den Menschen verloren haben oder inkonsistent und nicht vertrauenswürdig erscheinen.

Nur wenige Befragte glauben, tatsächlich politischen Einfluss ausüben zu können. Zwar wird die Wahl als demokratische Pflicht anerkannt, doch herrscht zugleich weit verbreitet der Eindruck, dass die eigene Stimme keine oder nur geringe Wirkung zeigt.

Auch wenn viele Befragte ein normatives Verständnis der Wahlteilnahme als Bürgerpflicht zeigen und die Wahlen als zentrales Mittel politischer Kontrolle und Einflussnahme betrachten, führt dies nicht automatisch zu tatsächlicher Beteiligung. Die politische Teilnahme im Herkunftsland wurde vielfach als unfrei, zwanghaft und alternativlos erlebt. Der Zugang zur Politik war dort oft durch Anpassung, Konformität und Druck gekennzeichnet. Keiner der Befragten berichtet von positiver, auf Überzeugung basierender politischer Partizipation in der ehemaligen Sowjetunion oder ihren Nachfolgestaaten. Einige haben politische Apathie und Desillusionierung erlebt, insbesondere weil ihre Bemühungen, Einfluss auf die Politik zu nehmen, als wirkungs- und sinnlos erlebt wurden. Die politische Beteiligung beschränkte sich meist auf Wahlen, die als intransparent und manipuliert wahrgenommen wurden. Einige Befragte berichten, in Deutschland regelmäßig an Bundestagswahlen teilzunehmen. Zwar wird auch die deutsche Politik teils kritisch betrachtet, insgesamt jedoch positiver als die des Herkunftslandes. Zwar äußern einige Befragte den Eindruck, dass Politik und Politiker in Deutschland mitunter als wenig effizient oder von äußeren Einflüssen bestimmt wahrgenommen werden. Gleichzeitig wird ihnen jedoch auch ein höheres Maß an Bürgernähe und geringere Korruptionsanfälligkeit zugeschrieben. Dennoch zeigt sich vielfach eine schwache politische Identifikation, die sich negativ auf politisches Interesse und Partizipation auswirken kann. Eine generell distanzierte Haltung wird durch geringe Sprachkenntnisse und fehlende politische Integration verstärkt. Das

politische System Deutschlands erscheint vielen als komplex und schwer durchschaubar, was die Identifikation und Teilnahme zusätzlich erschwert.

Nur wenige Befragte nutzen die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung in Deutschland tatsächlich aktiv. Sie verfolgen entweder eine politische Karriere, äußern ihre Meinung zu relevanten Themen durch die Teilnahme an Demonstrationen oder engagieren sich ehrenamtlich, zum Beispiel in der politischen Bildung oder in der Sozialarbeit mit russischsprachigen Migranten.

Die Ergebnisse bestätigen die Befunde der vorliegenden Studien (vgl. Theisselmann & Mitten-dorf, 2007; Worbs et al., 2013): Insgesamt zeigt die Diskussion, dass viele postsowjetische Migranten ein generell distanzierteres, resigniertes Verhältnis zur Politik haben. Der Politik wird generell mit Fremdheit, Misstrauen und Enttäuschung begegnet, und die Einstellung zu ihr ist durch Passivität gekennzeichnet. Hinzu kommt ein Gefühl schwacher politischer Wirksamkeit. Diese Beobachtung herrscht sowohl mit Blick auf das politische System der Herkunftsländer als auch auf das politische System in Deutschland vor. Es lässt sich vermuten, dass eine „mitgebrachte“ skeptische und distanzierte Grundeinstellung vorhanden ist, die auf wenig positive politische Erfahrungen in beiden Systemen zurückzuführen ist. Die Politik wird generell auf Distanz gehalten und als ein Bereich wahrgenommen, der deutlich vom eigenen privaten Leben abgegrenzt wird.

In Bezug auf die politische Integration in Deutschland lassen sich außerdem typische integrationspolitische Barrieren feststellen, die trotz eines teilweise langjährigen Aufenthalts weiterhin bestehen und eine vollständige politische Teilhabe erschweren. Bei vielen Befragten zeigen sich insbesondere sprachliche Hürden sowie ein fragmentiertes Wissen über das politische System. Diese Defizite wirken als zentrale Hemmnisse politischer Integration, da sie den Zugang zu politischen Informationen und das Verständnis politischer Prozesse erschweren. Selbst bei vorhandenem Interesse an Politik bleibt politische Teilhabe dadurch häufig begrenzt.

6.5 Orientierungen gegenüber politischen Parteien sowie Parteipräferenzen: politische Heimatlosigkeit und das Idealbild des „guten Politikers“

Theoretische Überlegungen zum Konzept des Homo (post-)sovieticus beschreiben eine Haltung politischer Skepsis, Apathie und Resignation gegenüber Parteien und politischen Institutionen. Es wird angenommen, dass das Vertrauen in politische Strukturen gering ist und die eigene Einflussmöglichkeit auf politische Entscheidungen als begrenzt wahrgenommen wird. Diese Orientierungen werden auf die Prägung durch die politische Kultur des kommunistischen Regimes zurückgeführt, in dem politische Entscheidungen top-down und ohne Beteiligung der Bevölkerung getroffen wurden. In der Folge entsteht ein Gefühl politischer Entfremdung und

Frustration. Mit dem Konzept verbunden ist zudem die Annahme eines tief verwurzelten Misstrauens gegenüber offiziellen staatlichen Narrativen und Medien. Erfahrungen mit Korruption, Intransparenz und Vetternwirtschaft im (post-)sowjetischen Kontext gelten als weitere Faktoren, die institutionelles Misstrauen verstärken und eine resignative Grundhaltung gegenüber politischen Systemen begünstigen.

Auf der Skala des politischen Spektrums positionieren sich die Befragten der quantitativen Umfrage sowie der Interviews tendenziell in der Mitte, mit einem leichten Überhang nach links. Dies deckt sich mit den Ergebnissen früherer Studien (s. Kapitel 1.2). Gleichzeitig zeigt sich jedoch eine auffällige Breite der Verteilung sowie ein hoher Anteil von Befragten, die keine eindeutige Selbsteinstufung vornehmen können oder wollen. Dies deutet auf eine insgesamt schwache Orientierung innerhalb der politischen Landschaft und das Fehlen klarer ideologischer Positionierungen hin, was im Einklang mit früheren Studien steht, die eine geringe ideologische Selbstverortung unter postsowjetischen Migranten feststellen (vgl. A. M. Wüst, 2003). Die Verortung in der politischen Mitte erscheint vor diesem Hintergrund nicht zwingend als Ausdruck einer gefestigten politischen Haltung, sondern kann auch als Ausweichverhalten oder als Versuch politischer Neutralität interpretiert werden. Die Gründe hierfür sind vielfältig und lassen sich nicht allein auf fehlende Erfahrungen mit einem ideologisch breit gefächerten Parteienspektrum zurückführen. Vielmehr spiegeln sie auch migranten-typische Schwierigkeiten der politischen Integration insgesamt wider, etwa eine begrenzte Vertrautheit mit dem politischen System, sowie Irritationen angesichts einer aktuellen politischen Landschaft, die als schwer durchschaubar, wenig greifbar oder diffus wahrgenommen wird und somit eine klare Identifikation erschwert.

Das Mehrparteiensystem, in dem eine Vielfalt an politischen Meinungen und Optionen für die Wähler existiert, findet großen Zuspruch unter postsowjetischen Migranten. Dies deutet darauf hin, dass das Prinzip politischer Pluralität und Parteienvielfalt in weiten Teilen der Zielgruppe als normativer Bestandteil von Demokratie anerkannt wird.

In Bezug auf Parteiidentifikation zeigt sich zunächst ein hoher Anteil der Befragten, die entweder nicht an den Wahlen 2013 und 2017 teilgenommen haben oder an der nächsten Bundestagswahl nicht teilnehmen wollen. Die Parteiidentifikation ist auffallend schwach ausgeprägt: Ein beträchtlicher Teil der Befragten sympathisiert mit keiner bestimmten politischen Partei. Am stärksten fallen die Sympathien für die Parteien CDU und AfD aus. Diese höheren Zustimmungswerte für diese Parteien decken sich auch mit der tatsächlichen Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017. Festzuhalten ist dabei der Rückgang der Zustimmungswerte bei der CDU und der Zuwachs der Zustimmung für die FDP zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017. Dies kann auf Unzufriedenheit mit der Merkel-Regierung, insbesondere in

Bezug auf die Migrationspolitik, zurückgeführt werden. Auffälligerweise findet Bündnis 90/Die Grünen unter den Befragten relativ hohen Zuspruch, sowohl mit Blick auf die angegebene Parteiidentifikation als auch bei den Wahlen 2013 und 2017.

Die meisten Interviewpartner äußern keine stabilen Parteipräferenzen und zeigen Schwierigkeiten, Programme und Zielsetzungen der Parteien zu durchdringen. Insgesamt spiegeln die Interviews eine gewisse Fremdheit gegenüber der Politik und den Parteien wider, die durch ein Gefühl der Unklarheit und ein unzureichendes Verständnis der politischen Prozesse verstärkt wird. Besonders die Unklarheit von Parteiprogrammen stellt ein Problem dar. Viele Befragte nehmen die Begriffe „links“ und „rechts“ als nicht aussagekräftig und sinnentleert wahr. Die Schwierigkeit der Parteienabgrenzung und das Fehlen klarer Profile fördern die Distanziertheit. Dies betrifft insbesondere die Mainstreamparteien CDU und SPD. Zwischen CDU und SPD werden kaum unterscheidbare programmatische Profile wahrgenommen, was bei vielen Befragten zu einem Gefühl politischer Austauschbarkeit führt. In diesem Zusammenhang wird auch das Fehlen klarer Zukunftsvisionen, die die Menschen überzeugen können, bemängelt. Der Wunsch nach einem politischen Programm, das ein verständliches Zukunftsbild und eine klare politische Richtung samt Zielen bietet, wird auch im positiven Zusammenhang mit dem sowjetischen politischen System erwähnt.

Bei der Beschreibung der Parteipräferenzen äußern sich die Interviewpartner zumeist zögerlich, mit geringer Überzeugung und Distanz. Die Identifikation mit einer bestimmten Partei ist überwiegend schwach und kommt selten vor. Häufig werden vage Sympathien oder unverbindliche Tendenzen statt einer klaren Parteiloyalität geäußert. Die meisten Befragten fühlen sich vom deutschen Parteiensystem überfordert. Laut den Befragten liegt die Unsicherheit und Distanziertheit zumeist an der Parteienlandschaft selbst. Einige äußern Unzufriedenheit über die Unvorhersehbarkeit einiger Parteien und verzichten darauf, zu wählen, da sie das Gefühl haben, keine Veränderungen bewirken zu können.

Die Sympathien für Die Linke unter einigen Befragten lassen sich teils durch die charismatische Führung der Partei erklären, stärker jedoch durch die mit ihr verbundenen Werte sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit. Diese erinnern manche an sozialistische Leitbilder einer gerechten Gesellschaft, wecken nostalgische Assoziationen und werden zudem teilweise durch die als russlandfreundlich wahrgenommene Haltung der Partei verstärkt.

Unter den Sympathisanten der SPD gibt es kaum Befragte, die diese Partei aus programmatischer Überzeugung wählen und ihre Werte teilen. Die SPD wird oft als „das kleinere Übel“ gewählt, um generell eine Wahl treffen zu können oder einen politischen Wechsel zu fördern. Es gibt Hinweise darauf, dass die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel dazu

geführt hat, dass die SPD für die Befragten ein klares Profil verloren hat, wodurch ihre spezifischen politischen Positionen verwässert wurden.

Unter den Interviewteilnehmern gab es keine Person, die mit Bündnis 90/Die Grünen sympathisiert, sodass keine Aussagen darüber möglich sind, wodurch eine Zustimmung für diese Partei begründet werden kann. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke werden von den meisten Befragten zusammen als „linksgerichtet“ betrachtet, meist negativ bewertet und beinahe als selbstverständlich nicht wählbar angesehen. Beide Parteien werden dafür kritisiert, dass ihre Politik unrealistisch oder zu radikal sei, z. B. mit Blick auf die Umweltschutzmaßnahmen bei Bündnis 90/Die Grünen und die Ablehnung von Waffenlieferungen bei Die Linke. Im Zusammenhang mit diesen Parteien werden außerdem Sorgen wegen Multikulturalismus sowie zu liberaler Migrationspolitik und Familienpolitik geäußert, die als Bedrohung für traditionelle (Familien-)Werte und Normen gesehen werden.

Zwar besteht weiterhin ein relativ hoher Zuspruch zur CDU, doch der zuvor besonders ausgeprägte Rückhalt, insbesondere unter (Spät-)Aussiedlern, hat im Zeitverlauf deutlich abgenommen. Im Einklang mit aktuellen Forschungsergebnissen lässt sich sowohl eine Erosion parteipolitischer Bindungen als auch eine zunehmende parteipolitische Diversifizierung beobachten. Besonders aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Motive, die den Parteipräferenzen und -bewertungen zugrunde liegen. Unter CDU-nahen Befragten wird die Partei häufig mit traditionellen Werten und einem christlichen Fundament assoziiert, was auf eine rechtskonservative Orientierung hinweist. Charakteristisch ist dabei der Rekurs auf eine „gewachsene Ordnung“, die häufig im Kontrast zu gesellschaftlichen Liberalisierungstendenzen steht. Einzelne Befragte nennen zudem Dankbarkeit gegenüber der Kohl-Regierung als Begründung für ihre Nähe zur CDU, wobei dieses Argument zunehmend an Bedeutung zu verlieren scheint. Solche differenzierten Auseinandersetzungen mit parteipolitischen Angeboten zeigen eine zunehmende Loslösung von migrationsbiografisch geprägten Loyalitäten. Die Regierungszeit der CDU wird von vielen Befragten insgesamt positiv bewertet, insbesondere aufgrund des Krisenmanagements während der Finanzkrise und der COVID-19-Pandemie. Im Zusammenhang mit der Migrationskrise wird ihre Politik hingegen häufiger kritisch hinterfragt und teilweise zum Bruch mit der Partei geführt.

Auch frühere Forschung bestätigt, dass die Einstellung zu migrationsbezogenen Sachfragen entscheidend für die Parteiwahl und den -wechsel der Partei bei den Sympathisanten der AfD ist (vgl. Doerschler & Panagiotidis, 2022; Spies et al., 2023). Andere parteiprogrammatische Themen werden nicht erwähnt. Die AfD wird oft als konservative Alternative zur CDU betrachtet, besonders in Bezug auf Themen wie Migration und Integration. Einige ehemalige CDU-Wähler können unzufrieden mit der Politik der CDU gewesen sein und daher zur AfD

gewechselt haben, insbesondere unter dem Eindruck, dass die CDU ihre konservativen Werte nicht mehr ausreichend vertritt. AfD-Politiker werden als Patrioten betrachtet, die die Interessen der Bürger wahrnehmen und durchsetzen. Für manche Befragte ist es außerdem wichtig, von einer Partei direkt angesprochen zu werden, wie bei den Mobilisierungskampagnen der AfD der Fall.

Die Orientierung an Kandidaten ist besonders ausgeprägt. Das Bild eines guten Politikers ist für viele Befragte eng mit persönlichen Qualitäten verbunden. Im Einklang mit früheren Befunden (vgl. Geiling et al., 2011) verweist die Aufwertung politischer Eigenschaften wie Entschlossenheit, Führungsstärke, Integrität, Handlungsfähigkeit und Lösungsorientierung als zentrale Kriterien guter Führung auf ein hierarchisch und autoritätsbezogen geprägtes Politikverständnis hin. Die Parteizugehörigkeit verliert in dieser Wahrnehmung an Bedeutung, während die individuelle Einschätzung der Kandidaten im Vordergrund steht. Einige Befragte sprechen sich deshalb für ein stärker personalisiertes Wahlsystem aus. Gleichzeitig wird das Vertrauen in politische Akteure häufig dadurch belastet, dass parteipolitische Interessen und das Streben nach Machterhalt als vorrangig gegenüber dem Gemeinwohl wahrgenommen werden. Politikern wird mitunter unterstellt, sie seien manipulierbar oder fremdgesteuert, was Zweifel an ihrer Eigenständigkeit nährt.

6.6 Orientierungen gegenüber Asyl und Migration: egalitäre Hierarchie, ethnischer Neid und kulturelle Überlegenheit

Das Thema Asyl und Migration ist bei befragten postsowjetischen Migranten von hoher Bedeutung und emotional stark aufgeladen. Dass das Thema ursprünglich nicht im Fokus der Untersuchung stand, aber bereits in den ersten Interviews wiederholt und in unterschiedlichen Zusammenhängen eingebracht und als konstanter Referenzrahmen thematisiert wurde, unterstreicht seine besondere Relevanz. Insgesamt zeigen die Daten eine tendenzielle Offenheit für die Notwendigkeit von Einwanderung und deren Nutzen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Gleichzeitig steht dem ein nicht unerheblicher Anteil an skeptischen bis ablehnenden Einstellungen gegenüber, während ein weiterer Teil keine klare Position bezieht. Eine grundsätzliche Ablehnung von Migration liegt nicht vor, jedoch herrscht erhebliche Ambivalenz.

Obwohl meist allgemein von „Migranten“ gesprochen wird, beziehen sich die Aussagen vorrangig auf Personen aus dem Nahen Osten und Nordafrika, insbesondere im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen 2015/2016. Es zeigt sich eine selektive Ablehnung gegenüber Migranten aus nicht-europäischen Herkunftsländern, vor allem aus arabischen und afrikanischen Regionen. Deren Einwanderung wird teils vollständig abgelehnt. Zugleich finden Zuwanderung aus süd- und osteuropäischen EU-Staaten und in geringerem Maße aus osteuropäischen Nicht-

EU-Staaten deutlich mehr Akzeptanz. Ausschlaggebend scheint dabei eine empfundene kulturelle oder religiöse Nähe zu sein, ebenso wie gemeinsame historische Erfahrungen.

In der vertieften Analyse wird ein Spektrum von kritischer Distanz bis hin zu expliziter Ablehnung sichtbar. Auch zur Flüchtlingspolitik ist die Haltung klar: Rund 80 % der Befragten sprechen sich für eine Begrenzung oder den Stopp der Aufnahme aus. In vielen Gesprächen wird Unmut über die Migrationspolitik der Bundesregierung unter Angela Merkel geäußert – diese Enttäuschung prägt sowohl parteipolitische Präferenzen als auch das allgemeine politische Vertrauen, u. a. gegenüber der Demokratie.

Die Ressentiments gegenüber Migranten sind vielschichtig und zum Teil widersprüchlich. Während in anderen Kontexten Gleichheit und Gleichberechtigung befürwortet werden, relativieren sich diese Prinzipien im Migrationskontext deutlich. Gleichbehandlung wird nur dann bejaht, wenn Migranten sich vollständig anpassen und „Leistung erbringen“. Damit verknüpft ist eine *egalitäre Hierarchie*: Gleichheit gilt nicht als universelles Recht, sondern wird als etwas verstanden, das verdient werden muss. Ethnische Zugehörigkeit, kulturelle Nähe, Aufenthaltsdauer oder sichtbare Integrationsleistungen entscheiden darüber, wer als „berechtigt“ gilt. Die Vorstellung von „first come, first served“ schafft eine Rangordnung, die auch darüber entscheidet, wer Zugang zu sozialen Ressourcen oder staatlichen Leistungen erhalten soll. Diese Haltung zeigt sich auch in der Erwartung, dass Regelverstöße von Migranten strenger geahndet werden sollen als bei Einheimischen. Konformes Verhalten gilt als Voraussetzung für Zugehörigkeit.

Diese konditionierte Gleichheitsvorstellung geht vielfach mit einer Haltung *kultureller Überlegenheit* einher. Kulturelle Vielfalt wird zwar in der Theorie vereinzelt als Bereicherung anerkannt, in der Praxis jedoch an Bedingungen geknüpft: kulturelle Nähe, Anschlussfähigkeit an eigene Lebensstile oder geteilte Werte. Besonders religiöse und kulturelle Traditionen, insbesondere der Islam, gelten als inkompatibel mit westlich-demokratischen Ordnungsmodellen. Die Aussage, es sei „besser, wenn alle dieselben Traditionen pflegen“, weist auf ein starkes Bedürfnis nach kultureller Einheit hin. In Abgrenzung dazu werden andere Migrantengruppen negativ markiert: als rückständig, demokratieunfähig und integrationsunwillig, arbeitsunwillig oder kriminell, während der eigenen Gruppe positive Attribute wie Fleiß, Bildung, Demokratieorientierung oder christliche Verankerung zugeschrieben werden.

Bereits Friedrichs und Graf (2022) deuteten die im Zusammenhang mit Statusverlust und sozialem Abstieg auftretenden Ressentiments postsowjetischer Migranten gegen Geflüchtete als „Kompensationsstrategie“. Das Gefühl, trotz eigener Integrationsanstrengung weniger gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten als neu angekommene Gruppen, führt bei vielen zu Missgunst und einem ausgeprägten Ungerechtigkeitsempfinden. *Ethnischer Neid* äußert sich hier

nicht aus direkter Konkurrenz um Arbeitsplätze oder materielle Güter, sondern als symbolischer Statuskonflikt. Neuankömmlingen wird unterstellt, vom Sozialstaat übermäßig und ohne Gegenleistung zu profitieren. Gleichzeitig wird von anderen Migrantengruppen erwartet, sich bescheiden zu verhalten, das Existenzminimum zu akzeptieren und sichtbar „nützlich“ zu sein. Häufig werden sie pauschal als „Sozialschmarotzer“ bezeichnet. Diese Wahrnehmung widerspricht dem meritokratischen, leistungsorientierten Ordnungsmodell vieler postsowjetischer Migranten (vgl. Geiling et al., 2011), nach dem staatliche Unterstützung nur durch erkennbare Anstrengung und gesellschaftlichen Beitrag legitim sei. Diese wahrgenommene Besserstellung lässt sich aus Sicht der Befragten schwer mit dem eigenen Gerechtigkeitsempfinden und dem internen Ordnungsmodell einer „verdienten Hierarchie“ vereinbaren: Wer viel leistet oder „etwas beigetragen hat“, soll teilhaben. Insbesondere im Vergleich zur eigenen biografischen Integrationsleistung dient diese Haltung häufig der Abgrenzung, Selbstvergewisserung und Stabilisierung eines positiven sozialen Selbstbildes. Viele sehen sich selbst als „bessere Migranten“: angepasst, fleißig, unabhängig vom Staat, integrationsbereit. Diese Abgrenzung dient der Selbstvergewisserung. Die eigene Gruppe wird als sozial überlegen dargestellt: Die eigene Berechtigung sei legitim, da Leistungen erbracht wurden, keine Abhängigkeit vom Staat bestehe, man sich schnell integriert habe und kein Schmarotzertum vorliege. Entscheidend ist dabei nicht die Bedürftigkeit, sondern die erbrachte Leistung und gesellschaftliche Nützlichkeit. Wirtschaftliche Not wird von den Befragten mehrheitlich nicht als legitimer Einwanderungsgrund anerkannt, wenngleich die Mehrheit von ihnen selbst aus wirtschaftlichen Misständen, Kriminalität, niedrigem Lebensniveau sowie Perspektivlosigkeit nach Deutschland kam.

Ein innerer, teils widersprüchlicher Identitätskonflikt vieler Befragter wird besonders deutlich: Einerseits sehen sich postsowjetische Migranten, insbesondere (Spät-)Aussiedler, mit anderen Migranten hinsichtlich der Verteilung oder Aufnahmebedingungen als gleichberechtigt und bestehen darauf, dass, wenn auch retrospektiv, keine Vorteile für andere entstehen dürfen. Andererseits grenzen sie sich von anderen Migrantengruppen ab, da sie ihre Daseinsberechtigung und ihren Status aufgrund ihrer historischen Verbindung zu Deutschland, ihres Beitrags zur Gesellschaft oder einer angenommenen kulturellen Nähe als legitimer und wertvoller einschätzen.

Diese Konstellation lässt sich auch als Ausdruck des sogenannten „*pulling up the ladder*“-Effekts deuten (Doerschler & Panagiotidis, 2022): Nach der eigenen erfolgreichen Integrations- und Aufstiegsleistung wird anderen Migrantengruppen die Legitimität ähnlicher Ansprüche abgesprochen. Nicht die reale Konkurrenz steht im Vordergrund, sondern ein symbolischer Wettbewerb um Anerkennung und moralische Legitimität. Der eigene biografische Integrationsweg

wird zum Maßstab für die Bewertung anderer, verbunden mit dem Vorwurf mangelnder Leistungsbereitschaft.

Migranten aus arabischen oder afrikanischen Ländern werden häufig als kulturelle Gefahr beschrieben. Ihnen wird mangelnde Bereitschaft zur Anpassung an gesellschaftliche Normen unterstellt. Insbesondere dem Islam wird eine aggressive, feindselige Ausrichtung attestiert – als Gegenspieler zum idealisierten Christentum und der „zivilisierten“ Gesellschaft. Kultur und Religion dieser Gruppen gelten als unvereinbar mit westlichen Werten. Die Befürchtung, Vielfalt führe zum kulturellen Verfall oder zur „Überfremdung“, dominiert in vielen Aussagen. Erwartet wird entweder vollständige Anpassung oder das Unsichtbarwerden kultureller Eigenheiten.

Ein kleiner Teil der Befragten äußert sich allerdings kritisch gegenüber diesen Tendenzen innerhalb der eigenen Community. Hier finden sich selbstreflexive Stimmen, die die ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten problematisieren und zu mehr Solidarität aufrufen.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass unter postsowjetischen Migranten ein ausgeprägtes Bedürfnis nach gesellschaftlicher Ordnung, kultureller Homogenität und traditionellen Normen besteht. Das bevorzugte Gesellschaftsbild erscheint klar strukturiert, kohärent und orientiert sich an dominanten kulturellen Leitbildern, denen sich neu zugewanderte Migranten anpassen sollen. Diese Orientierung steht in einem Spannungsverhältnis zu normativen Werten wie Gleichheit, Vielfalt und inklusivem Zusammenleben. Gerade im Kontext von Migration werden diese Werte häufig relativiert oder an bestimmte Bedingungen geknüpft. Der Wunsch, eine vertraute soziale Ordnung zu schützen, dient dabei nicht selten als Begründung für Abwertung und Ausgrenzung. Mitunter wird dies von Verschwörungsnarrativen begleitet, in denen „die Anderen“ als Bedrohung dargestellt werden. Vor diesem Hintergrund lässt sich der Begriff des Homo (post-)sovieticus als analytischer Referenzrahmen heranziehen, insbesondere mit Blick auf die ausgeprägte Orientierung an Konformität, Stabilität und Ordnung. Gleichzeitig zeigt sich, dass diese Haltung nicht ausschließlich auf kultureller Prägung beruht. Eigene Migrationserfahrungen, etwa biografische Brüche, Statusverlust, gesellschaftliche Nichtanerkennung, langwierige Integrationsprozesse oder identitäre Verunsicherungen prägen die Deutungsmuster in erheblichem Maße mit. Die gesellschaftlichen Veränderungen durch Flucht und Migration wirken dabei wie ein Katalysator, der diese biografischen Brüche aktualisiert und sichtbar macht. Der Wunsch nach sozialer Sicherheit, nach Anerkennung und einem als verdient empfundenen Platz in der Aufnahmegesellschaft, der möglicherweise nicht eingelöst wurde, artikuliert sich häufig in der Abgrenzung gegenüber anderen Migrantengruppen.

6.7 Politische Orientierungen von postsowjetischen Migranten in Deutschland: eine rekonstruktive Analyse

Auf Grundlage der dargestellten Ergebnisse lassen sich dimensions- und einstellungsübergreifend kollektive politische Orientierungsmuster postsowjetischer Migranten in Deutschland rekonstruieren. Trotz individueller Unterschiede weisen diese Muster eine Ähnlichkeit auf, die sich auf politische Sozialisation in (post-)sowjetischer Kultur zurückführen lässt. Gleichzeitig spiegeln sie Prozesse politischer Re-Sozialisation im deutschen Kontext wider, in denen mitgebrachte Orientierungen neu verhandelt, bestätigt oder modifiziert werden. Diese Orientierungen treten nicht isoliert auf, sondern bilden in ihrer Kombination ein vielschichtiges Orientierungssystem. Anhand der Daten lassen sich folgende politische Orientierungen identifizieren: eine skeptisch-distanzierte, eine staatlich-paternalistische, eine sicherheitszentrierte, eine Orientierung auf starke politische Führung, eine Freiheitsorientierung sowie eine migrantenkritische Orientierung.

Skeptisch-distanzierte politische Orientierung

Eine skeptisch-distanzierte politische Orientierung zieht sich bei vielen postsowjetischen Migranten dimensionsübergreifend durch. Sie äußert sich in Misstrauen und deutlicher Zurückhaltung gegenüber Politik sowohl in Bezug auf die Herkunftsländer als auch auf Deutschland. Zwar wird vielfach ein grundsätzliches Interesse an Politik und politischen Themen artikuliert, dieses bleibt jedoch häufig abstrakt und führt selten zu faktischem, inhaltlich motiviertem, überzeugungsgetragener aktivem Engagement. Politik erscheint als ein fernes Feld, das außerhalb des eigenen Einflussbereichs liegt, das hingenommen werden muss, weniger jedoch als ein Raum der Mitgestaltung. Damit geht häufig eine resignative Haltung einher: Politik gilt als undurchsichtig, schwer verständlich und losgelöst vom Alltag „normaler“ Bürger. Die gängige Vorstellung lautet, dass Politik in erster Linie von Politikern gemacht wird. Die Rolle der Bürger bleibt dabei passiv, oft auch als Objekt politischer Entscheidungen. Die häufigsten Narrative reichen von einer resignierten Haltung im Sinne von „Wenn du dich nicht um die Politik kümmerst, kümmert sie sich um dich“ bis hin zu einer bewussten Abgrenzung wie „Ich bleibe lieber fern von der Politik“.

Kennzeichnend für dieses Muster ist ein ausgeprägtes Gefühl geringer politischer Wirksamkeit. Politische Beteiligung erscheint vielfach als sinnlos oder folgenlos. Diese Distanz ist eng verbunden mit einem tiefsitzenden Misstrauen gegenüber politischen Eliten sowohl in den Herkunftsländern als auch in Deutschland. Politiker aus der Sowjetunion oder den postsowjetischen Nachfolgestaaten werden häufig als korrupt, opportunistisch und ausschließlich an Macht oder eigenem Vorteil interessiert beschrieben. Diese Erfahrung hat das Vertrauen in politische Systeme nachhaltig erschüttert. Die Enttäuschung darüber zieht sich bis ins Erwachsenenalter:

Nicht selten wurde das frühere Interesse an Politik unterdrückt oder frustriert, denn politische Beteiligung war häufig eine Pflichtübung ohne echte Mitbestimmung. Man musste teilnehmen, um den Anschein politischer Legitimität zu wahren, nicht aber aus Überzeugung oder mit wirklicher Identifikation. Dieses erzwungene, oft ritualisierte Mitmachen an scheinpolitischen Veranstaltungen wie manipulierten Wahlen, Paraden oder offiziellen Versammlungen hat bei vielen ein tiefes Gefühl politischer Entfremdung hinterlassen. Politik wurde dabei nicht als Raum individueller Teilhabe erfahren, sondern als Bühne kontrollierter Symbolik, in der Bürger oft nur Statistenrollen einnahmen.

Auch das deutsche Parteiensystem wird häufig skeptisch bewertet. Die Parteienlandschaft wird als unübersichtlich empfunden, die Programme erscheinen wenig unterscheidbar, parteipolitische Eigeninteressen stünden im Vordergrund. Diese Wahrnehmung verstärkt die empfundene Entfremdung von der Politik. Politiker in Deutschland genießen ebenfalls wenig Vertrauen, vor allem weil bei ihnen Integrität, Aufrichtigkeit und Konsequenz vermisst werden. Gelegentlich kommt zudem der Verdacht auf, politische Entscheidungen würden von äußeren Einflüssen gesteuert. Im Vergleich zu den Herkunftsländern wird das politische System Deutschlands dennoch meist als gerechter wahrgenommen, denn die Einhaltung von Regeln und grundsätzliches Wohlwollen der staatlichen Institutionen werden anerkannt.

Auffällig ist eine Ambivalenz zwischen einem geäußerten Wunsch nach Mitbestimmung und einer zugleich eher passiven Grundhaltung. Es besteht ein normativer Selbstanspruch, sich in politische Entscheidungsprozesse einbezogen und als aktives politisches Subjekt ernst genommen zu werden, politische Kontrolle auszuüben und Machtmissbrauch entgegenzuwirken. Wahlteilnahme wird oft gerade im Kontrast zu Erfahrungen im (post-)sowjetischen Raum mehrheitlich als Bürgerpflicht gesehen, als eine Möglichkeit, manchmal als etwas Ersehntes und Wertvolles, das erst durch die Demokratie möglich geworden ist. Gleichzeitig lässt sich oft ein Verharren in politischer Passivität und Gleichgültigkeit bei weiten Teilen der Gruppe erkennen. Über die Wahlteilnahme hinausgehendes politisches Engagement, zum Beispiel in Parteien oder zivilgesellschaftlichen Initiativen, ist sowohl in Deutschland als auch in den Herkunftsländern wenig verbreitet.

Die skeptisch-distanzierte Orientierung steht in enger Verbindung zum Konzept des Homo (post-)sovieticus. Unabhängig davon, ob politisches Interesse vorhanden ist oder nicht, wird häufig eine Verbindung zu früheren politischen Erfahrungen hergestellt: sei es als bewusster Kontrast zu den Verhältnissen im Herkunftsland oder als Hintergrund, der Desinteresse oder Distanz gegenüber Politik mitprägt. Sie verweist auf die langfristige Wirkung von Sozialisationskontexten, in denen politische Teilhabe nicht gefördert, sondern systematisch entmutigt wurde oder gar gefährlich war. Misstrauen gegenüber Institutionen, eine schwach ausgeprägte

Selbstwirksamkeitserwartung, niedrige politische Identifikation und emotionale Abgrenzung von politischen Akteuren sind Ausdruck dieser Prägung. Diese Haltung scheint sich weitgehend auch im Aufnahmekontext Deutschland fortzusetzen. Jedoch wird sie teilweise verstärkt durch migrationspezifische Unsicherheiten, etwa ein begrenztes Verständnis der institutionellen Funktionsweise des politischen Systems oder das Gefühl mangelnder Repräsentation, aber auch durch die neuen politischen Erfahrungen.

Staatlich-paternalistische Orientierung

Eine staatlich-paternalistische Orientierung ist eine fundamentale Eigenschaft des Homo (post-)sovieticus. Die Ergebnisse zeigen, dass unter postsowjetischen Migranten diese Orientierung ebenso weit verbreitet ist. Sie manifestiert sich in der Erwartung, dass der Staat eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Leben einnimmt und Verantwortung für nahezu alle Lebensbereiche der Bürger trägt. Besonders bedeutsam sind dabei Sicherheit, Stabilität und Ordnung. Diese Aufgaben werden klar in der Verantwortung des Staates gesehen. Der Staat gilt als Schutzinstanz, sowohl nach außen, etwa gegen äußerliche Bedrohungen durch „Fremde“, als auch nach innen, zur Sicherung der gesellschaftlichen Ordnung. Diese Aufgaben werden dem Staat allein anvertraut und genießen eine fast sakrale Bedeutung.

Dazu gehört auch die Erwartung, dass der Staat für die soziale Absicherung sorgt, insbesondere in existenziellen Bereichen wie Bildung und Gesundheit. Diese Bereiche sollen nicht den privaten oder privatwirtschaftlichen Interessen überlassen, sondern durch den Staat gleichermaßen für alle Bürger zugänglich gemacht werden. Der Staat soll nicht nur für eine gerechte Verteilung sorgen, sondern auch Mindeststandards gewährleisten. Diese Haltung wurzelt in Erfahrungen aus der Sowjetunion, wo der Staat eine paternalistische Rolle übernahm und umfassend für soziale Absicherung, Arbeitsplätze und Gesundheitsversorgung sorgte. Die Güter oder Leistungen, die als essenziell oder lebenswichtig gelten, wie etwa Bildung und medizinische Versorgung, werden ausschließlich dem Staat anvertraut. Positive Aspekte der sowjetischen Sozialpolitik, wie kostenlose Bildung, medizinische Versorgung, Wohnungsversorgung und sogar die Organisation von Freizeitaktivitäten, werden rückblickend als positiv bewertet und als Beispiel für funktionierende staatliche Fürsorge gesehen. Der Staat sorgt nicht nur für das Lebensnotwendige, sondern schafft auch klare Strukturen und Orientierung, die einen vorhersehbaren und geordneten Lebensverlauf und hierarchische Aufstiegsmöglichkeiten ermöglichen.

Diese Erwartung an den Staat geht oft mit einem positiven Bild des deutschen Sozialstaats einher. Die sozialen Sicherungssysteme in Zeiten von Unsicherheit oder wirtschaftlicher Instabilität werden geschätzt und als Ausdruck von Gerechtigkeit und Chancengleichheit verstanden. Damit verbunden ist oftmals eine grundsätzliche Sympathie für politische Parteien, die für eine starke soziale Absicherung eintreten, etwa für Die Linke oder das Bündnis „Sahra Wagenknecht

– Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW). Dies geht mit dem Wunsch nach einem Staat, der sich aktiv für sozialen Ausgleich einsetzt, Armut verhindert und Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützt, einher. Verstärkt wird dieser Wunsch auch durch Erinnerungen an die Herkunftsländer, insbesondere an die von Instabilität und Unsicherheit geprägten Transformationsjahre nach dem Zerfall der Sowjetunion, in denen man in Krisenzeiten auf sich allein gestellt war.

Gleichzeitig zeigt sich aber auch ein Spannungsverhältnis in der wirtschaftlichen Staatswahrnehmung: Einerseits wird dem Staat eine zentrale Rolle bei der Regulierung wirtschaftlicher Prozesse zugeschrieben: Maßnahmen wie die Kontrolle großer Unternehmen oder der Ausbau sozialer Sicherungssysteme werden mehrheitlich befürwortet. Diese Zustimmungswerte sprechen für ein Verständnis von Wirtschaft, das nicht allein marktdynamisch, sondern sozial eingebettet und staatlich flankiert gedacht wird. Andererseits werden umfassende Konzepte staatlicher Wirtschaftsplanung deutlich abgelehnt. Eine zentral gesteuerte, planwirtschaftlich organisierte Wirtschaft wird abgelehnt. Insgesamt wird eher ein Wirtschaftsmodell präferiert, das marktwirtschaftliche Prinzipien mit staatlicher Eingriffsbereitschaft verbindet: Der Staat soll regulieren, absichern und soziale Ungleichheiten ausgleichen, jedoch nicht vollständig lenken oder zentral planen.

Eine Bevorzugung wohlfahrtsstaatlicher oder regulierender Politik ist jedoch kein alleinentscheidendes Kriterium für eine staatlich-paternalistische Orientierung. Auch die eher passive Haltung gegenüber der eigenen politischen Rolle, die geringe Bedeutung, die der Zivilgesellschaft bei der Mitgestaltung des gesellschaftspolitischen Lebens beigemessen wird, sowie der geringe Anteil jener, die vom Staat lediglich unterstützende Rahmenbedingungen erwarten und Verantwortung für den eigenen Wohlstand übernehmen wollen, verweisen auf ein Staatsverständnis, das vor allem auf einen „Geber“-Staat ausgerichtet ist, der liefern soll und individuelle Risiken umfassend abwenden soll.

Der Staat wird einerseits als allumfassend und für alle Lebensbereiche verantwortlich wahrgenommen, zugleich wird der Staat jedoch häufig auch als überregulierend und bürokratisch wahrgenommen, verbunden mit dem Eindruck, dass eine Vielzahl an Vorschriften und administrativen Hürden die individuelle Freiheit im Alltag einschränkt. Ein sensibler Bereich, in dem viele postsowjetische Migranten staatliche Zurückhaltung und Distanz einfordern, betrifft die politische Meinungsbildung und individuelle Freiheitsrechte. Während der Staat in sozialen Belangen stark als Garant für Versorgung und Sicherheit angesehen wird, ziehen viele klare Grenzen, wenn es um politische Kontrolle und Eingriffe in die Meinungsfreiheit geht. Die hohe Ablehnung von Zensur und die breite Zustimmung zur Protestfreiheit deuten darauf hin, dass

staatliche Eingriffe durch Medienlenkung und eine Einflussnahme gewissermaßen „in die Köpfe hinein“ als problematisch wahrgenommen werden.

Sicherheitszentrierte Orientierung

Die sicherheitszentrierte Orientierung ist ein prägendes Merkmal vieler postsowjetischer Migranten. Sicherheit wird nicht eindimensional verstanden, sondern umfasst mehrere, miteinander verbundene Bereiche. Dem Staat wird eine umfassende Schutzfunktion zugeschrieben, die äußere, innere, soziale und gesellschaftliche Sicherheit einschließt. Ein zentrales Element dieser Haltung ist die Sorge um die äußere Sicherheit und den Erhalt staatlicher Souveränität. Sicherheit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Staat verteidigungsfähig und widerstandsfähig gegenüber Bedrohungen von außen ist. Das Konzept des Homo (post-)sovieticus verweist in diesem Zusammenhang auf ein Staatsverständnis, in dem der Staat dauerhaft als bedroht galt, sowohl durch äußere Feinde als auch durch innere Instabilität. Daraus entwickelte sich die Überzeugung, dass nur ein starker, kampffähiger Staat dauerhaft Sicherheit garantieren kann.

Besondere Bedeutung wird der inneren Sicherheit beigemessen. In vielen Aussagen wird deutlich, dass gesellschaftliche Stabilität als brüchig, fragil oder bedroht wahrgenommen wird. Sorgen über die Kriminalität sowie Ängste vor Terrorismus, insbesondere im Zusammenhang mit Migration, sind weit verbreitet. Daher wird ein funktionierendes Justizsystem mit klaren und konsequenten Strafen für schwere Vergehen als besonders wichtig angesehen, um den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen, aber auch als Mittel, um Konflikte im Zusammenleben auszugleichen. In diesem Zusammenhang wird Deutschland häufig für ein zu nachsichtiges und wenig abschreckendes Strafrecht kritisiert.

Neben dem Schutz vor Gewalt ist auch soziale Sicherheit von zentraler Bedeutung. Deutschland wird als ein Land wahrgenommen, das in ökonomischer Hinsicht ein hohes Maß an Sicherheit bietet. Insbesondere die sozialen Sicherungssysteme, etwa Arbeitslosenunterstützung, Rentenversicherung und Gesundheitsversorgung, gelten als Ausdruck eines umfassenden Schutzes vor existenziellen Risiken, der in den Herkunftsländern oft nicht gegeben war. Diese Absicherung wird als eine der zentralen Stärken des deutschen Staates betrachtet.

Ferner wird Sicherheit auch im Sinne von Ordnung, Berechenbarkeit und rechtlicher Stabilität verstanden. Die Zuverlässigkeit staatlicher Institutionen, transparente politische Prozesse und das Vertrauen in die Rechtsordnung gelten als entscheidende Voraussetzungen für das Gefühl gesellschaftlicher Sicherheit. Während in den Herkunftsländern häufig Willkür und Rechtsunsicherheit erlebt wurden, wird in Deutschland die Verlässlichkeit staatlicher Strukturen als klare Verbesserung wahrgenommen. An die Stelle abstrakter Bedrohungen tritt im deutschen Kontext die konkrete Erfahrung von institutioneller Stabilität und rechtlicher Orientierung.

Die sicherheitszentrierte Orientierung vieler postsowjetischer Migranten lässt sich zum Teil gut im Rahmen des Konzepts des Homo (post-)sovieticus verstehen. Dieses verweist auf eine politische Sozialisation, die stark von der Vorstellung einer ständigen Bedrohung der staatlichen Souveränität durch äußere Feinde geprägt war. Daraus entwickelte sich eine tief verankerte Überzeugung, dass nur ein starker Staat langfristig Sicherheit und Stabilität gewährleisten könne. Die umbruchreichen Transformationsjahre der 1990er Jahre verstärkten dieses Sicherheitsbedürfnis zusätzlich, indem sie physische Unsicherheiten mit sozialen und politischen Erfahrungen der Desorientierung kombinierten. Das Motiv einer konkreten Bedrohung von außen hat jedoch an Alltagsrelevanz verloren und wird vorwiegend in symbolischer oder abstrakter Form rezipiert, nicht als unmittelbar erfahrbare Realität. In Deutschland bilden hingegen rechtsstaatliche, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Sicherheit das Fundament der sicherheitszentrierten politischen Orientierung, wie sie sich in den konkreten Alltagserfahrungen und der erlebten Realität postsowjetischer Migranten zeigen.

Orientierung auf starke politische Führung

Postsowjetische Migranten schätzen tendenziell eine klare, visionäre und verlässliche politische Führung. Gemeint ist eine Politik, die sich durch eindeutig formulierte Ziele und nachvollziehbare Zukunftsvorstellungen auszeichnet, die über einzelne Wahlzyklen hinaus gedacht sind und darauf abzielen, Orientierung zu bieten und die Menschen mitzunehmen. Dieses Verständnis ist teilweise stark durch Erfahrungen aus der Sowjetzeit geprägt. Damals wurde eine gemeinsame Zukunft deutlich kommuniziert und durch verbindliche politische Leitlinien gestützt. In den Krisenjahren des Zerfalls wurde das Fehlen einer solchen Orientierung umso deutlicher wahrgenommen, als politische Steuerung nicht mehr funktionierte oder ins Leere lief.

Die Orientierung auf starke politische Führung bedeutet nicht zwangsläufig eine Sehnsucht nach autoritärer Herrschaft oder einer sogenannten „starken Hand“. Vielmehr drückt sie den Wunsch nach Ordnung, Stabilität und sachlicher Problemlösung aus. Erwartet wird eine seriöse und pragmatische Politik, die verlässlich entscheidet und besonders in Krisenzeiten handlungsfähig bleibt. Demokratische Prozesse wie Debatten, Diskussionen oder Kompromisse werden grundsätzlich anerkannt, aber oft als langwierig, überfrachtet oder wenig zielführend empfunden. Deshalb werden Eigenschaften wie Handlungsfähigkeit, Krisenmanagement und strategisches Vorgehen besonders geschätzt. Politische Führung wird dabei häufig als eine Art Management verstanden.

Diese Sichtweise steht in engem Zusammenhang mit politischen Sozialisationserfahrungen im sowjetischen Raum. Das dort etablierte Staatsmodell, das Sicherheit, Ordnung und soziale Versorgung versprach, wirkt nach. Die politischen und ökonomischen Umbrüche der 1990er Jahre haben das Bedürfnis nach Verlässlichkeit weiter verstärkt. Das damals erlebte Gefühl von

Kontrollverlust und Instabilität hat den Wunsch nach einer berechenbaren politischen Führung vertieft.

Die politische Orientierung postsowjetischer Migranten verbindet häufig eine sachliche mit einer personenbezogenen Perspektive. An politische Führungspersönlichkeiten werden hohe Erwartungen gestellt, sowohl in moralischer als auch in praktischer Hinsicht. Im Ideal verkörpert ein Politiker Integrität, Unabhängigkeit, Patriotismus, Unbestechlichkeit und Bürgernähe. Besonders zentral ist dabei die Frage nach Glaubwürdigkeit. Viele heutige Einstellungen lassen sich auf Erfahrungen mit politischen Eliten im (post-)sowjetischen Raum zurückführen, die durch Korruption, Machtmissbrauch, opportunistisches Verhalten und eine große Lücke zwischen Versprechen und Realität geprägt waren.

In Deutschland ist das Vertrauen in die Politik insgesamt positiver. Viele verbinden mit deutschen Politikern das Gefühl, dass sie ihre Arbeit gut machen. Dennoch stoßen parteipolitische Auseinandersetzungen auf Bundesebene oft auf kritische Reaktionen. Widersprüche zwischen Wahlversprechen und späterem Regierungshandeln oder häufige Richtungswechsel gelten als Zeichen fehlender Verlässlichkeit. Politik wird als zu schnell, unübersichtlich und schwer nachvollziehbar erlebt. Manche betrachten Politiker als fremdgesteuerte Personen, die nicht unabhängig handeln, sondern die Interessen anderer umsetzen. Es fällt vielen schwer, in Deutschland oder Europa politische Persönlichkeiten zu erkennen, die als echte Führung wahrgenommen werden. Auf kommunaler Ebene hingegen ist das Vertrauen oft größer. Politiker vor Ort gelten als näher an der Lebensrealität, als bürgernah und weniger von parteipolitischen Interessen geprägt.

Freiheitsorientierung

Die Ergebnisse zum Thema Freiheit unter postsowjetischen Migranten zeigen ein vielschichtiges und teilweise ambivalentes Verständnis. Freiheit wird als zentraler Wert geschätzt, insbesondere im Kontrast zum als unfrei wahrgenommenen politischen System des Herkunftslandes. In Deutschland erleben viele diese Freiheit vor allem als Meinungsfreiheit, individuelle Autonomie und politische Rechte.

Dabei steht meist das Verständnis negativer Freiheit im Vordergrund, das sich auf die Abwesenheit von staatlichem Zwang oder Einmischung bezieht. Diese Perspektive lässt sich auf die autoritären Erfahrungen im Herkunftskontext zurückführen. Sie spiegelt ein Bedürfnis nach Abstand zur Politik wider und den Wunsch, vom Staat nicht beeinträchtigt zu werden. Die Trennung zwischen dem privaten und dem staatlichen Bereich erscheint als wertvoll. Demgegenüber spielt die sogenannte positive Freiheit, also die aktive politische Teilhabe, die Entwicklung eigener Potenziale und gesellschaftliche Mitgestaltung eine eher untergeordnete Rolle. Sie

wird von einigen eher als Aufgabe des Staates verstanden denn als Ausdruck individueller Verantwortung.

Das Freiheitsverständnis konzentriert sich überwiegend auf individuelle Rechte wie persönliche Unversehrtheit, Gleichheit vor dem Gesetz und freie Meinungsäußerung. Zugleich äußern manche eine kritische Haltung gegenüber dem, was sie als übermäßige oder unkontrollierte Freiheit empfinden, etwa wenn diese mit Werteverfall, Verantwortungslosigkeit oder Maßlosigkeit verbunden wird. Diese Kritik richtet sich weniger gegen das Prinzip der Freiheit selbst, sondern gegen bestimmte Ausprägungen, die als gesellschaftlich destabilisierend wahrgenommen werden. Insgesamt zeigt sich eine selektive Orientierung: Freiheit wird geschätzt, aber vor allem dann, wenn sie in klare Regeln, Verantwortung und moralische Leitplanken eingebettet ist. Ein Zuviel an Freiheit gilt manchen als potenzielle Bedrohung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Ordnung. Weniger Gewicht haben kollektive Freiheitsrechte wie Religionsfreiheit, Minderheitenschutz oder Versammlungsfreiheit.

Die Wertschätzung von Freiheit zeigt sich insbesondere vor dem Hintergrund früherer autoritärer Prägungen und Einschränkungen. Dennoch bleibt das Verhältnis zur Freiheit ambivalent: Einerseits besteht enorme Wertschätzung für die im deutschen Kontext erlebten persönlichen Freiheiten, andererseits sind viele von Unsicherheiten und grundlegendem Misstrauen geprägt. Diese Zurückhaltung wurzelt in den politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen der 1990er Jahre. Die damaligen Versuche, demokratische Freiheiten in den Herkunftsländern einzuführen, wurden häufig mit Chaos, Kontrollverlust und sozialer Desorientierung erlebt. Diese Erfahrungen schwingen im Hintergrund mit und beeinflussen das heutige Verständnis von Freiheit.

Migrantenkritische Orientierung

Die migrantenkritische Orientierung unter postsowjetischen Migranten ist das Ergebnis eines vielschichtigen Zusammenspiels von mitgebrachten, sozialisationsbedingten Ordnungsvorstellungen, eigenen Migrationserfahrungen in Deutschland und teils ambivalenten Identitätskonstruktionen. Sie beruht auf Deutungsmustern, in denen Leistungsorientierung, egalitäre Hierarchievorstellungen, ethnischer Neid und ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung zentral sind.

Die Einstellungen gegenüber anderen Migrantengruppen sind häufig durch ein hierarchisches Verständnis gesellschaftlicher Zugehörigkeit geprägt. Akzeptanz und Anerkennung werden an bestimmte Bedingungen geknüpft, insbesondere an sichtbare Integrationsleistungen, gesellschaftlichen Nutzen und Anpassung an bestehende gesellschaftliche Normen. Die eigene Biografie dient dabei oft als Maßstab: Das eigene Ankommen in Deutschland, der mühsame

Erwerb von Sprache, Arbeit und Teilhabe sowie erlebter Statusverlust bilden die Vergleichsgröße, an welcher andere Gruppen gemessen und bewertet werden. In diesem Kontext entsteht ein symbolischer Statuskonflikt, der sich als ethnischer Neid äußert. Besonders Geflüchteten wird unterstellt, vergleichbare oder sogar umfassendere staatliche Unterstützung zu erhalten, ohne ähnliche Anstrengungen unternommen zu haben. Diese Wahrnehmung führt zu Unmut und dem Gefühl ungerechter Behandlung, was die ablehnende Haltung gegenüber diesen Gruppen verstärkt. Hinzu tritt ein deutliches kulturelles Überlegenheitsgefühl. Abgrenzungstendenzen zeigen sich besonders deutlich gegenüber Gruppen, die als unvereinbar mit demokratischen, europäischen oder christlich geprägten Normen empfunden werden, insbesondere gegenüber Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsgesellschaften. Kulturelle Vielfalt wird zwar theoretisch anerkannt, praktisch jedoch an Bedingungen gebunden: Nur wer sich der dominanten Lebensweise unterordnet oder sich möglichst anpasst, wird als akzeptabel betrachtet. Dahinter steht nicht selten die Sorge vor kultureller Überfremdung, einem Werteverlust und dem Auseinanderfallen gesellschaftlicher Kohärenz und eines vertrauenswürdigen Wertesystems. Zugleich liegt vielen dieser Haltungen ein starkes Sicherheitsbedürfnis zugrunde. Migration wird nicht nur als kulturelle Herausforderung, sondern auch als Gefahr für soziale Stabilität wahrgenommen, etwa durch die Angst vor Kontrollverlust, Kriminalität, Terrorismus oder gesellschaftlichem Zerfall.

Schließlich tragen diese Vorstellungen häufig dazu bei, die eigene gesellschaftliche Position und das Zugehörigkeitsgefühl zu festigen. Individuelle biografische Brüche sowie migrationsbedingte Spannungen und Identitätskonflikte verstärken dieses Bedürfnis und fördern den Wunsch, den eigenen sozialen Status aufzuwerten und sich positiv von anderen Gruppen abzugrenzen.

6.8 Einschränkungen der Arbeit und Empfehlungen für zukünftige Forschung

An dieser Stelle wird auf einige methodische Einschränkungen der vorliegenden Arbeit hingewiesen. Obwohl die Probanden über sorgfältig überprüfte und zuverlässige Kanäle rekrutiert wurden, beruhen die quantitativen Daten der beiden Online-Befragungen auf nicht-wahrscheinlichkeitsbasierten Stichprobenverfahren: Die Teilnehmenden wurden über russischsprachige Online- und Offline-Netzwerke im Rahmen einer Gelegenheits- und Quotenstichprobe sowie durch ein Schneeballverfahren rekrutiert. Dadurch sind die quantitativen Ergebnisse statistisch nicht repräsentativ für die Gesamtheit der postsowjetischen Migranten in Deutschland, sondern erlauben lediglich vorsichtige Rückschlüsse auf Tendenzen innerhalb dieser Gruppe.

Gleichzeitig zeigt der qualitative Teil der Studie auf, dass ein Zusammenhang zwischen der politischen Sozialisation im Herkunftskontext und den heutigen politischen Orientierungen

postsowjetischer Migranten besteht. Um diesen Zusammenhang systematischer zu untersuchen, wäre eine methodische Erweiterung im Sinne der Triangulation sinnvoll, z. B. durch Gruppendiskussionen, Fokusgruppen oder narrative sowie diskursanalytische Ansätze. Gerade die politische Kulturforschung steht vor der Herausforderung, individuelle Aussagen mit kollektiven Deutungsmustern in Beziehung zu setzen. Eine Möglichkeit, diesem Anspruch gerecht zu werden, bietet die Symbolanalyse: Sie kann dazu beitragen, latente, kulturell geprägte Bedeutungen und politische Einstellungen aufzudecken, die sich nicht unmittelbar in expliziten Aussagen äußern. Besonders aufschlussreich erscheint in diesem Zusammenhang die Analyse gemeinsamer historischer Erfahrungen wie etwa des sowjetischen Repressionssystems, der Symbolik der Sowjetzeit (z. B. Hymnen, Denkmäler, Lieder) oder (post-)sowjetischer politischer Schlüsselereignisse wie der Olympischen Spiele 1980, dem Augustputsch 1991 oder dem Zerfall der Sowjetunion. Solche Elemente ermöglichen einen tieferen Zugang zu kulturell verankerten politischen Orientierungen.

Die in dieser Studie identifizierten Deutungsmuster liefern eine erste Grundlage, um politisch-kulturelle Orientierungen postsowjetischer Migranten empirisch zu fassen. Für zukünftige Untersuchungen könnte es vorteilhaft sein, diese Muster genauer zu analysieren, beispielsweise hinsichtlich der Unterschiede zwischen Generationen, Herkunftsregionen, Migrationszeiträumen oder den Dynamiken innerhalb von Familien. Langzeitstudien könnten darüber hinaus Aufschluss geben, wie stabil solche politischen Prägungen über die Zeit hinweg bleiben. Auch der Einfluss intergenerationeller Weitergabe politischer Orientierungen innerhalb von Familien sollte stärker in den Blick genommen werden. In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, theoretische Modelle politischer Resozialisierung systematischer in den Blick zu nehmen und die unterschiedlichen Grade der Veränderbarkeit politischer Orientierungen unter postsowjetischen Migranten zu analysieren, von Offenheit gegenüber neuen politischen Erfahrungen über teilweise Übertragbarkeit bis hin zu schwer bzw. nicht veränderbaren Mustern. Ein weiterer fruchtbarer Zugang besteht im internationalen Vergleich: Es wäre aufschlussreich, postsowjetische Migranten in Deutschland mit jenen in anderen Aufnahmeländern wie den USA oder Israel zu vergleichen, um zu untersuchen, inwiefern unterschiedliche politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen die politischen Orientierungen beeinflussen.

Die Datenerhebung fand größtenteils vor Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine statt. Zwar wurde der russisch-ukrainische Konflikt seit 2014 in einzelnen Interviews bereits thematisiert, doch die drastischen Entwicklungen seit Februar 2022 konnten nicht mehr systematisch berücksichtigt werden. Künftige Studien sollten die Auswirkungen dieser Ereignisse, die in ihrer Wirkung als prägende *impressionable years* gelten können, auf die politischen Orientierungen postsowjetischer Migranten verstärkt in den Blick nehmen.

Nicht zuletzt zeigen sich in der parteipolitischen Ausrichtung postsowjetischer Migranten dynamische Entwicklungen. Besonders bemerkenswert erscheint hier das Potenzial neuer politischer Angebote wie des BSW, das mit seiner russlandfreundlichen Außenpolitik, migrationskritischen und sozialpolitischen Positionen möglicherweise gezielt Anknüpfungspunkte für diese Wählergruppe schafft. Solche Trends verdienen künftig eine genauere Beobachtung.

6.9 Implikationen für politische und zivilgesellschaftliche Praxis zur Förderung politischer Integration von postsowjetischen Migranten in Deutschland

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass trotz jahrzehntelanger Aufenthaltsdauer und weitgehender struktureller Integration weiterhin spezifische Herausforderungen im Bereich der politischen Integration postsowjetischer Migranten bestehen. Gleichzeitig zeigen sich positive Entwicklungen, die jedoch ausbaufähig sind. Daraus ergeben sich einige Handlungsempfehlungen, die sowohl von politischen Entscheidungsträgern als auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren berücksichtigt werden sollten:

- *Passgenaue politische Bildungsangebote und Förderung der Erinnerungskultur:* Trotz privilegierter Aufnahmebedingungen, weitreichender Anpassung im Alltag und einer langen Aufenthaltsdauer zeigen postsowjetische Migranten teilweise Anzeichen unvollendeter politischer Integration. Häufig mangelt es an fundiertem Wissen über das politische System oder an Vertrauen in demokratische Institutionen. Dabei ist auch geringe Partizipation ein häufiges Merkmal. Die Ursachen dafür sind vielschichtig und hängen oft mit persönlichen Dispositionen, biografischen Prägungen, Migrationsgeschichten, gesellschaftlichen Brüchen und mitunter widersprüchlichen Zugehörigkeitsgefühlen zusammen. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, politische Bildungsangebote gezielter auf die Lebensrealitäten dieser Gruppe zuzuschneiden. Solche Angebote sollten kulturelle Hintergründe ernst nehmen und langfristig angelegt sein, um tief verwurzelte Integrationsdefizite durch nachhaltige Maßnahmen auch generationenübergreifend abbauen zu können. Es reicht dabei nicht aus, lediglich Wissen zu vermitteln: Wichtig ist es ebenso, Räume für Austausch, Reflexion und Teilhabe zu schaffen. Hilfreich kann es sein, politische Bildung mit Elementen der Erinnerungskultur zu verknüpfen. Die Auseinandersetzung mit historischen, teils traumatischen oder belastenden Erfahrungen, etwa mit sowjetischer Repression im familiären Kontext, mit Diskriminierung als ethnische Minderheit im Herkunftsland oder auch in Deutschland, sowie mit den Umbrüchen der 1990er Jahre, kann helfen, Brüche zu verstehen und neues Vertrauen in politische Prozesse aufzubauen. Ein weiterer zentraler Aspekt solcher Bildungsprogramme ist die Ermutigung zur aktiven politischen Mitgestaltung. In Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen, Bildungseinrichtungen oder lokalen

Initiativen können praxisnahe und alltagsrelevante Formate entwickelt werden, um Politik erlebbar zu machen und positiv zu besetzen.

- *Politische Repräsentativität und Förderung positiver Politikerfahrung:* Viele postsowjetische Migranten blicken mit Skepsis auf politische Institutionen, geprägt durch Erfahrungen mit autoritären Regimen, Korruption und Intransparenz in den Herkunftsländern. Diese Distanz bleibt auch gegenüber Institutionen und Politikern in Deutschland oft bestehen. Um Vertrauen aufzubauen, können partizipative Formate wie Bürgerdialoge, lokale Beteiligungsprojekte oder offene Gesprächsrunden dazu beitragen, politische Prozesse erfahrbar zu machen und Migranten aktiv in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Ebenso zentral ist die politische Repräsentanz: Wenn sich postsowjetische Migranten in politischen Gremien oder Ämtern wiederfinden, kann dies das Vertrauen in das politische System stärken. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Diversität parteipolitischer Präferenzen und ambivalenter ideologischer Positionierung innerhalb des politischen Spektrums ist eine differenzierte und gezielte Ansprache durch demokratische Parteien besonders wichtig. Dabei sollten die spezifischen historischen Erfahrungen postsowjetischer Migranten ebenso berücksichtigt werden wie ihre gegenwärtigen politischen Orientierungen. Eine solche Anerkennung und Integration ihrer Interessen in Parteiprogramme könnte dazu beitragen, ein Gefühl politischer Heimatlosigkeit abzubauen und die Identifikation mit dem bestehenden Parteienspektrum zu stärken.
- *Aufklärungsarbeit, Medienkompetenz und interkultureller Dialog:* Die weit verbreitete migrantenkritische Orientierung unter postsowjetischen Migranten sollte stärker in den Fokus sowohl politischer Akteure als auch der Zivilgesellschaft rücken. Das Thema Asyl und Migration scheint ein „wunder Punkt“ zu sein, der deutlich auf andere politische Haltungen einwirkt, wie etwa die Bewertung der Demokratie, die allgemeine Zufriedenheit und die Parteipräferenz. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, braucht es Räume für Diskussion, Begegnung und Austausch. Interkulturelle Projekte, gemeinsame Veranstaltungen oder moderierte Gesprächsformate können dabei helfen, Vorurteile abzubauen und Perspektivwechsel zu ermöglichen. Ein zentrales Instrument stellt zudem die Förderung von Medienkompetenz dar. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass viele postsowjetische Migranten weiterhin russische Staatsmedien konsumieren, sind Maßnahmen zur Aufklärung über Desinformation und zur Sensibilisierung für manipulative Inhalte dringend notwendig. Gleichzeitig sollte die gezielte Ansprache durch populistische oder migrantenfeindliche Parteien, insbesondere im Kontext von Wahlkämpfen, kritisch beobachtet werden, um einer politisch motivierten Instrumentalisierung migrationsbezogener Themen entgegenzuwirken.

7. Fazit und Ausblick

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie standen drei zentrale Forschungsfragen: Zum einen ging es darum, welche grundlegenden, kollektiv geteilten politischen Orientierungen sich bei postsowjetischen Migranten in Deutschland erkennen lassen. Zum anderen wurde untersucht, inwiefern diese Orientierungen auf Prägungen durch die politische Kultur der (post-)sowjetischen Herkunftsländer zurückzuführen sind und schließlich, inwiefern sie nach der Migration fortwirken. Theoretisch stützte sich die Untersuchung auf zentrale Konzepte der politischen Kultur und Sozialisationsforschung, denen zufolge sich durch frühe politische Prägungen bestimmte Orientierungsmuster herausbilden, die langfristige Wirkungen auf politische Einstellungen und Verhalten entfalten. Das analytische Konzept des Homo (post-)sovieticus diente dabei als zentrales Analyseinstrument und theoretischer Zugang. Es beschreibt einen Persönlichkeitstyp, der durch politische und soziale Erfahrungen im (post-)sozialistischen System geprägt wurde und bestimmte Eigenschaften und Orientierungsmuster in Bezug auf verschiedene Aspekte des Verhältnisses zum Politischen aufweist. Im Sinne (re-)sozialisierungstheoretischer Annahmen können diese Merkmale auch nach der Migration fortbestehen, sich jedoch in einer neuen politischen Umgebung verändern oder anpassen.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde ein Mixed-Methods-Ansatz gewählt, bestehend aus quantitativen Umfragen und qualitativen, problemzentrierten Interviews mit postsowjetischen Migranten, die nach Abschluss ihrer formativen Sozialisationsphase nach Deutschland eingewandert sind. Im Mittelpunkt standen fünf Orientierungsdimensionen, die zentrale politische Objektklassen abbilden: das politische System bzw. Regime, das die allgemeine Haltung gegenüber dem politischen System der Herkunftsländer und Deutschlands sowie gegenüber der Demokratie umfasst; das politische Selbst, also die Wahrnehmung der eigenen Rolle als politisches Subjekt; der politische Output, der sich auf die Vorstellungen zur Rolle des Staates bezieht; der politische Input, der Einstellungen zu politischen Parteien und zur Parteipräferenz berücksichtigt, sowie Orientierungen zu Asyl und Migration, die Haltungen gegenüber anderen Migrantengruppen und zur Migrationspolitik erfassen.

Im Rahmen der Untersuchung ließen sich sechs politische Orientierungen ableiten, die auf Prägungen der politischen Sozialisation im (post-)sowjetischen Raum zurückzuführen sind. Erstens lässt sich eine weit verbreitete skeptisch-distanzierte Haltung gegenüber Politik feststellen, die durch tiefes Misstrauen gegenüber Institutionen und politischen Akteuren gekennzeichnet ist. Diese Haltung geht auf Erfahrungen von Enttäuschung, Desillusionierung und fehlender positiver politischer Partizipation zurück und äußert sich häufig in politischer Passivität im deutschen Kontext.

Zweitens tritt im Einklang mit dem Konzept des Homo (post-)sovieticus eine staatlich-paternalistische Orientierung zutage. Sie ist geprägt von hohen Erwartungen an staatliche Fürsorge, soziale Absicherung und Ordnung, die stark durch die sowjetische Vergangenheit beeinflusst sind. Das Verhältnis zum Staat bleibt dabei ambivalent: Einerseits besteht ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Schutz und Versorgung, andererseits auch der Wunsch nach Distanz und einem Rückzug des Staates aus bestimmten Lebensbereichen.

Drittens zeigt sich eine sicherheitszentrierte Orientierung, bei der das Bedürfnis nach Stabilität, Ordnung und Schutz vor Bedrohungen im Vordergrund steht. Diese Haltung ist Ausdruck der im Herkunftskontext erlebten politischen und gesellschaftlichen Unsicherheiten und Umbrüche. In Deutschland wird Sicherheit hingegen umfassender verstanden und schließt insbesondere rechtsstaatliche, soziale und wirtschaftliche Aspekte mit ein.

Viertens ist eine Orientierung auf starke politische Führung zu beobachten, die sich an der Vorstellung von „guten Politikern“ als verlässlichen, klaren, entschlossenen Persönlichkeiten orientiert. Dabei handelt es sich weniger um ein autoritäres Bedürfnis. Gefordert wird eher eine pragmatische Politik mit langfristiger Vision, die Stabilität und Ordnung schafft.

Fünftens lässt sich eine ausgeprägte Freiheitsorientierung erkennen. Freiheit wird im Kontrast zu den repressiven Erfahrungen in den Herkunftsländern als zentraler Wert anerkannt. Dabei überwiegt jedoch das Verständnis von negativer Freiheit, die sich primär auf Schutz vor staatlicher Einmischung und Befreiung von äußeren Zwängen richtet. Gestaltende und partizipative Aspekte treten demgegenüber in den Hintergrund. Die Demokratie wird zwar überwiegend positiv bewertet, doch die Erinnerungen an gescheiterte Demokratisierungsprozesse in den 1990er Jahren trüben teilweise das Vertrauen in dieses System.

Sechstens ist eine migrantenkritische Orientierung festzustellen. Diese speist sich aus einem komplexen Zusammenspiel von Identitätsunsicherheit, kultureller Abgrenzung, empfundenem Ungleichgewicht und ethnischen Neid. Diese Haltung ist geprägt von einem starken Bedürfnis nach Sicherheit, einem Gefühl kultureller Überlegenheit und dem Wunsch, bestehende Normen und Ordnungen zu bewahren. Häufig geht sie mit einer konservativen Grundorientierung einher, die auf den Erhalt traditioneller Werte, familiärer Strukturen und gesellschaftlicher Stabilität abzielt. Die Ablehnung gegenüber bestimmten Migrantengruppen ergibt sich dabei aus einem Identitätskonflikt, der durch eigene Migrationserfahrungen und gesellschaftliche Migrationsdiskurse verstärkt wird. Diese starke migrantenkritische Haltung spiegelt sich auch in parteipolitischen Präferenzen wider.

Migrationserfahrungen gehen oft mit tiefgreifenden Brüchen und Verlusten einher. In einem neuen politischen und gesellschaftlichen Umfeld anzukommen kann in vielerlei Hinsicht

schwierig sein, insbesondere dann, wenn sich dieses kulturell und politisch wesentlich vom Herkunftskontext unterscheidet. Bei der Orientierung in einem neuen Kontext greifen Menschen auf ihre Erfahrungen, tief verankerte Deutungs- sowie Einstellungs- und Verhaltensmuster zurück. Diesen liegen früh sozialisierte, internalisierte Orientierungen zugrunde, die in der neuen Umgebung häufig richtungsweisend sind. Sie sind beständig und begleiten Migranten über viele Jahre hinweg. Postsowjetische Migranten bringen ein erhebliches politisches Gepäck mit. Dies ist das Ergebnis einer langjährigen Formation, die durch historisch bedingte Einflüsse, systematisch staatlich gesteuerte Sozialisation, gesellschaftspolitische Strukturen sowie teils dramatische Transformationsprozesse im (post-)sowjetischen Raum geprägt ist.

Die Studie zeigt, dass sich einerseits gemeinsame, kollektiv geteilte Orientierungen rekonstruieren lassen und dass andererseits diese frühen Sozialisationserfahrungen einen nachhaltigen Einfluss auf politische Einstellungen, Bewertungen und Verhaltensweisen haben. Diese mitgebrachten Deutungsmuster bilden gleichsam eine innere Linse, durch die neue politische Erfahrungen nach der Migration verglichen, geprüft und eingeordnet werden. Frühere Prägungen wirken dabei als Filter oder Bezugspunkte, durch die neue Erfahrungen interpretiert, mit den alten überlagert, ergänzt, teilweise ersetzt oder auch in Widerspruch zu ihnen geraten oder abgelehnt werden können. Die politische Orientierung postsowjetischer Migranten zeigt sich somit nicht als starres, sondern als dynamisches Gefüge, geprägt von Kontinuität und Wandel sowie innerer Ambivalenz. Sie spiegelt die Spannungen zwischen Herkunft und Ankunft. In ihrer Gesamtheit verweisen diese Muster auf die nachhaltige Wirkung prä migratorischer Prägungen und zugleich auf den verfügbaren Raum für politische Transformation im neuen gesellschaftlichen Kontext, der weiterer Beobachtung wert ist.

Literaturverzeichnis

- Aleksievič, S. A. (2013). *Secondhand-Zeit: Leben auf den Trümmern des Sozialismus*. Hanser Berlin.
- Almond, G. A. (1960). Introduction: A functional Approach to Comparative Politics. In G. A. Almond (Hrsg.), *Princeton Legacy Library. The politics of the developing areas* (S. 3–65). Princeton University Press.
- Almond, G. A. & Powell, G. B. (1966). *Comparative Politics. A Developmental Approach*. Little, Brown and Company.
- Almond, G. A. & Powell, G. B. (1988). *Comparative Politics Today. A World View* (4. Aufl.). Scott, Foresman/Little, Brown College Division.
- Almond, G. A. & Verba, S. (1965). *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations, an Analytic Study*. Little, Brown and Company.
- Almond, G. A. & Verba, S. (Hrsg.). (1980). *The Civic Culture Revisited. An Analytic Study*. Princeton University Press.
- Alwin, D. F. & Krosnick, J. A. (1991). Aging, cohorts, and the stability of sociopolitical orientations over the life span. *American Journal of Sociology*, 97(1), 169–195.
<https://doi.org/10.1086/229744>
- Applebaum, A., Pomerantsev, P., Smith, M. & Colliver, C. (2017). „*Make Germany Great Again*.“ *Der Kreml, die Alt-Right und die internationale Einflussnahme auf die Bundestagswahlen 2017*. Institute for Strategic Dialogue. Zugriff am 13. Juni 2021, verfügbar unter <http://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2017/12/Make-Germany-Great-Again-DE-151217.pdf>
- Bade, K. J. (1994). *Ausländer, Aussiedler, Asyl: Eine Bestandsaufnahme* (Orig.-Ausg). *Beck'sche Reihe: Bd. 1072*. C.H. Beck.
- Bade, K. J. & Oltmer, J. (Hrsg.). (1999). *Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück* (1. Aufl., Bd. 8). Universitätsverlag Rasch.
- Baerwolf, A. (2006). Identitätsstrategien von jungen "Russen" in Berlin. Ein Vergleich zwischen russischen Deutschen und russischen Juden. In S. Ipsen-Peitzmeier & M. Kaiser (Hrsg.), *Bibliotheca Eurasica: Bd. 3. Zuhause fremd - Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland* (S. 173–196). transcript Verlag.
- Banse, D. & Ginsburg, M. (2016, 31. Januar). „Man hat die reingelassen. Und uns gibt man nichts!“ *Die Welt*. Zugriff am 18. Juli 2024, verfügbar unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article151685379/Man-hat-die-reingelassen-Und-uns-gibt-man-nichts.html>

- Bartels, L. M. & Jackman, S. (2014). A Generational Model of Political Learning. *Electoral Studies*, 33, 7–18.
- Batalov, E. (1995). Sowetskaja polititscheskaja kultura (K issledowaniju raspadajuschtschejsja paradigm) [übers.: Sowjetische politische Kultur: Zur Untersuchung des sich auflösenden Paradigmas]. *Obshchestvennye nauki i sovremennost'* [übers.: Sozialwissenschaften und Gegenwart], 3, 60–70.
- Bazeley, P. (2009). Editorial: Integrating data analyses in mixed methods research. *Journal of Mixed Methods Research*, 3(3), 203–207. <https://doi.org/10.1177/1558689809334443>
- Bazeley, P. (2012). Integrative analysis strategies for mixed data sources. *American Behavioral Scientist*, 56(6), 814–828. <https://doi.org/10.1177/0002764211426330>
- Becker, F. (2001). *Ankommen in Deutschland: Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozeß russischer Juden*. Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 1999. Reimer.
- Ben-Rafael, E., Sternberg, Y. & Glöckner, O. (2010). *Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland*. Zugriff am 18. Juli 2024, verfügbar unter <https://archive.jpr.org.uk/download?id=2652>
- Berger, A. (o. D.). *Ein Tabu in der Nachkriegsgeschichte wird gebrochen. Aufnahme russisch-jüdischer Emigranten in der DDR*. Zugriff am 24. November 2019, verfügbar unter <https://www.auslaender-in-der-ddr.com/europa/>
- Biehl, J. (1996). Sprachprobleme von Spätaussiedlern. Sprachkenntnisse und Sprachprobleme der Spätaussiedler zum Zeitpunkt der Einwanderung. In I. Graudenz (Hrsg.), *Europäische Migrationsforschung: Bd. 1. Forschungsfeld Aussiedler: Ansichten aus Deutschland [Symposium, das sich mit der Thematik "Spätaussiedler im Kontext europäischer Migrationsbewegungen" befaßte und vom 10. bis 12. Dezember 1992 stattfand]* (S. 175–187). Lang.
- Bilodeau, A. (2008). Immigrants' voice through protest politics in Canada and Australia: Assessing the impact of pre-migration political repression. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 34(6), 975–1002. <https://doi.org/10.1080/13691830802211281>
- Bilodeau, A., McAllister, I. & Kanji, M. (2010a). Adaptation to democracy among immigrants in Australia. *International Political Science Review*, 31(2), 141–165. <https://doi.org/10.1177/0192512110364737>
- Bilodeau, A., White, S. & Nevitte, N. (2010b). The development of dual loyalties: Immigrants' integration to Canadian regional dynamics. *Canadian Journal of Political Science*, 43(03), 515–544. <https://doi.org/10.1017/S0008423910000600>

- Black, J. H. (1987). The practice of politics in two settings: Political transferability among recent immigrants to Canada. *Canadian Journal of Political Science*, 20(4), 731–753.
<https://doi.org/10.1017/S0008423900050393>
- Blackburn, M. & Khlevniuk, D. (2024). Escaping the long shadow of Homo Sovieticus. *Communist and Post-Communist Studies*, 57(1), 154–173.
<https://doi.org/10.1525/cpcs.2023.1817401>
- Bohnsack, R. (2014). *Rekonstruktive Sozialforschung: Einführung in qualitative Methoden* (9., überarbeitete und erweiterte Auflage). UTB Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaft: Bd. 8242. Verlag Barbara Budrich. http://cm1.abcatolog.net/center/cm/cm_cm.php?v3156=1609422811&v8312=lehmanns.de&flash=1&v7376=9783825285548
- Bohnsack, R., Hoffmann, N. F. & Nentwig-Gesemann, I. (Hrsg.). (2018). *Typenbildung und Dokumentarische Methode: Forschungspraxis und methodologische Grundlagen*. Verlag Barbara Budrich.
- Bohnsack, R., Nentwig-Gesemann, I. & Nohl, A.-M. (2013). Einleitung: Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. In R. Bohnsack, I. Nentwig-Gesemann & A.-M. Nohl (Hrsg.), *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis: Grundlagen qualitativer Sozialforschung* (3., aktualisierte Aufl., S. 9–31). Springer VS.
- Brendel, T. J. (1992). Ein neues Gesetz zur Regelung von Ausreise und Einreise für Bürger der UdSSR. *Osteuropa*, 42(4), 303-309.
- Brück-Klingberg, A., Burkert, C., Seibert, H. & Wapler, R. (2007). *Verkehrte Welt: Spätaussiedler mit höherer Bildung sind öfter arbeitslos* (Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. IAB Kurzbericht Nr. 8). Zugriff am 13. April 2026, verfügbar unter <https://doku.iab.de/kurzber/2007/kb0807.pdf>
- Bryman, A. (2007). Barriers to integrating quantitative and qualitative research. *Journal of Mixed Methods Research*, 1(1), 8–22. <https://doi.org/10.1177/2345678906290531>
- Bueker, C. S. (2005). Political incorporation among immigrants from ten areas of origin: The persistence of source country effects. *International Migration Review*, 39(1), 103–140.
<https://doi.org/10.1111/j.1747-7379.2005.tb00257.x>
- Bundesministerium des Innern. (2004). *Migrationsbericht der Bundesregierung. Bericht des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration im Auftrag der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem europäischen forum für migrationsstudien (efms) an der Universität Bamberg*. Zugriff am 18. Juli 2024, verfügbar unter https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2004.pdf?__blob=publicationFile&v=12

- Bundesministerium des Innern. (2018). *Migrationsbericht der Bundesregierung*. Zugriff am 18. Juli 2024, verfügbar unter https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=9
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.). (2024). *Migrationsbericht der Bundesregierung 2022*. Zugriff am 19. Juli 2024, verfügbar unter https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=17
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. (2019). *Migrationsbericht der Bundesregierung*. Zugriff am 18. Juli 2024, verfügbar unter https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=19
- Caracelli, V. J. & Greene, J. C. (1993). Data Analysis Strategies for Mixed-Method Evaluation Designs. *Educational Evaluation and Policy Analysis*, 15(2), 195–207.
- CDU-Dokumentation. (1988). *Aussiedler - Deutsche unter Deutschen* (Nr. 27). Konrad-Adenauer-Haus.
- Claußen, B. (1996). Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation. In B. Claußen & R. Geißler (Hrsg.), *Die Politisierung des Menschen: Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch* (S. 15–49). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Claußen, B. & Geißler, R. (Hrsg.). (1996). *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Creswell, J. W. (2014). *Research design: Qualitative, quantitative, and mixed methods approaches* (4th ed., international student ed.). SAGE.
- Creswell, J. W., Plano Clark, V. L., Gutmann, M. L. & Hanson, W. E. (2003). Advanced mixed methods research designs. In A. Tashakkori & C. Teddlie (Hrsg.), *Handbook of mixed methods in social and behavioral research* (S. 209–240). SAGE.
- Darieva, T. (2006). Russlanddeutsche, Nationalstaat und Familie in transnationaler Zeit. In S. Ipsen-Peitzmeier & M. Kaiser (Hrsg.), *Bibliotheca Eurasica: Bd. 3. Zuhause fremd - Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland* (S. 349–364). transcript Verlag.
- Dawson, R. E., Prewitt, K. & Dawson, K. S. (1969). *Political socialization* (2nd ed.). *Series in comparative politics*. Little Brown & Co.
- de Rooij, E. A. (2012). Patterns of immigrant political participation: Explaining differences in types of political participation between immigrants and the majority population in Western Europe. *European Sociological Review*, 28(4), 455–481.
<https://doi.org/10.1093/esr/jcr010>

- Dennis, J. (1968). Major problems of political socialization research. *Midwest Journal of Political Science*, 12(1), 85. <https://doi.org/10.2307/2110156>
- Deutscher Bundestag. (2016). *Wichtige Ereignisse in den deutsch-sowjetischen bzw. deutsch-russischen Beziehungen vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Ende der Blockkonfrontation*. Dokumentation WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik.
- Dietz, B. (1996). Rückwanderung in eine fremde Gesellschaft. Zur sozialen Integration rußlanddeutscher Aussiedler in der Bundesrepublik. In I. Graudenz (Hrsg.), *Europäische Migrationsforschung: Bd. 1. Forschungsfeld Aussiedler: Ansichten aus Deutschland. Symposium "Spätaussiedler im Kontext Europäischer Migrationsbewegungen"* (S. 123–137). Lang.
- Dietz, B. (1999). Jugendliche Aussiedler in Deutschland: Risiken und Chancen der Integration. In K. J. Bade & J. Oltmer (Hrsg.), *Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück: Bd. 8. Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa* (1. Aufl., S. 153–176). Univ.-Verl. Rasch.
- Dietz, B. (2005). Gemeinsames Erbe - plurale Tendenzen. Aussiedler und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland. Ein Vergleich. In J. H. Schoeps, K. E. Grönzinger, W. Jasper & G. Mattenklott (Hrsg.), *Menora: Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* (S. 259–278). Piper.
- Doerschler, P. & Panagiotidis, J. (2022). „Alternative für Russlanddeutschland“? Russlanddeutsche SpätaussiedlerInnen und die AfD. In H. U. Brinkmann & K.-H. Reuband (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Deutschland: Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung* (S. 423–452). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33787-2_16
- Easton, D. (1965). *A Systems Analysis of Political Life*. John Wiley & Sons, Inc.
- Easton, D. (1968). The theoretical relevance of political socialization. *Canadian Journal of Political Science*, 1(2), 125–146. <https://doi.org/10.1017/S0008423900036477>
- Easton, D. (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435–457.
- Easton, D. & Dennis, J. (Hrsg.). (1969). *Children in the political system*. McGraw-Hill.
- Eckstein, H. (1988). A Culturalist Theory of Political Change. *American Political Science Review*, 82(3), 789–804.
- Enquete-Kommission. (1995). *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)* (9 Bde. in 18 Teilbde.). Zugriff am 12. Juni 2025, verfügbar unter <https://enquete-online.de/materialien/>

- Finifter, A. W. & Finifter, B. M. (1989). Party identification and political adaptation of American migrants in Australia. *The Journal of Politics*, 51(3), 599–630.
<https://doi.org/10.2307/2131497>
- Flehsig, K.-H. (2000). *Kulturelle Orientierungen*. Zugriff am 3. Februar 2022, verfügbar unter <http://wwwuser.gwdg.de/~kflechs/iikdiaps1-00.htm>
- Fogt, H. (1982). Der Begriff Der „Politischen Generation“. In H. Fogt (Hrsg.), *Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung. Politische Generationen* (S. 6–25). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-663-14342-0_2
- Friedrichs, N. & Graf, J. (2022). *Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern*.
- Gabriel, O. W. (1994). Politische Kultur aus der Sicht der empirischen Sozialforschung. In O. Niedermeyer & K. von Beyme (Hrsg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland* (S. 22–42). Springer.
- Ganev, V. I. (2017). *The spectre of Homo post-Sovieticus*. Zugriff am 26. Februar 2021, verfügbar unter <https://neweasterneurope.eu/2017/10/19/spectre-homo-post-sovieticus/>
- Geiling, H., Gardemin, D., Meise, S. & König, A. (2011). *Migration - Teilhabe - Milieus: Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum* (1. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
<http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-94134-9> <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94134-9>
- Gemeinsame Erklärung der Volkskammer von 12.04.1990. Zugriff am 24. November 2019, verfügbar unter https://www.ddr89.de/vk/vk_Erklaerung.html
- Gestwa, K. (2013). Der Homo Sovieticus und der Zerfall des Sowjetimperiums. Jurij Levadas unliebsame Sozialdiagnosen. Vorab-Onlinepublikation.
<https://doi.org/10.14765/ZZF.DOK-1526>
- Gestwa, K. (2018). Der Sowjetmensch: Geschichte eines Kollektivsingulars. *Osteuropa*, 68(1-2), 55–82.
- Ghitza, Y. & Gelman, A. (2014). *The Great Society, Reagan's Revolution, and Generations of Presidential Voting. Working Paper*.
- Girg, B. & Brogsitter, R. (2016, 25. Januar). Russlanddeutsche als Putins Fünfte Kolonne. *Der Bayerische Rundfunk*. Zugriff am 14. Juni 2025, verfügbar unter <http://www.br.de/nachrichten/demos-russlanddeutsche-bayern-100.html>
- Gladilina, N. & Brovkine, V. (2005). Sprache und Identität jüdischer Immigranten in Deutschland. In J. H. Schoeps, K. E. Grönzinger, W. Jasper & G. Mattenklott (Hrsg.), *Menora: Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* (S. 151–182). Piper.

- Goerres, A., Spies, D. C. & Mayer, S. J. (2018). *Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen*. Unpublished.
- Gogin, S. (2012). Homo sovieticus: 20 years after the end of the Soviet Union. *Russian Analytical Digest*(109), 12–15. Zugriff am 12. Juni 2025, verfügbar unter https://www.files.ethz.ch/isn/139007/Russian_Analytical_Digest_109.pdf
- Golova, T. (2006). Akteure der (extremen) Rechten als Sprecher der Russlanddeutschen? Eine explorative Analyse. In S. Ipsen-Peitzmeier & M. Kaiser (Hrsg.), *Bibliotheca Eurasica: Bd. 3. Zuhause fremd - Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland* (S. 241–273). transcript Verlag.
- Golova, T. (2017). *Die Russlanddeutschen und die Bundestagswahl*. *ZOiS Spotlight 25/2017*.
- Golova, T. (2018). Postsowjetische Migranten in Deutschland und transnationale Social-Media-Öffentlichkeiten. *ZOiS Report, 2*. Zugriff am 7. Dezember 2019, verfügbar unter <https://www.zois-berlin.de/publikationen/postsowjetische-migranten-in-deutschland-und-transnationale-social-media-oeffentlichkeiten>
- Golova, T. (2020). Post-Soviet migrants in Germany, transnational public spheres and Russian soft power. *Journal of Information Technology & Politics, 17*(3), 249–267. <https://doi.org/10.1080/19331681.2020.1742265>
- Gorelik, L. (2008). Zwischen Integration und Isolation: Russische Juden in Deutschland. *OWEP, 3*. Zugriff am 24. November 2019, verfügbar unter <https://www.owep.de/artikel/644/zwischen-integration-und-isolation-russische-juden-in-deutschland>
- Greenberg, E. (Hrsg.). (2009). *Political Socialization*. Taylor and Francis.
- Greif, S., Gediga, G. & Janikowski, A. (1999). Erwerbslosigkeit und beruflicher Abstieg von Aussiedlerinnen und Aussiedlern. In K. J. Bade & J. Oltmer (Hrsg.), *Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück* (1. Aufl., S. 81–106). Universitätsverlag Rasch.
- Greiffenhagen, M., Greiffenhagen, S. & Neller, K. (Hrsg.). (2002). *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-80358-0>
- Greiffenhagen, S. (2002). Politische Sozialisation. In M. Greiffenhagen, S. Greiffenhagen & K. Neller (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, S. 408–418). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Grimpe, L. (2022, 4. März). Krieg in der Ukraine: Russlanddeutsche gespalten zwischen Entsetzen und Putin-Verehrung. *RND*. Zugriff am 17. Juli 2025, verfügbar unter <https://www.rnd.de/politik/krieg-in-der-ukraine-russlanddeutsche-gespalten-zwischen-entsetzen-und-putin-verehrung-QHSQ5QMDYBATHKEIMXE7SA6DGI.html>
- Gruber, S. & Rübler, H. (2002). *Hochqualifiziert und arbeitslos: Jüdische Kontingentflüchtlinge in Nordrhein-Westfalen Problemaspekte ihrer beruflichen Integration. Eine empirische Studie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-01246-7>
- Gudkov, L. (2016). *Pochemu v sovremennoj Rossii vosproizvoditsja sovetskij tip cheloveka [übers.: Warum reproduziert sich der sowjetische Menschentyp im modernen Russland]*. Zugriff am 20. Juli 2024, verfügbar unter <https://www.levada.ru/2016/04/11/pochemu-v-sovremennoj-rossii-vosproizvoditsya-sovetskij-tip-cheloveka/>
- Gudkov, L. (2017). Der Sowjetmensch. Genese und Reproduktion eines anthropologischen Typus. *Osteuropa*, 67(6-8), 91–111.
- Gulina, O. R. (2010). *Rechtspolitische und rechtliche Probleme der Zuwanderung: Dargestellt anhand der Zuwanderer aus den GUS-Staaten*. Zugl: Potsdam, Univ., Diss., 2009. Universitätsverlag Potsdam.
- Harles, J. C. (1997). Integration before assimilation: Immigration, multiculturalism and the Canadian polity. *Canadian Journal of Political Science*, 30(4), 711–736. <https://doi.org/10.1017/S0008423900016498>
- Harris, P. A. (1999). Russische Juden und Aussiedler: Integrationspolitik und lokale Verantwortung. In K. J. Bade & J. Oltmer (Hrsg.), *Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück* (1. Aufl., S. 247–263). Universitätsverlag Rasch.
- Haug, S. (2007). *Soziodemographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke jüdischer Zuwanderer* (Working Paper 8). Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Zugriff am 14. Juni 2025, verfügbar unter <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/WorkingPapers/wp08-merkmale-juedische-zuwanderer.pdf>
- Haug, S. & Sauer, L. (2007). *Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern: Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes; Forschungsstudie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern [Abschlussbericht]* (Forschungsbericht / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Bd. 3).
- Haug, S. & Schimany, P. (2005). *Jüdische Zuwanderer in Deutschland. Ein Überblick über den Stand der Forschung: Working Papers 3/2005*.

- Heitmeyer, W. & Hurrelmann, K. (1992). Sozialisations- und handlungstheoretische Ansätze in der Jugendforschung. In H.-H. Krüger (Hrsg.), *Handbuch der Jugendforschung* (S. 109–133). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-93670-7_7
- Hilkes, P. (1996). Zum Integrationsprozeß von Aussiedlern aus der UdSSR/GUS in der Bundesrepublik Deutschland - Thesen. In I. Graudenz (Hrsg.), *Europäische Migrationsforschung: Bd. 1. Forschungsfeld Aussiedler: Ansichten aus Deutschland [Symposium, das sich mit der Thematik "Spätaussiedler im Kontext europäischer Migrationsbewegungen" befaßte und vom 10. bis 12. Dezember 1992 stattfand]* (S. 139–143). Lang.
- Hoops, M. & Panagiotidis, J. (2021). Both German and Russian: Second-generation Russian-German identities in Germany. *Quaestio Rossica*, 9(3). <https://doi.org/10.15826/qr.2021.3.613>
- Hoskin, M. (1989). Socialisation and anti-socialisation: The case of immigrants. In R. S. Sigel (Hrsg.), *Political learning in adulthood: A sourcebook of theory and research*. Univ. of Chicago Pr.
- Hurrelmann, K., Grundmann, M. & Walper, S. (Hrsg.). (2008). *Handbuch Sozialisationsforschung*. Beltz.
- Hyman, H. (1959). *Political socialization*. Free Press.
- Ilyin, V. (2006). Religiosität als Faktor für die Immigrationspraxis ethnischer Deutscher in die Bundesrepublik Deutschland. In S. Ipsen-Peitzmeier & M. Kaiser (Hrsg.), *Bibliotheca Eurasica: Bd. 3. Zuhause fremd - Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland* (S. 275–304). transcript Verlag.
- Inglehart, R. (1977). *The silent revolution: Changing values and political styles among western publics. Limited paperback editions: Bd. 54*. Princeton University Press.
- Inglehart, R. (1979). Value Priorities and Socioeconomic Change. In S. H. Barnes & M. Kaase (Hrsg.), *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies* (S. 305–342). Beverly Hills.
- Institute of World Policy. (2012). *How to get rid of post-Sovietness?* Zugriff am 26. Februar 2021, verfügbar unter <http://www.viitorul.org/files/post.pdf>
- Jasper, W. (2005). Deutschland, Europa und der "Transnationalismus" der russisch-jüdischen Diaspora. In J. H. Schoeps, K. E. Grönziger, W. Jasper & G. Mattenklott (Hrsg.), *Menora: Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* (S. 133–150). Piper.
- Jennings, M. K. & Niemi, R. (1981). *Generations and Politics*. Princeton University Press.
- Jimeno, R. A., Rodriguez, J. M., Garcia, J. A. & Echeverria-Estrada, C. A. (2023). Latinx Pre-Immigration Ideological Preferences and Party Identification in the United States.

- Hispanic Journal of Behavioral Sciences*, 45(2), 67–90.
<https://doi.org/10.1177/07399863231212731>
- Kaleta, P., Kapliuk, K., Lutska, K. & Stepaniuk, Y. (2017, 14. Juni). Alternative für Russlanddeutschland. *Spiegel Online*(24/2017). Zugriff am 26. April 2019, verfügbar unter <https://www.spiegel.de/spiegel/afd-warum-so-viele-russlanddeutsche-die-afd-unterstuetzen-a-1151697.html>
- Kaspe, S., Bulgaru, D., Dobromelov, G. & Sadorin, I. (2017). *Polititscheskaja kultura postso-wetskich stran: ekspertnaja refleksija [Politische Kultur postsowjetischer Staaten: Expertenreflexion]*. «Adapt» (CIRKON).
- Kessler, J. (1998). Jüdische Immigration seit 1990. Resümee einer Studie mit 4000 Zuwandern aus der früheren Sowjetunion in Berlin. Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg. *Trumah. Zeitschrift der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg*, 87–100.
<https://archive.jpr.org.uk/object-ger152>
- Kessler, J. (2003). *Jüdische Migration aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990*. Zugriff am 24. November 2019, verfügbar unter <http://www.berlin-judentum.de/gemeinde/migration.html>
- Kiel, S. A. (2009). *Wie deutsch sind Russlanddeutsche? Eine empirische Studie zur ethnisch-kulturellen Identität in russlanddeutschen Aussiedlerfamilien*. Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 2008. *Internationale Hochschulschriften: Bd. 516*. Waxmann.
- Klimeniouk, N. (2017, 6. Juni). Russen sind die besseren Deutschen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*. Zugriff am 26. April 2019, verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/warum-afd-unter-russlanddeutschen-beliebteste-partei-ist-15035442.html>
- Klingenberg, D. (2019). Auffällig unauffällig: Russischsprachige Migrantinnen in Deutschland. *Osteuropa*, 69(9-11), 255–276.
- Klößner, J. (2016, 22. April). "Klarer Moskau-Schwenk": Experten beobachten eine unheimliche Nähe der AfD zum Kreml. *The Huffington Post*. Zugriff am 1. Juli 2016, verfügbar unter http://www.huffingtonpost.de/2016/04/22/klarer-moskau-schwenk-die-unheimliche-nahe-der-afd-zum-kreml_n_9760038.html
- Kluckhohn, C. (1976). Values and value-orientations in the theory of action: An exploration in definition and classification. In T. Parsons & E. A. Shils (Hrsg.), *Toward a general theory of action* (S. 388–433). Harvard University Press.
- Köppen, B. (2015). Identität und Selbstzuschreibung von (Spät-)Aussiedlern in Rheinland-Pfalz. In B. Nienaber & U. Roos (Hrsg.), *Arbeitsberichte der ARL: Bd. 13. Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung:*

- Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland* (S. 111–130). ARL Akademie für Raumforschung und Landesplanung Leibniz-Forum für Raumwissenschaften.
- Körber, K. (2005). *Juden, Russen, Emigranten: Identitätskonflikte jüdischer Einwanderer in einer ostdeutschen Stadt*. Zugl.: Berlin, Humboldt Univ., Diss., 2004. Campus-Verl.
- Kroh, M. & Tucci, I. (2010). The Party Identification of Germany's Immigrant Population: Parties Should Not Fear Eased Naturalisation Requirements. *DIW Wochenbericht*(4), 20–26.
- Kuckartz, U. (2014). *Mixed Methods: Methodologie, Forschungsdesigns und Analyseverfahren*. Springer VS.
- Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (o. J.). Krieg in der Ukraine: Russlanddeutsche Perspektiven (34), [Podcast-Folge]. LmDR – Kulturreferat. Zugriff am 17. Juli 2025, verfügbar unter www.russlanddeutsche.de/podcast
- Lawrow, S. (2016, 26. Januar). *Rede und Antworten des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow, auf der Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Tätigkeit der russischen Diplomatie 2015 am 26. Januar 2016 in Moskau*. Zugriff am 6. August 2024, verfügbar unter https://www.mid.ru/ru/press_service/minister_speeches/1521545/?lang=de
- Levada, J. (2001). Homo Post-Sovieticus. *Sociological Research*, 40(6), 6–41.
<https://doi.org/10.2753/SOR1061-015440066>
- Levada, J. (2003). Homo Post-Sovieticus. *Russian Social Science Review*, 44(1), 32–67.
<https://doi.org/10.2753/RSS1061-1428440132>
- Levada, J. & Golovko, A. (Hrsg.). (1993). *Sovetskij prostoj čelovek: Opyt social'nogo portreta na rubeže 90-ch*. Izdat. "Mirovoj Okean".
- Liebig, S., Gebel, T., Grenzer, M., Kreusch, J., Schuster, H., Tscherwinka, R., Watteler, O. & Witzel, A. (2014). *Datenschutzrechtliche Anforderungen bei der Generierung und Archivierung qualitativer Interviewdaten* (RatSWD Working Papers Nr. 238). German Data Forum (RatSWD). Zugriff am 13. April 2026, verfügbar unter <https://ideas.repec.org/p/rsw/rswwps/rswwps238.html>
- Magun, V. & Rudnev, M. (2013). Basic human values of Russians: Both different from and similar to other Europeans. *SSRN Electronic Journal*. Vorab-Onlinepublikation.
<https://doi.org/10.2139/ssrn.2317178>
- Mammey, U. (1999). Segregation, regionale Mobilität und soziale Integration von Aussiedlern. In K. J. Bade & J. Oltmer (Hrsg.), *Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (I-MIS) der Universität Osnabrück* (1. Aufl., S. 107–126). Universitätsverlag Rasch.
- Mayer, S. J., Goerres, A. & Spies, D. (2021). Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund – Befunde der Immigrant German Election Study (IMGES). In B.

- Weßels & H. Schoen (Hrsg.), *Wahlen und Wähler* (S. 81–97). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33582-3_5
- McAllister, I. & Makkai, T. (1992). Resource and social learning theories of political participation: Ethnic patterns in Australia. *Canadian Journal of Political Science*, 25(2), 269–293. <https://doi.org/10.1017/S000842390000398X>
- Mehnert, K. (1960). *Der Sowjetmensch: Versuch eines Porträts nach Reisen in die Sowjetunion 1929-1959*. Europäischer Buchklub.
- Mertens, L. (1993). *Alija: Die Emigration der Juden aus der UdSSR/GUS* (2., aktualisierte und erw. Aufl.). Brockmeyer.
- Mishler, W. & Rose, R. (2001). What are the origins of political trust? *Comparative Political Studies*, 34(1), 30–62. <https://doi.org/10.1177/0010414001034001002>
- Mishler, W. & Rose, R. (2002). Learning and re-learning regime support: The dynamics of post-communist regimes. *European Journal of Political Research*, 41(1), 5–36. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00002>
- Misoch, S. (2015). *Qualitative Interviews*. Walter de Gruyter.
- Mudrakov, V., Polishchuk, O., Popovych, M. & Mozolev, O. (2020). Identity of Homo Sovieticus in retrospective and modernity: Value and anthropological objectivations of phenomenological and literary senses. *Logos Universality Mentality Education Novelty: Philosophy & Humanistic Sciences*, 8(2), 51–71. <https://doi.org/10.18662/lumenphs/8.2/45>
- Müller, C. (2007). *Zur Bedeutung von Religion für jüdische Jugendliche in Deutschland*. Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2006. *Jugend - Religion - Unterricht: Bd. 11*. Waxmann.
- Münnich, R. (9. November 2018). Den Antisemitismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet. *Die Eule*. Zugriff am 24. November 2019, verfügbar unter <https://eulemagazin.de/den-antisemitismus-mit-stumpf-und-stiel-ausgerottet/>
- Nohl, A.-M. (2017). *Interview und dokumentarische Methode: Anleitungen für die Forschungspraxis* (5., aktualisierte und erweiterte Auflage). *Lehrbuch*. Springer VS. <http://www.springer.com/> <https://doi.org/10.1007/978-3-658-16080-7>
- Onwuegbuzie, A. J. & Collins, K. M. (2007). A Typology of Mixed Methods Sampling Designs in Social Science Research. *The Qualitative Report*, 12(2), 281–316.
- Onwuegbuzie, A. J. & Combs, J. P. (2011). Data analysis in mixed research: A primer. *International Journal of Education*, 3(1), 13. <https://doi.org/10.5296/ije.v3i1.618>
- Oskamp, S. (1977). *Attitudes and opinions*. *Clinical and social psychology series*. Prentice-Hall.

- Owen, D. (2008). *Political Socialization in the Twenty-first Century: Recommendations for Researchers*. Zugriff am 24. April 2020, verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/228450234_Political_socialization_in_the_twenty-first_century_Recommendations_for_researchers
- Panagiotidis, J. (2019a). Ankunft und Integration in Deutschland. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *(Spät-)Aussiedler in der Migrationsgesellschaft* (S. 21–25).
- Panagiotidis, J. (2019b). Russlanddeutsche Spätaussiedler. Soziale Charakteristika, Netzwerke und Selbstverständnis. *Osteuropa*, 69(9-11), 43–62.
- Panagiotidis, J. (2021). *Postsowjetische Migration in Deutschland: Eine Einführung* (1. Auflage). Beltz Juventa.
- Panagiotidis, J. & Petersen, H.-C. (2024). *Antiosteuropäischer Rassismus in Deutschland: Geschichte und Gegenwart* (1. Aufl.). Beltz Juventa. http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783779968245
- Parsons, T. & Shils, E. A. (Hrsg.). (1976). *Toward a General Theory of Action*. Harvard University Press.
- Pawelka, P. (1977). *Politische Sozialisation*. Springer.
- Perina, E. (2007). Zur Frage über politische Kultur Russlands heute: [K voprosu o političeskoi kulture sovremennoj Rossii]. *Izvestia Ural'skogo gosudarstvennogo universiteta*, 51(3), 87–91.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden; eine Einführung* (1. Auflage). *Lehrbuch*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pop-Eleches, G. & Tucker, J. A. (2017). *Communism's shadow: Historical legacies and contemporary political attitudes*. *Princeton studies in political behavior*. Princeton University Press.
- Pronina, T. (2016). Religioznyj faktor v poiskakh novoj grazhdanskoj identičnosti v postsovetskoj Rossii [Der religiöse Faktor auf der Suche nach einer neuen zivilen Identität im postsowjetischen Russland]. *Social'no-gumanitarnye znaniya [übers.: Sozial- und Geisteswissenschaftliches Wissen]*(9), 122–134.
- Puskeppel, J. (1999). *Bildungspolitik und Migration: Texte und Dokumente zur Beschulung ausländischer und ausgesiedelter Kinder und Jugendlicher: 1950-1999*. Arbeitsstelle Interkulturelle Pädagogik, Fachbereich Erziehungswiss. und Sozialwiss., Westfälische Wilhelms-Univ.
- Radvan, H. (2004). Antisemitismus, Antizionismus und »verordneter Antifaschismus« in der DDR. In *Bulletin: Bd. 5. Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland* (S. 39–44). RAA Berlin/Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig. Zugriff am 14. April

- 2026, verfügbar unter https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/antisemitismus_bulletin_2.pdf
- Ramakrishnan, K. S. (2005). *Democracy in immigrant America: Changing demographics and political participation*. Stanford University Press.
- Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vor der Volkskammer der DDR am 19.04.1990. Zugriff am 24. November 2019, verfügbar unter <https://www.kas.de/statische-inhalte-detail/-/content/regierungserklaerung-des-ministerpraesidenten-lothar-de-maiziere-abgegeben-vor-der-volkskammer-der-ddr-am-19.-april-1990>
- Reitschuster, B. (2017, 26. Juli). Wie eine Kreml-Retorten-Partei und die AfD mit perfiden Methoden um die Stimmen von Russlanddeutschen werben. *The Huffington Post*. Zugriff am 12. Juni 2025, verfügbar unter http://www.huffingtonpost.de/2017/07/26/russlanddeutsche-kreml-afd-retorten-die-einheit_n_17588340.html?utm_hp_ref=germany
- Rice, T. W. & Feldman, J. (1997). Civic culture and democracy from Europe to America. *The Journal of Politics*, 59(4), 1143–1172. <https://doi.org/10.2307/2998596>
- Rohe, K. (1978). *Politik: Begriffe und Wirklichkeiten; eine Einführung in das politische Denken* (1. Aufl.). Kohlhammer.
- Rohe, K. (1990). Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. *Historische Zeitschrift*(250), 321–346.
- Rohe, K. (1996). Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In O. Niedermayer & K. von Beyme (Hrsg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland* (S. 1–21). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-663-11085-9_1
- Rohe, K. (2003). Politische Kultur und ihre Analyse. In A. Dornheim & S. Greiffenhagen (Hrsg.), *Identität und politische Kultur: Hans-Georg Wehling zum Fünfundsechzigsten* (S. 110–126). Kohlhammer.
- Rokeach, M. (1968). The role of values in public opinion research. *Public Opinion Quarterly*, 32(4), 547–559. <https://doi.org/10.1086/267645>
- Rokeach, M. (1973). *The Nature of Human Values*. The Free Press.
- Runge, I. (1995). *"Ich bin kein Russe": Jüdische Zuwanderung zwischen 1989 und 1994*. Dietz.
- Sandelowski, M. (2000). Combining Qualitative and Quantitative Sampling, Data Collection, and Analysis Techniques in Mixed-Method Studies. *Research in Nursing & Health*, 23, 246–255.
- Savoskul, M. (2006). Russlanddeutsche in Deutschland: Integration und Typen der ethnischen Selbstidentifizierung. In S. Ipsen-Peitzmeier & M. Kaiser (Hrsg.), *Bibliotheca*

- Eurasica: Bd. 3. Zuhause fremd - Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland* (S. 197–221). transcript Verlag.
- Schaubert, M. (2018). "Der Fall Lisa" – Entwicklungen in Berlin Hellersdorf-Marzahn. Bundeszentrale für politische Bildung. Zugriff am 26. April 2019, verfügbar unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/russlanddeutsche/271945/der-fall-lisa-entwicklungen-in-berlin-hellersdorf-marzahn>
- Schmalz, E. (2018). What's in a Name? Russian Germans, German Russians, or Germans from Russia, and the Challenge of Hybrid Identities. In V. Dönninghaus, J. Panagiotidis & H.-C. Petersen (Hrsg.), *Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: Band 68. Jenseits der "Volksgruppe": Neue Perspektiven auf die Russlanddeutschen zwischen Russland, Deutschland und Amerika* (S. 41–72). De Gruyter Oldenbourg.
- Schmalz, T. (2019). Zur medialen Integration russlanddeutscher (Spät-)Aussiedler nach dem Fall Lisa und ihrer Mediendarstellung bis zur Bundestagswahl 2017. *Zeitschrift für Slawistik*, 64(3), 445–464. <https://doi.org/10.1515/slav-2019-0024>
- Schoeps, J. H. (2005). Ein neues Judentum in Deutschland? Zur Debatte um die Zukunftsperspektiven jüdischer Zuwanderer aus der früheren Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten. In J. H. Schoeps, K. E. Grönziger, W. Jasper & G. Mattenklott (Hrsg.), *Menora: Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* (S. 119–132). Piper.
- Schoeps, J. H., Jasper, W. & Vogt, B. (Hrsg.). (1996). *Edition Zeitgeschichte. Russische Juden in Deutschland: Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land*. Beltz-Athenäum-Verl.
- Schoonenboom, J. & Johnson, R. B. (2017). How to Construct a Mixed Methods Research Design. *Kolner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69(Suppl 2), 107–131.
- Schwartz, S. H. (2007). Value orientations: Measurement, antecedents and consequences across nations. In R. Jowell, C. Roberts, R. Fitzgerald & G. Eva (Hrsg.), *Measuring attitudes cross-nationally: Lessons from the European Social Survey* (Reprinted., S. 169–203). SAGE. <https://doi.org/10.4135/9781849209458.n9>
- Schwarz, H.-P. (2005). Eine Reise ins Unbekannte. *Historisch-Politische Mitteilungen (HPM)*(12), 173–192.
- Searing, D., Wright, G. & Rabinowitz, G. (1976). The primacy principle: Attitude change and political socialization. *British Journal of Political Science*, 6(1), 83–113. <https://doi.org/10.1017/S0007123400000533>

- Sears, D. (1981). Life stage effects on attitude change, especially among the elderly. In S. B. Kiesler, J. N. Morgan, V. K. Oppenheimer & J. G. March (Hrsg.), *Aging. Aging: Social change* (S. 183–204). Academic Press.
- Sears, D. & Funk, C. (1999). Evidence of the long-term persistence of adults' political predispositions. *The Journal of Politics*, 61(1), 1–28. <https://doi.org/10.2307/2647773>
- Sharafutdinova, G. (2019). Was there a “Simple Soviet” person? Debating the politics and sociology of “Homo Sovieticus”. *Slavic Review*, 78(01), 173–195. <https://doi.org/10.1017/slr.2019.13>
- Sharafutdinova, G. (2023). *The afterlife of the 'Soviet man': Rethinking homo sovieticus. Russian shorts*. Bloomsbury Academic.
- Sharafutdinova, G. (2025, 10. Juni). *R.I.P. "Soviet Man": Scrapping Homo Sovieticus in the spirit of Yuri Levada*. Zugriff am 10. Juni 2025, verfügbar unter <https://www.wilson-center.org/blog-post/rip-soviet-man-scrapping-homo-sovieticus-the-spirit-yuri-levada>
- Sigel, R. S. (2009). Assumptions about the Learning of Political Values. In E. S. Greenberg (Hrsg.), *Political Socialization* (S. 19–24). Taylor and Francis.
- Sinowjew, A. (1984). *The reality of communism*. Gollancz.
- Sinowjew, A. (1987). *Homo sovieticus. Diogenes-Taschenbuch: Bd. 21458*. Diogenes.
- Soldt, R. & Wenzel-Warkentin, N. (2022, 6. März). Durch die russlanddeutschen Familien geht ein Riss. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Zugriff am 17. Juli 2025, verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/russlanddeutsche-streiten-ueber-den-krieg-in-der-ukraine-17844112.html>
- Somit, A. & Peterson, S. A. (1987). Political socialization's primacy principle: A biosocial critique. *International Political Science Review*, 8(3), 205–213. <https://doi.org/10.1177/019251218700800302>
- Spahn, S. (2018). *Russischsprachige im Fokus: Wie Russland und die AfD Einfluss nehmen*. (SPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security Nr. 548). Zugriff am 12. Juni 2025, verfügbar unter [https://ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest-gess/cis/center-for-securities-studies/resources/docs/ISPSW-548%20Spahn.pdf](https://ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/resources/docs/ISPSW-548%20Spahn.pdf)
- Spies, D., Mayer, S. J., Elis, J. & Goerres, A. (2023). Why do immigrants support an anti-immigrant party? Russian-Germans and the Alternative for Germany. *West European Politics*, 46(2), 275–299. <https://doi.org/10.1080/01402382.2022.2047544>
- Spülbeck, S. (1997). *Ordnung und Angst: Russische Juden aus der Sicht eines ostdeutschen Dorfes nach der Wende; eine ethnologische Studie*. Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Diss. *Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin: Bd. 5*. Campus-Verl.
- Statistisches Bundesamt. (2024). *Statistischer Bericht. Mikrozensus - Bevölkerung nach Migrationshintergrund. Erstergebnisse 2023, Tabelle 12211-03*. Zugriff am 19. Juli 2024,

- verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/_publikationen-innen-migrationshintergrund.html
- Strobl, R. (2006). Chancen und Probleme der Integration junger Aussiedler aus der früheren Sowjetunion. In S. Ipsen-Peitzmeier & M. Kaiser (Hrsg.), *Bibliotheca Eurasica: Bd. 3. Zuhause fremd - Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland* (S. 87–107). transcript Verlag.
- SVR. (2016). *Schwarz, rot, grün - welche Parteien bevorzugen Zuwanderer? Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016-5*. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Zugriff am 12. Juni 2025, verfügbar unter https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR_FB_Partiepraefferenz-8.pdf
- SVR. (2018). *Parteipräferenzen von Zuwanderinnen und Zuwanderern: Abschied von alten Mustern. Kurzinformation des SVR-Forschungsbereichs 2018-2*. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Zugriff am 12. Juni 2025, verfügbar unter https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR_Partiepraeferenzen_2018-8.pdf
- Synowiec, A. (2019). Homo (post)sovieticus syndrome and civic awareness development in rural areas in Ukraine in Khmelnytskyi region. *Scientific Papers of Silesian University of Technology. Organization and Management Series*, 2019(141), 395–403. <https://doi.org/10.29119/1641-3466.2019.141.30>
- Sztompka, P. (1993). Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies. *Zeitschrift für Soziologie*, 22(2), 85–95.
- Tavadze, G. (2021). *The phenomenon of 'Homo sovieticus' in the context of Soviet ideological dimension: A philosophical analysis*. (Postcolonial Interventions I).
- Tchernina, N. & Tchernin, E. (2005). Traditionelle Rollen im Wechsel. Integration und Adaption jüdischer Immigranten aus der früheren Sowjetunion nach Bremen. In J. H. Schoeps, K. E. Grönziger, W. Jasper & G. Mattenklott (Hrsg.), *Menora: Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* (S. 199–234). Piper.
- Teddlie, C. & Tashakkori, A. (2006). A General Typology of Research Designs Featuring Mixed Methods. *Research in the Schools*, 13(1), 12–28.
- Theisselmann, O. & Mittendorf, A. (2007). Russlanddeutsche helfen Russlanddeutschen. Kritische Einblicke in die Engagement-Praxis. In D. Dettling & J. Gerometta (Hrsg.), *Vorteil Vielfalt* (S. 115–131). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90917-2_12

- Thränhardt, D. (1999). Integration und Partizipation von Einwanderungsgruppen im lokalen Kontext. In K. J. Bade & J. Oltmer (Hrsg.), *Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück: Bd. 8. Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa* (1. Aufl., S. 229–246). Univ.-Verl. Rasch.
- Triandis, H. C. (1975). *Einstellungen und Einstellungsänderungen. Beltz-Studienbuch: Bd. 74*. Beltz.
- Tyszka, K. (2009). "Homo Sovieticus" two decades later. *Polish Sociological Review*, 168, 507–522.
- van Deth, J. W., Abendschön, S. & Vollmar, M. (2011). Children and politics: An empirical reassessment of early political socialization. *Political Psychology*, 32(1), 147–174. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9221.2010.00798.x>
- Verba, S. & Nie, N. H. (1972). *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. Harper & Row.
- Wals, S. C. (2011). Does what happens in Los Mochis stay in Los Mochis? Explaining post-migration political behavior. *Political Research Quarterly*, 64(3), 600–611.
- Weiss, Y. & Gorelik, L. (2012). Die russisch-jüdische Zuwanderung. In M. Brenner (Hrsg.), *Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart* (S. 379–418). C.H. Beck.
- Weller, W. (2005). Karl Mannheim und die dokumentarische Methode. *Zeitschrift für Berufs- und Bildungsgeschichte (ZBBS)*(2), 295–312.
- Westphal, M. (1999). Familiäre und berufliche Orientierungen von Aussiedlerinnen. In K. J. Bade & J. Oltmer (Hrsg.), *Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück: Bd. 8. Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa* (1. Aufl., S. 127–149). Univ.-Verl. Rasch.
- Wettig, G. (2005). Adenauers Moskau-Besuch aus sowjetischer Sicht: Wende der sowjetischen Deutschland-Politik nach Stalins Tod. *Historisch-Politische Mitteilungen (HPM)*(12), 193–202.
- Wettig, G. (2007). Die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 1955 – Folge der Verhandlungen mit Adenauer? Untersuchung auf der Basis neuer Archivadokumente. *Historisch-Politische Mitteilungen (HPM)*(14), 341–352.
- White, S. (1984). Political culture in communist states: Some problems of theory and method. *Comparative Politics*, 16(3), 351–365. <https://doi.org/10.2307/421641>
- White, S., Nevitte, N., Blais, A., Gidengil, E. & Fournier, P. (2008). The political resocialization of immigrants: Resistance or lifelong learning? *Political Research Quarterly*, 61(2), 268–281.

- Witzel, A. (1985). Das problemzentrierte Interview. In G. Jüttemann (Hrsg.), *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundlagen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder* (S. 227–255). Beltz.
- Wolffsohn, M. (1988). Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 36(4), 691–731.
- Worbs, S., Bund, E., Kohls, M. & Babka von Gostomski, C. (2013). *(Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse: Forschungsbericht 20*.
- Wüst, A. (2000). New citizens - new voters? Political preferences and voting intentions of naturalized Germans: A case study in progress. *International Migration Review*, 34(2), 560. <https://doi.org/10.2307/2675914>
- Wüst, A. (2004). Naturalised citizens as voters: Behaviour and impact. *German Politics*, 13(2), 341–359.
- Wüst, A. & Faas, T. (2018). *Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund* (Forum Berlin). Friedrich-Ebert-Stiftung. Zugriff am 12. Juni 2025, verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/14897.pdf>
- Wüst, A. M. (2003). Eingebürgerte als Wähler: Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland. *Wiener Hefte – Migration und Integration in Theorie und Praxis*, 1(1), 113–126.
- Yakovlev, M. (2015). Politicheskaya kultura kak dvizhushchaya sila demokratii v SNG [übers.: Politische Kultur als treibende Kraft der Demokratie in der GUS]. *Sovremennye issledovaniya sotsialnykh problem* [übers.: Zeitgenössische Forschungen zu sozialen Problemen](6), 78–96. <https://doi.org/10.12731/2218-7405-2015-6-8>
- Zinn-Thomas, S. (2006). Kriminelle, junge Spätaussiedler - Opfer oder Täter? Zur Ethnisierung des Sozialen. In S. Ipsen-Peitzmeier & M. Kaiser (Hrsg.), *Bibliotheca Eurasica: Bd. 3. Zuhause fremd - Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland: [... überarbeiteten Ergebnisse der vom 26. bis zum 29. Februar 2004 an der Universität Bielefeld durchgeführten Tagung]* (S. 307–320). transcript-Verl.

Anhang

Anhangsverzeichnis

Anhang 1:	Fragebogen für die Online-Umfrage 1 (übersetzt aus dem Russischen) ...	225
Anhang 2:	Liste von Institutionen und sozialen Netzwerken zur Rekrutierung von Umfrageteilnehmern	233
Anhang 3:	Fragebogen für die Online-Umfrage 2 (ausgewählte Fragen)	235
Anhang 4:	Interviewleitfaden	237
Anhang 5:	Datenschutzerklärung für die Durchführung von Interviews	239
Anhang 6:	Einwilligungserklärung zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Interviewdaten.....	241

Anhang 1: Fragebogen für die Online-Umfrage 1 (übersetzt aus dem Russischen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Kseniya Dziatlouskaya. Ich bin Doktorandin an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität zu Köln. Für meine Dissertation führe ich eine kurze Umfrage unter Personen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland zu ihren politischen Ansichten und Erfahrungen in Deutschland und ihrem Herkunftsland durch. Wenn Sie im Alter von 15 Jahren oder älter aus der Sowjetunion oder einer der ehemaligen Sowjetrepubliken nach Deutschland gekommen sind, bitte ich Sie, an meiner Umfrage teilzunehmen. Die Umfrage wird nicht länger als 15 Minuten dauern. Ihre Daten werden ausschließlich zu Forschungszwecken verwendet. Anonymität ist garantiert. Vielen Dank im Voraus für Ihre Unterstützung!

Freundliche Grüße

Kseniya Dziatlouskaya

1. Bitte geben Sie an, wo Sie geboren wurden:

- in Deutschland
- in der Sowjetunion oder einer der ehemaligen Sowjetrepubliken
- sonstiges:
- keine Antwort

2. In welcher Republik der (ehemaligen) Sowjetunion sind Sie geboren?

- Aserbaidschanische SSR / Aserbaidschan
- Armenische SSR / Armenien
- Weißrussische SSR / Weißrussland
- Georgische SSR / Georgien
- Kasachische SSR / Kasachstan
- Kirgisische SSR / Kirgisistan
- Lettische SSR / Lettland
- Litauische SSR / Litauen
- Moldauische SSR / Moldawien
- Russische SFSR / Russische Föderation
- Tadschikische SSR / Tadschikistan
- Turkmenische SSR / Turkmenistan
- Usbekische SSR / Usbekistan
- Ukrainische SSR / Ukraine
- Estnische SSR / Estland
- keine Antwort

3. Wie alt waren Sie, als Sie nach Deutschland gezogen sind?

- Antwort:
- keine Antwort

4. Wie viele Jahre leben Sie bereits in Deutschland?

- weniger als 3 Jahre
- 3-5 Jahre
- 6-10 Jahre
- 11-15 Jahre
- 16-20 Jahre
- 21-30 Jahre
- mehr als 31 Jahre
- keine Antwort

5. Mit welchem Status bzw. zu welchem Zweck sind Sie (oder Ihre Eltern) nach Deutschland gekommen?

- als (Spät-)Aussiedler
- als jüdischer Kontingentflüchtling
- nach der Heirat mit einem deutschen Staatsangehörigen oder einem Ausländer mit Aufenthaltsrecht in Deutschland
- zum Studium oder aus beruflichen Gründen
- sonstiges:
- keine Antwort

6. Aus welchem Grund haben Sie (oder Ihre Eltern) sich hauptsächlich entschieden, nach Deutschland zu ziehen?

- wirtschaftliche Situation im Herkunftsland / Kriminalität / niedriges Lebensniveau / fehlende Perspektiven
- politische Situation im Herkunftsland / Einschränkung von Rechten und Freiheiten
- Rückkehr zu kulturellen und historischen Wurzeln
- Familienzusammenführung / andere familiäre Umstände
- religiöse / ethnische Diskriminierung
- sonstiges:
- keine Antwort

7. Besitzen Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?

- ja
- nein

8. Wie interessiert sind Sie an der Politik in Deutschland?

- sehr interessiert
- eher interessiert
- eher nicht interessiert
- gar nicht interessiert
- keine Antwort

9. Wie interessiert sind Sie an der Politik des Landes, aus dem Sie (oder Ihre Eltern) gekommen sind?

- sehr interessiert
- eher interessiert
- eher nicht interessiert
- gar nicht interessiert
- keine Antwort

10. Welche gesellschaftspolitischen Themen sind für Sie derzeit am wichtigsten? Bitte nennen Sie nicht mehr als 5 Themen.

- wirtschaftliche Situation im Land
- Gesundheitssystem / Gesundheitsdienstleister / Versicherung
- innere Sicherheit / Terrorismus / Kriminalität
- Migrations- / Integrationspolitik / Flüchtlinge
- Arbeitsmarkt / Arbeitslosigkeit
- Renten / Altersarmut
- Bildungssystem
- Probleme der Europäischen Union / Europäische Integration
- Umweltschutz / Klimaprobleme
- Deutsch-Russische Beziehungen / Sanktionen
- Lebensstandard / Lebensqualität / soziale Absicherung
- Populismus / politischer Extremismus

- Lohnzahlungen / Preise / Steuern
- Wohnungsmarkt / Mietpreise
- Familienpolitik
- Weltkonflikte / Kriege
- Coronavirus / Maßnahmen der Regierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus
- Sonstiges:
- keine Antwort

11. Welche Informationsquellen über Politik nutzen Sie hauptsächlich?

- russischsprachige
- deutschsprachige
- gleichermaßen russisch- und deutschsprachige
- sonstiges:
- keine Antwort

12. Woher beziehen Sie am häufigsten politische Nachrichten?

- Fernsehen
- Nachrichtenwebsites
- Verwandte, Freunde, Bekannte, Kollegen
- Radio
- Zeitungen, Zeitschriften
- Foren, Blogs, soziale Netzwerke
- sonstiges:
- keine Antwort

13. Mit welcher Aussage stimmen Sie eher überein?

- Russische Medien sind viel zuverlässiger als deutsche Medien.
- Russische Medien sind eher zuverlässiger als deutsche Medien.
- Russische und deutsche Medien sind gleich zuverlässig.
- Deutsche Medien sind eher zuverlässiger als russische Medien.
- Deutsche Medien sind viel zuverlässiger als russische Medien.
- Weder russische noch deutsche Medien sind zuverlässig.
- keine Antwort

14. In der Politik wird oft von „links“ und „rechts“ in Bezug auf politische Einstellungen gesprochen. Wie würden Sie Ihre politischen Ansichten auf einer Skala von „links“ (1) bis „rechts“ (11) bewerten?

- 1 (extrem links) 2 3 4 5 (gemäßigt links) 6 (gemäßigt) 7 8 9 10 11 (extrem rechts)
- keine Antwort

15. Sympathisieren Sie mit einer bestimmten Partei in Deutschland, und wenn ja, mit welcher?

- Nein, ich sympathisiere mit keiner Partei.
- CDU/CSU
- SPD
- Die Linke
- FDP
- Bündnis 90/Die Grünen
- AfD
- andere Partei:
- keine Antwort

16. Für welche Partei(en) haben Sie bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 gestimmt?

- Ich habe nicht an den Wahlen teilgenommen

- CDU (CSU)
- SPD
- Bündnis 90/Die Grünen
- Die Linke
- FDP
- AfD
- keine Antwort

17. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?

- Ich würde nicht wählen gehen.
- CDU/CSU
- SPD
- Die Linke
- FDP
- Bündnis 90/Die Grünen
- AfD
- andere Partei:
- keine Antwort

18. Woran denken Sie in erster Linie, wenn Sie das Wort „Demokratie“ hören?

- Beteiligung des Volkes an der Regierung des Landes, Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen
- Vorrang des Gesetzes, Rechtsstaatlichkeit, Ordnung
- Macht der Eliten / „Spitzen“ / Reichen
- Wahrung der Rechte und Freiheiten der Bürger
- Gleichheit und Gleichberechtigung aller Bürger
- Anarchie, Maßlosigkeit, Rechtlosigkeit und Unordnung
- Sorge um die Menschen, Verbesserung ihrer Lebensqualität
- sonstiges:
- keine Antwort

19. Was denken Sie: Gibt es in Deutschland heute an Demokratie zu viel, zu wenig oder insgesamt so viel wie nötig?

- zu viel
- so viel wie nötig
- zu wenig
- keine Antwort

20. Warum denken Sie, dass es in Deutschland heute zu viel Demokratie gibt? Worin zeigt sich das? Es können mehrere Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden.

- Maßlosigkeit, jeder tut, was er will
- Rechtlosigkeit und Unordnung
- Lockerheit, Kulturlosigkeit, Amoralität
- Medienungehemmtheit
- Korruption
- niedriger Lebensstandard der Menschen
- schlechte Führung
- soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit
- allgemeine Verantwortungslosigkeit und Inaktivität
- Sonstiges:
- keine Antwort

21. Warum denken Sie, dass es in Deutschland heute zu wenig Demokratie gibt? Worin zeigt sich das? Es können mehrere Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden.

- Mangel an Offenheit und Meinungsfreiheit
- die Macht liegt nicht beim Volk, alles wird ohne seine Beteiligung entschieden
- zu viele Verbote und Einschränkungen
- unfaire Wahlen/keine Alternativen bietende Wahlen
- schlechte Führung
- allgemeine Verantwortungslosigkeit und Inaktivität
- soziale Ungerechtigkeit, Ungleichheit der Menschen
- Rechtlosigkeit und Unordnung, Gesetze funktionieren nicht
- rechtliche Unsicherheit der Menschen, Missachtung der Menschenrechte
- allgemeiner Mangel an Freiheiten
- Korruption
- Armut, mangelnde Fürsorge für die Menschen
- sonstiges:
- keine Antwort

22. Wie bewerten Sie den Zustand der Demokratie in Deutschland insgesamt? / Wie bewerten Sie den Zustand der Demokratie in Russland insgesamt?

- sehr gut
- eher gut
- eher schlecht
- sehr schlecht
- keine Antwort

23. Mit welcher Aussage stimmen Sie am meisten überein?

- Unter bestimmten Umständen kann ein autoritäres Regime besser sein als Demokratie.
- Demokratie ist für mich die wünschenswerteste Staatsform.
- Für mich spielt es keine Rolle, welche Herrschaftsform in einem Land existiert.
- andere Meinung:
- keine Antwort

24. Wie sehr stimmen Sie der Aussage zu: „Ohne ein Mehrparteiensystem ist keine demokratische Gesellschaft möglich.“?

- voll und ganz einverstanden
- eher einverstanden
- eher nicht einverstanden
- überhaupt nicht einverstanden
- keine Antwort

25. Hier sind die wichtigsten Rechte und Freiheiten der Menschen aufgeführt. Welche davon sind für Sie persönlich am wichtigsten? Bitte nennen Sie höchstens 3 Punkte.

- Recht zur Beteiligung an der Staatspolitik / Wahlrecht
- Transparenz, Meinungs- und Redefreiheit
- Recht auf Freiheit und persönliche Unversehrtheit
- Gleichheit vor dem Gesetz / Verbot der Diskriminierung
- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
- Schutz der Privatsphäre und des Familienlebens
- Religionsfreiheit
- Freiheit der Wahl und Handlungsfreiheit, Selbstausdruck
- Rechte von Minderheiten (ethnische, religiöse, sexuelle, sprachliche usw.)
- Berufswahlfreiheit
- Recht auf Freizügigkeit und freie Wohnortwahl

- sonstiges:
- keine Antwort

26. Die Teilnahme an Wahlen bedeutet für Sie in erster Linie ...

- eine Bürgerpflicht.
- ein ehrenhaftes Bürgerrecht.
- eine formale, wenig effektive Maßnahme.
- eine Täuschung des Volkes.
- sonstiges:
- keine Antwort

27. Mit welcher Ansicht zur sozialen Absicherung der Bevölkerung stimmen Sie eher überein?

- Der Staat sollte allen seinen Bürgern einen angemessenen Lebensstandard garantieren.
- Der Staat sollte allen Bürgern helfen, die in schwierige Lebenssituationen geraten sind (z. B. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Krankheit).
- Der Staat sollte sozialen Schutz nur für diejenigen gewährleisten, die sich nicht selbst versorgen können (z. B. Rentner, Behinderte, Waisen).
- Die Menschen sollten sich selbst versorgen und für ein normales Leben sorgen, während der Staat nur die Bedingungen dafür schaffen und nicht eingreifen sollte.
- keine Antwort

28. Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu: „Eine Wirtschaft, die auf staatlicher Planung und Verteilung beruht, ist richtiger als eine Marktwirtschaft.“?

- voll und ganz einverstanden
- eher einverstanden
- eher nicht einverstanden
- überhaupt nicht einverstanden
- keine Antwort

29. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

- Proteste und Demonstrationen gegen die Regierung sollten immer erlaubt sein.
- Der Staat sollte allen Bürgern kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung garantieren.
- Der Staat sollte Großunternehmen regulieren.
- Der Staat sollte allen Bürgern ein würdevolles Altern garantieren, unabhängig von ihrem Beitrag während ihres Lebens.
- Das Fehlen staatlicher Regulierung hat einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft.
- Zensur der Massenmedien (Printmedien, Internet) ist notwendig, um moralische Werte in der Gesellschaft und politische Stabilität zu bewahren.
- keine Antwort

30. Nennen Sie bitte die Eigenschaften, die Sie in erster Linie mit der sowjetischen Ära verbinden.

- Weltweit führende sowjetische Wissenschaft und Kultur
- Gleichheit und Gleichberechtigung der Menschen
- starke Machthierarchie, schnelle und zentralisierte Problemlösung
- Warteschlangen, Mangel, Rationierung
- Fehlen/Beschränkung grundlegender politischer Freiheiten (Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit usw.)
- kostenlose allgemeine Bildung und Gesundheitsversorgung
- aufgezwungene Ideologie, lenkende Rolle der kommunistischen Partei, Indoktrination
- Bürokratie, Allmacht der Partei- und Staatsbeamten
- Armut
- Rückstand gegenüber entwickelten Ländern in der Produktion und Produktqualität

- Erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, keine Arbeitslosigkeit
- Ständige Verbesserung des Lebensstandards der Menschen
- Staatliche Fürsorge für gewöhnliche Menschen
- Verfolgung Andersdenkender, KGB-Überwachung
- Isolation des Landes, Unmöglichkeit, ins Ausland zu reisen und zurückzukehren
- sonstiges:
- keine Antwort

31. Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu: „Die UdSSR war ein demokratischer Staat.“?

- voll und ganz einverstanden
- eher einverstanden
- eher nicht einverstanden
- überhaupt nicht einverstanden
- keine Antwort

32. Wie sehr bedauern Sie den Zusammenbruch der UdSSR?

- bedauere sehr
- bedauere eher
- neutral
- bedauere eher nicht
- bedauere überhaupt nicht
- keine Antwort

33. Was bedauern Sie hauptsächlich in Bezug auf den Zusammenbruch der UdSSR?

- Das einheitliche starke Wirtschaftssystem brach zusammen.
- Das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer großen Macht verschwand.
- Die Zahl der ethnischen Konflikte und des gegenseitigen Misstrauens nahm zu.
- Das qualitative und gerechte soziale System brach zusammen.
- Das politische System, das dem Volk nahestand, verschwand.
- sonstiges:
- keine Antwort

34. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu:

- Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat sich das Demokratieniveau in Ihrem Herkunftsland signifikant verbessert.
- Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat sich der Lebensstandard der Bürger in Ihrem Herkunftsland signifikant verbessert.
- Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat sich die wirtschaftliche Lage in Ihrem Herkunftsland signifikant verbessert.

35. Zum Abschluss noch einige persönliche Fragen. Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.

- männlich
- weiblich
- keine Antwort

36. In welchem Jahr sind Sie geboren?

- Antwort:
- keine Antwort

37. Vielen Dank für Ihre Teilnahme und Unterstützung! Für den nächsten Abschnitt meiner Dissertation suche ich Menschen für ein persönliches (anonymes) Interview, bei dem ich gerne vertiefter über Ihre politischen Ansichten und Erfahrungen sprechen würde. Sind Sie mit einem persönlichen Interview einverstanden?

- ja

- nein

38. Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Bereitschaft zu einem persönlichen Interview!

Bitte hinterlassen Sie Ihren Namen und Ihre E-Mail-Adresse, und ich werde mich zeitnah mit Ihnen in Verbindung setzen.

Datenschutz bei persönlichen Interviews: Alle Ihre persönlichen Daten werden ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet. Die Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt ausschließlich durch mich persönlich. Alle Daten werden nach Abschluss des Dissertationsprojekts gelöscht. Durchgeführte Interviews werden entweder von mir persönlich oder von einem Transkriptionsdienstleister transkribiert. Der Schutz Ihrer persönlichen Daten wird in jedem Fall garantiert. Wenn Sie mit einem persönlichen Interview nicht einverstanden sind, klicken Sie auf „Weiter“

Name:

E-Mail:

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Anhang 2: Liste von Institutionen und sozialen Netzwerken zur Rekrutierung von Umfrageteilnehmern

Institutionen:

- UdVF Baden-Württemberg (Union der Vertriebenen und Flüchtlinge)
- Landesnetzwerk Heimkehrer und Spätaussiedler
- Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR)
- Bundesverband russischsprachiger Eltern BVRE e.V.
- Landsmannschaft der Deutschen aus Russland - Hamburg e.V.
- Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Schweinfurt e.V.
- Landsmannschaft der Deutschen aus Russland NRW e.V.

Soziale Netzwerke:

Facebook (URL: www.facebook.com):

- „Aussiedler & Spätaussiedler“
- „Deutsche Jugend aus Russland e.V.“
- „Die russischsprachige Community“
- „Европа Русскоговорящая“ (transl.: Европа Русскоговорящая; übers.: Russischsprachiges Europa)
- „Jugend LmDR Deutschland“
- „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland - Hamburg e.V.“
- „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Schweinfurt e.V.“
- „Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte“
- „Spätaussiedler aus Russland / Kasachstan / Ukraine“
- „rspu – russian speaking people's union“
- „Dialogplattform BVRE“
- „Jugend LmDR Bayern“
- „Jugend LmDR Niedersachsen“
- „Kulturrat der Deutschen aus Russland e.V.“
- „Russlanddeutsche Gruppe“
- „Русские из Германии“ (transl.: Russkie iz Germanii; übers.: Russen in Deutschland)
- „Russlanddeutsche Front“
- „Russlanddeutsche für die AfD“
- „Russlanddeutsche in der AfD“
- „Die Einheit in Deutschland“
- „Die Einheit“

- „RD gegen AfD“
- „Russisch sprechende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Berlin“
Odnoklassniki (Russisch: Одноклассники; URL: www.ok.ru):
- „Konservative Russlanddeutsche Berlin“
- „Deutsche Aussiedler Partei“
- „Spätaussiedler – поздние переселенцы и их потомки“ (transl.: Spätaussiedler – pozdnie pereselency i ikh potomki; übers.: Spätaussiedler – Spätaussiedler und ihre Nachfahren)
- Журнал „neue Zeiten“ (transl.: Zhurnal „neue Zeiten“; übers.: Zeitschrift „neue Zeiten“)
- „Государственный музей немцев“ (transl.: Gosudarstvennyj muzej nemcev; übers.: Staatliches Museum der Deutschen)
- „Новости в Германии: Zeitung „Aussiedlerbote“ (transl.: Novosti v Germanii: Zeitung „Aussiedlerbote“; übers.: Nachrichten in Deutschland)
- „Integrationswerk Deutsche aus Russland e.V.“
- „Немцы Поволжья“ (transl.: Nemcy Povolž'ja; übers.: „Wolgadeutsche“).

Anhang 3: Fragebogen für die Online-Umfrage 2 (ausgewählte Fragen)

Frage 35: Viele Menschen aus anderen Ländern kommen nach Deutschland, um hier zu leben und zu arbeiten. Für wie gut oder schlecht für Deutschland halten Sie das?

- sehr gut
- eher gut
- weder/noch
- eher schlecht
- sehr schlecht
- keine Angabe

Frage 36: Menschen unterschiedlicher Herkunft kommen nach Deutschland, um hier zu leben und zu arbeiten. Welchen und wie vielen dieser Menschen soll es Ihrer Meinung nach erlaubt werden?

Man sollte es ...

- Osteuropäern aus EU-Staaten (z. B. Polen, Bulgaren, Rumänen)
- Südeuropäern aus EU-Staaten (z. B. Spanier, Italiener, Griechen)
- Osteuropäern aus Nicht-EU-Staaten des ehemaligen Jugoslawiens (z. B. Albaner, Serben, Kosovaren)
- Osteuropäern aus Nicht-EU-Staaten der ehemaligen Sowjetunion/GUS-Staaten
- Nordafrikanern (z. B. Marokkaner, Algerier, Tunesier, Ägypter)
- Menschen aus dem Nahen Osten (Iraner, Iraker, Syrer, Türken, Afghanen)

Antwortmöglichkeiten: allen erlauben / vielen erlauben / einigen erlauben / niemandem erlauben / keine Angabe

Frage 37: Wenn Sie zur Regierung gehören würden: welche Kriterien wären für Sie wie wichtig, um jemandem die Einwanderung zu erlauben?

- ob jemand auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht wird
- ob jemand bereits enge Familienangehörige in Deutschland hat
- ob jemand in seinem Herkunftsland diskriminiert oder politisch verfolgt wird
- ob jemand bereits gut Deutsch spricht
- ob jemand in seinem Herkunftsland keine Straftaten begangen hat
- ob jemand christlichen Glaubens ist
- ob jemand vor Krieg flieht
- ob jemand vor wirtschaftlicher Not flieht

Antwortmöglichkeiten: sehr wichtig / eher wichtig / weder/noch / eher unwichtig / sehr unwichtig / keine Angabe

Frage 38: Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen, ist in den letzten Jahren angestiegen. Sagen Sie mir bitte, inwiefern Ihnen dies Sorgen macht. „Mir machen/macht...“

- Anstieg der Kriminalität und des Terrorismus/Zunahme der illegalen Aufenthalte
- kulturelle Überfremdung/Verlust der deutschen Identität
- Überforderung der sozialen Sicherungssysteme (etwa Renten und Krankenkassen)
- Wegnahme von Arbeitsplätzen

Antwortmöglichkeiten: große Sorgen / etwas Sorgen / keine Sorgen / keine Angabe

Frage 40: Was soll Deutschland hinsichtlich der Flüchtlinge tun, die in Deutschland Asyl suchen?

- Deutschland soll alle Flüchtlinge aufnehmen, die in Deutschland Asyl suchen.
- Deutschland soll mehr Flüchtlinge aufnehmen als bisher.
- Deutschland soll so viele Flüchtlinge aufnehmen wie bisher.
- Deutschland soll weniger Flüchtlinge aufnehmen als bisher.
- Deutschland soll gar keine Flüchtlinge mehr ins Land kommen lassen.
- keine Angabe

Frage 41: Welche Partei entspricht Ihren Einstellungen beim Thema Asyl und Migration am besten?

- keine Partei
- CDU/CSU
- SPD
- Die Linke
- FDP
- Bündnis 90/Die Grünen
- AfD
- NPD
- Die Einheit (Aussiedler und Migranten-Partei Deutschland – EINHEIT)
- sonstige Partei:
- keine Angabe

Anhang 4: Interviewleitfaden zur qualitativen Erhebung

Projekt: (Arbeitstitel) Herkunft (er)zählt. Der Einfluss der Sozialisation in der politischen Kultur der Herkunftsländer auf politische Orientierungen postsowjetischer Migranten in Deutschland

Erhebungszeit: Mai 2019 - Januar 2021

Erhebungsmethode: semi-strukturierte, problemzentrierte, leitfadengestützte Interviews

Erhebungsformat: Face-to-Face- und Skype / Zoom-Interviews

- *Informationsphase (wurde nicht aufgezeichnet)*: Dank für Interviewbereitschaft, Information über die Zielsetzung der Studie, Aufklärung über Datenschutz (Anhang 5), Information über den Ablauf des Interviews, Unterschreiben der Einwilligungserklärung (Anhang 6).
- *Warm-up*: Erzählen Sie bitte, woher und wann Sie nach Deutschland gekommen sind. Was hat Ihre Auswanderungsentscheidung in erster Linie beeinflusst?
- *Vergleich politischer Systeme des Herkunftslandes und Deutschlands*: Sie sind also mit ... Jahren aus (Herkunftsland) nach Deutschland eingewandert. Sie haben also in Ihren erwachsenen Jahren in zwei politischen Systemen gelebt. Wie würden Sie diese Systeme beschreiben? Worin bestehen für Sie die größten Unterschiede zwischen diesen Systemen?
- *Politisches System des Herkunftslandes*: Wie würden Sie generell das politische System in (Herkunftsland) beschreiben, wie Sie es damals erlebt haben? Was verbinden Sie mit diesem System? Waren Sie stolz, in einem solchen System zu leben? Warum? / Warum nicht? Auf was waren Sie besonders stolz? Was fällt Ihnen ein, wenn Sie an politisches System in (Herkunftsland) denken, als Sie dort gelebt haben bzw. jetzt?
- *(ggf.) Migrations- und Diskriminierungserfahrungen*: Welche Rolle hatte Ihre deutsche Herkunft für Ihr Leben in (Herkunftsland)? Haben Sie oder Ihre Vorfahren aufgrund Ihrer deutschen Herkunft seitens des Herkunftsstaates irgendwelche Diskriminierung erfahren? Und seitens der Gesellschaft? Wie hat das Ihr Verhältnis zum damaligen Regime geprägt? Inwiefern hat sich das auf Ihre Auswanderungsentscheidung ausgewirkt?
- *Politisches System Deutschlands*: Wie würden Sie generell das politische System Deutschlands beschreiben? Welche Eigenschaften schreiben Sie dem zu? Wie gut fühlen Sie sich insgesamt in diesem politischen System?
- *Verständnis von und Einstellungen zu Demokratie*: Was bedeutet für Sie persönlich Demokratie? Ist es für Sie wichtig, in einer Demokratie zu leben? Glauben Sie, dass die

demokratische Herrschaftsform die beste ist? Wie würden Sie den Demokratiezustand in (Herkunftsland) und in Deutschland bewerten?

- *Rolle des Staates:* Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigen Aufgaben des Staates gegenüber seinen Bürgern? Wie gut, glauben Sie, hat (Herkunftsland) diese Aufgaben erfüllt? Und der deutsche Staat? Inwiefern würden Sie zustimmen, dass der Staat in die Freiheiten der Menschen eingreifen darf, um allgemeine Sicherheit und Wohlstand sicherzustellen? / Inwiefern darf sich der Staat autoritär verhalten?
- *Politisches Interesse:* Interessieren Sie sich generell für Politik (des Herkunftslandes / in Deutschland)? (wenn nein) Woran liegt das? Welche Themen sind für Sie aktuell besonders wichtig?
- *Teilnahme an Wahlen, Gefühl politischer Wirksamkeit:* Inwiefern glauben Sie, dass die Teilnahme an Wahlen eine Bürgerpflicht ist? Warum? Wie würden Sie Ihre Rolle in der Politik allgemein beschreiben / Wie würden Sie Ihren persönlichen Einfluss auf Politik einschätzen? Glauben Sie, dass Sie etwas in der Politik bewirken können? Warum / Warum nicht? War das anders, als Sie in (Herkunftsland) gelebt haben? Inwiefern?
- *Politische Partizipation im Herkunftsland:* Erzählen Sie bitte, inwiefern Sie sich politisch in (Herkunftsland) engagiert haben? Woran lag das? Haben Sie regelmäßig an Parlaments- und Präsidentschaftswahlen teilgenommen? Können Sie sich noch daran erinnern, welche Partei(en) Sie hauptsächlich gewählt haben? Was hat Sie bei dieser Partei(en) überzeugt? / Wie, würden Sie sagen, ist die Präferenz für diese Partei entstanden?
- *Politische Partizipation in Deutschland:* Inwiefern nehmen Sie am politischen Leben in Deutschland teil?
- *Politische Parteien, Parteiidentifikation:* Wie schätzen Sie insgesamt die Arbeit der Politiker in Deutschland? Sie haben angegeben, dass Sie sich hauptsächlich mit Partei XY identifizieren. Können Sie dies begründen? Welche Werte verbinden Sie mit dieser Partei?
- *Migration und Migrationspolitik (das Thema wurde von den Befragten überwiegend selbst initiiert):* Was halten Sie von der aktuellen Migrationspolitik in Deutschland? Welche Sorgen verbinden Sie damit? Welche Partei entspricht am besten Ihren Einstellungen zu Migration?
- *Ausklang- und Abschlussphase:* Gibt es Ihrerseits noch Themen, die wir im Interview nicht angesprochen haben, aber die Sie gerne noch hinzufügen möchten? Dank für die Teilnahme, Information über das weitere Vorgehen mit dem Datenmaterial.

Anhang 5: Datenschutzerklärung für die Durchführung von Interviews

Datenerhebung durch: Name der Interviewerin, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse.

Die Durchführung des Forschungsprojektes geschieht auf Basis der Bestimmungen des Datenschutzgesetzes NRW (§ 16 DSG NRW) und der Datenschutzverordnung (Art. 6 Abs. 1 DSGVO). Die Interviewerin sowie andere Personen, die Zugang zu den Interviewdaten haben, unterliegen der Schweigepflicht und sind dem Datengeheimnis verpflichtet.

Der Datenschutz verlangt Ihre ausdrückliche und informierte Einwilligung, dass ich als Interviewerin das Interview mit Ihnen aufnehmen, speichern, auswerten und aufbewahren darf. Mit diesem Schreiben möchte ich Sie über den Umgang mit dem Interviewmaterial und das Vorgehen des Forschungsprojekts informieren.

Es handelt sich hier um die Durchführung von qualitativen Interviews im Rahmen eines Dissertationsvorhabens zum Thema „Politische Orientierungen von postsowjetischen Migranten in Deutschland“ am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Das zentrale Ziel der Studie ist es, die politischen Orientierungen postsowjetischer Migranten in Deutschland zu erfassen und den Einfluss politischer Sozialisation in der politischen Kultur der Herkunftsländer und die Re-Sozialisation nach der Einwanderung nach Deutschland darauf zu untersuchen. Die Verantwortung für das Forschungsprojekt liegt ausschließlich bei mir. Das Forschungsprojekt dient allein wissenschaftlichen Zwecken.

Im Rahmen des Interviews werden personenbezogene (Name, Alter, Alter bei der Einwanderung, Aufenthaltsdauer, Daten zu Migrations- und Diskriminierungserfahrungen, Parteiidentifikation, Wahlverhalten) sowie personenbezogene Daten besonderer Kategorien nach Art. 9 DSGVO wie ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder Gewerkschaftszugehörigkeit erhoben. Die Erhebung solcher Daten erfordert die ausdrückliche Einwilligung der Befragten.

Die Interviews werden mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet und anschließend von mir persönlich in Schriftform gebracht. Für die weitere wissenschaftliche Auswertung der Interviewtexte werden alle Angaben, die zu einer Identifizierung der Person führen könnten, verändert oder aus dem Text entfernt. In wissenschaftlichen Veröffentlichungen werden Interviews nur in Ausschnitten zitiert, um gegenüber Dritten sicherzustellen, dass der entstehende Gesamtzusammenhang von Ergebnissen nicht zu einer Identifizierung der Person führen kann. Personenbezogene Kontaktdaten werden von Interviewdaten getrennt und für Dritte unzugänglich verschlüsselt gespeichert.

Ich sichere Ihnen folgendes Verfahren zu, damit Ihre Angaben gesetzeskonform behandelt werden und nicht mit Ihrer Person in Verbindung gebracht werden können:

- Um die korrekte Wiedergabe des Erzählten gewährleisten zu können, nehme ich das Gespräch digital (per Diktiergerät) auf. Diese Aufzeichnung wird abgeschrieben (transkribiert) und anschließend gelöscht. Auf Wunsch können Sie die Abschrift (Transkript) des Interviews erhalten.
- Anschließend werde ich das Transkript anonymisieren und pseudonymisieren. Das bedeutet, dass Ihr Name nicht erwähnt wird; stattdessen wird eine abstrakte Bezeichnung – z. B. Interviewter 1, Interviewter 2, etc. – verwendet (Pseudonymisierung). Sollten im Interview Daten vorkommen, die Rückschlüsse auf Sie oder eine dritte Person ermöglichen (z. B.

Personennamen, Orts- und Zeitangaben, Straßennamen, Bundesländer, Berufsangaben, Bildungsabschlüsse, Institutionen, spezifische Kontextdaten etc.) werden diese im Transkript anonymisiert (verändert derart, dass sie nicht mehr einer Person zugeordnet werden können) und so in der Dissertation zitiert. Die für die Forschung relevanten persönlichen Angaben wie Alter, Alter bei der Einwanderung, Aufenthaltsdauer, Herkunft, Ausbildung, und Beruf werden nicht anonymisiert.

- Nach der Promotionsordnung werden die Transkripte auf CD gespeichert und der Dissertation in dreifacher Fassung (für die beiden Gutachter und den Vorsitzenden des Promotionsausschusses) beigelegt. Das Datenmaterial wird für zehn Jahre am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln aufbewahrt. Die Liste zur Depseudonymisierung wird nicht beigelegt. Somit wird das Transkript am genannten Lehrstuhl unter Wahrung Ihrer vollständigen Anonymität aufbewahrt.
- Die Liste zur Depseudonymisierung der Daten (Kürzel des Interviewten, Name und E-Mail-Adresse) und die Einwilligungserklärungen werden von mir verschlüsselt auf CD gespeichert, und die CD wird an einer gesicherten Stelle unter physischem Verschluss (Safe) von mir persönlich zehn Jahre aufbewahrt.
- Einwilligungsdaten sowie Listen zur Depseudonymisierung und Kontaktdaten werden getrennt von den Interviewdaten aufbewahrt.
- Nach zehn Jahren werden alle Ihre Kontaktdaten gelöscht, es sei denn, Sie stimmen einer weiteren Speicherung zur Kontaktmöglichkeit für themenverwandte Forschungsprojekte ausdrücklich zu. Selbstverständlich können Sie einer längeren Speicherung zu jedem Zeitpunkt widersprechen.

Die Datenschutzbestimmungen verlangen auch, dass Sie noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass aus einer Nichtteilnahme oder nur teilweisen Teilnahme am Interview keine Nachteile entstehen. Sie können Antworten auch bei einzelnen Fragen verweigern. Auch die Einwilligung ist freiwillig und kann jederzeit von Ihnen widerrufen und die Löschung des Interviews von Ihnen verlangt werden.

Mit meiner Unterschrift verpflichte ich mich, die erhobenen personenbezogenen Daten, die Inhalte der Befragung sowie der Interviews

- zu pseudonymisieren und zu anonymisieren,
- nicht an Dritte, außer dem Promotionsausschuss, weiterzugeben,
- sicher aufzubewahren und
- Ihre personenbezogenen Daten (Name und E-Mail-Adresse) nach zehn Jahren vollständig zu löschen, es sei denn, Sie erklären ausdrücklich, damit einverstanden zu sein, für zukünftige themenverwandte Forschungsprojekte kontaktiert zu werden. Mit Ihrem Einverständnis werde ich die Inhalte der Befragung sowie des Interviews vollständig anonym aufbewahren und eventuell für die weitere Forschung nutzen.

Vorname, Nachname in Druckschrift der Interviewerin / Ort, Datum / Unterschrift

Anhang 6: Einwilligungserklärung zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Interviewdaten

Forschungsprojekt:

Forschungszweck:

Interviewerin:

Interviewdatum:

Interviewte(r):

Ich bin über das Vorgehen bei der Verschriftlichung, Datenspeicherung und Auswertung des von mir gegebenen Interviews persönlich informiert worden. Mir liegt die Datenschutzerklärung von Frau Dziatlouskaya vor.

Mir ist bewusst, dass die Teilnahme an diesem Interview freiwillig ist und ich zu jeder Zeit die Möglichkeit habe, das Interview abzubrechen und mein Einverständnis in eine Aufzeichnung und Transkription des Interviews zurückzuziehen, ohne dass mir dadurch irgendwelche Nachteile entstehen.

Mir ist bewusst, dass im Interview die in der Datenschutzerklärung genannten personenbezogenen sowie die besonderen Kategorien von personenbezogenen Daten erhoben werden. Ich bin damit einverstanden, dass einzelne Sätze, die aus dem Zusammenhang genommen werden und damit nicht mit meiner Person in Verbindung gebracht werden können, als Material für wissenschaftliche Zwecke im Rahmen des oben genannten Forschungsprojekts genutzt werden können.

Unter diesen Bedingungen erkläre ich mich bereit, das Interview im Rahmen des genannten Forschungsprojekts zu geben und bin damit einverstanden, dass es aufgenommen, verschriftlicht, anonymisiert und pseudonymisiert, ausgewertet und in Sequenzen veröffentlicht wird:

ja nein

Ich möchte die Abschrift (Transkript) des Interviews erhalten.

ja nein

Ich bin damit einverstanden, dass die anonymisierten Inhalte der Befragung sowie des Interviews vollständig anonym von Frau Dziatlouskaya aufbewahrt und für eventuelle weitere Forschung verwendet werden können.

ja nein

Ich bin damit einverstanden, für zukünftige themenverwandte Forschungsprojekte kontaktiert zu werden. Hierzu dürfen meine Kontaktdaten über das Ende des Forschungsprojektes hinaus gespeichert bleiben.

ja nein

Vorname, Nachname in Druckschrift / Ort, Datum / Unterschrift